

13. April 1931

CARL MIERENDORFF • TOLERIEREN — UND WAS DANN?



ALS sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach langen Beratungen Anfang Oktober 1930 entschloß die Regierung Brüning nicht zu stürzen sondern sie zu "tolerieren", war es der Sinn dieser Taktik Zeit zu gewinnen, Raum für Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahren, die der deutschen Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung jählings erwachsen waren. Zumindest sollte dadurch auch ein besserer Ausgangspunkt für den Kampf mit den in nationalsozialistischem Gewand auftretenden Reaktionären gewonnen werden. Ein halbes Jahr ist seitdem ins Land gegangen. Was ist in dieser Hinsicht geschehen? Man braucht die Wandlung der Situation der Nationalsozialisten und die Auswirkung der Verhältnisse in ihrem eignen Lager gewiß nicht zu unterschätzen, man wird auch zugeben, daß ohne die Fernhaltung der Nationalsozialisten von der Regierungsbeteiligung diese Wandlung vielleicht nicht in dieser Weise eingetreten wäre. Aber genügt dieser Effekt schon zur Rechtfertigung der Taktik der Toleranz? Grade im Hinblick auf die enorme Größe der nationalsozialistischen Gefahr (die der 14. September 1930 nicht etwa heraufbeschworen sondern nur sichtbar gemacht hat) muß ernsthaft die Frage gestellt werden: Was hat die von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung aktiv zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben (Überwindung der Krise als Voraussetzung zur Überwindung der akuten nationalsozialistischen Gefahr) unternommen? Heinrich Brüning hat sein Haus bestellt. Nicht nur schön und gut sondern unbestritten sehr wichtig als Voraussetzung für alles weitere. Brüning hat damit zugleich auch die Aufgabe gelöst Zeit zu gewinnen. Er hat das Land durch einen Winter schlimmster Not gebracht, vor dem auch Leute mit starken Nerven bangten. Auch das sei ihm als hohes Verdienst vorbehaltlos zugestanden. Aber wie weiter?

In dieser Zeit, die gewonnen wurde, hat das Hakenkreuz viel von seinem Nimbus verloren; die Psychose des Nationalsozialismus scheint etwas nachzulassen. Damit ist auch politischer Raum wiedergewonnen: ein wichtiger Zuwachs an der seit dem 14. September 1930 so stark beschränkten Bewegungsfreiheit. Wenn die Politik der Toleranz für die Sozialdemokratie nicht

allen Sinn verlieren soll, kann und muß sie verlangen, daß diese Vermehrung der Handlungsfreiheit nunmehr mit aller Macht eingesetzt wird, um das Hauptproblem anzupacken: die Überwindung der Krise. Geschieht das nicht, dann waren alle Opfer (riesige Opfer der Entbehrung für die arbeitende Bevölkerung), die bis jetzt gebracht wurden, sinnlos und umsonst.

Hätte man den Eindruck, daß bei Brüning in dieser Hinsicht alles in bester Ordnung ist, so bestünde kein Grund diese Frage überhaupt zu erörtern. Leider aber bietet sein Verhalten Anlaß zur Sorge. Schon zu Beginn dieses Jahres, am 19. Januar, ließ Carl Severing in den Sozialistischen Monatsheften den Ruf nach »Politik« ertönen. »Laßt uns wieder zur Politik zurückkehren«, lautete seine Forderung. Und er verstand darunter:

»Je mehr die Tagesströmungen die Sinne verwirren, desto klarer haben die verantwortungsbewußten Stellen es auszusprechen, daß die am schwersten drückende Sorge unserer Innenpolitik: die Wirtschafts- und Finanznot, nicht behoben werden kann, wenn es uns nicht gelingt die Welt von unserer Friedensliebe zu überzeugen. Im Zusammenarbeiten mit Frankreich geben wir der Welt die sicherste Garantie unserer Friedensliebe, uns aber auch selber die Gewähr des Friedens. Und darüber hinaus kann eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich uns unmittelbare Milderungen unserer Wirtschaftsnot bringen: nicht nur durch Gewährung von Anleihen zu günstigen Bedingungen sondern auch durch Aufträge an unsere Industrie.«

Mit Sorge und Nachdruck muß heute dieser Ruf nach Politik wiederholt werden. Wo bleibt sie, muß man fragen, und wo bleibt speziell *diese* Politik (als die einzige, die überhaupt in Frage kommen kann)? Wir warten vergeblich darauf. Reich gesegnet war dieses erste Viertel des Jahres an Verwaltungsmaßnahmen, die, es sei wiederholt, als nötig anerkannt sein mögen. Aber es sind doch nur die Voraussetzungen. Wo bleibt die Politik?

Eine Zeitlang schien es, als bahne sich die Wendung der deutschen Politik an. Es war wie ein Anlauf, als der Reichskanzler in Wort und Geste zum Ausdruck brachte, er sei nicht gewillt sich dem Druck der von den Nationalsozialisten aufgepeitschten Stimmungen anzupassen. So bei seiner Ostreise und so auch bei seiner Etatsrede im Reichstag Anfang Februar, als er, zwar noch immer von der »Revision« redend, doch sehr vernehmbar seine Selbständigkeit in der Einleitung der Revision unterstrich. Es konnte de facto als Absage an das Revisionistengeschrei aufgefaßt werden. Es konnte. Allein wo blieb der weitere Schritt, die positive Tat? Vergebens wartete man. Statt dessen kam die Überraschung mit der geplanten Zollunion Deutschland-Österreich, die, wenn sie wirklich als Einleitung einer solchen Politik gedacht war, bestimmt die schlechteste Einleitung war, die man sich denken kann. Der Soir nannte am 25. März das Abkommen einen »Donnerschlag«, der die Position der verständigungsfeindlichen Minderheit in Frankreich stärken und dem Nationalismus neue Nahrung geben werde, und fuhr fort: »Glaubt man, daß dies die Art wäre, um finanzielle und wirtschaftliche Beihilfe zu erringen? Die Leiter der deutschen Außenpolitik zeigen, daß sie nicht vom wahren Geist des Friedens beseelt sind. Sie haben auf den Krieg verzichtet, aber nicht auf die Herrschaftsgelüste. Sie verstehen nicht die Organisation Europas als eine Vereinigung der Länder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Sie wollen einen Wirtschaftsblock schaffen, in dem Deutschland den maßgebenden Einfluß ausübt. Diese Auffassung schafft naturgemäß die alten Antagonismen wieder, wie sie im Vorkriegseuropa bestanden. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht diesen Geist zu bekämpfen. An ihr ist es die deutsch-französische Verständigung zu retten.«

Nicht aus Ideologie wird man diese Mahnung in den Reihen der Sozialdemokratie und ihrer Führung sehr ernst nehmen müssen sondern aus sehr

nüchternen Erwägungen heraus. Das nächste halbe Jahr ist von entscheidender Bedeutung für das Kabinett Brüning, für die Politik des Tolerierens und für die Zukunft des ganzen deutschen Volks. Mit allem Ernst müssen deshalb noch einmal alle, die es angeht, gemahnt werden Sorge zu tragen, daß das Entscheidende geschieht: die Wendung nach Frankreich. Der Plan von der Zollunion läßt immerhin den Schluß zu, als wachse auch bei Brüning die Einsicht, daß seine Hauptaufgabe, die Überwindung der Krise, unlösbar bleiben muß, solange die Lösung isoliert versucht wird. Dann wird es jetzt auf die Erkenntnis ankommen, daß man aufs Ganze gehen muß, weil alle Anstrengungen nur dann von Erfolg gekrönt sein werden, wenn der magische Kreis gesprengt, und in europäischem Rahmen die Lösung angestrebt wird. Die Zeit drängt. Wann wird Brüning handeln? Mit nicht mißzuverstehender Bestimmtheit hat jetzt der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun gesagt, was von der Innenpolitik her gesehen als die Forderung des Tages zu gelten hat. Nach einer Meldung der Telegraphenunion vom 21. März 1931 ging er »in einer Unterredung mit dem außenpolitischen Mitarbeiter des *Matin* unter anderm auch auf die Reparationsfrage ein«:

»Dabei wies Braun darauf hin, daß der Zeitpunkt kommen werde, in dem die Franzosen etwas forderten, was Deutschland nicht mehr habe: nämlich Geld. Deutschland besitze Arbeitskraft und Fertigwaren. Braun schlägt deshalb vor, daß Frankreich stärker auf die deutsche Arbeitskraft und den Bezug von Fertigwaren zurückgreife. An dem Tage, an dem es unmöglich sein würde die Arbeitslosen zu ernähren, werde ein Sturm über Deutschland hinwegfegen, gegen den man nichts ausrichten könne. Daher sei immer wieder die wahre Hoffnung die auf eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich.«

Hat man in der Reichskanzlei diese Worte überhört? Sie sind klar und deutlich. Eine Plattform: Arbeit statt Geld. Es ist die Lösung, die hier stets gezeigt wurde. Eine Verständigung mit Frankreich in dieser Frage, unter dem Gesichtswinkel der Krisennot, ist ein Programm, das in seiner Realistik turmhoch über dem Revisionsgeschwätz und der verworrenen Planlosigkeit steht, die nach wie vor die deutsche Öffentlichkeit beherrschen. Wird der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik (und das muß der Reichskanzler, das darf nicht das Auswärtige Amt sein) diese klare Forderung des verantwortlichen Innenpolitikers des größten deutschen Landes wenigstens zum Anlaß für eine Entscheidung nehmen?

Die Stunde ist ernst. Müssen wir erst wieder einmal durch Schaden klug werden? War ein Ruhrkrieg uns noch nicht Lehre genug rechtzeitig das Richtige zu tun? Heinrich Brüning hat jetzt die Gelegenheit zu beweisen, daß er wirklich der Kanzler von politischem Format ist, den man hinter ihm vermutet. Wenn irgendjemand seit Gustav Stresemanns Tod die moralische Voraussetzung für eine solche Politik mitbringt, dann Brüning. Was hindert ihn daran diesen Weg zu gehen? 6 Monate größter Bewegungsfreiheit hat er vor sich. Nichts kann ihn hindern, wenn er wirklich handelt.

Selten hat auf einem Staatsmann größere Verantwortung vor Volk und Geschichte gelegen als auf Brüning in den Wochen, die wir jetzt durchleben. Er hat Opfer verlangt, beispiellose Opfer. Sie sind gebracht worden. Er kündigt neue, nicht weniger harte an. Er wird sie sicherlich auch bekommen. Aber nur das Ergebnis kann solche Opfer rechtfertigen, nur der Enderfolg kann sie sinnvoll machen. Es steht aber mit einer mathematisch zu nennenden Sicherheit fest, daß ihm der Erfolg versagt bleibt, wenn nicht rechtzeitig der Mut zu einer großzügigen Verständigung mit Frankreich gefunden

wird, die den Aufbau des Vereinigten Europäischen Kontinents einleitet. Die bisher festgehaltene "Orientierung" des Auswärtigen Amtes hat Mißerfolg über Mißerfolg gebracht, indem sie uns bewußt von Frankreich wegführte, die Kluft auf dem Kontinent erweiterte, die deutsche Wirtschaft nicht gesunden ließ. Sie brachte uns dazu äußere Enttäuschungen wie die der letzten Tage. Jetzt ist die Zeit sich endlich *richtig* zu orientieren. Durch die Erschütterung des Glaubens an die nationalsozialistischen Rezepte ist Brüning heute auch in seinem Handeln freier denn je. Jetzt geht es nur noch um den Entschluß. Führung lautet die Parole. Brüning muß die Zügel in die Hand nehmen, um die Fahrt anzutreten. Zögert er, dann ist es Pflicht der Sozialdemokratie sie ihm in die Hand zu drücken. Mit Besorgnis registriert man unter der Fülle der für die Sommerpause in Aussicht genommenen Regierungsmaßnahmen ausschließlich solche der gewohnten fiskalischen Natur. Das ist Verwaltung, keine Politik. Das ist administrativer Schematismus, kein schöpferischer politischer Gedanke, der kühn den verhängnisvollen Zirkel sprengt. Die Sozialdemokratie wird mit höchster Wachsamkeit alle Vorgänge verfolgen müssen, um rechtzeitig einzugreifen. Es kann nicht der Sinn des "Tolerierens" sein einfach hinzunehmen, was von "oben" geschieht. Die Grenzen der Tolerierung liegen dort, wo durch Fehler oder Unterlassungen ihr Erfolg in Frage gestellt wird. Wenn die Sozialdemokratie vor sich selbst unbelastet dastehen will, wird sie dartun müssen, daß sie weder bedingungs- noch ziellos sich zu dieser Taktik entschlossen hat. In diesem Sinn ihr ganzes Gewicht in die Wagschale zu werfen ist das Gebot der Stunde.

RICHARD KLEINEIBST · EUROPÄISCHE ZOLL- UNION



NICHTS kennzeichnet die außenpolitische Unkenntnis und Desorientiertheit deutscher Politiker und politischer Publizisten so sehr wie die (bei einem großen Teil doch wohl nicht gespielte) Überraschung über den Sturm, den der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion in Europa erregt hat. Der Blick der meisten Deutschen endet im günstigsten Fall an der Grenze des Landes und vorher meist noch an der Mauer kritiklos übernommener außenpolitischer Parolen. Unbelehrt über das, was draußen vorgeht, läßt das deutsche Volk sich gängeln, es glaubt heute das und morgen das Gegenteil, so wie es ihm von gleichgestimmten Seelen und ähnlich uniformierten Köpfen allmorgendlich zum Frühstück und (wir sind ja so stolz auf unser Tempo) allstündlich neu aufgewärmt vorgetischt wird. Diese glaubwillige Bereitschaft war das Unglück in der Vorkriegszeit, sie ist die größte Gefahr seit 1918.

Dem Plan des deutsch-österreichischen Zollzusammenschlusses wie der Art seiner Konzipierung und "Verlautbarung" ist ein positives Verdienst nachzurühmen: Er hat Europa aus seinem Hindämmern in gewisser Selbstzufriedenheit geweckt, hat die Notwendigkeit erhöhter Aktivität für die politisch-wirtschaftliche Gestaltung des Kontinents dargetan, und es ist deshalb die Aufgabe, nach dem guten englischen Wort, to make the best of it. Vorher freilich muß dieser vielverzweigte Komplex analysiert werden, um Absichten von unfreiwilligen Möglichkeiten zu sondern, um Ziel und Weg zu bestimmen, um schließlich Idee und politische Gegebenheiten mit einander in Einklang bringen zu können. Ist dieser Plan auch unerwartet aufgetaucht,

so ist er doch nicht wie Athene dem Haupt des Zeus entsprungen sondern ein konsequentes Ergebnis inkonsequenter deutscher Nachkriegspolitik, einer Art von Politik, vor der seit Jahr und Tag und fortgesetzt hier gewarnt worden ist. Es ist kein Zufall, daß das Ausland in diesem Plan (der an sich als Beginn eines kontinentalen Zusammenschlusses zu begrüßen wäre) den Keim zu einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa zu erkennen glaubte. Man hatte in Deutschland diese Absichten in den letzten Jahren zuerst von rechts propagiert, die Linke hatte sie dann, wie zahlreiche, früher hier wieder-gegebene Äußerungen beweisen, bereitwillig übernommen, und man hat sie so lange diskutiert, bis sie als selbstverständliches Ziel deutscher Politik in den Köpfen festsaßen. Der tiefste Grund für diesen unzeitgemäßen Schein-ausweg wie für alle wechselnden Kombinationen deutscher Außenpolitik, für dieses ständige Schwanken zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd ist die Abneigung gegen die Einfügung in das europäische Kontinentalsystem, die Hoffnung doch noch einmal, sei es mit unverbindlicher Unterstützung Englands, sei es mit Hilfe der russischen Dampfwalze, sei es in Einheitsfront mit Italien als dem Protagonisten der übrigen revisionsbedürftigen Staaten, zu einer neuen Weltmachtstellung durch Beherrschung des Kontinents, statt durch Zusammenarbeit mit seinen Völkern, zu kommen. Unsinnig gewiß, zumal im Hinblick auf Englands nie aufgegebenes Doktrin des Mächteausgleichs, ebensowenig in das Schema eines italienischen *sacro egoismo* passend, aber doch als Wunsch geträumt. Man hängt in dem angeblich "dynamischen" Deutschland viel mehr als in dem "statischen" Frankreich an dem Traum einer nationalen Staatsindividualität, einer durch keine Konzession an die europäische Gemeinschaft gemilderten nationalstaatlichen Souveränität zu einer Zeit, da (es wird schlagwörtlich bei uns ja bis zum Übermaß wiederholt) bereits in Kontinenten nicht nur gedacht sondern gehandelt wird. Ein ergiebiges Feld, dieser Zustand, für die moderne Psychologie, der wir den Begriff der Verdrängung verdanken, in Anwendung auch auf die Massenpsychologie. Hinzu kommt, was man in Frankreich sehr richtig erkannt hat, was zum Beispiel der Temps am 3. April sehr gut darstellte, ein innenpolitisches Bedürfnis, das Bedürfnis den Nationalsozialisten »den Donner zu stehlen«. Das halbamtliche französische Organ sagte dazu:

»Zur Zeit Stresemanns zeigten die Regierer des Reichs bei den internationalen Verhandlungen einige Nachgiebigkeit (*souplesse*), weil sie sich der Unterstützung der Sozialdemokraten versichern mußten für den Erfolg einer Politik der Entspannung und Verständigung, von der sie die größten Vorteile erwarteten; jetzt, da diese Vorteile erreicht sind, nehmen sie auf internationalem Gebiet wieder den Ton und das Verfahren des alten kaiserlichen Deutschlands auf, um so die nationalen Parteien zu beruhigen, deren Mitwirkung für sie unerlässlich ist, wenn sie gleichzeitig gegen die Hitlersche Reaktion und die bolschewistische Revolution regieren wollen.«

Diese gefährliche Abhängigkeit der Außenpolitik von vermeintlichen innenpolitischen Notwendigkeiten ist hier ebenfalls schon früher warnend aufgezeigt worden. Es hat allgemeine Gültigkeit, was Léon Blum, der des Chauvinismus gewiß unverdächtig ist, am 3. April im Populaire hierzu sagt. Auch er glaubt, daß der Außenminister Curtius und »vielleicht Herr Brüning« auf innenpolitische Wirkung, auf Anziehung der fluktuierenden, von der Hitlerbewegung beeinflussten Masse spekulieren, fährt dann aber fort:

»Ich glaube persönlich, daß ihre Rechnung falsch war, und daß man immer falsch handelt gegen feindliche Ideen so zu kämpfen, daß man ihnen Genugtuung gibt oder Konzessionen macht: man entwaffnet nicht den Gegner, man stärkt ihn; es ist die eigne Partei, es sind die eignen Thesen, die man so schwächt.«



AT man heute noch in Frankreich Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Regierung, schenkt man grade dem Reichskanzler Heinrich Brüning auch jetzt noch ausgedehnten Kredit, indem man seinen Mut und seine Geschicklichkeit rühmend hervorhebt, so ist andererseits das Vertrauen in Deutschlands Zuverlässigkeit schwer erschüttert. Da ist nicht zuletzt die *Methode*, die ohne Unterschied der Parteien, vielleicht am heftigsten sogar von links, verurteilt wird. A la Rapallo; das ist das Stichwort. Und ebenso steigt aus den Tiefen der Erinnerung das böse Wort vom »Fetzen Papier« auf. Versteht man bei uns solche Stimmung? Sie bedeutet Abschluß von der übrigen, nicht nur der französischen Welt, sie bedeutet "Einkreisung".

Nun ist es freilich nicht Deutschland sondern Österreich, das durch den Vertrag von Saint-Germain und das Protokoll von Genf von 1922 gebunden ist, und, soweit die rein juristische Seite des Problems zur Debatte steht, wird man sich allerdings, wie das schon die erste diplomatische Demarche zeigte, an Österreich halten. Aber das ändert nichts daran, daß man die Hauptlast der Verantwortung auf Deutschland legt. Es ist daher ebenso kindlich wie verstimmend, wenn man zwar in eine Diskussion der ganzen Materie vor dem Genfer Forum einwilligt, diese aber auf den juristischen Fragenkomplex beschränken, die politische Fragestellung ausschalten will.

In den ersten beiden Punkten des Protokolls über die geplante deutsch-österreichische Zollunion wird diese ausdrücklich als ein »regionaler Vertrag« nicht besonderer Art sondern von europäischer Tendenz deklariert. Aber die Tatsache, daß man, statt vorher auch mit den anderen europäischen Staaten über den Beitritt zur Zollunion zu verhandeln, Europa vor ein fait accompli stellen zu wollen schien, bewirkt, daß das Ausland jene beiden Punkte als einen Duplicationsversuch auffaßt. In der vorbereitenden Kombination erscheint Deutschland als der unumschränkt beherrschende Teil. Es saugt, wie sich französische und tschechoslowakische Blätter ausdrückten, Österreich auf, es will, wie man dort argumentiert, sich die industriellen Reste der ehemaligen Donaumonarchie einverleiben. Die anderen Staaten des europäischen Ostens und Südostens vermuten nun, daß die Gewährung des Beitritts zu dieser Zollunion für sie als die unverhältnismäßig schwächeren Unterordnung, Unterwerfung bedeuten soll. So faßt es vor allem die Tschechoslowakei auf. Dieser Nachfolgestaat, dessen Hauptbevölkerung langjährige nationale Bedrückung noch spürt, fühlt sich keineswegs beruhigt, wenn die Ausdehnung der deutsch-österreichischen Zollunion auf Ungarn, Rumänien und Südslawien in Aussicht gestellt wird: eine Konzeption, die vorläufig noch durchaus einseitiges Gepräge trägt. Die immerhin durch Schlamperei gemilderte schwarz-gelbe Herrschaft gegen eine reichsdeutsche zu vertauschen, auf Umwegen zur Selbstaufgabe gezwungen zu werden ist eine Aussicht, die in Prag zu nichts anderm als zur Gegenaktion mit allen Mitteln lockt. Man bezeichnet es dort als eine Unaufrichtigkeit die deutsch-österreichische Zollunion mit Regionalverträgen zu vergleichen, die den Zusammenschluß der südosteuropäischen Agrarstaaten zum Ziel haben. Hier handelte es sich nämlich, was auch der Deklaration Johannes Schobers auf der Europakonferenz entspricht, um eine Verbindung zwischen gleich starken Staaten. Ein solcher Zusammenschluß trüge allerdings zur Förderung eines europäischen Zusammenschlusses auf der Basis der Gleichberechtigung und

gleichen Anerkennung der einzelstaatlichen Bedürfnisse bei. Anders der deutsch-österreichische Plan. Er hätte, wie man in Prag und auch sonst auf dem Kontinent befürchtet, die Abhängigkeit Mittel- und Osteuropas vom Deutschen Reich im Gefolge. Sobald aber solche droht, würde der Drang nach nationaler Unabhängigkeit, die man nur im Rahmen eines allgemeinen europäischen Systems oder eines Regionalvertrags nach Art des vorerwähnten einschränken ließe, zu einer Gegenaktion größten Stils führen. Und selbst wenn etwa Ungarn und vielleicht auch Rumänien oder Bulgarien sich den deutsch-österreichischen Losungen geneigt zeigten, würde die Tschechoslowakei, würden Polen und Jugoslawien erst recht noch engern Anschluß an Frankreich suchen müssen. Ebenso sehr aus politischen Gründen wie aus wirtschaftlichen; denn die deutsche Rechnung läßt die Finanzierungsbedingung gänzlich außer Ansatz. Da aber kommen sich die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Agrarstaaten und ihre mit Frankreich gleichgerichteten politischen entgegen¹. Europa wäre dann von neuem in 2 Mächtegruppen gespalten, die sich gegenseitig eifersüchtig bewachen und bekämpfen würden.



UN glaubt man freilich in Deutschland in diesem Schachspiel mit Italien als einem Springer rechnen zu können. Man tut sich in der deutschen Presse nicht wenig darauf zugute, daß Italien in seiner Presse wie auch offiziell sich bei der ganzen Debatte um die Zollunion sehr zurückhält. Wie immer, wenn kleine Schwierigkeiten den politischen Gestaltungswillen Frankreichs zu durchkreuzen scheinen, diskontiert man in Deutschland auch jetzt wieder mit kaum verhüllter Freude das angeblich endgültige Scheitern der französisch-italienischen Flottenverständigung. Ein Blick in den Temps vom 4. April 1931 könnte die Übereifrigen schnell belehren, wie kaltblütig man in Frankreich diese »Zwischenpause« beurteilt, wie klar man sich dort über den Grund der italienischen Zurückhaltung ist, wie genau man weiß, »daß die Existenz der Kleinen Entente und der Einfluß Jugoslawiens sehr wohl die anscheinend unerklärliche Haltung der italienischen Diplomatie erklären können«. Aber all diese Sorgen würden im Ernstfall und endgültig, so wird da weiter ausgeführt, niemals die Haltung Italiens bestimmen. Entscheidend wäre die Gefahr, die sich für das neue Italien durch die »Bildung eines von Deutschland vollständig beherrschten Mächteblocks in Mitteleuropa« ergäbe, der »zwangsläufig auf den "Drang nach Osten" und auf den Vorstoß nach einem Ausgangspunkt auf das Adriatische Meer, das heißt auf einen Vorstoß nach Triest, zurückgreifen würde«. Aus diesen Bedingungen folgert der Temps: »Die Diplomatie von Rom ist viel zu unterrichtet und verfügt über einen viel zu klaren Sinn für politische Realitäten, um nicht zu begreifen, daß Italien in einer für es so lebenswichtigen Frage nur die Karte seiner dauernden Interessen ausspielen kann, die der "Anschluß" unter der einen oder einer andern Form aufs schwerste gefährden würde.«

Man braucht den Temps nicht zu ergänzen, um die Absurdität der Hoffnung auf italienische Hilfe im Kampf gegen Frankreich und Europa darzutun.

Wird man vielleicht in Erinnerung an die Kriegszeit schließlich in Deutschland sich die Illusion eines hilfreichen Italiens rauben lassen, wird man vielleicht die politischen Kraftlinien und Aspirationen dieses Landes begreifen und danach schließlich sich umstellen, so wird es um so schwerer sein die deutschen Politiker zu einem Verzicht auf den Glauben an England zu brin-

¹) Siehe dazu *Maas* Das andere Europa, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 237 und folgende.

gen. So sehr überlegen man sich im Grunde dem "Erbfeind" Frankreich gegenüber fühlt, so gern erträgt man angelsächsisches Herrentum, fügt sich gern in die Rolle des demütigen armen Veters, der für Geschenke, und seien es auch nur armselige Almosen, dankbar ist. Das um so lieber, als man die Grundlinien der britischen Politik nicht sieht oder nicht sehen will, als man England mit Ergebenheit die Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent zuerkennt und die Zusammenhänge zwischen britisch-imperialer und britisch-europäischer Politik trotz dem Weltkrieg noch nicht erfaßt hat. Deshalb radotiert man auch in schönster Ahnungslosigkeit über die Rolle Englands in dem gegenwärtigen Streitfall, und da man die Motive für das Handeln des Foreign Office, so wie sie greifbar sind, nicht greifen kann, konstruiert man Motive, die dem Geist entsprechen, den man begreift. So möchte man am liebsten den armen Henderson aus den Klauen des "Hexenmeisters" Briand retten, und während man diesen, ohne seine entscheidende Rede gelesen zu haben, aller möglichen bösen Absichten bezichtigt, sieht man in Henderson nur das beklagenswerte Opfer französischer Ränke. Denn England hat ja, wie Kurt von Stutterheim im Berliner Tageblatt vom 31. März 1931 berichtet; »ein gewisses platonisches Verständnis für die Leiden und Nöte Deutschlands«. Daß es allerdings höchst platonisch ist (und immer war) kann die Freude darüber nicht dämpfen, daß doch einmal »die Ruhrbesetzung hier allgemein verurteilt« wurde, »der Polnische Korridor und die einseitige Abrüstung als unerträglich gelten«, und so fort in schönstem Verständnis der britischen Politik, der der Völkerbund (dem man doch schon geraten hat »seinen Laden zu schließen«) nach Kurt von Stutterheim »sakrosankt« ist. Solche Ahnungslosigkeit eines Londoner Korrespondenten (es ist nur ein Beispiel) macht sich ganz naiv in dem Blatt breit, dessen Chefredakteur Theodor Wolff als einer der ersten auf die Gefahren des Zollunionsplans aufmerksam gemacht hat, und dessen Pariser Korrespondent Paul Block am 4. April, leider ohne Nutz und Frommen für deutsche Leser, das verzerrte Bild des "Hexenmeisters" durch Zitate aus seiner Senatsrede wieder zurechtzuzeichnen sucht. Aber leider ist Kurt von Stutterheim die Regel des deutschen Auslandskorrespondenten, und Paul Block die Ausnahme.

Die Motive Arthur Hendersons, um darauf zurückzukommen, sind nach allgemein deutscher Interpretation: einmal die Abhängigkeit von Briand, sodann, was damit im engsten Zusammenhang steht, die Furcht vor einem Scheitern der Abrüstungskonferenz von 1932. Hier ist allerdings ein wirklicher Beweggrund berührt. Dieses Motiv ist identisch mit dem Schlagwort von der "Freiheit der Meere", über die der Unterhausabgeordnete und Lieutenant-Commander Joseph Montague Kenworthy in der Vossischen Zeitung vom 5. April 1931 einige sehr unzweideutige Ausführungen machte. Nur ein Passus sei daraus zitiert. Kenworthy stellt fest, daß England sich bis zum heutigen Tag weigert »auf das Recht der Blockade zu verzichten«, und daß damit Frankreich das Argument auf seiner Seite hat, »daß es als kleine Seemacht eine große Unterseebootflotte brauchte, um der Drohung der stärkern Seemacht seine Seewege abzuschneiden zu begegnen«. Und dann die eigentlich entscheidende Stelle in seinen Ausführungen:

»So ist auch heute noch die ungelöste Frage der "Freiheit der Meere" das Haupthindernis für die Seeabrüstung. Solange die kontinentalen Mächte eine Seeblockade fürchten oder auch nur zu fürchten vorgeben, können sie das Recht verlangen große Unterseebootflotten und überhaupt eine möglichst starke Seemacht zu unterhalten.«

Auch von diesem offenerzigern Engländer wird man sich in Deutschland schwerlich über die Beweggründe und Tendenzen der britischen Außenpolitik belehren lassen. Noch viel weniger ist man geneigt den *sacro egoismo* Großbritanniens, der weniger deklamiert als ausgeübt wird, politisch zu werten. So muß man im Dunkeln tappen und kann trotz Bagdadbahn und ihren Folgen nicht verstehen, daß England auch nicht einen Tag die mögliche Bedrohung seines Wegs nach Indien durch ein von Deutschland beherrschtes Mitteleuropa mit dem "Drang nach Osten" und nach dem Mittelmeer dulden würde. Daß hier der Grund für Hendersons Verhalten zu suchen sein könnte, das ist, soweit wir es überblicken können, noch in keinem deutschen Blatt auch nur angedeutet. Freilich erschwert die Erkenntnis der Umstand, daß die Haltung Englands nicht eindeutig ist und auch nicht eindeutig sein kann. Sowenig Deutschlands Hegemonie in Mitteleuropa in die britische Politik paßt, noch weniger fügt sich in diesen Rahmen die Einigung des Kontinents. Die Gründe dafür sind hier so oft erörtert worden, daß eine Erläuterung überflüssig sein dürfte. Wenn England »platonisches Verständnis« für Deutschland zeigt, wenn Kurt von Stutterheim »freundliche oder zumindestens objektive Beurteilung der Zollunion durch die City und die beiden großen Finanzblätter Londons« feststellt, so grade deshalb, weil diese Methode eine Zollunion in die Wege zu leiten *nicht* den Keim zu einer Einigung des europäischen Kontinents in sich trägt, im Gegenteil geeignet ist diesen Zusammenschluß zu erschweren. Man wird in Deutschland nicht verfehlen solche aus der tatsächlichen politischen Situation sich ergebende Erklärung für die doppelseitige Attitüde Englands als konstruiert zu bezeichnen, denn sie ist nicht so simplistisch wie die schöne Erklärung der "Abhängigkeit von Frankreich"; aber sie entspricht den Tatsachen, die sie zwanglos erklärt. Stünde nicht einer zweckvollen und vernunftgemäßen europäischen Außenpolitik Deutschlands die anscheinend unbesiegbare deutsche Anglomanie entgegen, das Auswärtige Amt hätte dem deutschen Volk die Tragikomödie um die englische Einladung erspart, man wäre nicht in dem »clair obscur« der heutigen Situation, wie Sven von Müller sie am 10. April in der *Vossischen Zeitung* schilderte, man hätte auch ohne die »Enttäuschung von Chequers« gewußt, »was die Grenzen englischer Außenpolitik« sind, und sich gehütet den von den *Times* lancierten Weekendbesuch in einen »großen diplomatischen Sieg der Wilhelmstraße« (so der *Temps* am 9. April) umzudeuten.



HEMEN wir zum Ausgangspunkt dieser Untersuchung zurück, so können wir feststellen: Nach der kurzen Atempause, dem "temps d'arrêt", wird die Diskussion über den deutsch-österreichischen Plan auf der Europakonferenz und vor dem Völkerbundsrat auf breiterer Basis wiederaufgenommen werden. So bietet sich die Möglichkeit aus diesem Plan doch noch das zu machen, was in seinen Eingangssätzen zu sein er verspricht. Und das könnte, wie gesagt, sein positives Verdienst sein, daß er der Einigung Europas einen fördernden Stoß versetzt hätte. Es kann nicht verkannt werden, was unter anderm im *Pariser Peuple* der Lehrer des Internationalen Rechts an der Universität Dijon Georges Scelle in scharf pointierter Weise hervorhebt: daß die europäischen Staaten nichts getan haben, um aus dem Engpaß, in den sich Europa hineinmanövriert hat, herauszukommen, und daß das die Entschuldigung für das Sondervorgehen der beiden mitteleuropäischen Staaten ist. Und es ist Georges Scelle zuzustimmen (und ist ja nichts anderes als die von den Sozialistischen Monats-

heften immer vertretene These, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland nur durch die europäische Einigung zu vollziehen ist²⁾, wenn er sagt: »Die einzige Art und Weise dem deutsch-österreichischen Zollverein alles Gift zu nehmen ist: aus ihm eins der Elemente des kontinentalen Zollvereins zu machen.« Das aber heißt praktisch deutsch-französische Zusammenarbeit, die man auch in Deutschland (platonisch) als das A und O europäischer Zusammenarbeit anerkennt. Das heißt von der Bereitwilligkeit Frankreichs Gebrauch machen, heißt in die Hand einschlagen, die Aristide Briand ausstreckt. Auch Paul Block zitiert Briand, wie er nach dem Journal Officiel sich ausgedrückt hat: »Ich will noch immer hoffen, daß heilsame Überlegung die beiden Länder von einem bedenklichen Ziel abwendet, und daß sie auf diese Art der Welt zeigen: Wir wollen nicht auf die Politik der Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität verzichten. Wenn Deutschland und Österreich so handeln wollten, dann würden wir uns aufrichtig darüber freuen. Wir würden nicht, wie Herr Lemery es getan hat, erklären, daß wir das Vertrauen auf immer verloren haben.«

Ja, wir brauchten uns nicht zu schämen die goldne Brücke zu betreten, die Léon Blum als guter Anwalt zu bauen sucht: daß man nämlich sich in Deutschland und in Österreich nicht über die Tragweite ihres Vorgehens klar geworden, daß jenes Abkommen ein »phénomène de mésintelligence« sei. »Eine internationale Lösung drängt sich auf«, schreibt er im Populaire vom 5. April 1931 über den Schluß einer Artikelserie zum Problem der Zollunion: »Man muß in Deutschland die öffentliche Meinung dahin bringen, daß sie sich Rechnung ablegt: nicht nur über den begangenen Irrtum sondern auch über die Gründe dieses Irrtums, die zu einem großen Teil in dem Fortbestehen der Kaders und der Traditionen der alten kaiserlichen Verwaltung zu suchen sind. Man muß sie überzeugen, daß die Idee einer internationalen Ordnung ohne irgendeinen Hintergedanken anerkannt werden muß, daß ihrer wirklichen Annahme die nationale Ehre nicht nur nicht entgegensteht, daß sie sie vielmehr gebietet, daß die Hingebung an den Frieden und, wenn es sein muß, die Opfer für den Frieden die eigentliche Ehre der Völker geworden sind.«

Ziel, Weg und Methoden in Deutschland sind zu ändern, wenn der Friede in Europa gewahrt bleiben, wenn die wirtschaftliche Not und Zerrissenheit behoben, wenn die Vereinigung Deutschlands mit dem Brudervolk in Österreich erreicht, wenn Deutschland und mit ihm Europa wieder zur Ruhe kommen sollen. Es muß Schluß gemacht werden mit der Allerweltpolitik, die uns schon einmal in einen Krieg geführt hat. Das ist die Lehre aus dieser neuesten (könnte man nur sagen: letzten) Verirrung. Carl von Ossietzky trifft durchaus das Richtige, wenn er die Situation so charakterisiert:

»Überall auf Gottes weiter Erde sucht man den Schlüssel, nur dort nicht, wo er nicht etwa verborgen sondern offensichtlich mitten auf dem Tisch des Hauses liegt: in Paris! Die Reparationsfrage ist keine deutsche sondern eine deutsche und französische Angelegenheit, denn beide Völker leiden gemeinsam unter den Tributen an das amerikanische Finanzkapital. Um diese einfache Sachlage nicht wahrzunehmen, führt man in Deutschland die verrücktesten Komödien auf.«³⁾

Aber diese Komödien können unversehens in schlimmste Tragödien umschlagen. Ein Stein ist in das europäische Haus geworfen worden; wenn durch die zerbrochenen Scheiben ein frischer Luftzug einzieht, so kann er die Atmosphäre reinigen. Die Mietparteien, um bei dem Bild zu bleiben, müssen sich verstehen und verständigen. Als das "Land der Mitte" Europas hat Deutschland die Aufgabe die Verbindung nach West und Ost zu schlagen.

2) Siehe darüber *Quessol* Europa und der Anschluß Österreichs an Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 658 und folgende.

3) Siehe von *Ossietzky* Berlin-Wien, in der Weltbühne 1931 I Seite 451.

Für einen Europäischen Zollverein sind wirtschaftlich die Grundlagen bereits geschaffen. Deutschlands Industrie, Frankreichs Finanzkraft, Ost-, Südost- und Südeuropas Agrarwirtschaft, um nur diese materiellen Faktoren zu erwähnen, ergänzen sich heute in glücklichster Weise. Mit der politischen Flurbereinigung, wie das Briand von Anfang an betont hat, wird das neue Europa, wird der wirtschaftliche Aufbau beginnen müssen. Deutschland braucht den Schlüssel nur da zu suchen, wo er ist, um das Tor ins Freie zu öffnen. Es kann durch keine Kombination der europäischen Einigung zuvorkommen, aber es kann sie mehr fördern als irgendein anderes Land. Und es kann sich selbst nur in ihr und durch sie befreien.

BALTHASAR WEINGARTZ · DAS BRITISCHE IMPERIUM UND DIE ARBEITERPARTEI

KAM auch Sir Oswald Mosleys Austritt aus der Labour Party kaum unerwartet, so erregte dieser Schritt doch weit über die Kreise der Partei hinaus größtes Aufsehen. Recht auffallend war die Reportage über den Fall in der deutschen sozialdemokratischen Presse, die es als ein Glück ansah, daß der »reiche wie ehrgeizige« Sir Oswald »der Partei den Rücken gekehrt« habe, was »im Interesse der Klarheit« nur nützlich sei. Das ist natürlich keine Erklärung für die Beweggründe des Schritts; gibt es doch auch ohne Sir Oswald Mosley genug »reiche« wie »ehrgeizige« Parteimitglieder. Es grenzt stark an Irreführung, wenn die Berichterstattung über innere Parteiverhältnisse ausländischer Bruderparteien in dieser Form betrieben wird.

Nun hat man bei uns Sir Oswald Mosley mit Adolf Hitler verglichen, wohl weil er seinen Kreuzzug in "nationalem" Sinn führen will. Welch ein Widerspruch: Mosley, der ein Zukunftsziel aufstellt (mag man es ansehen wie man will), mit dem Verkünder einer Vergangenheitsideologie zusammenzustellen, den Vertreter des universalistischen Imperialgedankens mit dem Gefangenen eines ausscheidenden und einengenden Scheinnationalismus. In England sieht man die Sache richtiger. Arthur Fenner Brockway schrieb in einem Artikel Ferment der Ideen im New Leader vom 7. November 1930:

„Eine Betrachtung der parlamentarischen Debatten ergibt die Tatsache, daß die Grenzlinien der Parteien überall durchbrochen sind. Allgemein gesprochen dreht es sich um den Unterschied zwischen Jung und Alt. Es gibt 2 Typen von Rednern. Der eine betrachtet das Parlament als eine politische Arena, strebt genau so wie beim Fußballmatch nach Punkten. Der andere Typus ist unzufrieden mit diesem politischen Spiel, er sucht nach Ideen und ihrer Realisierung. Dieser ist mit dem alten, auf dem Parteisystem basierenden Spiel nicht mehr einverstanden. Vielleicht erleben wir bald eine Revolte der jungen Mitglieder der 3 bestehenden Parteien wider den Geist der alten Generation. Schließlich handelt es sich um den Unterschied zwischen denen, die den Ernst der jetzigen Lage begreifen, mit Schrecken das stetige Steigen der Arbeitslosenzahl betrachten und nach radikalen Heilmitteln suchen, und denen, die glauben mit kleinen Palliativmittelchen (die wohl in sich gut sein mögen) auszukommen, da doch weiter nichts unternommen werden könne.“

Und Brockway begann seine Gedankengänge mit folgenden Sätzen, die in der Partei nicht geringes Aufsehen erregten:

„Der 7tägige parlamentarische Kampf [über das Erwerbslosenproblem] erzeugte ein nur mageres Ergebnis. Und doch war er nicht vergebens. Er schuf Klarheit über die Stellung der 3 politischen Parteien. Von größter Bedeutung war die Tatsache, daß unbekümmert um die Grenze der Parteien sich neue Ideen bilden.“

Gibt es nun auch manche Berührungspunkte zwischen der Mosleygruppe und dem linken Flügel der Labour Party, so bestehen doch fundamentale Unterschiede zwischen beiden. Brockway sagt über Mosley:

»Mosley, der mit der "Insulierung Großbritanniens" begann, landete schließlich bei der "Insulierung des Britischen Empires".«

Der große Unterschied zwischen Mosley und seinen sozialistischen Kritikern besteht darin, daß Sir Oswald den Mut findet die Konsequenzen der einmal geäußerten Ideen zu ziehen. So herrscht wohl in der Labour Party Klarheit darüber, das Zeitalter des Laisser-faire (das eigentlich nie bestanden hat) sei vorüber, und man erklärt, weder Freihandel noch Schutzzoll seien »Heilmittel zur Beseitigung bestehender sozialer Übel«, vergißt dann aber ein anderes Mittel zu verschreiben. Hören wir Fenner Brockway:

»Die Gruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei verlangt auch Schaffung einer Kontrolle zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr, um so in allen Ländern zu einer sozialistischen Organisation zu gelangen. Ferner soll durch diese Einrichtung der Lebensstandard der britischen Arbeiter gegen das Dumping geschützt werden. Über die Methode braucht nicht gestritten zu werden. Jetzt haben wir eine Schutzmarke für alle Waren. Die Unabhängige Arbeiterpartei kümmert sich nicht um das Ursprungsland der hergestellten Waren. Worauf es aber ankommt, das ist: Unter welchen Arbeitsbedingungen wird die Ware hergestellt? Wenn also die Schutzmarke beibehalten werden soll, dann sollen nur solche Waren mit der Marke versehen werden, die unter gesunden Arbeitsbedingungen hergestellt werden, unbekümmert darum, welches Land sie herstellte. Wir würden zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards alles tun und uns des Internationalen Arbeitsamts bedienen. Auch würden wir die Investierung von Kapital in solchen nationalen Industrien unterbinden, die nicht im Einklang mit dem festgesetzten Lebensstandard stehen.«

Die Sache ist also die, daß von einer grundsätzlichen Ablehnung des Schutzzolls gar keine Rede mehr sein kann. Diese Politik veranlaßte den bekannten freihändlerischen Politiker James Arthur Spender in seinem Wochenartikel im News Chronicle vom 13. September 1930 also zu schreiben:

»Als ich gestern mit einem alten Freihändler über Finanzpolitik sprach, machte dieser eine Bemerkung, von der auch die Führer der Labour Party Notiz nehmen sollten. Er sagte: Nach wie vor glaube ich an den Wert der Freihandelspolitik, sie ist nicht nur ökonomisch einwandfrei sondern auch die beste Politik zum Ausgleich der Beziehungen zwischen den Klassen. Trotz allen Rückschlägen, die ich persönlich als Geschäftsmann erlitt, halte ich an dieser Politik fest. Nun würde aber auch ich schließlich durch beschränkte Industriezölle profitieren, die Baldwin verspricht. Ich bin auch fürderhin bereit für die Erhaltung des Freihandels einzutreten, wenn ich die Gewißheit hätte, daß die Labour Party das alte Banner aufrechterhält. Wie aber kann ich das? Man muß immer wieder bemerken, wie die Labourführer die alten Prinzipien preisgeben. Das ist so die Ansicht, die man in weiten Kreisen hört. Sie wird durch Berichte gespeist, wonach die Regierung an Freihandel nicht gebunden ist. Aus fiskalischen Gründen liebäugelt man mit dem Schutzzoll. Die Mittelschichten, die eigentlich an diesem Problem desinteressiert sind, finden es schließlich unnötig die dargebotenen Geschenke donquixotisch abzulehnen, wenn Labour sie auf Kosten ihrer Kunden anbietet. Es kann nicht ernst genug betont werden: Die Gefahr für den Freihandel droht nicht von den Konservativen oder gar den Empirekreuzfahrern, sondern von den Zweiflern sowie der unklaren Stellungnahme der Labour Party. Wäre diese Partei so klar und einwandfrei wie es die alte Liberale Partei war, die Schutzzöllner würden heute grade so gut geschlagen werden wie 1906 und 1923. Wirkliche Gefahr in dieser Hinsicht droht nur, wenn man im eignen Lager auf der ganzen Linie den Rückzug antritt.«

Alles deutet darauf hin, daß Sir Oswald Mosley ein Feind einer Politik von Halbheiten ist. Mag sein, er ist ein Draufgänger, oder gar ein ehrgeiziger Streber, aber er scheut sich nicht offen für die einmal als richtig erkannte Idee einzutreten. Auf dem vorjährigen Kongreß der Labour Party wurden grade jene Stellen seiner Rede bejubelt, die vom Schutzzoll gegen das Dumping handelten. Die Partei freilich befindet sich zwischen 2 Feuern.

Obgleich man in Wirklichkeit nicht mehr an das Freihandelsidyll der Cobden und Bright glaubt, fehlt es an Mut zum Umlernen. Im Verein mit anderen Stürmern und Drängern versuchte Sir Oswald die Partei zur Tat zu zwingen. Wie der Sekretär der Beamten-gewerkschaft William Brown, der sich freilich bis jetzt scheute der Partei den Rücken zu kehren, wiederholt hervorhob, blieben die Anzapfungen durchaus nicht erfolglos. Durch seinen Regierungsrücktritt zwang Mosley den Premierminister MacDonald James Henry Thomas das Arbeitsbeschaffungsministerium abzunehmen, um ihm das Ministerium für die Kolonien zu übertragen. Und man war gezwungen Teile des Mosleyprogramms zu übernehmen. Brown schrieb in einem Artikel Das Mosleymemorandum im New Leader vom 19. Dezember 1930:

»Daß das Memorandum vieles enthält, was mit der Kritik der Independent Labour Party im Einklang steht, ist unbestritten. Mosleys Kritik dreht sich um 3 Punkte: 1. Er will einen Regierungsrat der Fünf. 2. Er will einen Zoll auf Luxus sowie verschiedene andere Industrien. 3. Im Dokument stecken Elemente des ökonomischen Nationalismus und Imperialismus. Betrachten wir kurz die 3 Punkte. Über den 1. Punkt wird behauptet, er enthalte die Forderung nach einer Diktatur. Aber die jetzige politische Struktur ist alles andere als Demokratie, es ist deren Antithese. Die Essenz der Demokratie als praktische Methode ist doch die, daß der Grad der Verantwortung erkennbar sein muß. Wer ist beispielsweise verantwortlich für das Problem der Erwerbslosigkeit? Diejenigen, die aber hierfür verantwortlich sind, sollen der öffentlichen Kontrolle unterstehen. Das ist es, was das Memorandum vorschlägt. Zum 2. Punkt wäre zu sagen: Der Laissez-faire-Freihandelsstandpunkt steht bestimmt im Gegensatz zum Sozialismus. Wir bekämpfen die Anarchie, wollen Ordnung, und Ordnung setzt Kontrolle voraus. Wir [von der Unabhängigen Arbeiterpartei] verlangen eine Einrichtung zur Überwachung der Einfuhr sowie der Waren im allgemeinen. In bestimmten Fällen wollen wir die Einfuhr sogar unterbinden. Das sollte uns hindern in das Geschrei der Freihändler gegen das Memorandum einzustimmen. Viele Punkte des Memorandums stehen im Einklang mit unseren Forderungen. Allerdings will es in den Fällen, die durch unsere Forderungen nicht berührt werden, den Schutzzoll in Anwendung bringen. Ansichten über die Art der Kontrolle können nun nicht als grundsätzliche Unterschiede bewertet werden, weil die Unabhängige Arbeiterpartei doch für sie verpflichtet ist, besonders dort, wo es sich um Schutz von Löhnen und Preisen dreht. Hinsichtlich des 3. Punkts glaube ich doch wohl sagen zu dürfen: Ich fühle mich gefeßt gegen Vorwürfe eines versteckten Imperialismus. Auch ich würde die Welt lieber als eine ökonomische Einheit sehen als in Dutzende von Gruppen zerspalten. Aber da wir diese Gesamtheit nicht haben, will man da im Ernst sagen, wir sollten in der nun einmal bestehenden Einheit nichts tun? Eine solche Zumutung wiesen wir mit Entrüstung zurück, handelte es sich um die Lohnfrage. Warum sollen wir Vorschläge, die eine Neuordnung der fiskalischen Grundlage unseres Landes oder gar des Empires bezwecken, als Ketzerei gegen den Sozialismus verwerfen?«

Im New Leader vom 31. Oktober 1930 schrieb Fenner Brockway in seinem parlamentarischen Wochenartikel nach dem Bericht über eine Rede Sir Oswalds, in der er die Laune der Regierung aufs schärfste angegriffen und seine bekannten protektionistischen Ansichten zum besten gegeben hatte:

»Mosley verlangte, daß das Britische Empire (er bezeichnete es als die Britische Gemeinschaft der Nationen) als eine Einheit (im protektionistischen Sinn) handeln solle, er ging diesmal weiter und schlug eine Zentralbank zur Kontrollierung der fiskalischen Politik des Empires vor, um so einen kombinierten Einfluß auf die internationale Finanz zu gewinnen. Das ist der kurze Sinn einer brillanten Rede, die alle Teile des Unterhauses aufhorchen ließ. Mit dem Teil der Rede, der die Einheit des innern Markts behandelte, sind wir, von der Unabhängigen Arbeiterpartei, völlig einverstanden. Freilich, sein ökonomischer Imperialismus ist gefährlich. Auffallend war es, als er am Schluß seiner Rede einen Appell an alle richtete »sich über den gewöhnlichen Parteistandpunkt zu erheben.«

Es soll freilich nicht verschwiegen werden, daß die Unabhängige Arbeiterpartei jetzt Mosleys Standpunkt ablehnt, zwar nicht wegen seiner protektio-

nistischen Ansichten, die, wie wir sahen, zum größten Teil akzeptiert werden, sogar lange vor ihm schon propagiert wurden, sondern wegen seiner Stellung zum "Sozialismus in unserer Zeit". In seinem neuesten Manifest schrieb er: »Die nächstliegende Frage, womit wir uns zu beschäftigen haben, läßt die Frage nach der endgültigen Organisation der Gesellschaftsordnung außer Betracht. Es handelt sich um eine Not, von der die gesamte Gesellschaftsordnung bedroht wird. Diese gesellschaftliche Notlage, die unsere ganze Aufmerksamkeit erheischt, zwingt uns das Problem der Struktur einer neuen Gesellschaftsordnung zurückzustellen.« Die deutschen Sozialisten, die nach dem 14. September 1930 durch ihre Stellungnahme vor allem die Demokratie retten wollten, dachten bei ihren Maßnahmen doch auch nur an die außergewöhnliche Notlage, wobei die endgültige Gestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung keine Rolle spielte.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sind einige erläuternde Worte über die sogenannten Diktaturgedanken Sir Oswald Mosleys am Platz. Wenn Mosley eine gründliche Reform der englischen parlamentarischen Methoden fordert, greift er einen alten Programmpunkt der Unabhängigen Arbeiterpartei auf, den diese lange vor dem Krieg aufstellte und mit Inbrunst vertreten hat, als James Ramsay MacDonald noch zu den Prominenten dieser Partei zählte. Zu der Zeit, da die Labour Party noch nicht regierungsfähig war, beschwerten sich die Labourparlamentarier vielfach über die "Regierungsclique", die jede demokratische Kontrolle im Keim ersticke. In Wirklichkeit verlangte die Unabhängige Arbeiterpartei eine parlamentarische Arbeitsweise nach dem Muster des Deutschen Reichstags, wo doch seit langem die Hauptarbeit in den Kommissionen und nicht im Plenum vollbracht wird. Brown schrieb im New Leader vom 25. Oktober 1930 in einem Artikel, den er Gefesselt und getriebenes Parlament betitelte:

»Die Wurzel unserer jetzigen Schwierigkeiten ist im Kabinettsystem zu suchen, das eine Überzentralisation in den Händen der Minister zeitigt. Durch diese Zentralisation bleibt die Arbeit des Abgeordneten gelähmt. Es konzentriert sich alles in den Händen der Minister, ihrer Sekretäre sowie der Parteieinpeitscher. Der Abgeordnete steht ewig im Hintergrund. Er ist zum Statisten degradiert. Das jetzige System bildete sich, als das Parlament mehr eine legislative Kammer war und mit administrativen Problemen weniger zu tun hatte als heute. Als Illustration sei nur angeführt, daß es heute wenigstens ein Dutzend Abteilungen gibt, die früher der Kontrolle eines einzigen Amtes unterstanden, und zwar der des Innenministeriums.«

Der junge und vorwärtsstürmende Brown will als Parlamentarier mehr Arbeit und Verantwortung haben als das unter dem jetzigen System denkbar ist. Er wehrt sich dagegen »zum Strohmann verurteilt zu sein, der nur auf Kommando, wenn die Glocke ertönt, zur Abstimmung getrieben wird«:

»Was bleibt einem also zu tun übrig, wenn man im Sitzungssaal ein nicht gern gesehener Gast ist, von den mißtrauischen Augen des Einpeitschers verfolgt, doch angehalten wird, so man heimwärts ziehen will? Die Rauchzimmer, die Bibliothek, die Terrasse sind gewöhnlich stärker gefüllt als der Sitzungssaal. Viele Mitglieder werden mutlos, kommen sich als Nullen vor oder werden enttäuschte Nörgler.«

Also ohne die besonderen Reformpläne Mosleys vertreten zu wollen, muß man doch feststellen: Er ist durchaus kein Einsiedler auf diesem Gebiet.

Was uns besonders angeht, ist Mosleys Stellung zu dem immer größern Einfluß gewinnenden "ökonomischen Imperialismus". England zeigt eine zerrissene Front, wo es sich um die Frage "Freihandel oder Schutzzoll?" handelt. So schrieb das liberale News Chronicle in einem Leitartikel Arbeiterpartei und Schutzzoll am 8. Oktober 1930:

»Will Labour das protektionistische Ränkespiel mit wirklichem Erfolg bekämpfen, so muß es eine viel aggressivere wie auch eine einheitlichere Front bilden als bisher.«

Darüber muß man sich klar sein: Der Empiregedanke mit all seinen Begleiterscheinungen zieht immer größere Kreise. Das von den Gewerkschaften veröffentlichte Manifest¹, das allgemein als empirefreundlich und sogar protektionistisch betrachtet wurde, ist ein Zeichen dessen, daß sich die englischen Auffassungen über die Gestaltung der Welt wandeln. Was sich hier abspielt, ist eine Wiederauferstehung der Gedanken Joseph Chamberlains zu Anfang des Jahrhunderts. Und alles deutet darauf hin, daß diese Gedanken im England der Nachkriegszeit einen ganz andern Boden vorfinden als 1905, wo sie bei den Wahlen entscheidend geschlagen wurden und den Neoliberalismus Lloyd Georges zur Macht brachten, der zum Weltkrieg führte. Die Labour Party lehnt neben dem alten Freihandelsliberalismus des 19. Jahrhunderts auch den Wirtschaftsliberalismus von 1905 ab.

JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCH-BOLSCHEWISTISCHE POLITIK

JUBELND berichtete die deutsche Presse in der 2. Märzwoche über die Heimkehr der Delegation deutscher Industriekapitäne aus dem bolschewistischen Rußland. Es waren prominente Vertreter der deutschen Elektro-, Maschinen- und Schwerindustrie, die auf Einladung des russischen Obersten Volkswirtschaftsrats nach Moskau reisten, um den üblich tiefen Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse der Union der sogenannten Sowjetrepubliken zu nehmen. Zunächst erfuhr die deutsche Öffentlichkeit von der glänzenden Aufnahme der deutschen Delegation; Selbstverständlich wurden die Industriellen, wie man immer wieder lesen konnte, mit der allergrößten Zuvorkommenheit behandelt, die besten Zimmer der besten Hotels wurden ihnen reserviert, eine besondere Küche wurde für sie eingerichtet, für ihre Fahrten durch Moskau, Leningrad und Charkow standen ihnen dauernd Privatautos zur Verfügung. An der russisch-polnischen Grenze erwarteten sie 3 ganz neue, sehr komfortabel eingerichtete Salonwagen, die ihnen ebenfalls für alle Fahrten durch Rußland zur Verfügung standen. Es wurde jedenfalls nichts unterlassen, so versicherten die Berichte, den Gästen zu beweisen, wie sehr man sie schätzte. So hohe Anstrengungen der bolschewistischen Wirte konnten nicht ohne eine entsprechend hochgestimmte Anerkennung der deutschen Gäste bleiben, die nach den Zeitungsmeldungen von den wirtschaftlichen Leistungen des bolschewistischen Funktionärregimes ganz außerordentlich befriedigt waren.

Wie sollte das auch anders sein? Die Delegation der Industriellen war nicht nur zu ihrem Vergnügen nach Rußland gereist, sie hatte über die künftige Gestaltung des Handelsverkehrs verhandelt und schließlich auch über die Erteilung zusätzlicher Aufträge, die in einem Ausmaß von etwa 300 Millionen Mark in sichere Aussicht gestellt worden sein sollten. Die politische Bedeutung dieser Reise sollte offenbar durch die Meldung charakterisiert werden, daß die gesamte Industriedelegation sich sofort nach ihrer Rückkehr zum Reichskanzler begab, um ihn über das Ergebnis dieser Rußlandreise zu informieren. An dieser Konferenz nahm neben den meisten Ministern wegen der nunmehr im Vordergrund der Verhandlung stehenden Kreditfrage noch der Reichsbankpräsident Hans Luther teil. Durch die Erwähnung der Kredit-

¹) Siehe darüber Weingartz Auf dem Weg zum Britischen Imperium, in den Sozialistischen Monatsheften 1930. III Seite 878 und folgende.

frage wurden in den schäumenden Wein der Begeisterung immerhin ein paar Tropfen Wasser geträufelt, nachdem man anfangs aus den Schilderungen der zu erwartenden Aufträge annehmen konnte, daß mit den Käufen für die bolschewistische Wirtschaft eine Art Rettungswerk an Deutschland geschähe, daß unter dem Segen der bolschewistischen Bestellungen die Arbeitslosenzahlen in Deutschland stark zurückgehen würden. Allzubald ergab sich, daß die Bestellungen nur unter Bedingungen erfolgen könnten, die mit einer Finanzierung dieser Aufträge durch Deutschland identisch wären. Man will nur eine minimale Anzahlung, von 20 %, leisten, während für den Restkaufpreis Zahlungsfristen eingeräumt werden sollen, die bis zu 2½ Jahren reichen. Selbst für das "Russengeschäft" sind derlei Zahlungsfristen eine ungewöhnliche Belastung. Doch der Höhepunkt des Reiseergebnisses war mit dieser Mitteilung noch nicht erreicht. Die Industriellen, die von der Aufnahme- und Leistungsfähigkeit des bolschewistischen Systems so erhehend beeindruckt nach Hause gekommen waren, erklärten sich stark genug die für die Finanzierung des 300-Millionen-Auftrages notwendigen Kredite zu beschaffen, aber nur unter der Bedingung, daß das Reich für 70 % des Auftrags die Ausfallbürgschaft übernimmt. Immer wieder ist es die alte Geschichte, daß Menschen für ihre Überzeugung schwören, aber nicht wetten wollen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die selben Industriellen und die hinter ihnen stehenden Organisationen vor gar nicht langer Zeit zum letztenmal in wuchtigen Resolutionen die Einmischung der Öffentlichen Hand in die Wirtschaft als unerträglich abgelehnt haben. Und nun soll die Öffentliche Hand für sie geben, was sie selber nicht hergeben wollen.

Das Gesamtrisiko der deutschen Industrie aus laufenden Krediten in den Geschäften mit Rußland wird heute bereits auf mehr als 600 Millionen Mark geschätzt, und die Garantieverpflichtungen der Öffentlichen Hand beliefen sich schon Ende 1930 auf etwa 300 Millionen Mark. Deutschlands Kapitalkraft scheint von der Industrie und der Reichsregierung, die sich im Prinzip zur Übernahme der Ausfallbürgschaft bereit erklärte, überraschend stark eingeschätzt zu werden. Die Banken, die zu der Studienreise der Industriellen ursprünglich auch eingeladen waren, waren der Einladung nicht gefolgt. Nichts spricht dafür, daß sie gegen jene Geschäfte, zu deren Finanzierung sie doch in einem beträchtlichen Maß herangezogen werden dürften, Bedenken geäußert oder gar einen Einspruch gegen die Übernahme der Bürgschaft durch das Reich erhoben hätten. So etwas ist bei uns nicht landesüblich, obwohl auch die Banken sich ebenso entschieden wie die Industrie gegen die Einmischung der Öffentlichen Hand in die Wirtschaft geäußert haben. Immerhin hätte die Anwesenheit unserer Großbankdirektoren bei dem russischen Ausflug von Nutzen sein können, zumal sie aus dem Schatz ihrer Erfahrungen über Verluste aus dem freien Geschäft mit dem Bolschewismus einige zur Nachdenklichkeit stimmende Mitteilungen hätten machen können. In der Nachkriegswirtschaft hat man sich an manches gewöhnt. Man hat sich abgehärtet und in dem Sinn bolschewisiert, daß man in der Industrie unbeschränkt über die Mittel der Nation verfügt, ohne auf Kritik, geschweige denn auf eine wirksame Abwehr zu stoßen, man hat sich mit der Herrschaft über ungeheure Mittel in eine Verantwortungslosigkeit hineingelebt, die nach Geist und Wirkung vielleicht nur noch von der bolschewistischen Funktionärswirtschaft selber übertroffen wird.

Mit den Hunderten von Millionen, die Deutschland in die bolschewistische Wirtschaft hineingepumpt hat, sind deutschem Schaffen gewaltige Mittel entzogen worden, für die uns ohne jeden Zweifel Anlagemöglichkeiten von ungleich höherem Wert zur Verfügung gestanden hätten. Daß man trotzdem den Weg zu den zurzeit in Rußland Herrschenden immer wieder fand, kann unmöglich in der geschäftlichen Ahnungslosigkeit der deutschen Industrie- und Handelswelt liegen. Eine Erklärung dieses Zustands ist unschwer zu finden: Sie wird von der Außenpolitik geliefert oder von dem, was man in Deutschland für deutsche Politik hält. Von der Beförderung Lenins nach Rußland durch Ludendorff bis zu dem Verlangen der Industrie für einen Auftrag aus Moskau wieder die Bürgschaft des Deutschen Reichs zu erhalten führt eine grade Linie. Hier stößt man auf eine Konsequenz der deutschen Politik, die nur dann festzustellen ist, wenn der falsche Weg beschritten wird. Vom Jahr 1917 ab bis zum heutigen Tag hat Deutschland für das bolschewistische Regime in Rußland so viel getan, daß es seine Anstrengungen wirklich nicht mehr zu steigern brauchte, um zu erkennen, was damit vertan und verspielt wurde. Das gelegentliche Gezeter über bolschewistische Exzesse in den Stätten deutscher Öffentlichkeit vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es in Deutschland nicht eine einzige Zeitung gibt, in der man sagen darf, was in Rußland wirklich vor sich geht. Freilich erscheinen Woche um Woche kleine Artikel oder auch große Schriften, die die "Wahrheit über Rußland" bringen. Es ist immer die selbe Wahrheit, nämlich die, die man in Deutschland hören will. Und seit 1917 ist der russische Bolschewismus nun einmal die Hoffnung des deutschen Nationalismus. Damals gedachte man mit bolschewistischer Hilfe den Krieg zu gewinnen. Das gelang nun leider nicht, der Weg von Brest Litowsk führte vielmehr direkt nach Versailles. Aber Vorstellungen haften zäh. Seit 1918 glaubt man mit bolschewistischer Hilfe für den verlorenen Krieg Revanche nehmen zu können, jene Revanche am Rhein, die von Moskau aus gleich im November 1918 versprochen wurde.

Wie könnte die deutsche Politik sich auch heute von der bolschewistischen Freundschaft loslösen? Sie folgt englischen Weisungen, indem sie nach ihren Kräften das bolschewistische System stützt, dessen Fortbestand im Interesse der ungestörten Fortführung britischer Weltpolitik liegt. Der Zusammenschluß Europas darf nicht vollzogen, muß mindestens so lange wie möglich aufgeschoben werden: das ist Axiom britischer wie bolschewistischer Politik. Daher sind beide unversöhnliche Gegner (der eine diplomatisch freundschaftlich, der andere mit jener brutalen Scheinoffenheit, die unsere Intellektuellen gewinnt) der französischen Europapolitik. Wenn diese ein greifbares Ergebnis zu gewinnen droht, strebt man in Moskau wie in London sie durch besondere Mittel zu konterkarieren. So jetzt vor dem Zusammentritt der Europakommission durch die Reise der Industriellen nach Rußland. Daß der Besuch der Deutschen in Moskau keinen wirtschaftlichen sondern nur außenpolitischen Sinn hatte, wurde in manchen Blättern auch ehrlich zugestanden; so in der Kölnischen Zeitung, die sich ja immer durch anständige Aufrichtigkeit auszeichnet. In der Tat, um jene Geschäfte mit Rußland zu machen, bedurfte es nicht solcher Reise. In Moskau geschah außer den offiziellen Besichtigungen, über deren Wert sich die Besucher ja selber klar waren, ohnehin nichts; was geschäftlich zustande kommt, kommt hier in Deutschland zustande. Jene Reise war nur als eine politische Demonstration gedacht und hat als solche auch ihren Dienst getan.

Soll die bolschewistische Orientierung außenpolitisch festgehalten werden, so ist es freilich notwendig, daß man der deutschen Öffentlichkeit das Bild eines sich dauernd konsolidierenden bolschewistischen Systems in Rußland entwirft. Diese Arbeit wird von den deutschen Zeitungen geleistet. Was hier, im wesentlichen ohne Unterschied der Parteirichtungen, im Wirtschaftsteil wie namentlich auch im Feuilleton, an probolschewistischer Stimmungserregung geleistet wird, übersteigt alles, was man geistig und sittlich für möglich halten dürfte. Man macht sich stumpf gegen die Massenmorde und die Leiden vieler Millionen Menschen, nachdem man eben noch versichert hatte aus den Erlebnissen der Blutjahre des Weltkriegs die Fortsetzung des Kriegs in anderer Gestalt mit allen nur erdenklichen Mitteln abwehren zu wollen. Die Herrschaft der bolschewistischen Funktionäre fälschte man in den Intellektuellenorganen in ein gewaltiges Ringen um sozialistisches Werden um. Man wollte in dem bolschewistischen Regime, das den Namen des wehrlosen Kommunismus annektiert hatte, wirklich so etwas wie ein System des Kommunismus oder doch wenigstens einen Weg zu ihm sehen. Daß die Ansätze zu einem Agrarkommunismus, wie sie 1917 gegeben waren, von dem Bolschewismus grade zerstört wurden, wollte niemand zur Kenntnis nehmen: begreiflich wohl deshalb, weil allen denen, die nach 1918 ihr kommunistisches Herz entdeckten, das Wesen des Kommunismus fremd war und fremd geblieben ist. Statt dessen las man die Berichte von den Rußlandreisen, die nun schon Jahr für Jahr nach einem bestimmten Schema vor sich gehen, und niemandem fiel es auf, daß die Reisenden im Grund stets nur wiederholten, was die Wirte in Moskau ihnen vortrugen oder schwarz auf weiß in die Hände geben ließen. (Es war sehr lustig, daß Theodore Dreiser bei einer Ohrfeigenaffäre auf einem Bankett in New York ganz naiv die Tatsache erwähnte, daß ja alle Rußlandreisenden Körbe von solchem Material bekommen, das sie dann als ihre Eigenberichte wiedergeben; aber traurig, daß es keinem Zeitungsleser einfiel aus dieser harmlosen Mitteilung einen Schluß zu ziehen.) Diese Rußlandreisenden haben nun bewirkt, daß man in Deutschland glaubt, alles, was der Bolschewismus seit Beginn seiner Herrschaft getan hätte, sei in seinen Wirkungen wohl bedacht gewesen und, abgestuft, schließlich durch den Fünfjahrplan gekrönt worden, der um so mehr imponiert, je weniger man die Einzelheiten seines Inhalts kennt. In Wirklichkeit hat das bolschewistische Regime weiter nichts getan als das Russische Reich aus der Weltpolitik und Weltwirtschaft auszuschalten und damit ein Werk zu vollbringen, das den angelsächsischen Interessen entsprach. So durfte denn auch Deutschland mit der Billigung Englands durch die Verbindung mit dem Bolschewismus "weltpolitisch aktiv" werden, was in Rapallo nicht begann, aber verkündet wurde.

Aus der Flut deutscher Literatur über das bolschewistische Rußland (die im ganzen nach einem Schema angefertigt ist, wenngleich manche der Autoren uns gesinnungsmäßig nahestehen und sich ehrlich um Objektivität bemühen) ragt ein Buch hervor, dessen Verfasser, Paul Haensel, zurzeit Professor in Graz, wohl den Anspruch auf ein sachverständiges Urteil erheben kann. Denn er hat mehr als 25 Jahre hindurch der Universität Moskau angehört, wo er den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft innehatte; erst 1928 verließ er Rußland. Unter der bolschewistischen Herrschaft war er seit 1921 Präsident der Finanzabteilung des Instituts für Wirtschaftsforschung, das dem Finanzkommissariat der "Sowjetunion" angegliedert war; in dieser seiner Eigen-

schaft hat er auch an den Arbeiten der Kommissariate für Außenhandel, für Auswärtige Angelegenheiten und für Verkehrswesen, auch im Staatshaushaltsausschuß, im Zolltarifausschuß und in anderen Staatseinrichtungen teilgenommen. Sein Buch Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands ist vielleicht die geistig sauberste Arbeit, die über das Thema in deutscher Sprache überhaupt erschien. Da lesen wir nun über den Fünfjahrplan: »Der gut unterrichtete Berichterstatter des Berliner Tageblatts in Moskau, Schaeffer, ist am 12. Juni 1929 ganz überwältigt von einem so weitreichenden und eigen-schöpferischen Plan, den er »das größte und in vieler Beziehung modernste wirtschaftliche Experiment aller Zeiten nennt«. »Original, nicht nur originell«, fährt er fort. »Armes altes Europa! Wenn das Experiment auch nur zu $\frac{3}{4}$ glückt, dann schon ist nicht an dem endgültigen Siege zu zweifeln. Es wäre der Sieg der sozialistischen Methode, erfochten mit den Kräften eines unverbrauchten, glaubensfähigen, begabten Volkes.« (Inzwischen ist es Herrn Schaeffer von der Sowjetregierung verboten worden wieder nach Rußland zurückzukehren!) Ich zweifle nicht im allergeringsten daran, daß dieser Plan ausgeführt werden wird, und daß er vollkommen durchführbar ist, es sei denn, daß eine internationale oder innere politische Krise oder große Mißernte seine Ausführung zum Teil untergräbt. Wenn die Verwirklichung dieses Planes als ein »Sieg sozialistischer Methoden« angesehen werden soll, so bin ich geneigt zu glauben, daß diese sozialistischen Methoden weit zurückbleiben hinter dem, was unzweifelhaft im gewöhnlichen Laufe der Dinge unter kapitalistischer Herrschaft in Rußland zustande gebracht worden wäre.«

Mit dem von Haensel genannten Paul Schaeffer überschlugen und überschlugen sich Hunderte von bürgerlichen Schriftstellern in ihrer Begeisterung für den Fünfjahrplan, über die Errichtung von Hunderten neuer Fabriken, über die Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, kurz, über Arbeitsleistungen, die alles in den Schatten stellten, was jemals außerhalb des Bolschewismus geschehen ist. Auch Haensel weist auf eine Reihe zahlenmäßig ausgezeichnete Leistungen hin. Er kennt aber die Wirtschaft zu gut, um nicht deren Relativität zu erfassen. Ein Beispiel: »Vor dem Kriege wurden jährlich etwa 100 Industrieaktiengesellschaften mit einem Kapital von etwa 200 Millionen Goldrubel gegründet. Berücksichtigt man, daß seit der Revolution Rußland wichtige Industriegebiete (Polen usw.) verloren hat, so kann der Plan der Errichtung von etwa 2000 neuen Fabriken nicht als zu anspruchsvoll angesehen werden, weil dadurch einfach eine Lücke ausgefüllt wird, die Krieg und Revolution in einem Zeitraum von 20 Jahren gerissen haben.« Außer den Aktiengesellschaften wurden selbstverständlich auch fortwährend Unternehmen anderer Art in noch viel größerer Anzahl eingerichtet. Haensel, der kein Sozialist ist und in Verkennung des Wesens des Sozialismus viele Aktionen der Bolschewisten als sozialistisch ansieht, wendet sich gleichwohl entschieden gegen die Meinung, daß der Fünfjahrplan ein wirklicher Wirtschaftsplan einer sozialistischen Gesellschaft sei. Er will keine seiner Leistungen verkleinert sehen. »Nur ist dabei ein schwacher Punkt vorhanden in Gestalt der hohen Kosten und der geringen Güte.« In der Tat ist mit den gewaltigen Mitteln, die durch den Ausverkauf Rußlands beschafft wurden, nur zusammenhanglos in verschiedenen Wirtschaftszweigen eine bunte Reihe von Betrieben errichtet worden, die, auch wenn sie in Gang gesetzt werden konnten, ohne den geordneten Verkehr mit den einzelnen Produktionen in ihrer Gesamtheit noch lange

keine Wirtschaft und erst recht noch keine sozialistische Wirtschaft ergeben. Unter teuren Bedingungen wurden und werden diese Unternehmungen durch ausländische Ingenieure, Techniker und Vorarbeiter errichtet, mit dem Effekt, daß kaum ein Betrieb seine Kosten deckt oder in absehbarer Zeit zu einer Wirtschaftlichkeit führen kann. Von einer auch nur annähernden Befriedigung des Bedarfs kann überhaupt keine Rede sein.

Das alles nähme man schließlich in den Kauf, wenn mit allen diesen Opfern und Entbehrungen eben der spätere Sozialismus erkaufte würde. Aber das Entscheidende ist, daß alles das nicht zum Sozialismus hin sondern vom Sozialismus weg führt. Das parasitäre Funktionärsregime verhindert eben das Entstehen der Produktivität menschlicher Arbeit, die die Grundlage des Sozialismus bildet. Trotz jenen Produktionsbedingungen, unter denen sich keine Industrie behaupten könnte, unternimmt der Bolschewismus noch das Dumping auf den welteuropäischen Märkten, das bewußt oder unbewußt unter dem Einfluß des Bolschewismus als eine Gefahr für Europa und wohl auch für Amerika bezeichnet wird. Aber nicht einmal das Dumping des Bolschewismus ist echt. Es ist ein Dumping mit Waren, die dem russischen Volk nicht weniger fehlen als die notwendigen Nahrungsmittel, die man den Hungernden entreißt, um sie auf den Märkten des Auslands in Valuten umzuwandeln. Daß der Bolschewismus im Land selbst bei der Wareneinfuhr das Volk in einem Maß bewuchert, wie es bisher noch keine kapitalistische Organisation in ähnlicher Weise gewagt hat, kann unmöglich als wirtschaftlicher Ausgleich für die Verschleuderung russischer Produkte im Export angesehen werden. Welche Mittel immer auch mit Hilfe des Auslands in den Fünfjahrplan hineingesteckt werden, eine Fundierung russischer Wirtschaft ist so nicht zu bewirken. Haensel legt mit Recht besondern Wert auf die Feststellung, daß in den 6 Jahren von 1924 bis 1930 allein die Einwohnerzahl der russischen Städte schätzungsweise von 22,7 auf 30,7 Millionen oder um 35 % gestiegen ist. Das macht nicht nur eine beträchtliche Vermehrung der industriellen Erzeugung nötig sondern steigert auch das Maß des Hungers von Millionen, die nicht mit dem Land verbunden sind, während auf den europäischen Märkten russisches Getreide, russische Gänse, Hühner, Eier, Butter zu Preisen verkauft werden, die kaum die Fracht decken.

Von Bourgeois durch Bourgeois und für Bourgeois wird auf Massen von Zeitungspapier über die Leistungen des Bolschewismus mit höchster Anerkennung geschrieben und gedichtet. Die Entbehrungen von Millionen des russischen Volks werden dabei en bagatelle behandelt. Und dies von den selben Intellektuellen, die in Deutschland die ausschließliche Verabreichung von Roggenbrötchen in der Mitropa oder gar die Verordnung in Restaurants und Hotels den Gästen nur Roggenbrot zu geben als eine unerträgliche Beschränkung der Freiheit und als ein Attentat gegen die Lebensfreudigkeit entrüstet verdammt haben. Es wäre vielleicht ein erwünschtes Erziehungsmittel alle unsere Intellektuellen, Industriellen, Politiker und alle die anderen, die sich für die deutsch-bolschewistische Politik einsetzen, für ein Jahr unter russische Lebensbedingungen zu stellen. Dann würde sich ihnen vielleicht solche Politik als das, was sie ist, enthüllen: als ein Selbstbetrug, der das deutsche Volk nicht von seiner Not befreit, aber ihm den Weg zu seiner Befreiung, den Weg zum Vereinigten Europäischen Kontinent, sperrt.



PAUL KAMPFFMEYER · DAS MARX-ENGELS- INSTITUT UND DIE ARBEIT SOZIALISTISCHER FORSCHUNG




M 26. Februar wurde der Leser der sozialdemokratischen Blätter durch die Nachricht überrascht, daß der Direktor des Marx-Engels-Instituts in Moskau, David Rjasanow, aus der Kommunistischen Partei Rußlands wegen Verrats an der Partei ausgeschlossen sei. In der Prawda vom 1. März 1931 stand folgender Beschluß des Präsidiums der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 17. Februar 1931: »Dafür, daß er, von der konterrevolutionären sowjetfeindlichen Tätigkeit der in der Sowjetunion befindlichen Menschewiki wissend, sie unterstützt hat, indem er ihre Verbindungen unter einander und mit der Auslandsleitung der Menschewiki herstellte (er hat die ihm vom Menschewik J. J. Rubin übergebenen Briefe des Auslandsbureaus der Menschewiki mit Anweisungen über den Block mit bürgerlichen konterrevolutionären Parteien und über die Vorbereitung der Intervention aufbewahrt), ist D. B. Rjasanow aus den Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Verräter an der Partei auszuschließen.« Das Verbrechen Rjasanows bestimmte vertrauliche Briefe der Auslandsleitung der Menschewiki aufbewahrt zu haben wird von den Menschewisten als erfunden bezeichnet. Es ist auch wirklich nicht anzunehmen, daß dem Bolschewisten Rjasanow von dem Menschewisten Rubin Briefe übergeben wurden, die die menschewistische Auslandsleitung als Konterrevolutionärin und als Anzettlerin interventionistischer Unternehmungen denunzierten. Rjasanow war stets als einer der erprobtesten Bolschewiki anerkannt. Das Präsidium der Kommunistischen Partei hatte ihn zu seinem 60. Geburtstag im Februar 1930 als den »aktivsten Kämpfer der revolutionären proletarischen Bewegung fast von den ersten Schritten der Arbeiterbewegung an«, als einen »Kämpfer für die Reinheit der Marx-Leninschen Theorie« gefeiert, und das Zentralexekutivkomitee der sogenannten Sowjetunion verlieh ihm an diesem seinem Festtag den "Orden der Roten Fahne". Und genau 1 Jahr nach dieser Feier, im Februar 1931, wurde der »revolutionäre Kämpfer«, der »unermüdliche Organisator und Leiter des einzig in der Welt dastehenden Marx-Engels-Instituts« in der Prawda als eine »rußige Ölfunzel« verächtlich beiseite geworfen. Aus der Prawda ersah man klar, daß Rjasanow, da er die Sachkenntnis hervorragender sozialdemokratischer Gelehrter für die Forschungsarbeit des Marx-Engels-Instituts verwendet hatte, als menschewistischer Verräter ausgestoßen worden war. Nun hatte Rjasanow unter den Augen Lenins und des bolschewistischen Zentralkomitees das Marx-Engels-Institut organisiert, und so war denn die Mitarbeit sozialdemokratischer Fachmänner an den wissenschaftlichen Aufgaben dieses Instituts ein offenes Geheimnis. Diese Tatsache hellt sofort die politischen Hintergründe der Amtsentsetzung Rjasanows auf: Im Hinblick auf den politischen Prozeß Gromann, Scher usw., in dem durchaus geständige "Schuldige" vorgeführt werden mußten, wurde Rjasanow geopfert; da entdeckte man plötzlich, daß ausgesprochene Sozialdemokraten die fleißigsten Mitarbeiter Rjasanows waren, daß das Marx-Engels-Institut eine »Zufluchtsstätte für die Menschewiki«, sein Leiter ein »Kumpan der Scher und Rubin« war.

Rjasanow hat mit den reichen Mitteln des russischen Staats das Marx-Engels-Institut aufgebaut. Wohl schon 1920 begann er mit seiner Arbeit. Dieses Institut sollte nicht nur die wissenschaftliche und politische Lebensarbeit Karl Marx' und Friedrich Engels' sondern die Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung und des Sozialismus bis zum Jahr 1914 umspannen. Die Moskauer Gesamtausgabe der Schriften von Marx und Engels und der von diesen beeinflussten Arbeiterbewegung sollte etwa 42 dicke Bände ausfüllen. Viele Zeitungen sind zu diesem Zweck photographiert worden. Alle Artikel, die sich mit Marx und Engels beschäftigten, wurden chronologisch gesammelt. Wahre Berge amtlicher Aktenauszüge sind in die Sammelmappen des Marx-Engels-Instituts übergegangen. Eine gigantische vorbereitende Arbeit für die geplante Gesamtausgabe ist von Rjasanow geleistet worden. Und nach seinem großen wissenschaftlichen Erbe werden nun vielfach "Hände" greifen, die eben nur mechanisch arbeitende Hände, nicht geistig schaffende Köpfe sind. Im Hinblick auf den wissenschaftlichen Charakter seiner Arbeit hatte Rjasanow nicht danach gefragt, ob die an seinem Werk tätigen Quellenforscher bolschewistisch oder menschewistisch abgestempelt sind. Das war eine durch die Sache selbst gebotene Notwendigkeit, denn Rjasanow konnte nicht unwissende Parteimänner sondern nur wissensreiche, geschulte Mitarbeiter brauchen, und diese fand er naturgemäß grade im Lager der Sozialdemokraten, die einen wesentlichen Anteil an dem Eindringen des Marxismus in den russischen Sozialismus hatten. Aber Rjasanow zog auch Gelehrte zu seiner Forschungsarbeit heran, die außerhalb des sozialistischen Parteilebens standen. Man hat noch nicht gehört, daß ihm aus der engen Fühlungnahme mit "bürgerlichen" Gelehrten ein Vorwurf gemacht wurde. In dem Plan Rjasanows lag die Erschließung auch der philosophischen Quellen, die den Marxismus befruchtet haben. Und so ist denn die deutsche philosophische Literatur, die sich um Fichte und Hegel gruppiert, in dem Moskauer Marx-Engels-Institut vorzüglich vertreten. Ein deutscher Professor, der sich in die wissenschaftlichen Schätze dieses Instituts hineingearbeitet hatte, tat einmal den bezeichnenden Ausspruch, daß sich ohne das Marx-Engels-Institut nicht erschöpfend über den Philosophen Fichte schreiben ließe. Das gilt auch für ganze Zweige der Arbeiterbewegung überhaupt. Eine Flucht von Zimmern faßt die Geschichte der Pariser Commune zusammen, und möglicherweise werden künftige Historiker der Commune nach Moskau pilgern müssen, wenn sie ein fast lückenloses Material über diese Geschichte verarbeiten wollen. Das Moskauer Marx-Engels-Institut war das einzige geistige Aktivum des bolschewistischen Regimes. Immer kommt ein Zeitpunkt, da der Geist den Trägern der Macht verdächtig wird. Und daher demolieren die Moskauer Gewalthaber jetzt den geistigen Bau, den sie früher einmal errichten ließen.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß ein Kurswechsel in der Arbeit des Marx-Engels-Instituts eintritt. Zunächst können allerdings die Nachfolger Rjasanows noch aus dem Vollen schöpfen, sie brauchen nur das kritisch gesichtete Material Rjasanows dem Setzer zu übergeben. Das geistige Eigentum dieses Marxforschers kann kollektiviert werden. Aber diese Art "Kollektivierung" wird schon den Stempel des Stalinkurses tragen. Die Nachfolger des "Parteiverräters" Rjasanow werden durch ihre Publikationen zu beweisen suchen, daß mit ihnen erst der hieb- und stichfeste Bolschewismus in das Moskauer Institut eingezogen ist. Jedenfalls scheinen sie

jetzt schon eine sorgfältige Auslese unter den wissenschaftlichen Arbeitern des Instituts halten zu wollen. Das Moskauer Institut verfügte über einen gewaltigen Apparat wissenschaftlicher Hilfskräfte. Wohl 230 bis 240 Angestellte waren in der Deutschen, Französischen, Englischen, Slawischen usw. Abteilung und in den philosophischen, ökonomischen und soziologischen Fachzirkeln beschäftigt. Fast in allen Hauptstädten Europas: in Berlin, Paris, Brüssel, London, Zürich, trugen geschulte Kräfte das wissenschaftliche Material für die Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung zusammen. Jetzt soll nach verbürgten Nachrichten dem ganzen Stab von Mitarbeitern, mit Ausnahme von 20 bis 30, gekündigt worden sein.

Das Marx-Engels-Institut bietet also heute keine genügende Garantie für eine Fortsetzung der Forschungsarbeiten Rjasanows. Ein Streiflicht auf den "Geist", in dem es seine Arbeit zu führen gedenkt, wirft vielleicht die Publikation eines Marxbriefs über den jungen Karl Kautsky, eines Briefs, den ein "menschewistischer" Marxforscher an Rjasanow übermittelt, und um dessen diskrete Behandlung (Veröffentlichung erst nach dem Tod Kautskys) er gebeten hatte. Der Brief enthält nichts als ein vorschnelles Urteil Marxens über Kautsky. Die selbstverständliche Berücksichtigung der Wünsche des Briefzustellers wird von den Machthabern, die nun auch die wissenschaftliche Forschungsarbeit des Marx-Engels-Instituts unter ihre Diktatur gestellt haben, als eine Unterschlagung, als eine Verräterei Rjasanows denunziert. Vielleicht werden die Stalinisten dem Marxforscher Rjasanow noch die Nichtveröffentlichung von intimen, in bestimmten verdrießlichen Stimmungen geschriebenen Privatbriefen als Staatsverbrechen ankreiden, weil durch deren Veröffentlichung die verhaßten "Sozialpatrioten" und "Sozialfascisten" in den Augen ganz unkritischer "Kommunisten" herabgesetzt werden können. Jedenfalls wird sich die deutsche Sozialdemokratie, wird sich die Zweite Internationale auf ganz skrupellose Angriffe der heutigen Leiter des Moskauer Instituts vorbereiten müssen. Briefe und Dokumente, die dem Moskauer Institut zur Förderung rein wissenschaftlicher Arbeit von dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von den Dokumentensammlern der Sozialistischen Parteien anderer Länder zuzugingen, werden demagogisch ausgedeutet und, nachdem der Sinn entstellt ist, zu einem wahren Trommelfeuer gegen die Sozialdemokratie aller Länder ausgebeutet werden. Das Moskauer Forschungsinstitut wird vermutlich in ein Kampfinstitut gegen die Sozialdemokratie verwandelt werden.

NDES, was die Stalinisten auch planen mögen, es sind nicht allein ihre Kampfbestrebungen, die uns Sozialdemokraten zur verstärkten Sammlung und Musterung unseres wissenschaftlichen Rüstzeugs bestimmen werden. Nach der Amtsentsetzung Rjasanows haben wir gar keine Garantie mehr, daß das Marx-Engels-Institut die sozialistische Forschungsarbeit in objektiv wissenschaftlicher Weise fortsetzen wird. Das legt uns, und das ist das wirklich entscheidende Moment, eine großzügige Erweiterung und Vertiefung unserer sozialistischen Forschungsarbeit auf. Es ist nun freilich ausgeschlossen, daß die internationale Sozialdemokratie einen so großen Hilfsapparat wie das Moskauer Institut, nämlich 220 wissenschaftliche Kräfte, zur Pflege der sozialistischen Forschung einstellen kann. Eine gewisse Zusammenfassung der wissenschaftlichen Tätigkeit der internationalen sozialistischen Archive kann das Sekretariat der Zweiten Internationale in Zürich anbahnen.

Ein erster Schritt zu dieser Zusammenfassung ist übrigens schon in der sozialistischen Enzyklopädie gegeben, die als International-Sozialistisches Handbuch in 3 Bänden in Berlin im Parteiverlag Dietz herauskommt. In Deutschland wäre im Interesse der sozialistischen Forschung zunächst eine Organisation anzustreben, die einen festen Zusammenhang und ein gemeinsames Wirken der Archiv- und Bibliotheksleiter der 3 großen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung: der Sozialdemokratie, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung, herzustellen sucht. Durch die Vereinigung der Arbeit dieser Leiter kann man eine Übersicht über das Material gewinnen, das in den Archiven und Bibliotheken der 3 führenden Organisationen aufgestapelt ist. Als Zentralsammelstelle empfiehlt sich das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin. In diesem liegt heute schon ein umfangreiches Material an Dokumenten und Briefen der sozialistischen Arbeiterbewegung (die Erbschaft der Marx, Engels, Jung, Becker usw.) vor. Die großen Archive und Bibliotheken senden ihre Kataloge über das ihnen gehörige Urkunden-, Brief- und Büchermaterial diesem Archiv zu. Über den Austausch des Materials für Studienzwecke werden dann zwischen den leitenden Instituten bestimmte Abmachungen getroffen. Die Archive und Bibliotheken der führenden Organisationen verständigen sich über bestimmte Neuanschaffungen des gedruckten und handschriftlichen Quellenmaterials. Im Auge ist zu behalten, daß einer Verstreuung des Quellenmaterials möglichst vorgebeugt werden sollte.

Dann ist weiter die Berliner Zentralsammelstelle, eben das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu einem Institut für die theoretische und historische Forschung des Sozialismus auszubauen. Institute wie das im Aufbau begriffene Marxmuseum in Trier sind nur als Filialen des Berliner Archivs zu betrachten. Eine weitere Forschungsstelle würde die Aufbringung sehr erheblicher Mittel von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heischen und zu einer den Zweck der wissenschaftlichen Forschung direkt schädigenden Verzettlung des Studienmaterials führen. Berlin ist heute der Sitz der großen Staatsarchive und Staatsbibliotheken, deren Benutzung für jeden sozialistischen Forscher eine Notwendigkeit ist. Wer in Berlin das Archiv der Sozialdemokratischen Partei benutzt, wird in vielen Fällen auch in den Berliner Staatsbibliotheken arbeiten. Im Kontakt mit den Staatsarchiven Berlins sucht ferner das Archiv der Sozialdemokratischen Partei das Urkunden- und Aktenmaterial photographisch aufnehmen zu lassen, das für die Geschichte des Sozialismus von ausschlaggebender Bedeutung ist. Im Geheimarchiv des Preußischen Staats sind allein in den Akten des Berliner Polizeipräsidiiums so viele Urkunden, Berichte, Zeitungsnotizen aufgehäuft, daß sie nach gründlicher kritischer Sichtung die Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands sehr beträchtlich bereichern werden. Und diese Sichtung ist nur durch eine eingehende Konfrontation mit der Urkunden-, Brief- und Zeitungssammlung des Berliner Archivs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands möglich.

Mit der Einsetzung dieses Berliner Archivs zur Zentralforschungsstelle für die Theorie und Geschichte des Sozialismus ist das Programm der sozialdemokratischen Forschungsarbeit noch nicht erschöpft. Von Zeit zu Zeit sollte diese Zentralforschungsstelle kleinere und größere Schriften über die Geschichte und Theorie der politischen, gewerkschaftlichen und genossen-

ungefähr die Waage halten. Man kann etwa sagen, daß nach den großen Verlusten, die das Französische im 1. Jahrfünft nach dem Weltkrieg erlitten hat, in den letzten Jahren eine Art von Stabilisierung eingetreten war. Grade im Hinblick darauf, daß sich das Französische derart zu halten vermochte, hat es das Preußische Unterrichtsministerium bisher vermieden dem eifrigen Drängen der Befürworter des Englischen weiter nachzugeben. Doch nach Lage der Dinge muß jetzt bald eine Entscheidung erfolgen.

Ihrer Vorbereitung dient ein Vorschlag zu einer Neureglung, den der Unterrichtsminister im März den Provinzialschulkollegien und Regierungen übersandt hat. Danach soll, mit Ausnahme des Gymnasiums, des Reformgymnasiums und der gymnasialen Studienanstalten, das Französische 1. moderne Fremdsprache bleiben respektive wieder werden; erst beim Einsetzen der 2. oder 3. Fremdsprache sollen die Schulen entscheiden, ob Französisch oder Englisch die Hauptfremdsprache werden soll. An den gymnasialen Anstalten hingegen wird grundsätzlich Englisch als verbindliche neuere Fremdsprache eingeführt, und Französisch wird wahlfrei. Durch eine Durchführung dieses Vorschlags würde immerhin die Einheitlichkeit des Unterbaus der verschiedenen Grundtypen erreicht werden, und auch auf der Mittelstufe würden Übergänge von einer zur andern Schule ermöglicht.

Es ist zu erwarten, daß die Vorschläge des Ministeriums auf starken Widerstand stoßen werden, denn sie widersprechen dem in Deutschland herrschenden proangelsächsischen Geist (der sich besonders fortschrittlich vorkommt, während er in Wahrheit nur konventionellen, überholten Anschauungen folgt).

2 · GRÜNDE UND GEGENGRÜNDE

BEZEICHNEND ist, daß sich die Fachvertretung, der Deutsche Neuphilologenverband, einer Stellungnahme zum Sprachenstreit sorgsam enthalten hat. Das heißt mit anderen Worten, daß sich eine pädagogisch begründete und allgemein überzeugende Entscheidung nicht hat fällen lassen. So findet man in den Fachzeitschriften diametral entgegengesetzte Ansichten über diese Frage vertreten; Erfahrungen stehen gegen Erfahrungen; die Bildungswerte der einen Sprache werden gegen die der andern ausgespielt und umgekehrt; die Bildungskraft der einen Kulturwelt wird gegenüber der der andern herausgehoben und umgekehrt; schließlich wird auch mit besonderm Nachdruck auf den praktischen Nutzen der Kenntnis des Englischen verwiesen. Ähnlicher Art sind die Gründe, die auch sonst, so bei den Beratungen des Städtetags und des Deutschen Philologenverbands, herangezogen wurden. Dabei wiederholt man dauernd kritiklos die Gründe, die für das Englische geltend gemacht worden sind. Englisch, pflegt man zu sagen, ist die Weltsprache; praktische Bedürfnisse fordern gebieterisch die Anerkennung des Englischen, doch auch ideelle Gründe: die Beschäftigung mit der englischen Kultur vermittele unserer Jugend die Kräfte und Werte, die ihr fehlen: Weltweite des Blicks, nüchternen Tatsachensinn, Zähigkeit, Wagemut; politische Bildung, wie sie bitter not ist, könne uns allein das Engländerum verschaffen. Damit verbunden pflegt im allgemeinen eine Entwertung des Französischen und seiner Kultur aufzutreten; Frankreich, so hört man ahnungslos behaupten und gedankenlos wiederholen, sei ein absterbendes Volk im Zustand der Dekadenz, seine Zivilisation sei ästhetisch-literarisch und trage zersetzende Kräfte in sich, denen gegenüber man besser daran täte sich vorsichtig abzuschließen.

Der Verteidiger des Französischen wird zunächst auch rein pädagogische Gründe ins Feld führen können. In dem ministeriellen Vorschlag wird von der Erfahrungstatsache ausgegangen, daß die Schwierigkeiten des Französischen nur dann mit Erfolg bewältigt werden können, wenn der Unterricht sich auf eine längere Zeit von Jahren erstreckt, während das Englische auch schon in kürzerer Zeit bewältigt werden kann. Von anglistischer Seite wird das bestritten. Vor allem aber wird von den Befürwortern des Englischen laut und eindringlich, mit dem ganzen Pathos der "Fortschritts"gesinnung, betont, daß man sich, ganz abgesehen von allen anderen Gründen, als der Wirklichkeit des Lebens zugewandter Mensch für das Englische entscheiden müsse. Es gebe, so sagt man, 200 Millionen Menschen, deren Muttersprache Englisch ist. Englisch sei die einzige Verkehrssprache von $\frac{2}{3}$ der Menschheit, Englisch sei die Weltverkehrs-, Welthandels- und Weltfinanzsprache. Eine Bevorzugung des Französischen könne darum lediglich ein Festklammern an alte und überlebte Tradition bedeuten.

Wie wirklichkeitsfremd ist dieser Versuch einer Beweisführung! Man spricht noch immer die Sprache von 1900, man bildet sich immer noch ein, daß England das Land der "offnen Tür" ist, daß das Britische Reich die Welt bedeutet. Durch den Weltkrieg und das Jahrzehnt nach dem Weltkrieg ist aber für Deutschland eine ganz neue Welt, ein ganz neuer Lebensraum entstanden, ökonomisch, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Allmählich beginnt sich immer klarer der tiefe, für kommende Jahrzehnte ausschlaggebende Gegensatz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika herauszubilden, ein Gegensatz, in dem sich England mit seiner Bindung an sein Weltreich aus Europa herauslöst und sich vor allem gegenüber Europa wirtschaftlich abschließt und sich immer stärker abschließen wird. Europa aber: das sind wesentlich Frankreich und Deutschland. Die Welt, die Deutschland offen stehen wird, wird eine von romanisch-slawischer (nicht angelsächsischer) Kulturgesinnung erfüllte Welt sein. In dieser Welt rückt aber die französische Sprache an die oberste Stelle. Französisch spricht man, außer in Frankreich, in Belgien und in der Schweiz, in Osteuropa, im Südosten Europas, in ganz Nordafrika, im Nahen Orient. Französisch ist das Verständigungsmittel in allen slawischen und in allen romanischen Ländern. Man braucht sich nur einmal ein paar Tage in Prag aufzuhalten, um einen überwältigenden Eindruck von der Macht französischer Sprache und Kultur zu erhalten. Jene Gebiete aber, in denen man Französisch spricht, sie stellen die Welt dar, die in Zukunft die deutsche Wirtschaftswelt sein wird. Wer die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren und die Welthandelspolitik verfolgt hat, muß erkennen, wie sich die angelsächsische Welt immer stärker gegen kontinentaleuropäische Ausfuhr abzusperren beginnt. Demgegenüber erinnere man sich des außerordentlichen Wachstums der deutschen Ausfuhr nach Frankreich auf der Grundlage des deutsch-französischen Handelsvertrags; man denke zugleich an unsere nachdrücklichen Versuche unsere Handelsbeziehungen in den slawischen Ländern weiter auszubauen. Vollkommen verkehrt ist es darum, wenn man, um die Bedeutung der englischen "Weltsprache" nachzuweisen, auf die Millionen englisch sprechender Menschen in der Welt hinweist. Solche Statistik beweist gar nichts. Aus der richtigen Erfassung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage der Welt und einer durch solche Besinnung geschärften Blickwendung in die Zukunft ergibt sich, daß für die

deutsche Wirtschaft ganz besonders die Gebiete in Betracht kommen, in denen Französisch gesprochen oder verstanden wird; der Osten, der Südosten und der ganze Süden Europas, der Nahe Orient und große Gebiete Afrikas; dazu kommt das gesamte spanisch-portugiesische Kulturgebiet in Europa und Amerika. Aus solcher Erkenntnis unserer und der kommenden Zeit, entgegen dem gedankenlosen und leichtfertigen Nachplappern längst veralteter Schlagworte, ergibt sich überzeugend die Forderung: Französisch als erste neuere Fremdsprache in unseren Schulen zu betreiben.

Hat man das erst einmal begriffen, so wird man sich auch auf die Bildungswerte besinnen, die Französisch und französische Kultur in sich schließen, und dann wird man sich gegen jene (böswillige oder konventionelle) Entwertung französischer Kultur zur Wehr setzen. Dazu vermittelt ein kurzer Blick auf politische Zusammenhänge wertvolle Aufschlüsse.

3 · WIE ES ZUR ZURÜCKDRÄNGUNG DES FRANZÖSISCHEN KAM



IE sich heute für das Englische einsetzen, bestreiten, daß für die Zurückdrängung des Französischen politische Beweggründe treibend gewesen seien. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Zurückdrängung des Französischen wesentlich politisch bedingt gewesen ist, freilich durch eine merkwürdige "Politik", die durch den deutschen Widerstand gegen die (vermeintlich) französische Reparationspolitik zwischen Versailles und Locarno bestimmt ist. 1923 mit der Ruhrbesetzung und dem passiven Widerstand ist der Höhepunkt der Zuspitzung erreicht: Im Januar 1923 rücken die französischen Truppen in das Ruhrgebiet ein, und am 10. Februar 1923 erscheint der Boelitzsche Erlaß. Ein zufälliges Zusammentreffen? Das könnte nur glauben, wer jene Zeit total vergessen hat. Die Wahrheit ist: Wer es damals wagte das Französische zu verteidigen, mußte fürchten als Vaterlandsverräter hingestellt zu werden. Der Reichsbürgerrat erließ im Februar 1923 eine Kundgebung, in der von der Mißstimmung weiter Kreise des deutschen Volks gegenüber der Beibehaltung des Französischen als obligatorischen Lehrfachs gesprochen wird; angesichts des Verhaltens der französischen und belgischen Regierung könne das deutsche Volk nicht mehr die französische Kultur und Sprache in dem starken Umfang, in dem das noch geschehe, zur Grundlegung der Bildung seiner Jugend machen, darum müsse das Französische als obligatorisches Fach abgeschafft werden; an seine Stelle müßten Englisch und Spanisch treten. Im Deutschen Philologenblatt vom 14. März 1923 wird die deutsche Neuphilologenschaft dazu aufgerufen aus der Not der Zeit heraus Französisch durch Englisch zu ersetzen. Einige Sätze aus jenem Aufsatz, der, wie die weiteren Hefte der genannten Zeitschrift zeigen, auf sehr starke Zustimmung stieß, seien hier im Wortlaut wiedergegeben: »In einer Zeit, wo Tausende von deutschen Schulkindern durch die Franzosen in brutalster Weise aus ihren Klassen auf die Straße geworfen werden, scheint wohl ein tieferer Grund zu der Frage zu berechtigen, ob es jetzt noch mit deutscher Gesinnung und Ehre vereinbar ist, daß an unseren Höheren und Mittleren Schulen das Französische den Vorrang unter den neueren Fremdsprachen einnimmt, und so die Jugend unseres Volkes in das Kulturgut liebevoll eingeführt wird, dessen Wert durch die Reitpeitsche französischer Offiziere den leidenden Rheinländern auf das Gesicht gezeichnet wird...

Allerdings, wenn wir auch in tiefem Herzensgrund in den schon von vielen Seiten laut erklingenden Ruf "Kein Wort Französisch mehr in deutschen Schulen!" einstimmen möchten, so wird die Säuberung unserer Schulen von gallischem Geist nicht sofort mit einem Schlag möglich sein. Aber einen Anfang müssen wir in raschem Entschluß machen: Hinaus mit dem Französischen aus allen Anfangsklassen, damit nicht gerade die empfänglichste Kindheit zu falscher Einschätzung gebracht wird; hinaus mit ihm aus allen Schulen, wo nur 1 neuere Sprache getrieben wird! . . . Sprache, Kultur und Geist der grande nation zu fördern wollen wir lieber den schwarzen Bannerträgern, ihren Landsleuten aus dem Schwarzen Erdteil, überlassen.« Es handelt sich hier nicht um eine vereinzeltete Stimme, die erkennen läßt, wie der Kampf gegen das Französische aus nationalistischer Verblendung geführt wurde. Nur ein weiteres Zeugnis noch aus dem Aufsatz eines führenden Neusprachlers, der am 28. März 1923 im Deutschen Philologenblatt abgedruckt wurde: »Erst die jüngsten Ereignisse, Frankreichs unerhörter Bruch des Völkerrechts und des Friedensvertrages, sein brutales Auftreten gegen ein wehrloses Volk, das entschlossen war von sich aus das Äußerste zur Gesundung der Welt zu tun, haben zu tief einschneidenden Verfügungen hinsichtlich der Stellung und Geltung des Französischen in unseren Schulen Anlaß gegeben. Die Unterrichtsbehörden der verschiedensten Bundesstaaten haben der Aufwallung leidenschaftlicher Erbitterung gegenüber Frankreich Rechnung getragen und erhebliche Einschränkungen des französischen Unterrichts zugunsten des Englischen oder auch der deutschkundlichen Fächer gestattet.« Gewiß wird im Boelitzschen Erlaß zur Sprachenfrage nicht auf jene "Volksstimmung" Bezug genommen. Daß der Sturm gegen das Französische aus nationalistischer Verblendung entstand und durch sie immer heftiger anschwellt, wird man aber nicht bestreiten dürfen.

Hier läßt sich rückblickend erkennen, wie solche "Politik" die pädagogische Bewegung bestimmt hat. Damals erfuhr das Französische jene sinnlose und jeder Wirklichkeit ins Gesicht schlagende Entwertung, von der es sich im pädagogischen und öffentlichen Bewußtsein noch nicht wieder erholt hat. Was seinerzeit aus nationalistischer Augenblicksaufwallung heraus geschaffen ist, möchte man heute verewigen: zum großen Teil, weil man nicht mehr erkennt, wie dieser Zustand entstanden ist. Wenn nun jetzt das Ministerium das Französische in seine alten Rechte zum Teil wieder einsetzen will, so ist das nicht eine Wiederherstellung der Vergangenheit sondern ein Schritt in die Zukunft: Aus der Gesamtentwicklung der Politik des letzten Jahrzehnts zöge man dann die pädagogischen Konsequenzen; der schwer verzeihliche Fehler, den man 1923 begangen hat, soll wiedergutmacht werden.

4 · WARUM FRANZÖSISCH?

TROTZ allen Schwankungen läßt die politische Entwicklung des letzten Jahrzehnts erkennen, daß wir uns auf dem Weg zum Vereinigten Europäischen Kontinent befinden. Immer wieder richtet politisches Ressentiment Hindernisse auf; immer wieder wirft wirtschaftliche Not sie über den Haufen. Innerhalb dieses werdenden Europas wieder tritt die deutsch-französische Verständigung in den Vordergrund: auf allen Gebieten, zuerst mit nicht aufzuhaltender Gewalt auf wirtschaftlichem, dann auf politischem, dann auch auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens. Wieder hat, wie in früheren

Jahrhunderten, ein unaufhörlicher Prozeß geistigen Gebens und Nehmens zwischen diesen beiden Völkern begonnen. Allmählich fängt man auch in weiteren Kreisen Deutschlands an wieder etwas von den schöpferischen Kräften Frankreichs zu ahnen. Die wirtschaftliche und die politische Verständigung müssen mit geistigem Verstehen Hand in Hand gehen. Das aber ist die Zukunftsaufgabe des französischen Unterrichts: zum innern Erfassen französischen Kulturstrebens zu führen, um so Europa geistig zu unterbauen.

Wie kann man es wagen von einer Dekadenz Frankreichs zu sprechen, wenn von dort Männer wie Gide, Valéry, Claudel, Duhamel, Romain, Larbaud, Ozenfant, Le Corbusier, um nur ganz wenige rasch herauszugreifen, zu uns sprechen? Wir müssen uns in Deutschland noch von Kriegs- und Nachkriegsumnachtungen freimachen und erst wieder sehen lernen, was wirklich ist und wirkt. Wie kann man nur immer von der "Staatsbürgerkunde" im englischen Unterricht schwärmen und sie als den idealen Weg zur politischen Bildung hinstellen, während man gleichzeitig dem französischen Staatsbewußtsein gegenüber blind ist und darum dem Französischunterricht keinen politischen Bildungswert zugesteht? Hier gilt es zu erkennen, daß die Große Französische Revolution die Idee des Nationalstaats in Europa am vollkommensten verwirklicht hat, daß das »Reich der Freiheit«, dem nach Marx der Sozialismus zustrebt, eine Konzeption des französischen Geistes ist, daß in Frankreich die Idee des Rechtsstaats seine schärfste Ausformung gefunden hat, daß sich in Frankreich in einer Reihe von Revolutionen der Typus des Staatsbürgers, des citoyen, ausgebildet hat, daß dieses Volk von citoyens von dem Willen beherrscht ist im staatlichen Leben Ausdruck seines eignen Lebens zu finden, im Sinn jener jetzt von uns übernommenen Formulierung: Der Staat seid ihr! Die positiven Leistungen der französischen Europapolitik sind für jeden, der sehen will, in diesen 12 Nachkriegsjahren klar hervorgetreten. Und auch ihre Wirkungen in die Weite. Man starrt bei uns hypnotisiert auf England, wenn von Kolonialpolitik gesprochen wird. Wer kennt bei uns die gewaltige koloniale Leistung Frankreichs, die nicht nur die bedeutendsten Erfolge aufweist sondern vor allem einen im Menschheitssinn höhern Typus von Kolonisation darstellt, also, im Gegensatz zur englischen Vergangenheitsmethode, Zukunftsland schafft? Diese Hinweise mögen andeuten, in welcher Richtung grade der Französischunterricht zur politischen Bildung unserer deutschen Jugend in diesen Jahren der Grundlagenkrise unseres staatlichen Lebens beitragen kann.

Hier finden wir die tiefere Rechtfertigung für Französisch als erste neuere Fremdsprache, aus der innern und äußern Lage Deutschlands heraus. Aus geistesgeschichtlicher Betrachtung und philosophischer Besinnung gelangt Hermann Platz in seiner Schrift Deutschland und Frankreich dazu die innere Ergänzungsbedürftigkeit Deutschlands und Frankreichs aus den tieferen Zusammenhängen des abendländischen Geistes zu erfassen. Seine Gedankengänge decken sich ganz mit dem Bewußtsein, das sich jetzt in Frankreich in immer weiteren Kreisen durchsetzt, und das zum Beispiel in Edouard Herriots Rede *Pour le rapprochement franco-allemand* also klar zusammengefaßt ist: »Ainsi, les barrières politiques sont tombées. Les barrières économiques s'écroulent. Il faut maintenant briser la dernière barrière: la barrière éthique. Les intérêts matériels s'accordent; les intérêts politiques se concilient. Il reste à unir les âmes. Dernier effort qui n'est assurément ni le moins pénible ni le moins nécessaire.« In Deutschland und Frankreich

wird die Schule ihre Kräfte dafür einsetzen müssen. Darum vor allem, entgegen aller nationalistischen Entwertung der französischen Kultur, aus der Bejahung der deutsch-französischen Verständigung heraus, fordern wir Französisch als erste neuere Fremdsprache in deutschen Schulen. Diese Forderung ergibt sich uns mit zwingender Notwendigkeit aus der Einsicht in die wirtschaftliche, politische und geistige Gegenwarts- und Zukunftslage Deutschlands innerhalb des Weltgeschehens. Der Blick, der sich aus solcher Gegenwartsbetrachtung der Zukunft zuwendet, erfaßt das Bild eines Kontinents, der auf dem Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs beruht, einfach weil hier der Lebensraum Deutschlands liegt. Aufgabe der Schule muß es sein Menschen heranzubilden, die fähig sind in diesem deutschen Lebensraum der Zukunft ein Höchstmaß von Kräften zu gewinnen. Darum gilt es sich endlich von Vergangenheitswertungen freizumachen. Wer sich für Französisch als erste neuere Fremdsprache einsetzt, dient der Zukunft Deutschlands.

GERHARD GLIENKE · DIE DEUTSCHE GETREIDEWIRTSCHAFT

RUSZLANDS Ausfall während des Kriegs und in der Nachkriegszeit bewirkte, daß die Anbauflächen in der übrigen Welt und besonders in Nordamerika stark ausgedehnt wurden. Die so vergrößerten außereuropäischen Ernten sind aber infolge der zunehmenden europäischen Ernten nicht mehr in vollem Maß auf dem Weltmarkt unterzubringen. Daher das starke Absinken der Getreidepreise auf dem Weltmarkt. In den nordamerikanischen Staaten ist es vor allem durch die Vervollkommnung der Landwirtschaftstechnik durch Traktor und Mährescher möglich geworden einmal die Ernten in einem bedeutend kürzern Zeitabschnitt zu bergen und damit die Ernteverluste zu verringern, zum andern aber auch infolge des beschleunigten Ernteverfahrens nördlichere Gebiete für den Getreide-, insbesondere den Weizenanbau rentabel zu machen. Schon dadurch sind die Überschüsse vor allem an Weizen bedrohlich gewachsen, und riesige Getreidemengen mußten gleich nach der Ernte in kürzester Zeit von den Elevatoren aufgenommen werden, um nicht die Preise auf dem Weltmarkt durch eine der Ernte auf dem Fuß folgende große Ausfuhr ins Bodenlose fallen zu lassen. Diese kritische Lage wurde zu einer Katastrophe, als Rußland zur Stützung des bolschewistischen Gewaltregimes Getreide unter rücksichtslosester Preissenkung auf dem Weltmarkt unterzubringen begann. Während Rußland vor dem Krieg 72,4 % des Weltgerstenmarkts, 46,6 % des Haferweltmarkts, 44,0 % des Roggenweltmarkts, 24,0 % des Weizenweltmarkts und 12,1 % des Maisweltmarkts versorgte, ging dieser Anteil durch den Ausbruch des Weltkriegs sehr schnell zurück und wurde nach der Revolution völlig bedeutungslos. An die Stelle Rußlands traten auf dem Weltmarkt Canada, die Vereinigten Staaten und Argentinien. Sie waren während des Kriegs die Brot- und Futtergetreidelieferanten für die am Krieg beteiligten Staaten der Entente, und nach dem Krieg bot sich ihnen für ihre Getreideüberschüsse durch den Bedarf der durch die Blockade stark ausgehungerten mitteleuropäischen Bevölkerung ein neues weites Absatzgebiet. Je mehr sich aber die europäischen Staaten von den Folgen des Kriegs erholten, je mehr sich ihre Agrarproduktion wieder dem Vorkriegsstand näherte, um so schwieriger mußten sich die Absatz-

möglichkeiten der Exportländer gestalten. Die dauernde Steigerung der Produktion in den europäischen Staaten und in den Überschußländern mußte die Preise sämtlicher Getreidearten um so stärker auf dem Weltmarkt drücken, als das Handelsvolumen aller Getreidearten, die für uns von Wichtigkeit sind, nämlich Weizen, Mais, Roggen, Hafer und Gerste, im Verhältnis zu ihrer Erntemenge nur sehr gering ist. Bei den für uns wichtigen und vielerörterten Getreidearten Roggen und Hafer ist das Verhältnis besonders kraß. Im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 betrug die Welternte des Weizens 117,25 Millionen Tonnen, des Roggens 45,93, der Gerste 37,82, des Hafers 68,81, des Mais 112,74 Millionen; das Welthandelsvolumen des Weizens (einschließlich Mehl) 23,00, des Roggens (einschließlich Mehl) 1,80, der Gerste 3,28, des Hafers 1,33, des Mais 8,50 Millionen. Beim Hafer beträgt das Handelsvolumen knapp 10 % seiner Weltproduktionsschwankung und nur 1,9 % der Welternte. Eine ganz geringe Steigerung der Welterntemengen muß daher eine Überschwemmung der Weltmärkte mit Getreide und damit gleichzeitig vernichtende Preisstürze zur Folge haben. In der Nachkriegszeit konnten nun in den europäischen Ländern immer größere Getreidemengen geerntet werden, und damit suchten auch immer größere europäische Getreideüberschüsse in den europäischen Zuschußländern Absatz.

Während die europäischen Überschußgebiete in einen immer schärfern Konkurrenzkampf mit den Übersceeländern gerieten, wurde die Situation noch dadurch verschärft, daß ein Teil der Länder, die bis dahin größere Getreidemengen einführen mußten, infolge ihrer eignen größeren Ernten ein kleineres Einfuhrkontingent brauchten oder zu Überschußländern wurden. Schon 1925 konnte man Absatzschwierigkeiten beobachten, als Deutschland eine bedeutende Roggenernte erzielte und besonders auch mit Polen als Konkurrent auf dem Weltmarkt erschien. Deutschland wurde Überschußland für Roggen, und die Mittel und Wege, die seinerzeit erwogen wurden, um des schwierigen Absatzes Herr zu werden, sind uns noch in Erinnerung. Auch damals sanken infolge der guten Roggenernte nicht nur die Roggenpreise, sondern auch der Hafer wurde, obwohl er in ebenso geringen Mengen wie im Jahr zuvor geerntet worden war, in seiner Preisbewegung nach unten beeinflußt. Erst die beiden nachfolgenden Jahre 1926 und 1927 brachten dem Roggenmarkt infolge der geringeren Ernten die erwünschte Erleichterung. Dadurch wurde der Roggen, insbesondere in der 2. Hälfte der Erntejahre 1926-1927 und 1927-1928, so knapp, daß auch Deutschland wiederum gezwungen war Roggen vom Ausland zu beziehen. Infolgedessen stiegen die Roggenpreise erheblich an und lagen in der 2. Hälfte des Erntejahrs 1927-1928 sogar 8 Monate lang über den Weizenpreisen. Zwischen den niedrigsten Preisen des Erntejahrs 1925-1926 und den höchsten des Jahres 1927-1928 bestand eine Preisdifferenz von nicht weniger als 140 Mark pro Tonne. Diese Schwankungen sind nur zum Teil saisonmäßig begründet, da die Preise kurz nach der Ernte infolge des stärkern Verkaufs seitens der Landwirtschaft stets je nach Ernteausschlag mehr oder weniger stark absinken, um später wieder anzusteigen, zum Teil aber auch durch die Größe der Ernten selbst, da sich in einem guten Erntejahr die Preise weit unter dem Durchschnittsniveau eines schlechten Erntejahrs bewegen. Diese Preisschwankungen werden bekanntlich mit verblüffender Virtuosität vom Lebensmittelgewerbe in der Art ausgenutzt, daß man mit den Kleinhandelspreisen den sinkenden Rohstoffpreisen keineswegs in der Kürze folgt, die im Interesse der verbräu-

chenden Massen erforderlich wäre. Das Auf und Nieder der deutschen Getreidepreise, besonders des Roggenpreises, wurde in den folgenden Jahren durch ein dauerndes Sinken der Preise abgelöst. Dieses starke Abgleiten wurde dadurch hervorgerufen, daß das Jahr 1928, in noch stärkerem Maß das Jahr 1929, nicht allein für Roggen sondern auch für Hafer, außerordentlich hohe Ernten ergab. Diese beiden aufeinanderfolgenden guten Erntejahre brachten Deutschland daher große Überschussmengen. Aber nicht nur Deutschland, sondern auch Polen, die Ostseestaaten und vor allem das südöstliche Europa verfügten über große Ernten. Während Polen insbesondere als Roggenkonkurrent Deutschlands auf dem Weltmarkt erschien, brachten die südosteuropäischen Staaten riesige Exportüberschüsse an Gerste und Mais auf den Markt. Während bei knappen Roggenernten nur geringere Mengen verfüttert werden, steigen diese Futtermengen in guten Erntejahren sehr stark an. Infolge dieser südosteuropäischen Exportüberschüsse mußte der Roggen nun mit den Futtergetreidearten konkurrieren und sich in seiner Preisbewegung dem Verlauf der Futtergetreidearten weitgehend anpassen. Die Preisentwicklung geht nach unten und entfernt sich von dem allein noch als Brotgetreide geltenden Weizen in immer höherem Grad. Wenn es im Erntejahr 1928-1929 gelang durch Exportförderung mittels des Einfuhrscheinsystems den innerdeutschen Markt noch einigermaßen zu entlasten, so brachte die folgende sehr gute Ernte des Jahres 1929 weiter erhebliche Schwierigkeiten für den Roggenabsatz mit sich. Hatte man bis dahin noch gehofft bei starker Exportförderung den innern Markt zu erleichtern, so mußte man jetzt alle Hoffnung den Roggen zu einigermaßen erträglichen Preisen auf dem Weltmarkt unterzubringen aufgeben, weil von den südosteuropäischen Staaten Futtergetreidemengen auf den Weltmarkt gebracht wurden, wie sie in der Nachkriegszeit einzig waren. Diese Gerste- und Maismengen wurden in Konkurrenz mit den überseeischen Ländern derart billig angeboten, daß besonders Deutschland als Hauptabnehmer von Futtergetreide unter den europäischen Staaten große Mengen zu importieren begann. Damit aber wurde der Absatz deutschen Futterroggens auf das empfindlichste erschwert. Der innere Preisdruck war zudem noch weitgehend dadurch verschärft, daß infolge des geringern Bedarfs der importierenden Länder nur geringe Exportmöglichkeiten bestanden, andererseits die zu exportierenden Mengen im Verhältnis zur Welthandelskapazität außerordentlich groß waren. Die Weltproduktion des Roggens betrug 1929 45,7 Millionen Tonnen, das Handelsvolumen nur 1,2 Millionen, Deutschlands Exportüberschuß im Wirtschaftsjahr 1929-1930 dagegen allein etwa 700 000 Tonnen. Auf der andern Seite konnte man diese Exporttätigkeit nur unter Aufwendung größerer Reichsmittel mittels des Einfuhrscheinsystems ermöglichen. Es ist klar, daß ein solcher Export schon in Höhe von etwa 500 000 Tonnen auf dem sehr engen Weltmarkt von nur rund 1 Million Tonnen einen weitem Preisrückgang zur Folge haben muß und damit eine weitere Anspannung finanzieller Art erfordert. Weiterhin konnte eine derartige Exportpolitik nur die Wirkung haben, daß das Ausland in die Lage versetzt wurde deutschen Roggen zu bis dahin unerhört billigen Preisen zu verwerten. Man konnte es daher begrüßen, daß mit diesen Methoden der Verwertung deutscher Roggenüberschüsse gebrochen wurde. Die Anregung Fritz Baades den überschüssigen Roggen in Form von Eosinroggen an deutsche Schweine zu verfüttern wurde aber nicht schon im Dezember 1929 verwirk-

licht sondern unter dem Druck der russischen Exporttätigkeit erst im Frühjahr 1930, nachdem vorher mit dem wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, nämlich Polen, ein Übereinkommen getroffen war den Export beider Staaten nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln und nicht einfach die freie Preisunterbietung auf den Märkten walten zu lassen.

Der Grundgedanke der Verfütterung von Roggen im Inland ist also der: deutsche Roggenüberschußmengen nicht mehr zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt abzusetzen und ihn im Ausland "veredeln" zu lassen sondern diesen Prozeß im Interesse der deutschen Veredlungswirtschaft ins Inland zu verlegen. Es geht hier um das Schicksal Hunderttausender bäuerlicher Betriebe im Osten Deutschlands und um die Erhaltung ihrer Kaufkraft im Interesse grade auch des deutschen Industriearbeiters. Dies muß denen gegenüber deutlich ausgesprochen werden, die da glauben, nur der Großgrundbesitz erziele aus dieser agrarpolitischen Maßnahme Nutzen. Es geht ferner auch darum, daß es dem bäuerlichen Betrieb im Osten Deutschlands möglich gemacht wird wirtschaftseignes Futter zu verwerten. Wo soll denn seine Rentabilität bleiben, wenn ihm sein ureignes und einträglichstes Geschäft, die Schweinemast, durch die gewerblich hergerichteten nordwestdeutschen Schweinemästereien niederkonkurriert wird? Hätte er jemals bei diesen beispiellos niedrigen Weltmarktpreisen Aussicht gegenüber diesen gewerblichen Mästereien zu bestehen? Bei einer zollfreien oder nur gering belasteten Gerste- oder Maiseinfuhr könnten bei den zurzeit abnorm niedrigen Weltmarktpreisen die frachtgünstig gelegenen gewerblichen Mästereien in Nordwestdeutschland in ungeahnter Weise florieren. Grade dadurch aber wird die ganze übrige Bauernschaft in ihrer Existenz auf Kosten dieser einseitigen Bevorzugung aufs schwerste bedroht sein. Wer möchte die Verantwortung für eine derartige "Veredlungspolitik" übernehmen? Veredlungspolitik, wie überhaupt Agrarpolitik, soll man im Interesse der gesamten Landwirtschaft treiben und nicht nur zugunsten einer durch günstige Lage bevorzugten Gegend. Dies ist um so notwendiger, als man im Osten Deutschlands nach der amtlichen preußischen Statistik im großen und ganzen grade die bäuerlichen Betriebe in viel stärkerem Maß auf den leichteren, das heißt den Roggen- und Kartoffelböden findet als die Großbetriebe. Es scheint mir daher notwendig darauf hinzuweisen, daß es keineswegs im Sinn dieser Veredlungspolitik, die es auch dem ostdeutschen Bauerntum ermöglichen soll wirtschaftseignes Futter rentabel verwerten zu können, liegen kann eine allzu starke Propaganda für Umstellung von Roggen auf Weizen zu entfalten, nachdem das Problem der Verwertung von deutschen Roggenüberschüssen seiner Lösung nähergebracht ist. Man kann von Glück sagen, daß die vom Deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlichten Zahlen der Umstellung von Winterroggen- auf Winterweizenanbau nur für besondere Betriebe gelten und nicht für die gesamte Landwirtschaft. Nur in diesem Sinn sind beispielsweise die für Ostpreußen ermittelten Zahlen einer Abnahme der Winterroggenanbaufläche von 15,2 % und einer Zunahme der Winterweizenanbaufläche von nicht weniger als 44,5 % zu verstehen. Hieraus erklärt sich auch die starke Differenz zwischen diesen Zahlen und denen der amtlichen Statistik. Vermehren wir die Weizenanbaufläche auf Kosten der Roggenanbaufläche zu den Prozentsätzen, wie sie der Landwirtschaftsrat angegeben hat, nämlich zu 16,7 % (amtlich 6,9 %) ganz allgemein, so ist dies der beste und schnellste Weg die Krise des Roggen-

markts auf den Weizenmarkt zu übertragen. Man muß doch unter allen Umständen die Tatsache berücksichtigen, daß wir bei unseren steigenden Weizenernten schon dazu übergehen mußten Weichweizen auszuführen. So betrug der Weizenexport bei einer Ernte von 3,3 Millionen Tonnen in den Wirtschaftsjahren 1927-1928 und 1929-1930 144 000 respektive 104 000 Tonnen. Bei einer größern Ernte von 3,8 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1928-1929 hatten wir aber eine bei weitem stärkere Ausfuhr von sogar 383 000 Tonnen. Also wir haben an Weizen, und zwar an Weichweizen, einen Überschuß, der je nach der Ernte mehr oder weniger groß ist, aber durch einen stark propagierten Weizenanbau weiterhin sehr stark anschwellen wird. Mangel haben wir nur an kleberreichem Hartweizen. Die Einfuhr dieses Hartweizens ist aus backtechnischen Gründen erforderlich und nicht zu verhindern. Die Weizenfrage ist also eine Qualitätsfrage, und wenn man dem Landwirt einen guten Rat erteilen will, so sollte man ihm empfehlen mehr Gewicht auf den Anbau von kleberreichen Weizensorten zu legen, soweit die Bodenverhältnisse dies gestatten. Keineswegs aber kann man die Lösung der Krise dadurch erhoffen, daß man auf der einen Seite ausgerechnet die Getreideart, deren Überschüsse im Inland auf breitester Basis in Schweinefleisch umgesetzt zu werden vermögen, im Anbau stark einschränkt, auf der andern Seite aber dafür den Anbau einer Getreideart fördert, deren Überschüsse ebenfalls heutzutage nur unter den größten finanziellen Opfern auf dem Weltmarkt unterzubringen sind, es sei denn, daß man damit einverstanden ist den Weizenüberschuß auf dem Preisniveau von Futtergetreide gleichfalls der Verfütterung zuzuführen.

Weit dringender ist jetzt eine Einschränkung der Haferanbaufläche. Durch den dauernden Rückgang der Pferdezahl, insbesondere auf dem Land, und durch die seit 1925 bis 1929 dauernd ertragreicheren Ernten findet sich hierfür keine rentablere Verwertung des Bodens als durch Umstellung. Man muß bedenken, daß trotz der geringen Ernte von nur 5,7 Millionen Tonnen im Jahr 1930 gegenüber der von 7,4 Millionen Tonnen im Jahr zuvor, der durchschnittliche Dezemberpreis nach dieser um 1,8 Millionen Tonnen geringern Ernte noch um 10 Mark tiefer lag als zur selben Zeit des Vorjahrs nach einer überaus großen Ernte. Wenn auch die Welternte 1930 um etwa 3 Millionen Tonnen geringer ausgefallen ist als 1929, so liegt sie damit immer noch um 3 Millionen Tonnen über dem Durchschnitt der Welternten der letzten Jahre. Trotz dieser geringern Welternte betrug der Weltmarktpreis Anfang Februar nur 60,40 Mark die Tonne zollfrei Hamburg. Will man also den deutschen Markt durch Ausfuhr von Hafer entlasten, so kann das nur unter Aufwendung größerer Reichsmittel wiederum mit Hilfe des Einfuhrscheins geschehen. Bei einem Einfuhrscheinwert von etwa 100 Mark für die Tonne wären 30 bis 40 Millionen Mark erforderlich, da zu jenem Zweck mindestens 3- bis 400 000 Tonnen ausgeführt werden müßten.

Das Getreideproblem ist also für Deutschland ein Absatzproblem und betrifft nicht nur den Roggen sondern auch den Hafer und jüngst sogar schon den Weizen. Daß die Absatzschwierigkeiten besonders in letzter Zeit so ungeheuer groß geworden sind, liegt vornehmlich daran, daß zu allem Getreideüberfluß auf dem Weltmarkt die bolschewistischen Gewalthaber Rußlands dem hungernden russischen Volk das Getreide zu entziehen begannen, um es zu exportieren, und dies zu einer Zeit, als die Weltmarktpreise ohne-

hin schon einen außergewöhnlichen Tiefstand erreicht hatten. Rußland brachte es im Jahr 1930 fertig an Weizen 2,324 Millionen Tonnen, an Gerste 1,263 Millionen, an Roggen 358 000, an Hafer 175 000 und an Mais 41 000 Tonnen zu verschiffen, das heißt 13 % der Welthandelskapazität von Weizen, 35 % der Welthandelskapazität von Roggen, 43 % von Gerste, 15 % von Hafer und 0,5 % von Mais. Wie die übrigen Produktionsländer sich in Zukunft gegenüber diesen russischen Exporten verhalten werden, wird sich finden. Schon heute sind Abwehrmaßnahmen zum Schutz der Landwirtschaften in allen wichtigen Ländern der Welt getroffen, und auch in Deutschland wird man im Interesse der Landwirtschaft energisch daran gehen müssen. Wie weit diese Maßnahmen gediehen sind, und wie sie als Grundlage eines engen kontinentaleuropäischen Zusammenarbeitens dienen können, wird hier noch besonders gezeigt werden.

ERNST UNTERMANN · DER JUNGE GEIST IN AMERIKA



In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts kam ein langer rot-haariger Jüngling aus Sauk Center /Minnesota/ nach New Haven /Connecticut/ und wollte in der Yaleuniversität Literatur studieren. Zu seinem großen Erstaunen und mit wachsendem Widerwillen fand er aber, daß man ihn in eine Zwangsjacke theologischer Dogmen- und bürgerlicher Unterwürfigkeit schnüren wollte. Jeden Morgen sollte er mit kindischen Gebeten in der Kapelle beginnen und dann aus der Weltliteratur lernen, daß Gott die Grundsätze der großen Geldleute in der Wallstraße für alle Ewigkeit als Kunstnormen aufgestellt hatte. Wo blieb da die Demokratie? Da hörte er eines Tages, daß Upton Sinclair in seiner Helicon Hall eine Gemeinschaft freier Intellektueller gegründet und der plutokratischen Kunst die Fehde angesagt hatte. Das lockte ihn unwiderstehlich. Er hatte inzwischen erfahren, daß Yale ursprünglich auf der Grundlage von "Bible, Rum and Niggers" entstanden war. Die Aussicht den Rest seines Lebens mit der Verherrlichung von Kirche, Gold und Lohnsklaverei zu verbringen stieß ihn ab. Ungestüm warf er die Sträflingsdisziplin von Yale beiseite und entlief nach Helicon Hall, wo er sich erbot die Heizung im Gang zu halten, wenn er als Entgelt eine freie Geistesentwicklung genießen durfte. »Wir konnten uns nie so recht auf unsere Heizung verlassen«, erzählt Upton Sinclair in Mammonkunst, »aber wir konnten stets sicher sein auf der literarischen Seite unseres viereckigen Feuerplatzes lebhaft Argumente zu finden.« Leider teilten die Nachbarn von Helicon Hall nicht den Geist der jungen Bahnbrecher. Eines Nachts ging Helicon Hall in Flammen auf. Die sonst so geschäftigen Behörden konnten keine Brandstiftung feststellen. Glücklicherweise ist der Geist des Neuen nicht an den Bestand eines bestimmten Hauses gebunden. Manchmal ist es sogar besser für ihn aus dem Haus in die Welt hinausgejagt zu werden.

Sinclair Lewis suchte zunächst Jack London auf, bei dem er auch mit George Sterling bekannt wurde. Von diesen Meistern der englischen Sprache und des unabhängigen Denkens lernte er viel über die Kunst das neue Leben in Worte zu kleiden. Auch von Henry Mencken wurde er stark beeinflusst, besonders als er nach New York übersiedelte, um dort eine Weile als Manuskriptleser einer großen Verlagsfirma zu arbeiten. Hier wurde er

mit Leuten wie James Branch Cabell und Joseph Hergesheimer bekannt. Und bald ging die Saat auf, die von solchen Köpfen gepflegt wurde. So entstanden Main Street, Babbitt, Arrowsmith, Elmer Gantry, Sam Dodsworth, die den Typen der amerikanischen Mittelklasse den Spiegel vorhielten. Die Originale erkannten sich und fielen wütend über Lewis her, aufgehetzt von der offiziellen Pressemeute, die den Ton für die kleinen Lokalkläffer angab. Jeder Mogul, Brahmane und Bonze der offiziell geachteten Kunst benutzte seine Vorzugsstellung, um durch persönliche Verunglimpfung des Rebellen die erhabene Überlegenheit der Kunstideale des Goldenen Kalbs zu demonstrieren. Immer wieder kamen diese Propagandisten der herrschenden Klassen mit ihrer alten Finte, daß eine Kunst, die nicht durch die schmierige Brille des Hergebrachten blickt, keine Kunst sondern Propaganda ist. Wie oft hatten sie diesen blöden Satz doziert, seit Walt Whitman sich von ihrer Diktatur befreit hatte! Dieser abgegriffene Ladenhüter, dieser alte Trick des erwischten Diebes, hatte ebenso gegen Leute wie Stephen Crane, David Graham Phillips, Frank Norris, Carl Sandburg, Theodore Dreiser, Jack London, Upton Sinclair, Eugene O'Neill Dienste leisten müssen; dennoch waren diese unbeirrt ihres Wegs gegangen und hatten sich Gehör verschafft. Aber die Verherrlicher des Hergebrachten wateten ruhig weiter durch den breiigen Schlamm des Alten und Vergehenden, als wären Kunstregeln, die den Interessen der Geldbarone und den Illusionen ihrer Sykophanten dienten, Naturgesetze, die sich von selbst durchdrücken. Sie merkten gar nicht, daß sie steckenblieben, und das Leben an ihnen vorbei lief, nicht nur in ihrem eignen Land sondern überall in der Welt. Sie waren ganz verblüfft, als das Nobelpreiskomitee grade diesen rauhbeinigen Rebellen, diesen Sinclair Lewis, als den ersten Amerikaner bezeichnete, der besondere Anerkennung in der ganzen Weltliteratur verdiente. Und als sie so unsanft mit der Nase auf die Tatsache gestoßen wurden, daß man in Europa den Kunstwert eines Schriftstellers nicht ohne weiteres mit der Elle der Wallstraße mißt, wurden sie ärgerlich und schimpften über das Nobelpreiskomitee, die Schweden und die ganze Welt, die sie in ihrem dumpfen Hinbrüten verschlafen hatten.

Henry Van Dyke, ein echter Bonze des alten Regimes, fühlte sich samt seinem ganzen System von dieser Wahl des Nobelpreiskomitees getroffen und sprach aus, was alle Leute seines Geistes dachten: das sei ein sehr fragwürdiges Kompliment für Amerika und eher eine Beleidigung als eine Ehrung. Worauf Sinclair Lewis in seiner Stockholmer Rede antwortete: »In Amerika sitzt ein alter und äußerst lebenswürdiger Herr, der ein Pastor, ein Universitätsprofessor und ein Diplomat gewesen ist. Er ist ein Mitglied der American Academy of Arts and Letters, und nicht wenige Universitäten haben ihn mit Titeln beehrt. Als Schriftsteller ist er hauptsächlich bekannt wegen netter Aufsätze über die Freuden des Fischens. Dieser Gelehrte behauptete, und zwar öffentlich, das Nobelpreiskomitee und die Schwedische Akademie hätten Amerika beleidigt, indem sie den Nobelpreis an einen Mann verliehen, der amerikanische Einrichtungen so lächerlich gemacht hätte wie ich. Ich weiß nicht, ob er als Exdiplomat einen internationalen Fall daraus machen und vielleicht fordern will, die amerikanische Regierung solle Seesoldaten in Stockholm landen, um die literarischen Rechte Amerikas zu beschützen. Aber ich hoffe, nein. Ich sollte meinen, der Fall müßte anders aussehen für einen Mann, der so gelehrt war, daß er ein Doktor der Gottes-

gelahrtheit, ein Doktor der Literatur und wer weiß wie viele andere großartige Dinge werden konnte. Ich hätte etwa so argumentiert: Obgleich ich persönlich die Bücher dieses Manns verabscheue, hat die Schwedische Akademie dennoch einen Amerikaner dadurch geehrt, daß sie ihn auswählte in der Annahme, Amerikaner wären nicht länger ein Stamm von Hinterwäldlern so niedern Schlags, daß sie sich vor der Kritik fürchten, sondern eine Nation von genügender Reife, um die Analyse ihres Landes ruhig und gelassen zu betrachten. Ich hätte sogar angenommen, ein so internationaler Gelehrter könnte einsehen, daß ein an Strindberg, Ibsen und Pontoppidan gewöhntes Skandinavien nicht besonders aufgeregt werden konnte durch einen Schriftsteller, dessen schärfste anarchistische Äußerung war, Amerika hätte trotz seinem Reichtum und seiner Macht noch keine Zivilisation hervorgebracht, gut genug, um die tieferen Notschreie menschlicher Kreaturen zu befriedigen.« Wie Van Dyke, so machten sich die anderen der offiziellen Meute Luft. Namentlich ärgerte sie sich über Lewis' Ausspruch, die American Academy of Arts and Letters repräsentiere nicht das heutige literarische Amerika, sondern nur Henry Wadsworth Longfellow. Der Literary Digest, der verschiedene Blütenlesen dieses offiziellen Mißmuts zusammenstellte, schmückte eine von ihnen sogar mit einer Massenphotographie der hervorragendsten Mitglieder dieser ehrwürdigen Akademie. Leider bekräftigte dieses Bild, was Lewis gesagt hatte; denn der einzige bedeutende Kopf darin war Booth Tarkington, der aber auch nie über den Horizont der Main Street hinausblickt. Es sind lauter Propagandisten des Alten, die bestenfalls, wie der Kritiker der New York Herald Tribune, zugaben, daß Lewis schöpferische Einbildung und scharfe Beobachtungsgabe habe, dann aber sofort hinzufügen, er habe keine Loyalität für Tatsachen und lasse den Propagandisten mit dem Schriftsteller davonlaufen. Oder sie machen es wie der Kritiker des Boston Herald, der halbwegs zwischen Lob und Tadel zu wohnen sucht und meint: »Nicht alle seine Landsleute werden sich beeilen ihm zu gratulieren. Seine Bücher sind zu scharf, zu brutal, nur gelegentlich wahr, und gefallen nicht jedermann. Er ist besonders unehrerbietig gegen die etablierte Religion, gegen politische und ökonomische Autorität. Er ist immer der Kritiker, also unpopulär, wenn er in seinen Meinungen ehrlich ist. Aber selbst diejenigen, die keine Liebe für Sinclair Lewis haben, werden zugeben müssen, daß er der hervorragendste Kommentator des amerikanischen Lebens ist.« Der literarische Kritiker der New York Sun meint gelassen: »Sauk Center ist stolz auf seinen Sohn und schickt aus vollem Hals ein Skol nach Stockholm, will aber nicht zugeben, daß Main Street Amerika, und Babbitt ein typischer Amerikaner ist. Auch wir haben unsere Ritter des Heiligen Grals, nicht nur Geldjäger.« Und weiter: »Wir brauchen Satiriker und zollen ihnen Beifall, und die Peitsche des Satirikers ist gesund in dem ewigen Kampf der Vernunft gegen die Dummheit, in Amerika wie sonstwo.« Andere, die bis über die Ohren in die Politik der beiden alten Parteien versunken sind, zwinkern schlau, der Nobelpreis für Lewis habe mehr politische als literarische Bedeutung, was sich doch wohl eher für die Verleihung des Friedenspreises an den Staatssekretär Frank Billings Kellogg sagen ließe. Dagegen kommt eine unerwartet ruhige Antwort von William Lyon Phelps, Professor der englischen Literatur in Yale und Mitglied der American Academy of Arts and Letters, der an Dostojewskij Gefallen fand, weil er »wahrhaft spirituell« sein soll, nämlich ein echter Christ, der den russischen Muschik gelehrt hätte die Hand des

Zaren zu küssen. Phelps meint: »Im ganzen wird mir die Rede des Sinclair Lewis wohl tun.« Und er sagt von seinem ehemaligen Schüler, er sei beinahe fanatisch in seinem Idealismus und Evangelismus. Ebenso nimmt der Kritiker der New York World den Angegriffenen in Schutz: Die Kopfzeilenschreiber der amerikanischen Presse hätten selbst einen schlechten Eindruck der Rede des Lewis fabriziert; der größte Teil dieser Rede sei gesund, kritisch und gerecht. Harry Hansen von der New York World ist ganz entzückt von dem Gang der Dinge: »Keine Nachricht seit Jahren hat mich so erquickt wie die Ankündigung, daß Sinclair Lewis den Nobelpreis für Literatur erhält. Es ist ein Zeichen erneuter Lebenskraft in dem hohen Komitee, das jährlich über die Weltliteratur zu Gericht sitzt. Gratulationen sollten nach Stockholm, nicht an Sinclair Lewis adressiert werden. Die Zuweisung ist besonders ermutigend, weil sie einen Schriftsteller trifft, der deutlich ein Produkt seiner Zeit und seines Milieus ist, der ein schonungsloser Kritiker von Individuen und Massen ist, die mit der Mittelmäßigkeit zufrieden sind, und der noch jung genug ist, um in Zukunft gründliche Arbeit zu leisten. Es ist eine Anerkennung der Tatsache, daß Amerika in der Entwicklung ein geeignetes Thema für Schriftsteller ist, und daß Sinclair Lewis dafür repräsentativ ist. Es kommt zur rechten Zeit, um Nachdruck zu legen auf die ungeheure Leistung kritischer Realisten, die die Tradition beiseite warfen und unbekümmert um die Strömung der feindlichen Meinung ihren eignen Weg gingen.« Hansen erwartet, daß die Verleihung des Nobelpreises an Sinclair Lewis ein mächtiger Antrieb für die literarische Bewegung sein werde, die dem erstickenden Paternalismus der großen Universitäten den Kampf angesagt habe. »Unsere Literatur wird trotz unseren Brahmanen vorwärts kommen.« Auch trotz unseren Zeitungsleitern, die sich getroffen fühlen, wenn Sinclair Lewis eine gewisse Schicht der amerikanischen Mittelklasse »noch roh« nennt, und die wie der Buffalo Courier schnarren: »Manchmal kommt uns der Argwohn, daß Amerika seine Roheit niemals in dümmere Weise dartut, als wenn es aus Sinclair Lewis eine Berühmtheit machte.«

Lewis selbst nimmt seine Auszeichnung sehr bescheiden hin: »Ich bin sehr dankbar dafür, daß ich als der erste Amerikaner den Nobelpreis für Literatur erhalte. Indem ich ihn annehme, stört mich nur der Gedanke, daß er an solche wirklich Großen wie Rudyard Kipling, Anatole France und Bernard Shaw verliehen worden ist, und daß man denken könnte, ich wollte mich mit ihnen auf die selbe Stufe stellen.« Und vielen von uns hat Erik Axel Karlfeldt, der Sekretär der Schwedischen Akademie, aus dem Herzen gesprochen, als er sagte: »Ja, Sinclair Lewis ist ein Amerikaner. Er schreibt die neue Sprache, amerikanisch, als ein Repräsentant von 110 Millionen Seelen. Er bittet uns zu bedenken, daß diese Nation noch nicht vollendet oder verschmolzen ist, daß sie noch in den Sturm-und-Drang-Jahren ihrer Jugend ist. Die neue große amerikanische Literatur hat mit einer nationalen Selbstkritik begonnen. Sie ist ein Zeichen der Gesundheit. Sinclair Lewis hat die gesegnete Gabe sein urbar machendes Gerät handhaben zu können, nicht nur mit fester Hand sondern auch mit einem Lächeln auf den Lippen und mit Jugend im Herzen. Er hat die Manieren eines Pioniers. Er ist ein Baumeister des Neuen.« Der Boston Globe grollt freilich: »Eine Stechfliege ist nicht grade ein Liebling des Hauses, aber sie hat ihren Nutzen.« Die Chicago Daily News zimpert: »Die Stockholmer Rede beweist schlechten Geschmack und einen seltsamen Mangel an Empfindung des Passenden.«

Wir wissen, daß so etwas köstlich passend von dieser Seite kommt und nur das Urteil der Schwedischen Akademie rechtfertigt. Ebenso verstehen wir einen Kritiker wie Lewis Mumford, wenn er in einem Artikel über das Amerika des Sinclair Lewis in *Current History* das Kunststück fertig bringt die Typen des Preisgekrönten als lebenswahr zu loben und sogar zuzugeben, daß Babbitt wahrscheinlich so unsterblich sein wird wie Don Quixote oder Tartuffe, dann aber Europa tadelt, weil ihm angeblich die Lewisschen Karikaturen jene naive Auffassung von den sensationslüsternen Yankees bekräftigen, deren Kunst nach Brot jagt: »Denn offenbar zeichnen Lewis' Romane Amerika in solchen Zügen, und das ist es, abgesehen von ihren wirklichen Verdiensten, was ihre eifrige Aufnahme in Europa erklärt.« Besonders lächerlich erscheint Mumford die Tatsache, daß das Nobelpreiskomitee ausgerechnet Elmer Gantry hervorhob, Lewis' schlechteste Arbeit und größte Karikatur, wie er meint; dadurch wird sein Argwohn gegen die »unbewußten Kräfte an der Arbeit« noch vergrößert. Daß Elmer Gantry eine lebenswahre Darstellung von Billy Sunday und Aimée Semple Macpherson gibt, kann weder Mumford noch irgendein anderer Verehrer der heutigen Ordnung zugeben, denn solcher ist das Reich der Wallstraße auf Erden und im Himmel. Das hat Upton Sinclair in seinem Buch *Die Profite der Religion* deutlich genug gemacht. Vor diesem Realismus graut allen Bonzen der wahren Kunst des Kapitalismus. Auch dürfen sie nicht gestehen, daß jene »Kräfte an der Arbeit«, die sie nur in mysteriösen Worten andeuten, in Europa nach der Herrschaft streben, und zwar mit sichtbarem Erfolg, und daß im Licht der historischen Entwicklung die Vogel-Strauß-Kritik unserer Kunstbonzen ebenso parteiisch und politisch aussehen wird wie ihre Mammonkunst. Sie können und dürfen nicht offen sagen: In Europa befindet sich der Sozialismus auf seinem Siegermarsch, und mit ihm kommen auch neue Ansichten über Kunst und Literatur zur Geltung; daher begrüßt Europa den Morgenschein einer neuen Richtung in der amerikanischen Literatur, die auch dort den Fortschritt des Sozialismus erhoffen läßt. Sie sagen lieber mit Mumford: »Wäre das Nobelpreiskomitee zu demjenigen Schriftsteller gegangen, der in seiner eignen Person und Arbeit alles verkörpert, was in der heutigen amerikanischen Literatur am wertvollsten und bedeutungsreichsten ist, so hätte es zweifellos Robert Frost gewählt. Man hat aber das Gefühl, daß Frosts Amerika ein Land ist, von dem die Schwedische Akademie nie gehört hat.« Nie gehört? O ja, doch. Frosts Amerika ist das Land der Lyriker, in dem es keine Klassen, keine Klassenkämpfe, keine Entwicklung zum Sozialismus, sondern reine Demokratie und eitel Gleichheit geben soll. Von diesem Amerika hat Europa nur allzuviel gehört und gefühlt, seit Woodrow Wilson im Namen dieser Demokratie in den Krieg eingriff, und seine Nachfolger dem europäischen Kontinent alle Lasten dieses Kriegs aufbürdeten.

Man kann Europa nur recht geben, wenn es das von Sinclair Lewis geschilderte Amerika für das richtige und das von Mumford und Frost geschilderte für eine Illusion hält. Und man kann im Interesse wirklicher Demokratie nur mit Europa hoffen, daß Sinclair Lewis der Morgenschein eines neuen Amerikas ist, das in Europa mehr als ein Objekt der Ausbeutung, Propaganda für Reaktion und Verwarnungen sehen wird. Denn von dem wirklichen Amerika der Mumford und Frost hat Europa nichts Besseres zu erwarten.



WALTHER KOCH · MENSCH UND BUCH IN UNSERER ZEIT

WIEDER wurde in Deutschland, am 22. März, der Tag des Buches in Kundgebungen und Vorträgen, in Zeitungen und Zeitschriften, nicht zuletzt im Radio gefeiert, diesmal unter dem Motto Frau und Buch. Und wieder sind von manchen ernsthaften Kritikern große Bedenken geäußert worden, ob diese Veranstaltungen überhaupt ihren Zweck erfüllen können. Ohne Frage hat die Frankfurter Zeitung nicht unrecht, wenn sie am 21. März auf den »Widersinn« hinwies, »der darin steckt, daß man für das Buch im allgemeinen wirbt und mit dem selben Atemzug eine Kulturmission zu vollbringen meint«. In der Tat steckt in der Verbrämung zunächst rein buchhändlerischer, also doch kommerzieller Werbungsmaßnahmen mit allgemein geistig pädagogischen Zielen eine nicht zu verdeckende Zwiespältigkeit. Daher wird vorgeschlagen lieber rein nüchtern wirtschaftlich vorzugehen. Der Buchpreis ist oder war bis vor kurzem derart hoch, daß große Schichten unseres Volks dadurch automatisch vom Besitz von Büchern ausgeschlossen wurden. Der Verlag hat das offenbar selbst eingesehen, wie das sich an der Herausgabe der billigen 2,85-Mark-Ausgaben zeigt, die natürlich den Absatz der sonstigen, teuer bleibenden Bücher noch mehr erschweren. Vergleicht man die deutschen Bücherpreise mit den französischen, die um ein Vielfaches niedriger sind, so wird die absolute Unhaltbarkeit der Preislage des deutschen Büchermarkts offensichtlich. Wer kann auf französischem Boden heute noch deutsche Bücher kaufen? Hat man sich einmal klar gemacht, was das für die geistige Austauschmöglichkeit deutscher und französischer Literatur in der Originalsprache bedeutet, wenn das deutsche Buch keinen Eingang mehr nach Frankreich, zum Beispiel auch nicht in die deutschsprachigen Randgebiete des französischen Staats findet? Auch im Innern Deutschlands müßte man kaum mehr von einer Krise des Buchhandels sprechen, wenn erst einmal der Buchpreis der Kaufkraft der Buchkonsumenten angepaßt wäre.

Es wird heute oft über die Veräußerlichung unserer Kultur geklagt, die das Buch immer mehr durch die oberflächlichen Magazine, Revuen usw. verdränge. Film und Radio, Sport und Tanz sollen die Menschen immer mehr vom Bücherlesen abziehen. Nun, unsere Erfahrungen in gut arbeitenden öffentlichen Bibliotheken zeigen uns, daß noch nie ein so starkes Verlangen nach Büchern sich zeigte wie grade heute. Der Film ist gar nicht, wie man das meinen könnte, ein Feind des Buchs, vielmehr haben grade einzelne Filme auch das Interesse am Lesen bestimmter Bücher wesentlich geweckt und genährt. So wurde nach der Aufführung des Dreyfusfilms ganz außergewöhnlich stark nach Büchern über die Dreyfusaffäre gefragt. Ähnlich wurde früher, als der Film Gösta Berling lief, besonders viel Selma Lagerlöfs Roman gelesen. Das Radio regt bewußt heute durch Besprechen von Büchern oder durch das Aufwerfen von Fragen, die ein eingehendes Studium eines Buchs erfordern, zum Lesen an, wenn auch noch manches auf diesem Gebiet in Zusammenarbeit der Büchereien und Sender geschehen könnte. Auch der Sport, wie überhaupt die Körperkulturbewegung, entzieht nicht nur dem Buch Leser sondern führt auch Lesergruppen, die früher vielleicht gar kein Verhältnis zum Buch hatten, zu einer neuentstehenden Körperkulturliteratur.

Abgesehen von der Preisfrage ist die Umschichtung soziologisch-kultureller Art für die Benutzung des Buchs heute von ausschlaggebender Bedeutung. Kriegs- und Nachkriegszeit haben, besonders in der Inflationsperiode und jetzt wieder in der Wirtschaftskrise, zu einer völligen Umwandlung der Buchbenutzung geführt. Große Teile des sogenannten Mittelstands, die früher grade die eigentlichen Träger kultureller und insbesondere auch literarischer Tradition waren, sind verarmt, teilweise verelendet, können sich keine Bücher kaufen, mitunter aus Mangel an Zeit und Lebenskraft überhaupt nicht mehr lesen. Der Buchhandel muß suchen neue Käuferschichten für das Buch zu gewinnen, die sich, abgesehen vom Bauern, wesentlich nur noch in der Arbeiterklasse finden lassen. Wir sehen, wie heute neue empordrängende soziale Schichten ihren Anteil am Schrifttum des Volkes nehmen sollen und wollen. Dieser klassenmäßige Vorgang auf dem Gebiet der Literaturpflege stellt nichts Neues in der Geistesgeschichte dar. Schon immer hat sich der Einfluß der herrschenden und der zur Mitbestimmung erwachenden Schichten auch in der Literatur geltend gemacht. Im frühen Mittelalter gediehen Literatur und Wissenschaft vor allem in den Klöstern und an den Bischofssitzen, die literarische Kultur war damals also wesentlich vom Klerus bestimmt, bis dann auf der Höhe des Mittelalters der weltliche Adel, sowohl der hohe Adel (man denke an den Landgrafen von Thüringen) wie der niedere Adel (Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach und viele andere mehr), die eigentlichen Träger des Geisteslebens wurden. Das ausgehende Mittelalter zeigt dann in den Meistersingern (Hans Sachs) und ihren Zeitgenossen, wie das Zunfthandwerkertum zur literarischen Geltung gelangt. Im Zeitalter des Absolutismus des 17. und des 18. Jahrhunderts bestimmt die Welt des Hofes auch die offizielle Literatur, am deutlichsten sichtbar am Hof des Sonnenkönigs in Versailles. Der wirtschaftliche Aufschwung der Bourgeoisie wird seit Ende des 18. Jahrhunderts begleitet, zum Teil sogar vorbereitet von einer neuen bürgerlichen Literatur, wie dem "bürgerlichen" Trauerspiel Lessings Miss Sarah Sampson oder Schillers Kabale und Liebe, oder auf niederer Stufe den Rührstücken der Iffland und Kotzebue. Was Wunder, wenn nunmehr die im 19. Jahrhundert neu entstehende Arbeiterklasse auch in der Literatur sowohl stofflich wie als Leser und später auch als Autor zum Ausdruck kommt. Nun drängen mehr und mehr die Menschen der Arbeiterklasse zum Buch. Viele Tausende von Arbeiterlesern sind ständige Besucher neuzeitlicher Bibliotheken, und manche proletarische Leserorganisation hat sich gebildet. Dadurch finden tatsächlich ganz neue soziale Schichten den Anschluß an die literarisch-geistige Welt des Buchs. Sie würden sich sicher auch gern und oft Bücher kaufen, wenn nur das Mißverhältnis eines kärglichen Lohns und eines hohen Buchpreises nicht wäre. Ferner sind im 19. Jahrhundert neben den Männern auch die Frauen zum Lesen gekommen, oft jetzt sogar weit mehr als die Männer. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entstand ja eine besondere Literatur für das "Frauenzimmer". "Damenkalender" halten die weiblichen Literaturfreunde über alle Neuerscheinungen auf dem laufenden. Dann kommt im "Jahrhundert des Kindes" auch die Jugend jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder Schicht zum Buch. Beginnend mit dem Kinderfreund auch wieder des ausgehenden 18. Jahrhunderts, mit Campes Robinson bis zu Busch' Max und Moritz entwickelt sich das Jugendschrifttum, das in Prüfungsausschüssen der Lehrerschaft und in Jugendbüchereien gesiebt und gesichtet wird.

Wir erkennen also, daß ganz spezifische literarische Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen sich Geltung verschaffen, und so die Bücherwelt außerordentlich differenziert wird. Anläßlich des diesjährigen Tags des Buches ist sehr viel über Frauenlektüre, Frauenbücher und Frauenschriftstellerinnen geschrieben und geredet worden, manches Gute und manches Schlechte. Kurz vorher erschien auch eine Untersuchung des Leiters der Leipziger Bücherhallen Walter Hofmann über die Lektüre der Frau, als Eröffnungsheft der vom Institut für Leser- und Schrifttumskunde in Leipzig herausgegebenen Leipziger Beiträge zur Grundlegung der praktischen Literaturpflege. Ohne hier auf die grundsätzliche Frage dieses Buchs einzugehen, kann man jedenfalls das eine vor allem daraus erkennen, wie in den Leipziger Bücherhallen die undifferenzierte Frau einen ganz besondern, ziemlich begrenzten Bestand von Frauenbüchern bevorzugt, was zur Ausarbeitung eines besondern Frauenkatalogs Anlaß gegeben hat. Wir sehen weiter aus dem Hofmannschen Buch, wie diese Tausende von Frauen wesentlich Bücher lesen, die ihrem gemüthhaft-persönlichen Erleben entsprechen, sowohl in der Schönen Literatur wie in Lebensbildern, Erinnerungen aller Art. Aber auch in der zunächst als "belehrend" oder gar "wissenschaftlich" geltenden Literatur ist es doch immer wieder grade das Persönliche, was die Frau undifferenzierter Art, also die nicht durch Beruf oder wissenschaftliche Ausbildung intellektualisierte Frau, auch dort sucht, wo wir zunächst ein mehr theoretisches erkenntnismäßiges Interesse vermuten könnten. Außerdem spielt das lebenspraktische Interesse bei dieser Frauengruppe eine wesentliche Rolle, so in Haus und Garten, Familie und Gesundheit.

Es sind also immer bestimmte Interessen, die einzelne Gruppen der Bevölkerung zu ganz bestimmten Büchern führen. Damit haben wir eine grundlegende Erkenntnis gewonnen. Es ist nicht das Buch an sich, es ist auch nicht ein "Fach" oder gar eine Fülle dessen, "was man gelesen haben muß", um ein "gebildeter Mensch" zu sein, sondern es sind bestimmte Bücher, die auf bestimmte Fragen antworten, bestimmten seelisch-geistigen Bedürfnissen entsprechen, die allein heute den Menschen etwas angehen. Und das ist gut so. Wir müssen uns nur diesen Tatbestand ganz deutlich zu Gemüt führen. Wir müssen endgültig eine verschwommene, verlogene Allgemeinbildung als Ziel unserer Bildung aufgeben, die eine Verwässerung eines ursprünglich einmal kräftigen und bedeutungsreichen Humanismus darstellt. Die faustische Sehnsucht nach den Quellen des Lebens ist zu der Wagnerischen Sucht »Zwar weiß ich viel, doch möchte ich alles wissen« verflacht worden. Diesem rein stofflich mißverstandenen Allerweltsbildungsbegriff entsprach in der Praxis ein immer engeres Spezialistentum, eine "Versachlichung", zwar notwendig für den wissenschaftlichen und technischen Arbeitsteilungsprozeß, aber verhängnisvoll für Menschenwerden und Menschenwesen. Um den nicht fachlich spezialisierten Mitbürger nun doch noch mit der Fülle der Erkenntnis begnaden zu können, mußte die wissenschaftliche Forschung in ihren Ergebnissen immer mehr popularisiert und damit verflacht werden. So kam eine Farbenklexbildung heraus, wie sie Friedrich Nietzsche mit Recht als Spottgeburt des gebildeten Menschen des 19. Jahrhunderts verhöhnt hat. Nietzsche ist es auch gewesen, der demgegenüber die Frage nach »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« vom Menschen her stellt. Damit ist eine grundsätzliche Umkehrung eines angeb-

lich als solchen ohne weiteres zur "Bildung" gehörenden objektiven Guts in eine personhafte Beziehung zum Menschen geschehen, zu seiner Aufgabe im Leben, seiner Stellung in der Welt. Das Buch ist nicht mehr Selbstzweck sondern wird Mittel zum Zweck der als lebendiger Lebensprozeß verstandenen Bildung des Menschen. Es erhält eine Leben und Menschen gestaltende Funktion und muß als solches lebendig verwendet werden. Das Buch ist dann nicht mehr für alle und jeden in gleicher Weise da sondern muß erst zu den Menschen und menschlichen Situationen in Beziehung gesetzt werden, die es allein oder vorwiegend angeht.

Wir leiden heute an einer ungeheuren Überproduktion gedruckten Papiers. Es ist allmählich sehr fraglich geworden, ob die Buchdruckerkunst ohne weiteres einen Segen für die Menschheit bedeutet. Menschlich wertvoll kann sie nur werden, wenn in Produktion und Konsumtion des Buches der Bedarf des Menschen, nicht die gewinnmäßige Spekulation ausschlaggebend ist. Wir brauchen also auch hier eine Bedarfsdeckungswirtschaft, das Gebrauchsbuch an Stelle unserer heutigen anarchischen Bücherproduktion und ebenso hemmungslosen Bücherkonsumtion. Zunächst muß, um überhaupt wieder die unabsehbar anschwellende Buchproduktion etwa eines Jahres übersehbar zu machen, eine Auswahl des für irgendwen wertvollen Buchs getroffen werden, wie das eine wesentliche Aufgabe der heutigen Büchereien ist. Wir haben heute keine feste literarische Tradition mehr, wie das in strenger Folgerichtigkeit im französischen Klassizismus der Corneille, Racine, Molière der Fall war. Eine solche Kulturtradition setzt eine ungebrochen herrschende Klasse wie den Hofadel des Absolutismus voraus. Auch das sogenannte besitzende und gebildete Bürgertum des 19. Jahrhunderts hatte noch eine gewisse literarische Tradition, von Goethe und seinen Nachfahren geformt, so ausgetreten und ausgelaugt sie mit der Zeit auch wurde. Heute aber, da sich alte Gesellschaftsformen zersetzen, und neue erst im Ansatz sich zu bilden beginnen, haben wir kein allgemeinverbindliches Kulturgut, keinen "Schatz" allgemein anerkannter und verwendbarer Bücher mehr. Heute muß das, was in geschlossenen Kulturzeitaltern von selbst vorhanden ist: die Sicherheit eines Verhältnisses des Menschen zu seinem Buch, erst wieder aus den neuen Lebensbedingungen heraus geschaffen werden. Dazu muß die Buchproduktion unserer und der vergangenen Zeit auf ihren Wert und Nutzen für die verschiedenen Menschengruppen der Gegenwart kritisch geprüft und gesichtet, das Wertvolle und Verwendbare ausgewählt und in geeigneter Weise an den Menschen, den das Buch etwas angeht, herangebracht werden. Man muß also eine kulturell-pädagogische Hilfe der Vermittlung leisten.

Diese Aufgabe sucht die neuzeitliche Bücherei zu erfüllen. Sie will nicht wie die wissenschaftliche Bibliothek die Schätze der Wissenschaften sammeln und lediglich den forschenden Fachleuten zur Verfügung stellen, sie will aber auch nicht wie die häufig noch im Bewußtsein der Menschen vorherrschende Volksbibliothek alten Stils Unterhaltung und popularisiertes Wissen an geistig minderbemittelte Volksschichten austeilern, sondern sie will eine dem gesamten Volk dienende, der Gesamtheit der literarischen Kultur verpflichtete, aber differenzierend und individualisierend arbeitende Vermittlung bestimmter Menschen zu bestimmten Büchern sein. Es versteht sich von selbst, daß dieses Mittleramt nur ausgeübt werden kann, wenn wir Menschen haben, die auf der einen Seite in der Lage sind aus der Fülle der Neuerscheinungen

die gehaltvollen und lebensnahen Bücher auszuwählen und sich innerlich anzueignen, die dem Leseinteresse irgendwelcher Leserschichten entsprechen, und die auf der andern Seite ein gutes psychologisches und pädagogisches Verständnis für allerlei Menschenart und Menschenschicksal haben, für den Menschen aus der Arbeitswelt genau so wie für den Menschen bürgerlicher Tradition. Der Mensch, der vielleicht erst zum Buch hinfinden muß, das ihm etwas geben kann, etwa der jugendliche Arbeiter oder die Arbeiterfrau, muß mit seiner meist nicht direkt ausgesprochenen Frage oder Neigung in der Bücherei auch ohne viele Worte verstanden werden. Der Mensch muß bei seinem wirklichen geistigen Bedürfnis gepackt werden, wenn er ein Buch als sinnvoll und lebensnotwendig für sich empfinden soll. Nur weil das so oft nicht geschieht, gehen noch viele Menschen am Buch vorüber, und das Buch an ihnen. Hat der Mensch einmal den Ansatz gefunden, wo er einen Zugang zur Literatur hat, dann handelt es sich darum ihn auf seinem ihm gemäßen Weg weiter zu fördern und von seiner Lebenswelt aus ihm den Blick für seine Umwelt zu erschließen, die sich mehr und mehr von der Enge in die Weite dehnen muß. Also auch hier erfordert der volksbibliothekarische Beruf, wie er heute im Büchereiwesen verstanden wird, ein weitgehendes volkspädagogisches Können, das zunächst eine soziale und erzieherische Anlage neben dem literarischen Verständnis und sonstiger beruflicher Tüchtigkeit voraussetzt, das dann aber systematisch durch eine dieser besondern Aufgabe angepaßte Ausbildung geschult werden muß.

Nunmehr ist erfreulicherweise durch die neue preußische Prüfungsordnung für den Volksbüchereidienst die Eigenart der spezifisch volksbibliothekarischen Ausbildung im Unterschied zu den Erfordernissen der wissenschaftlichen Bibliotheken, wenigstens in den Grundzügen, anerkannt, wenn auch die Bestimmungen an manchen einzelnen Punkten hinter den Forderungen der Berufsvertretung zurückgeblieben sind. Aufgabe der Öffentlichkeit, insbesondere der kommunalen Bildungsarbeit, ist es nun dieses neuzeitliche Büchereiwesen, das eine so besonders notwendige und lebenswichtige Funktion in unserm Volk zu vollziehen hat, von mechanischen Abbaumaßnahmen zu verschonen, weil es sich hier um einen erst im Entstehen begriffenen Aufbau einer Kulturarbeit handelt, die, wie kaum eine andere, der Gesamtheit des Volks zugute kommt und seine geistige Fortexistenz sichert.

DAVID LUSCHNAT · GANZ INNEN IST DIE WELT AUS LICHT



GANZ innen ist die Welt aus Licht,
Da heben sich die Hände ohne Mühe,
Da wachsen die Gebärden ohne Zeit.
Mein fühlender Wille

Formt eine gläserne Einsamkeit,

Darin ich einsam wachse.

Wenn ich so bin wie ich soll,

Wird die Stille wohl abfallen von mir.

Ein Gespräch wird sein zu meinem Herzen,

Eine Stimme wird zu mir reden

Sanft und stark wie der Waldwind im Frühjahr.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · DAS EXPERTISENUNWESEN, EINE SELBSTENTHÜLLUNG DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS



GELEGENTLICH des Falls van Gogh sprach ich hier von den Kunstfälschungen und davon, daß ein solches Übermaß an händlerischer Gerissenheit die europäische Öffentlichkeit in Empörung und Abwehrwillen versetzte¹. Es war durchaus nicht das einzige Symptom einer kapitalistischen Verseuchung der heutigen Kunstbeziehungen. Schon damals und viele Jahre zuvor hatte sich parallel damit das Übel des Expertisenwesens ausgebreitet, das zwar nicht in einen kausalen Zusammenhang mit den Fälschungen gebracht werden darf, dessen Auswüchse aber tatsächlich, so wie sie sich vor allem im letzten Jahrzehnt herausgebildet haben, auf eine Begünstigung oder Beschönigung, nenne man es, wie man es nennen will, von Verfälschungskunststücken hinausgehen.

Zu jener Zeit, vor 2 Jahren, wurde schon mancherlei gemunkelt; Eingeweihte wußten längst, daß in der Küche des Kunstmarkts nicht alles mit tadelloser Butter gebraten wurde, weder von händlerischen noch, was wichtiger ist, von wissenschaftlich berühmten Köchen, aber es blieb beim Munkeln und Augurenlächeln. Nun hat aber ein ehrliebender Kunsthändler, der selber graduerter Kunsthistoriker ist, A. Lapp-Rottmann in München, den ganzen Expertisenkomplex durch eine Zuschrift an das bekannte Sammlerblatt *Die Weltkunst* am 17. August 1930 aufgerollt und, sehr zur rechten Zeit, eine mächtig anschwellende Diskussion eröffnet, die sich durch den ganzen Herbst und Winter zog, die temperamentvollsten Wissenschaftler und Sammler auf den Plan rief und noch lange nicht abgeschlossen ist. Im Verfolg dieser Kampagne wurde eine Reihe von Forderungen und Vorschlägen für die Gesundung des Expertenwesens aufgestellt, und beinahe nebenher auch der ungeahnte Gewinn erzielt, daß ein besonders exponierter Vertreter der angegriffenen Klasse, von einem Disziplinarverfahren bedroht, Knall und Fall seine wissenschaftlichen Staatsämter niederlegte. Da es sich aber nicht um einen einzigen Sündenbock handelt sondern um ein System, dessen Vertreter von unbezweifelbarer Unantastbarkeit bis zur bedenklichsten Mischung des Händlergeistes mit dem wissenschaftlichen Idealismus wohl alle Nüancen repräsentieren, so darf die begonnene Diskussion nicht zu Ende gehen, bevor die trübe Angelegenheit restlos geklärt ist. Das kunsthändlerische System, in dessen Mittelpunkt die offiziellen Gutachten von einem Dutzend anerkannter Kenner alter Meister stehen, wird in der kapitalistischen Gesellschaft kaum zu beseitigen sein. Aber es ist doch eine empörende Verkehrung aller Werte, wenn Kunstwerke durch Bescheinigung gewisser Gelehrter oder Museumsbeamter im Preis um das Vielfache steigen, ja erst durch diese Zettelchen zum Objekt internationaler Verkaufs- und Finanzspekulationen werden. In dessen ist die spezielle Art dieses Dickichts von Kunsthandel, Kunstverfälschungen, Expertise und valutasicherer Kapitalsanlage als Grenzgebiet so interessant, daß man genauer hineinleuchten muß. Die Tatsachen genügen, die sich aus den Zuschriften mutiger Standesgenossen an die *Weltkunst*, die *Frankfurter Zeitung*, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* usw. ergeben.

¹) Siehe Schmidt Van Gogh und der Sinn der Kunstfälschungen, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 35 und folgende.

Ein Kunstexperte ist ein Mann, der auf der hohen Warte anerkannter wissenschaftlicher Kennerschaft sitzt, der beispielsweise das Werk Tizians, Rembrandts oder Tiepolos so genau durchforscht hat, daß Besitzer von Bildern, die sie für einen Tizian usw. halten und gern teuer verkaufen möchten, zu ihm kommen und eine Bestätigung schwarz auf weiß, am liebsten mit dem Stempel seines Museums (Amtsstempel sind Goldes wert) darüber verlangen, daß ihr Bild ein echter Tizian usw. sei. Hier kommt es nun auf zweierlei an: 1. daß der Gelehrte einen international anerkannten Ruf hat und auch wirklich einen echten Tizian von Schülerarbeiten und Fälschungen (meist Verfälschungen durch geschickte Restaurierung) unterscheiden kann; 2. (ebenso wichtig) daß echte Tizians usw. 1000prozentige Wertanlagen auf dem Kunstmarkt darstellen. Wegen eines Malers 3. Güte bemüht man den Experten nicht. Für eine solche Mühewaltung, die von seiten des Kenners natürlich mit langjährigem Studium, Reisen, Photogrammsammlungen, kurz mit kostspieligen Erfahrungen erkaufte werden muß, ist es recht und billig den Experten zu entschädigen. Wilhelm von Bode pflegte das in seiner großzügigen Art mit Schenkungen oder Stiftungsversprechen an die ihm unterstellten Museen zu machen, und selbstverständlich gibt es auch heute Museumsleute von Rang, die, wie Max Friedländer, in der selben Weise ihr persönliches Interesse von materiellem Entgelt vollkommen rein halten. Die meisten aber werden das nicht können und nicht wollen, das versteht sich in einer kapitalistischen Ordnung von selbst. Es wäre auch gegen eine in bescheidenen und fixierten Grenzen gehaltene Vergütung in 2- bis höchstens 3stelligem Zahlenumfang gar nichts einzuwenden, obwohl es sauberer wäre Museumsbeamte so zu bezahlen, daß keinerlei Verführung zu Nebeneinnahmen überhaupt an sie herantreten dürfte.

Da das aber nun eben nicht der Fall ist, entstand die Gewohnheit bei Objekten von hohem Wert (der im Antiquitätenhandel bekanntlich von einer recht wechselnden Mode abhängt) auch besonders hohe Entlohnung für eine positive Expertise zu geben und zu verlangen. Man beachte: für *positiven* Ausfall der Expertise. Man begreift, welch ein unwiderstehlicher Druck auf den Kenner großer und zugleich begehrter Meister hiermit ausgeübt werden muß, um das betreffende Werk möglichst eindeutig zu fixieren, ein Druck, der wissenschaftliche Zweifel an der Eigenhändigkeit, ja an der Echtheit des Altertums immer stärker verwischen und unterdrücken muß.

Und nun kommt die schlimme Gepflogenheit dazu: die erst ungewollte, sich aber immer deutlicher herausstellende Bindung an gewisse Firmen, die Vereinbarung einer prozentual bestimmten Beteiligung am Verkauf des expertierten Gemäldes. Sind die Grenzen zwischen strenger wissenschaftlicher Bestimmung und Freundschaftsgutachten von gefährlicher Unbestimmtheit, so tritt mit einer solchen Gewinnbeteiligung der unzweifelhafte Fall der unzulässigen Verquickung von Wissenschaft und Handel ein. Das Publikum glaubt blindlings dem bewährten Namen des Gelehrten; es bekommt eine Bescheinigung, die es wie einen Scheck mit der Unterschrift eines Geldmagnaten wertet. Der Magnat aber ist unversehens zu einem stillen Teilhaber des Verkäufers geworden, mit mehr oder weniger gutem Glauben. Denn wo hört bei solcher Praxis die Gewissenhaftigkeit des Gelehrten auf, wo beginnt die unbewußte, wo die bewußte Beugung seiner eigentlichen Überzeugung? Sehr klar ist, daß es keine absolute Sicherheit in der Zuerkennung von

Kunstwerken an bestimmte Meister in wissenschaftlichen Zweifelsfällen gibt und niemals geben kann. Ein so scharfer und unbestechlicher Kenner van Goghs wie Baart de la Faille hat sich auch zuerst von den Fälschungen täuschen lassen. Er brachte aber den hohen moralischen Mut auf seinen Irrtum einzugestehen und nachträglich 33 Bilder als unecht zu bezeichnen. Glaubt irgendjemand, daß ein prozentual am Gewinn beteiligter Experte so leicht eingestehen wird, daß der für eine Million nach Amerika verkaufte Tizian oder Reynolds nicht echt oder eine Kopie oder ein Schulwerk sei?

Wir müssen also energisch darauf dringen, daß die Reinigung des Expertisenwesens restlos und unerbittlich bis zum Ende durchgeführt werde, daß zum mindesten die Ministerien und Stadtverwaltungen ihren Museumsbeamten die Erteilung von Expertisen gegen prozentuale Gewinnbeteiligung verbieten, und daß die Kunstwissenschaft von sich aus Organe zur Überwachung des Gutachterwesens und Verhütung von Mißbrauch schafft. Das alles ist Sache der Wissenschaft. Sie hat sich in Gestalt einiger tapfrer Vertreter bereits gegen das Unwesen erhoben und wird hoffentlich die Kraft finden gründlich durchzugreifen, weil sonst ihre Erkenntnisse durch den Hautgout des Expertisenunwesens so verunreinigt werden, daß sie überhaupt nicht mehr als Wissenschaft anerkannt werden kann.

Die andere, die händlerische Seite der Angelegenheit geht uns alle an. Die ungeheuerliche Entwicklung, daß ein schriftliches Gutachten über ein Kunstwerk für wichtiger gilt als das Werk selber, daß mit diesen Zettelchen wie mit Börsenpapieren gehandelt wird, daß schließlich kein Bild mehr ohne eine Expertise etwas wert ist; das ist mit dem Wesen des Kapitalismus verklammert. Kunst ist hier nicht mehr göttliche Offenbarung, Botschaft vom Himmel, schmerzreiches Bekenntnis eines Genius. Kunst ist eine Aktie geworden. Wir haben noch nicht die Macht diesem üblen Kompromiß zwischen Geist und Materie ein Ende zu bereiten. Das wird erst möglich sein, wenn das ganze System durch eine wahre Art des Gemeinschaftslebens ersetzt sein wird. Die entsetzliche Unwahrhaftigkeit unseres gesellschaftlichen Zustands kommt uns bei solchen Gelegenheiten recht fühlbar zum Bewußtsein.

ADOLF BEHNE · FORM UND KLASSENKAMPF

UNSERE Ahnen nutzten ihre Sachen nicht aus. Bei Haus, Grundriß, Stadtplan, Möbel, Gerät, Waffe begnügten sie sich mit einer ungefähren Leistung. Auf etwas Leistung kommt bei ihnen oft das Vielfache an Hülle, Symbol, Nimbus oder wie man es nennen will¹. Fritz Hellwag berichtet zwar, daß im 16. Jahrhundert die Hamburger Zunft der "Kunthormacher" beim Meisterstück den Hauptwert auf die technisch-sorgfältige Ausführung der Nutzform als auf die »vornehmste Arbeit« legte. »Die Arbeit durfte nicht durch die geschickte »krause« Arbeit und »allerlei Schnitzwerk verdunckert« werden. Wer diese »jetzige neue Weise« der ornamentalen Verzierung und »zierlicher und künstlicher Arbeit« nicht verstand, konnte ... bei den Hamburger Kunthormachern ... trotzdem die Meisterprobe bestehen.«² Hellwag stellt aber dieses Faktum als eine bemerkenswerte Ausnahme hin.

1) Siehe dazu auch Behne Neues Wohnen, neues Bauen /Leipzig 1931/ und Eine Stunde Architektur /Stuttgart 1928/.

2) Siehe Hellwag Geschichte des deutschen Tischlerhandwerks II /Berlin 1924/ Seite 36.

Es liegt uns ganz fern mit unserer Feststellung einer banausischen Beurteilung alter Bauwerke das Wort zu reden. Indes, mit der nur formalen Betrachtung kommen wir nicht weiter. Nein, die Altvordern beuteten ihre Häuser, Möbel und Geräte nicht aus. Dürfen wir daraus den Schluß ziehen, daß sie gute Herzen hatten, dem Mißbrauch der Gewalt und jeder Ausbeutung abgeneigt waren? Leider nein. Denn sowenig sie ihre Möbel und Geräte ausbeuteten, so sehr beuteten sie ihre Menschen aus. Und was das Peinlichste ist: Das eine Moment steht mit dem andern in ursächlichem Zusammenhang. Ihren Möbeln und Geräten gegenüber waren die Ahnen, wenn man will, sehr herzlich. Alles wurde geschmückt und ornamentiert, war reich an Form, Farbe und Zierrat, war bewegt und schön dekoriert, vom Grundriß der Stadt bis zum Griff der Tür. Aber jeder dieser Zierrate, jede dieser herzlichen Zutaten erschwert die Arbeit mit den Möbeln und Geräten. Schloß Stern bei Prag: ein entzückendes Grundrißornament. Aber dieses formale Zackenspiel erhöht die Arbeit der Menschen um 100 %. Welche Wege allein von einem Eckraum zum andern!

Je reicher die Form, um so schwieriger und mühseliger die Arbeit. Nun, was schadet es viel? Wem es recht ist, daß die Sache ihm viel mehr Arbeit auflegt, wenn sie reich in der Form ist, und dem doch der Reichtum der Form so wichtig ist, daß er gern die Mehrarbeit leistet: warum nicht? Aber etwas anders sieht es aus, wenn der Nutznießer der schönen Form die Mehrarbeit auf Menschen abwälzt, die in der sozialen Stufenleiter unter ihm stehen. Wir müssen den Formenreichtum der Ahnen zusammen mit dem Schweiß und der Hetze ihrer Diener, Mägde, Burschen, ihres Personals sehen. Weil das Personal billig und daher groß ist, können die Geräte, die Sachen, reich und unsachlich sein. Mit dem Reichtum ihrer Formen werden die Geräte zu Fronherren der Untergebenen, werden die Geräte zu Vertretern der Herrschicht, zu Nutznießern beliebiger Menschengenutzung. Stellen wir uns einmal die Diener vor, die im Schloß Belvedere bei Wien die Herrschaften bei Tisch bedienen, über diese Treppen, gewundenen Stiegen, aus der Riesenküche, durch Hallen, um die Ecken Gericht für Gericht auftragen müssen, ohne es kalt werden zu lassen.

Diese Dinge hängen mit einander zusammen: Der Reichtum der Form ist eines der Mittel menschlicher Unterdrückung. (Was durchaus nicht ausschließt, daß das Verhältnis der Herrschaft zum Leibdiener, Küchenchef oder Reitknecht in einem oder andern Fall patriarchalisch und nett sein mochte.) Die scheinbare Herzlichkeit in der spielenden Formenfülle aller Möbel und Geräte ist also den Menschen gegenüber Ausbeutung und Herzlosigkeit. Wenn wir den Sachen gegenüber Kavaliere sind, sind wir dadurch den Menschen gegenüber Drillmeister.

Den Menschen helfen wir, das heißt herzlich sind wir, wenn wir von den Sachen das Äußerste von ratio, von Vernunft verlangen. Wer also, wie so viele tun, denkt: Welche unmenschliche, herzlose Gesinnung steckt doch in dem Programm der strikten Sachlichkeit, welche Kälte, Härte und Freudlosigkeit, der denkt doch wohl schief. Jeder Fortschritt in der sachlichen Behandlung der Sachen entlastet, erleichtert den Druck auf einen Menschen und ist deshalb viel menschlicher, herzlicher, sozialer als die scheinbare, nur egoistisch gesonnene Herzlichkeit des formalen Aufwands. Es ist doch wohl eindeutig genug, daß der Reichtum der Form genau im selben Maß und Tempo in der Welt abnimmt, in dem die Zahl der Diener abnimmt.

Wo Personal nahezu unbezahlbar ist, der Mann, die Frau das meiste selbst machen muß, wird die Rationalisierung der Dinge logisch am weitesten getrieben. Nimmt den Herrschaften niemand mehr die Arbeit ab, so müssen die Sachen helfen, mitdenken, statt den Herrn zu vertreten, das heißt, sie werden einfach, wie der Wochenendkoffer, den wir selbst tragen.

Es spielt sich in der Kunst ein Klassenkampf ab, am sichtbarsten natürlich in der Architektur, und ein Schlachtfeld dieses Klassenkampfes ist jedes einzelne Bauwerk. In ihm stehen sich die Parteien gegenüber. Sie heißen: Form und Zweck. Form ist das Interesse des Herrschenden. Form beschäftigt den Beherrschten und bringt ihn in die Hand des Machthabers. Form macht alle Möbel und Geräte zu Repräsentanten des Herrschenden. Das ist der tiefere Sinn des so oft leichtlin verwendeten Wortes repräsentativ. Das Möbel muß sichtbar auf der Seite des Herrschenden stehen, für diesen eintreten, den Untergebenen beschäftigen, die Macht fühlen lassen, auch wenn der Besitzer selbst nicht zugegen ist. Es muß Statthalter für ihn sein, Front gegen den Untergebenen nehmen. Das Interesse des Untergebenen ist der Zweck. Es erleichtert seine Arbeit, entlastet ihn, und wenn auch das zweckhafte Gerät seinen Nutzen, seinen Profit immer den Machthabern, den Besitzern zuweist, tritt es doch mehr und mehr auf die Seite des Dienenden, wechselt langsam die Front. (Und das ist es, was die um Alexander von Senger empfinden, wenn sie gegen das neue Bauen anrennen, und was sie mit aller Macht verhindern wollen: den drohenden Machtchwund³.) Immer galt die Form als aristokratisch, und immer galt der Zweck, galt das Zweckhafte, und galt das Eintreten für den Zweck als demokratisch und demagogisch. Zweck: das war in den Augen der Herrschenden eine Parole der Plebs, der Masse, der crapule. In dieser Einschätzung des Zweckhaften lag wohl die instinktive Furcht, was von dem Beruf des Herrschers bliebe, wenn auch für Lebensfragen des Volks das Zweckmäßige sich durchsetzen sollte. Für die Masse war das Zweckhafte ein Recht, für das sie kämpfen mußte wie für alle Menschenrechte, wie für Koalition und Achtstundentag.

Natürlich wurde dieser Kampf nicht nur an der Front Herr-Personal geführt. Die Masse stellte ja nicht nur die Diener sondern auch die Handwerker, die die Möbel und Geräte ausführten. Also ist auch die Front Auftraggeber-Handwerker zu betrachten. In komplizierteren Fällen vertrat dabei den Herrn der entwerfende Künstler, der also dann als Vertrauensmann des Machthabers zum Kontrahenten der ausführenden Handwerker wird. Eingehende soziologische Untersuchungen müssen erst noch lehren, ob und wie etwa zu verschiedenen Zeiten die Schicht der Dienenden, Untergebenen, Angestellten in der Schicht der sozial ihnen nahestehenden Handwerker einen Bundesgenossen fand. Sicherlich nur in äußerst geringem Maß. Denn natürlich war der Handwerker finanziell an einer reichern Ausführung sehr interessiert. Ja, man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß eher schon der Planzeichner, der Entwerfende, der Architekt und Künstler, den Untergebenen Sukkurs leistete: freilich nicht so sehr aus Sympathie, und auch er gehemmt durch finanzielle Abhängigkeit vom Auftraggeber, aber wohl aus einem gewissen immanenten künstlerischen Trieb zur Verbesserung oder auch nur zur Änderung, mit unschuldiger Neigung zur Verfeinerung. Ein Beispiel dafür: Den modernen Industriebau hat weder der Unternehmer und Besitzer

3) Siehe von Senger *Krisis der Architektur* /Zürich 1929/.

"gespendet", noch hat der Arbeitnehmer ihn "erkämpft", sondern der Architekt hat ihn "kreiert". Lesen wir zum Beispiel, was Walter Gropius im Jahrbuch 1912 des Deutschen Werkbunds über Fabrikbau schrieb. Daß man selbstverständlich auch die Schicht der Dienenden nicht als absolute Einheit betrachten darf, beweist der Umstand, daß das Möbel und Gerät des Dienenden allzu gern Möbel und Gerät des Herrn nachzumahnen versucht. Was aber nur die alte Erfahrung bestätigt, daß generationenlanges Dienen gefährlich ist.

Betrachten wir nun in diesem Zusammenhang das heute so viel gebrauchte und so wenig verstandene Schlagwort Sachlichkeit, dann wäre zu sagen: Sachlichkeit ist die Gesinnung, die das Werk aus dem Dualismus Repräsentation und Zweck herausheben will und damit aus dem innern Widerspruch der "Form", die ja immer nur die Diagonale im Parallelogramm dieser beiden Kräfte ist. Sie will also heraus aus den Spannungen der kastenmäßigen Interessenten, sie will in der klaren Gestalt (nicht mehr Form) dem Allgemeininteresse dienen. Damit ist wohl schon gesagt, daß Sachlichkeit heute einen schweren Kampf nach allen Seiten zu führen hat. Sie kann zur Vollendung erst in einer klassenlosen Gesellschaft kommen, die zugleich eine Gesellschaft ohne "Stil" sein wird. Denn das Bestehen eines Stils ist Ausdruck der Tatsache, daß der Klassenkampf noch zugunsten der Besitzenden steht. Darum bricht die Reihe der großen, echten Stile zunächst mit der Französischen Revolution ab, also mit dem Rokoko. Darum aber auch beginnt sofort das Suchen nach einem neuen Stil, sobald das Bürgertum die Positionen der Feudalherren eingenommen hat und nach einer neuen Legitimität sucht. Und darum auch finden wir das Stilchaos in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts um so hoffnungsloser werden, je ernsthafter und positiver der Klassenkampf geführt wird.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Arbeitslosigkeit Die Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist über alle Maßen ungünstig. Ein Vergleich der Arbeitslosigkeit in der heutigen Depressionsperiode mit den Vorjahren ist nicht zu ziehen, da selbst in dem sibirischen Winter 1928-1929 die Arbeitslosenzahl weit hinter der gegenwärtigen zurückblieb, die den Höhepunkt von 5 Millionen im Februar erreicht hat, 90% von ihnen werden öffentlich unterstützt, und zwar rund 2½ Millionen in der Arbeitslosenversicherung und je knapp 1 Million in der Krisenfürsorge und in der Öffentlichen Fürsorge. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden würde voraussichtlich etwa 1 Million Arbeitern wieder Brot verschaffen. Die Arbeiter und Angestellten, deren Einkommen durch Herabsetzung der Stundenlöhne und der Effektivverdienste bereits stark gemindert worden ist, da die

Preise nicht in gleichem Umfang gesenkt sind, würden freilich bei genereller Verkürzung der Arbeitszeit, selbst bei teilweise vorzunehmendem Lohnausgleich, einen weiten Teil ihrer Wochenverdienste einbüßen. Dennoch treten die Gewerkschaften im Interesse der Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen für die Arbeitszeitverkürzung ein, zuletzt wieder in einer großen Kundgebung im März 1931.

Von einer nicht geringern Krise des Arbeitsmarkts ist England betroffen. Ständig erhöhen sich auch dort die Arbeitslosenzahlen, die bei einer Arbeiterzahl, die in England um mehr als ½ geringer ist als in Deutschland, die 2-Millionengrenze lange überschritten haben. Ende Januar sind von den 12 Millionen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten rund 2½ Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter; das heißt, über 21,5% der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten steht unter dem Druck der Vollerwerbslosigkeit, der Kurzarbeit oder der Werksbeurlaubung, die einer zeitweiligen Einkommenslosigkeit

gleichkommt. Das Tempo, in dem die Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt untergräbt, wird dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeitslosenzahlen in England bald doppelt so hoch sind wie im Vorjahr. Das bisher von der Weltkrise nur wenig berührte Frankreich wird allmählich ebenfalls von ihr betroffen (siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 273 und folgende). Die amtlich angegebene Zahl der Arbeitslosen spiegelt nur einen Teil der Krise wider, da man zunächst dazu übergegangen ist die große Menge der ausländischen Arbeiter abzubauen. Wenn die Anzahl der französischen Arbeitslosen trotzdem ständig anwächst, so kann sie bei der Struktur der französischen Wirtschaft nur auf einer geringen Höhe liegen, wenn man etwa England oder Deutschland damit vergleicht. Große Sorge bereitet der französischen Regierung die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen. Im neuen Sozialversicherungsgesetz ist kein Unterstützungsanspruch im Fall der Arbeitslosigkeit gesichert. Um nun die arbeitslos werdenden Arbeitnehmer zu schützen, hat zunächst in Paris der Präfekt des Seine-Departements unter bestimmten Voraussetzungen eine staatliche Unterstützung der Arbeitslosen festgesetzt, die bei 8 Francs täglich, das heißt ungerechnet bei etwa 1,35 Goldmark, liegt, ein Betrag, der aber nach der Inlandskaufkraft des französischen Franc tatsächlich höher zu werten ist. Für Kinder über 16 Jahre wird ein Zuschlag von 4 Francs täglich gewährt, bei Kindern unter 16 Jahren von 3,50 Francs. Sonstige Zuschlagsempfänger im Haushalt des Arbeitslosen erhalten 2,50 Francs, jedoch darf der Gesamtbetrag der Unterstützung 18 Francs täglich, das heißt 108 Francs oder etwa 17 Mark wöchentlich nicht übersteigen. Der Erlaß des Seinepräfekten zeigt, daß auch in Frankreich der Gedanke der staatlichen Arbeitslosenunterstützung Boden gewinnt. Man wird hoffen dürfen, daß die Arbeitslosenunterstützung allmählich in das neue Gesetz über die Sozialversicherung eingebaut wird.

Arbeitskrise-
gutachten Die Reichsregierung setzte im Januar eine Kommission zur Beratung der Arbeitslosenfrage ein, die auch gesetzgeberische Vorschläge ausarbeiten soll. Sie steht unter dem Vorsitz des auch in Arbeiterkreisen sehr geachteten frühern Reichsarbeitsministers Heinrich Brauns. Die Beisitzer der Kommission sind fast ausschließlich Theoretiker, insbesondere Universitätsprofessoren, was zur Folge

hat, daß trotz der Persönlichkeit des Vorsitzenden die Öffentlichkeit ohne besondere Erwartungen den Ergebnissen der Beratungen dieses Gremiums entgegen sieht. Es wäre nicht allzu schwer gewesen, auch bei Innehaltung des Grundsatzes Interessentenkreise in diesem Ausschuß zu vermeiden, bewährte Sachverständige auf dem schwierigen Gebiet der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenunterstützung zu finden.

Am 4. April legte die Kommission der Öffentlichkeit ein Teilgutachten vor, das den Weg aus der Arbeitskrise weisen will, sich aber im wesentlichen nur mit der Arbeitszeitverkürzung und dem Doppelverdienertum befaßt. Grundsätzlich spricht sich die Kommission für eine Verkürzung der Arbeitszeit aus, und zwar auf wöchentlich 40 Stunden, natürlich mit den bekannten Einschränkungen je nach Betriebsgröße und für bestimmte Wirtschaftszweige. Der nach dieser Richtung empfohlene Gesetzesentwurf enthält nicht den Vorschlag des Verbots jeder Überarbeit und setzt auch nur geringe Strafen für Überschreitung der Arbeitszeit fest. In der schwierigen Frage der Ausschaltung der Doppelverdiener beschränkt sich das Gutachten auf eine weise Zurückhaltung; der von ihr ausgesprochenen Empfehlung an die Arbeitgeber dürfte nach den bisherigen Erfahrungen wohl keine praktische Bedeutung zukommen. Nach einem Mehrheitsbeschluß der Kommission soll für verheiratete Beamtinnen durch Bereitstellung von Abfindungssummen ein Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden geschaffen werden. Über die wichtige Frage der von allen Seiten geforderten Reichsarbeitslosenfürsorge läßt sich dieses Teilgutachten nicht aus. Mit dem vorliegenden Teilergebnis wird sich das Reichskabinett jetzt noch im April beschäftigen. Über das Gesamtgutachten der Sachverständigenkommission wird man hier im gegebenen Zeitpunkt noch sprechen müssen. Große Illusionen über das Endergebnis wird man heute schwerlich hegen.

Sozialversicherung und Wirtschaft Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung untersucht

Alois Egger /Jena, Gustav Fischer/. Der Autor zieht ein weitschichtiges Zahlenmaterial heran, das für jeden Zweig der Sozialversicherung zu einem Gesamtbild verarbeitet wird. Die im allgemeinen sehr objektiven Ausführungen sehen jedoch die Sozialversicherung nur als eine die Wirtschaft belastende Institution, wäh-

rend man eine auch nur kurze Würdigung der gewaltigen Entlastung der Wirtschaft durch ihre Wirksamkeit völlig vermißt. Was durch die Sicherung der Kaufkraft und des Absatzes, die durch die laufenden Leistungen der einzelnen Träger der Sozialversicherung gewährleistet ist, zur Stabilität der Volkswirtschaft beigetragen wird, diese positive Seite der Sozialversicherung wird nicht behandelt, was bei einer objektiven Betrachtung um so mehr wundernehmen muß, als ja schließlich die Beiträge zu den verschiedenen Institutionen der Sozialversicherung doch bei immer weiteren Kreisen als abgezwigter Lohnanteil angesehen werden. Abgesehen von diesem Einwand, bleibt Eggers 300 Seiten starke Untersuchung ein gutes Informationsmittel für die Zeit seit der Stabilisierung nach der Inflation bis zum Beginn der Wirtschaftskrise.

Im Rahmen der systematischen Darstellung des Sozialversicherungsrechts, die Ludwig Brucker im Verein mit einigen beamteten Sozialpolitikern herausgibt /Berlin, Reimar Hobbing/, ist jetzt die 1. Hälfte des 2. Bands erschienen, der als letzter des 5bändigen Werks herausgebracht wird. Er behandelt die Krankenversicherung, und zwar bereits unter Berücksichtigung der einschneidenden Änderungen, die das Jahr 1930 brachte. Die praktische Verwaltung der Krankenkassen, die technischen Einrichtungen der Geschäftsbetriebe, das Kassen- und Rechnungswesen, sowie die Vermögensverwaltung und Statistik sind dem 2. Halbband vorbehalten, mit dessen Erscheinen das Sammelwerk abgeschlossen ist.

Eduard Starks ABC der Sozialversicherung /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/ bringt nach einer systematischen Einführung eine gute Zusammenstellung über die österreichischen Sozialversicherungsgesetze und unter anderm auch den Abdruck des deutsch-österreichischen Sozialversicherungsübereinkommens.

Wer sich schnell über die internationale Regelung der Sozialversicherung orientieren will, nehme die Schrift Gustav Hochs /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/ zur Hand. Diese 32 Seiten umfassende Würdigung der die Sozialversicherung betreffenden internationalen Sozialpolitik gibt ein gutes Bild über den Tätigkeitsbereich der zwischenstaatlichen Regelung in der Arbeitnehmersicherung, über den Inhalt der Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamts in Genf, die im einzelnen gewürdigt werden. Die der Schrift beigefügte Zeittafel ermöglicht einen Überblick über das international Erreichte.

Knappschafts- Durch das Reichsknapp-
versicherungsgesetz schaftsgesetz vom Jahr 1923 wurde eine einheitliche Sozialversicherungsgrundlage für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten geschaffen, die bekanntlich Krankenversicherung, Invaliden- und Pensionsversicherung umfaßt. Für die Bergarbeiter sind also durch das Knappschaftsgesetz ihre Krankenversicherung, ihre Invalidenversicherung und eine Pensionsversicherung geregelt, den knappschaftlichen Angestellten sichert es Kranken- und Pensionsversicherung, die an die Stelle der Angestelltenversicherung getreten ist. Welche Bedeutung diese Pensionsversicherung hat, geht daraus hervor, daß Mitte 1930 ihr rund 625 000 Arbeiter und fast 50 000 Angestellte als Mitglieder angehörten, die sich auf die verschiedenen Bergbaugebiete verteilen; etwa die Hälfte der Mitglieder der Pensionskassen entfallen auf das Ruhrgebiet mit fast 350 000 Bergarbeitern und Knappschaftsangestellten, dann folgt Oberschlesien mit fast 60 000, daran schließen sich dann die kleineren Gebiete: das Aachener, das sächsische, das hallische usw. Diese wichtige sozialpolitische Institution steht augenblicklich in einer schweren Krise, da sich die Lage der knappschaftlichen Pensionsversicherung bereits im Lauf des Jahres 1930 stark nach der ungünstigen Seite zu entwickeln begonnen hat. Im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit ist die Anzahl der Mitglieder stark heruntergegangen, die Beitragsdurchschnitte sind durch die Lohnsenkungen gemindert worden. Den rückläufigen Einnahmen standen durch eine besonders starke und vielfältige Inanspruchnahme Ausgabenerhöhungen in einem solchen Maß gegenüber, daß die endgültige Abrechnung der knappschaftlichen Pensionsversicherung für 1930 voraussichtlich ein Defizit von etwa 60 Millionen Mark aufweisen wird. Das Fortschreiten der die ungünstige Entwicklung hervorrufenden Ursachen dürfte diesen Betrag in der Gegenwart bereits weiter erhöht haben. Für April war die Lage so kritisch, daß man befürchtete die Renten nur in halber Höhe auszahlen zu können. Der Plan einer Lombardierung von 8 Millionen Mark Wertpapieren aus dem Vermögen der Reichsknappschaft bezweckte die vorläufige Beseitigung dieser Gefahr. Eine endgültige Sanierung der Reichsknappschaft soll durch einen Gutachterausschuß vorbereitet werden, den die Reichsregierung sofort einzuberufen gedenkt. Es ist zu hoffen, daß die Gutachter dort auch Sachverständige sein werden.

Familie

Die Deutsche Akademie für Soziale und Pädagogische Frauenarbeit veranstaltet unter der Leitung von Alice Salomon und Gertrud Bäumer Forschungen über »Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart«, deren Ergebnisse im Verlag F. A. Herbig in Berlin erscheinen. Der Einführungsband, in der Hauptsache von Alice Salomon und Marie Baum bearbeitet, behandelt das Familienleben in der Gegenwart, in einem andern Band schildert Erna Corte die Familienverhältnisse in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen, ein weiterer Band bringt eine Untersuchung Günter Krolzigs Der Jugendliche in der Großstadtfamilie, auf Grund von Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen. In dem erstgenannten, fast 400 Seiten starken Band sind 182 Familienmonographien verarbeitet worden, Bilder aus Berlin, aus städtischen und ländlichen Verhältnissen Nord-, Mittel- und Süddeutschlands. Eine Klärung der Frage der Bedeutung der Familien in der modernen Gesellschaft ist den Herausgeberinnen eine Voraussetzung für Kulturpolitik und Sozialpolitik. Die Verfasserinnen verzichten auf jede Schlußfolgerung aus dem tiefeschürfenden und umfangreichen Material; sie überlassen sie offenbar dem Leser. Es ist sicher sehr wichtig eingehend an der Hand exakten Materials über die Wirtschaftslage, die Wohnungsverhältnisse, den Gesundheitszustand, die Ersparnisse und Schulden, das geistige Leben, Vergnügungen und Erholung, die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die Ausbildung der Kinder usw. in Einzelfällen Näheres zu erfahren; die Darstellungen zeigen viel feine Einzelzüge der sozialen Verbundenheit, der sozialen Not. Aber Folgerungen für die ursächlichen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Tatbeständen des Alltags und ihren Wirkungen auf das Familienleben sind nicht gezogen. Weit interessanter setzt sich Erna Corte mit dem von ihr auf 70 Seiten behandelten Problem der Familienverhältnisse von Kindern in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen auseinander. Die Familien, die hier untersucht werden, weisen als Merkmal ohnehin die gemeinsame soziale Not auf, die darin offenkundig wird, daß die Eltern ihre Kinder nicht selbst erziehen können, sondern sie tagsüber in Heimen aller Art unterbringen müssen. Aus den von ihr untersuchten Fällen beweist Corte, wie Wohnungselend, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. als Zerstörer des Gemeinschafts-

lebens wirken, und sie gibt so Material dafür, wie stark die sozialpolitische Pflicht des Staats in unserm hochindustriellen Land geworden ist, dessen Löhne nicht hoch genug sind, um die Mutter bei ihren Kindern zu lassen, weil der Vater allein nicht genug für die Familie verdienen kann. Anklagen gegen den Staat sind alle die Fälle, die Salomon, Baum und Corte zusammengetragen haben, und die nicht darum allein erschütternd sind, weil sie die Gefahren, die im wesentlichen aus der wirtschaftlichen Not fließen, für das Familienleben zeigen, sondern weil mit der Zerstörung der Familien auch der Sinn für das Gemeinschaftsleben überhaupt schwer bedroht ist. Durch besondere Materialfülle über dieses für die soziale Arbeit so wichtige Gebiet zeichnet sich die Untersuchung Günter Krolzigs aus. Es ist da ein Wirklichkeitsbild auf breiter Grundlage gegeben, das bei dem auf die individuelle Einheit notwendig aufbauenden Problem Schlußfolgerungen auf Grund nicht typischer Einzelfälle auf ein Mindestmaß herabdrückt; und damit ist das beliebte Argument der Verallgemeinerung von Außenseitereinzelfällen hier wirkungslos. So muß das Material zu einer Anklage gegen das Wirtschaftssystem werden, das die Proletarisierung täglich erneuert, die Not der Millionen verewigt und damit die Fäden der naturgegebenen Beziehungen von Erzeugern zu Erzeugten in den grauen Schlafstellenblöcken der Großstädte bis zur Unkenntlichkeit verwirrt. Dieses Buch soll nicht nur der Sozialarbeiter in die Hand nehmen, um vieles von dem, was er sieht, zu verstehen und aus dem Verständnis heraus abstellen zu können, sondern es sollen auch diejenigen Großstadteltern lesen, die oft aus Mangel an Kenntnis der Entwicklungsvorgänge unserer Jugend das Elend mitverschulden, das dann im täglichen Leben zu erhöhter Kriminalität und politischem Rowdytum führt.

Informationsmittel

Als 181. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ werden die Probleme der sozialen Werkspolitik aufgezeigt. Als 1. Teil dieses Bands liegt das Büchlein Das Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (Dinta) vor. Der Verfasser, Peter Bäumer, stellt die Arbeit des Instituts dar und würdigt sie kritisch nach der sozialen und ökonomischen Seite. Bei dem hohen Grad der heutigen strukturellen Arbeitslosigkeit wird man die Kräftezusammenfassung der Rationalisie-

rung, wie sie das Dinta darstellt, mit gemischten Gefühlen betrachten müssen, ganz unabhängig davon, daß das Dinta als einseitiger Treuhänder der Industrie von der Arbeiterklasse ohnehin mit Distanz beurteilt wird.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat die Tatsachen der Praxis der *Rationalisierung* in einem weitangelegten Handbuch der *Rationalisierung* /Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/ zusammengestellt, bearbeitet unter Mitwirkung zahlreicher Körperschaften und Fachleute von Fritz Reuter. In diesem Sammelwerk ist die gesamte Rationalisierungsbewegung, sind die Rationalisierungsmittel, ihre Methoden und ihre Anwendung wie ihre Ergebnisse vom technisch-wirtschaftlichen Standpunkt aus an einer großen Anzahl von Beispielen in einer so klaren Weise dargestellt, daß man das Handbuch als Nachschlagewerk für alle einschlägigen Gebiete als in seiner Art einzig dastehend empfehlen kann. Die ausgezeichnete Systematik des Aufbaus beweist die wissenschaftliche Tiefgründigkeit. Das Gesamtwerk von über 1200 Seiten Umfang, wovon fast 50 Seiten Sachregister sind, wird dem Sozialpolitiker und dem Techniker, den dieses für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt gleich wichtige Gebiet interessiert, Wesentliches bieten.

Eine wirklich allgemeinverständliche Kommentierung der *produktiven Erwerbslosenfürsorge* haben 3 leitende Beamte des Preußischen Wohlfahrtsministeriums, Werner Scholtz, Ernst Herrstadt und Walther Borchart, in ihrem Handbuch der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge /Berlin, Grüner Verlag/ vorgenommen. Nicht nur juristisch sondern unter Berücksichtigung aller praktischen Notwendigkeiten der produktiven Form der Arbeitslosenhilfe, die durch die Gründung der Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten einen neuen Impuls erfahren kann, werden die öffentlichen Notstandsarbeiten, die Programme des Landarbeiterwohnungsbaus, der Umsiedlung und die wichtige Frage der Förderung des Frühgemüsebaus im Zusammenhang behandelt. Das Buch gewinnt mit der fortschreitenden Erkenntnis von der Bedeutung der Notstandsarbeiten als Maßnahme der öffentlichen Arbeitsbeschaffung an Interesse.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Friedrich Syrup behandelt im 18. Heft der *Kölner Industriehefte* /Köln, Paul Neubner/ Probleme des Arbeitsmarkts und der *Arbeitslosenversicherung*.

Bei dem Tempo, in dem die Arbeitslosenversicherung von der Wirtschaftsdepression betroffen worden ist, hat diese Abhandlung heute nur noch historische Bedeutung. Vom selben Verfasser erschien eine Aufsatzreihe in der Zeitschrift *Deutscher Volkswirt* mit dem Titel *Sanierung der Arbeitslosenhilfe*, die dankenswerterweise in einem Sonderdruck zusammengefaßt wurde, und in der alle aktuellen Probleme um die Reform der Arbeitslosenversicherung in außerordentlicher Klarheit herausgearbeitet sind.

In 2. Auflage liegt der 1. Band des von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts herausgegebenen Kommentars zur *Reichsversicherungsordnung* vor /Berlin, Julius Springer/, in dem unter Berücksichtigung der Notverordnung vom 26. Juli 1930 das 1., 5. und 6. Buch der Reichsversicherungsordnung erläutert werden. Die Bearbeitung des Rechtsstoffs, der in diesem Band niedergelegt ist, lag in den Händen von einigen verantwortlich zeichnenden Beamten des Reichsversicherungsamts, von denen der Universitätsprofessor Hermann Dersch genannt sei. Die Arbeit dieses überall anerkannten Rechtslehrers und Richters ist ebenso umfassend wie tiefgründig. Vorbildlich ist das Stichwortverzeichnis.

Ein Jahrbuch eines Spezialzweigs der Sozialversicherung, der *Krankenversicherung*, gab im Auftrag des Hauptverbands Deutscher Krankenkassen Helmut Lehmann heraus /Berlin, Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen/. Unter Mitarbeit von Fachleuten wird die Struktur der Krankenversicherung und ihre Entwicklung im Jahr 1929 umfassend dargestellt. Die gesamte Entwicklung und der Stand der deutschen Sozialversicherung wird behandelt; Einzelfragen der Kranken- und Sozialversicherung werden in kurzen Abhandlungen dargestellt. Einen breiten Abschnitt nimmt die Volksgesundheitspflege ein.

Auf einer gesunden statistischen Basis wird als Produkt einer von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsfrauenverbände durchgeführten Erhebung Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der *berufstätigen Frauen*, bearbeitet von Frieda Glaß und Dorothea Kische, geboten /Berlin, Carl Heymann/. Es baut sich auf etwa 50 000 Fragebogen von Arbeiterinnen, Angestellten, Lehrerinnen, Wohlfahrtspflegerinnen, Kindergärtnerinnen usw. auf und geht nicht nur die Frau an, die darin eine starke Waffe in ihrem Kampf um ihr soziales Recht findet, sondern die Gesamtheit der Arbeitenden, da die

Minderbewertung der Frau in der Wirtschaft die Arbeitsnot auch der Männer verschärft. Dieser Arbeit sei erfolgreiche Verwertung gewünscht.

Die Veröffentlichungen des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiet der *Jugendpflege*, der Jugendbewegung und der Leibesübungen (Berlin, G. Schenck) umfassen bereits eine stattliche Reihe. Das 11. Heft, betitelt *Jugend in Wirtschaft und Beruf*, enthält eine Arbeit Erwin Niffkas *Jugend in Volk und Wirtschaft* und eine Arbeit Hertha Siemerings *Die weibliche Jugend Preußens in Wirtschaft und Beruf*. Die beiden, übrigens überwiegend statistischen Untersuchungen kommen in der Zeit der Konzentration der Maßnahmen gerade für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen als Materialzusammenstellungen sehr gelegen; man wird sie besonders in die Hand von Jugendführern wünschen. Das 13. Heft bringt unter dem Titel *Maßnahmen zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher* einen Bericht über die Sitzung des Landesbeirats für Jugendpflege, Jugendbewegung und Leibesübungen vom 15. Mai 1930, aus dem das Referat des Berufsberaters Richard Liebenberg über Zusammenarbeit des Arbeitsamts mit der Jugendpflege bei der Betreuung erwerbsloser Jugendlicher und das des Ministerialrats Fritz Faas über das Problem der Überführung von Jugendlichen aus der Stadt in die Landarbeit hier hervorgehoben seien.

Eine soziologisch sehr interessante Untersuchung stellt die neueste Veröffentlichung der Akademie für die Wissenschaft des Judentums dar, deren Sektion für Statistik und Wirtschaftskunde sich mit den beruflichen und sozialen Verhältnissen der *deutschen Juden* befaßt hat. In der Bearbeitung Heinrich Silbergleits, der früher der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin war und heute Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts ist, erschien im Akademieverlag in Berlin der 1. Band: *Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reiche, I. Freistaat Preußen*. Auf Grund des amtlichen Materials der Volks- und Berufszählung von 1925 sind die für die sozialen Schichtungsverhältnisse wichtigen Merkmale, freilich nach einem mangelhaften, aber unabänderlichen Schema, besonders ausgezählt worden, und das gesamte außerordentlich umfangreiche Zahlenmaterial ist in dem vorliegenden 350 Seiten starken Band niedergelegt. Da die Tabellen, die in dem Werk enthalten sind, auch einzelne Gebietsteile, wie

die preußischen Provinzen, die Großstädte, umfassen, werden die Forschungsstellen für das Judentum aus diesem statistisch vorbildlich, übrigens unter der hervorragenden Mitarbeit Edgar Schulz' vom Preußischen Statistischen Landesamt, aufgearbeiteten Material großen Nutzen ziehen. Eine Erkenntnisquelle soziologischer Art ist mit dem Werk erschlossen worden.

Als 182. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik legt Franz Boese die *Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg 1930* vor (München, Duncker & Humblot). Von den im Wortlaut abgedruckten Referaten, die sozial- und agrarpolitische Gebiete berührt haben, sind vor allen Dingen 2 als besonders wichtig hervorzuheben: das Referat Eduard Heimanns über die Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik, noch mehr aber die außerordentlich interessanten Ausführungen Robert Wilbrandts *Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit*.

Auf das regelmäßig erscheinende Jahrbuch des *Arbeiterrats Groß Hamburg*, das für 1930 im Selbstverlag in Hamburg erschien, sei hingewiesen, da es ein gutes wirtschafts- und sozialpolitisches Orientierungsmittel für das vergangene Jahr der Depression bildet.

Kurze Chronik Von Ende Januar bis Anfang Februar hielt der Verwaltungsrat des *Internationalen Arbeitsamts* seine 51. Tagung ab, auf der einige neue Ratifikationen sozialpolitischer Übereinkommen durch einzelne Balkanländer und Japan bekanntgegeben wurden. Das Ergebnis der Beratungen über die Arbeitslosigkeit war unbefriedigend. Als wichtig zu verzeichnen ist noch, daß im Rahmen der festgelegten Tagesordnung für die Internationale Arbeitskonferenz für 1932 auch die Frage der Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung auf Anregung des deutschen Regierungsvertreters behandelt werden soll. 1932 will man einheitliche internationale Grundsätze für die Invaliden- und Altersversicherung aufstellen. ◊ Der Zeitraum der berufsfähigen Arbeitslosigkeit lief im Winter vom 15. Dezember bis 28. März 1931. Während dieser Zeit haben die *Saisonarbeitslosen*, deren Höchstzahl sich in diesem Jahr auf etwa 900 000 beläuft, nur Anspruch auf niedrigere Unterstützungssätze, die zum Teil erheblich tiefer liegen als die der übrigen Arbeitslosen. ◊ Ende Januar verabschiedete ihr oberstes Selbstverwaltungsorgan den Haushalt der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenver-

sicherung, der nunmehr noch der Genehmigung durch die Reichsregierung bedarf. Der *Etat der Arbeitslosenversicherungsanstalt* balanciert mit rund 1,7 Milliarden Mark, von denen allein 1,68 Milliarden durch die 6½prozentigen Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung hereinkommen. Unter den Ausgaben steht an 1. Stelle der Unterstützungsaufwand für 1¼ Millionen im Durchschnitt täglich zu unterstützender Arbeitsloser, wofür 1,35 Milliarden Mark an reinem Unterstützungsaufwand erforderlich sind. Weitere 45 Millionen Mark sind dann noch für Kurzarbeiterunterstützungen und 40 Millionen für die Grundförderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge vorgesehen. ◊ Der Reichstag verabschiedete Mitte März ein Gesetz, das die *gewerbsmäßige Stellenvermittlung* endgültig vom 1. Juli 1931 ab verbietet, unter Abfindung eines Teils der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe bereits seit mehr als 2 Jahrzehnten ausüben. Die Arbeiterklasse begrüßt diese Maßnahme, da die Vermittlung menschlicher Arbeitskraft gegen Entgelt den heutigen Kulturauffassungen widerspricht. ◊ Die *Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten*, die am 1. August 1930 gegründet wurde, hat bisher fast 30 Millionen Mark an Darlehen bewilligt. Davon sind 12 bis 14 Millionen für Notstandsarbeiten größern Stils, insbesondere die Odertalperre, die Automobilstraße Köln-Bonn, ferner für Straßenbauten der Provinzialverbände Hannover und Oberschlesien usw., für Hafengebäude in Halle, Flußregulierungen usw. verwendet worden. ◊ Nach 5jährigen Beratungen wurde in der *Schweiz* eine allgemeine Alters- und Hinterbliebenenversicherung eingeführt, deren jährliche Aufwendungen an 200 Millionen Franken heranreichen werden. ◊ Die *Heilsarmee* hielt einen Sozialkongreß in Deutschland ab, der auch von Behördenvertretern besucht war. In der heutigen Zeit schwerster Not gebührt der Heilsarmee mit den in Deutschland unterhaltenen 53 Heimen große Anerkennung, um so mehr, als sie in besonderer Weise eine fruchtbringende Zusammenarbeit mit den übrigen Fürsorgeinstitutionen pflegt. ◊ Die unermüdliche Hedwig Wangel, die vor Jahren eine besondere Fürsorge für entlassene weibliche Strafgefangene eingerichtet hat, zog sich nunmehr von diesem Verein, der *Hedwig-Wangel-Hilfe*, zurück, weil der preußische Staat die Zwangsvollstreckung über ihn verhängte. Das "Tor der Hoffnung" in Storkow soll an den Verein für das Deutschtum im Ausland verkauft

worden sein, der ein Jugendschulungsheim für ausländische Schüler darin einrichten will. Durch den Verein der Hedwig-Wangel-Hilfe wird aber versucht werden die wichtige soziale Arbeit einer Wiedereinreihung der Strafgefangenen in die menschliche Gesellschaft fortzusetzen. ◊ Gegen den *Mädchenhandel* kann praktisch nicht so viel geschehen wie theoretisch darüber geschrieben wird, weil die Grenzen dieses Begriffs flüchtig sind. In dieser Richtung wichtig ist ein Gesetz über den Schutz der im Ausland beschäftigten Jugendlichen, das in England jüngst angenommen wurde. Dieses Gesetz sieht Schutzmaßnahmen für junge Mädchen unter 18 Jahren, wie Schauspielerinnen, Tänzerinnen usw., vor, indem es die Ausgabe von Pässen an Jugendliche auf solche Personen beschränkt, deren Arbeitsvertrag für das Ausland nachgeprüft, und deren Vorleben untersucht worden ist. Darüber hinaus werden die Unterstützungsmaßnahmen im Ausland selbst, deren Ausführung bei den englischen Konsulaten liegt, verbessert. ◊ Zum Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wurde der Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium *Albert Griebmeyer*, gegen das Votum der Selbstverwaltung, bestimmt.

Literatur

Aufschlußreich ist die kleine Schrift *Adam Hüfners* Das Schlichtungswesen als staatspolitisches System /Berlin, Verlagsanstalt Kurier/. Neben dem historischen Abschnitt ist die Herausarbeitung der Zusammenhänge zwischen Lohnpolitik und Schlichtung wichtig, namentlich wenn man an die jüngsten Schiedssprüche denkt. Die Hüfnersche Untersuchung ist im Hinblick auf die Tariffkämpfe der Gegenwart als knapp gefaßte Orientierungsquelle besonders zu empfehlen. ◊ Eine interessante Studie über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in England legen *Richard Sjöberg* und *Heinrich Simon* vor /Stuttgart, W. Kohlhammer/. Sjöberg, Präsident des Landesarbeitsamts Hamburg, hat durch eine dienstliche Besichtigung der englischen Häfen nähere Einblicke in die englische Arbeitslosenhilfe getan und schildert nunmehr in knapper Form die wichtigsten Gesichtspunkte zur Beurteilung der Materie. Man sieht, welche einzelnen Probleme der Arbeitslosenversicherung noch in England ungelöst sind, wengleich dort, im Gegensatz zu Deutschland, die Arbeitslosenversicherung eine primär sozialpolitische Institution ist.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Berlin: Verfassung Nach einem langen, sehr beschwerlichen und abwechslungsreichen Kampf

ist nunmehr das Gesetz verabschiedet und am 1. April in Kraft getreten, das der Verwaltung Berlins eine neue Grundlage geben soll. Es ist ein Kompromißprodukt, ein Gesetz über die »vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts für die Hauptstadt Berlin«. Sein Inhalt ist hier bereits in dem Artikel Lohmanns (in diesem Band Seite 243 und folgende) wiedergegeben worden.

Das Gesetz über die Berliner Selbstverwaltung ist vor dem allgemeinen Selbstverwaltungsgesetz erledigt worden, weil die Verhältnisse in Berlin: der Mangel einer obersten Leitung der Verwaltung und die bedenklichen Kreditschwierigkeiten der Stadt, eine Neuordnung dringend erforderlich machten. Das endgültige Ergebnis weicht von den ursprünglichen Plänen nicht unerheblich ab. Der Regierungsentwurf hatte als entscheidenden Zug der Neuordnung eine starke Stellung des Oberbürgermeisters geschaffen, die der Verfassung den Charakter der Bürgermeistereiverfassung nahe brachte. Im endgültigen Gesetz ist sie recht zwitterhaft. Man hat eine fragwürdige Unterscheidung von Legislative und Exekutive gemacht, und während der Oberbürgermeister im Bereich der Legislative nur die Stellung eines primus inter pares hat, besitzt er für die Exekutive eine echte Überlegenheit. Als völlig neues Organ ist ein Stadtgemeindeausschuß von 45 Mitgliedern geschaffen worden, der von der Stadtverordnetenversammlung gewählt wird, und der sehr wesentliche Funktionen der Stadtverordnetenversammlung übernimmt; der Oberbürgermeister führt in ihm den Vorsitz. Der Magistrat war nach dem Entwurf ebenfalls abgeschafft worden, an seine Stelle war das Bürgermeisterkollegium getreten, in dem die ehrenamtlichen Mitglieder fehlten und jedenfalls auch offiziell die parteipolitische Zusammensetzung. Die Beratungen haben den Magistrat wiederhergestellt, der nunmehr aus dem Oberbürgermeister, 2 Bürgermeistern, 9 besoldeten und 6 unbesoldeten Stadträten besteht. Auch die ursprünglich geplante endgültige Regelung der Berliner Verfassung ist, wie der Titel des Gesetzes schon verkündet, nicht erreicht worden. Das Gesetz stellt nur eine vorläufige Regelung dar. Es ist zu hoffen, daß es

auch in dieser Form hinreicht, um die augenblicklich schwebenden ernstesten Probleme der Berliner Verwaltung zu gutem Ende zu bringen.

Der nächste Akt des neuen Berlins wird die Wahl eines Oberhaupts sein. Der aussichtsreichste Kandidat hierfür ist der frühere Präsident des Danziger Senats Heinrich Sahn. Die Sozialdemokratische Partei, die durch ihre Zustimmung diese Wahl möglich macht, verlangt als Gegenleistung die Posten des 2. Bürgermeisters und des Stadtkämmerers für Mitglieder ihrer Partei.

Berlin: Finanzen In einer Zeit ohne Oberbürgermeister und ohne Stadtkämmerer hat die Stadtgemeinde Berlin die kompliziertesten Verhandlungen zur Sanierung ihrer Finanzen führen und recht weitgreifende Projekte prüfen müssen. Der Bürgermeister Arthur Scholtz stellte im Januar bei Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen die Situation noch einmal klar. Die schwebende Schuld der Stadt betrug 620 Millionen Mark. Die Bauten der Verkehrsgesellschaft und der Nord-Süd-Bahn hatten hiervon 350 Millionen und die Grundstückskäufe 150 Millionen veranlaßt, 170 Millionen, die Verpflichtungen an private Banken darstellten, konnten nur kurze Zeit prolongiert werden. Die Kapitalbeschaffung für die fälligen Verpflichtungen war nahezu unmöglich geworden. Man versuchte sich mit Verkauf der Aktien der Deutschen Gasgesellschaft zu helfen, was aber nur unvollkommen gelang, da diese Aktien nicht begehrt genug sind. So blieb denn damals nach dem Vorschlag des Bürgermeisters nichts übrig als ein "Konsortialgeschäft" mit der öffentlichen Hand. Man hatte an eine Verbindung vor allem mit der Preussischen Elektrizitätsgesellschaft gedacht. Die Werksanlagen für Gas und Elektrizität sollten in bisherige und neue Gesellschaften eingebracht werden. Der Ertrag der neu ausgegebenen Aktien und Neuausgabe von Schuldverschreibungen sollten die Mittel zur Finanzsanierung liefern. Das Projekt hat sich als unausführbar erwiesen, weil die Emittierung zu problematisch erschien. Nachdem sich auch ein anderer Plan zerschlagen hatte, glückte es in letzter Stunde die nötigen Mittel für eine Behebung der unmittelbaren Not zu beschaffen und einen gangbaren Weg für die endgültige Konsolidierung einzuschlagen. Unter Führung der Seehandlung hat sich ein Konsortium, dem die großen inländi-

schen und erste ausländische Bankhäuser angehören, bereitgefunden beide Aufgaben zu übernehmen. Der Plan zur Endkonsolidierung sieht vor, daß eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 240 Millionen Mark gegründet wird, in die die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke und die im Besitz der Stadt befindlichen 15 Millionen Mark ihrer Aktien eingebracht werden. Als Gegenwert fließt der Stadt der Erlös für die Aktien der neuen Gesellschaft zu. Ferner übernimmt die neue Gesellschaft die langfristige und unverzinsliche Schuld der Stadt gegenüber den Elektrizitätswerken, etwa 320 Millionen Mark, so daß der gesamte Kaufpreis 560 Millionen Mark betragen wird. Die Aktien werden eingeteilt in nominell 160 Millionen Mark A- und 80 Millionen Mark B-Aktien. Die B-Aktien sollen doppeltes Stimmrecht besitzen. Diese B-Aktien sollen von der Stadt Berlin, der Aktiengesellschaft Elektrowerke und der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft übernommen werden. Diese Regelung garantiert, daß die Öffentliche Hand (freilich nicht mehr nur die Gemeinde Berlin) die Führung behält. Am Ertrag wird die Stadt durch eine Abgabe beteiligt, die bei steigendem Gewinn entsprechend vergrößert wird. Der Stadt soll außerdem das Recht eingeräumt werden die Anlagen nach Ablauf von 25 Jahren jederzeit zu einem angemessenen Preis zurückzuerwerben. Es ist zu hoffen, daß dieser Plan tatsächlich der erste festere Schritt zu einer Sicherung der Berliner Finanzen wird. Der Mangel an Kreditfähigkeit und das ewige Kreditbedürfnis haben dem kommunalen Kredit nicht genützt.

Brüssel

Der Senator der Stadt Brüssel und Direktor des Internationalen Gemeindeverbands Emile Vinck berichtete in der Zeitschrift des Deutschen Städtetags über die Verwaltung und Verfassung Brüssels. Die belgische Hauptstadt umfaßt einen Komplex mit 850 000 Einwohnern, der in 18 Gemeinden eingeteilt ist. Die Gemeinde Brüssel selbst hat 211 000 Einwohner, sie bildet den Mittelpunkt des ganzen Stadtbereichs. Die Schwierigkeiten, die sich unvermeidlich aus dem Nebeneinander dieser Vielzahl von Gemeinden ergeben, sollen nach Gesetzentwürfen, die dem Parlament vorliegen, durch Vereinigung aller Gemeinden oder durch die Gründung eines zentralen Bundesorgans überwunden werden. Bisher finden nur prak-

tisch wenig bedeutende Zusammenkünfte der Bürgermeister der 18 Gemeinden im Brüsseler Rathaus statt. Einige interkommunale Zweckverbände (Wasserverband, Organisation der Kleinbauern) bestehen seit längerer Zeit. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung erfolgt durch einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, in dem Gemeinden, Erzeuger und Verbraucher vereinigt sind. Die Gemeinde Brüssel stand bisher außerhalb dieses Verbands. Entsprechend dem belgischen Öffentlichen Recht ist der Aufbau der Verfassung der Hauptstadt der gleiche wie bei der kleinsten Gemeinde. Die Organe sind der Stadtrat, die Versammlung der Schöffen und des Bürgermeisters, der Bürgermeister, der Stadtssekretär, der Stadtkämmerer, Polizeikommissare und der Wohlfahrtsausschuß. Der Stadtrat entspricht etwa den deutschen Stadtverordnetenkollegien; er wird von den über 21 Jahre alten Einwohnern (Männern und Frauen) gewählt. Seine Befugnisse gehen weit. So ernannt er alle Dauerangestellten mit Ausnahme der Polizeikommissare, die der König bestimmt. Die Versammlung der Schöffen und des Bürgermeisters entsprechen etwa dem Stadtrat oder Magistrat in Deutschland. Der Bürgermeister ist allerdings sehr zum Unterschied gegen deutsche Verhältnisse ein politischer Stadtrat, der von der Zentralbehörde unmittelbar zum Bürgermeister ernannt wird. Er erfüllt seine öffentliche Funktion nur im Nebenamt. Im Bereich kommunaler Aufgaben ist die Stadt bei den Schulen durch eine beachtliche Anzahl freier, nichtöffentlicher Schulen entlastet; neben 10 229 Kindern in städtischen sind 5493 in freien Volksschulen, die nicht vom städtischen Haushalt erfaßt werden. Die öffentliche Fürsorge wird durch selbständige Ausschüsse verwaltet; die Stadt ist nur gesetzlich zur Übernahme des Fehlbetrags dieser Ausschüsse gezwungen und kann daher auch deren Haushalt mitberaten. Die Betriebe der Stadt dienen ihr in erheblichem Umfang als Einnahmequelle. Der Wohnungsbau wird in Belgien nicht von den Gemeinden selbst durchgeführt sondern von Gesellschaften, die alle der staatlichen Gesellschaft für billige Wohnungen unterstehen. Deren Mittel sind gering. Es bestehen andererseits viele elende, abbauwürdige Wohnungen. Nach den Angaben Vincks beträgt die Kindersterblichkeit in den Elendsbezirken die ungeheuerlich hohe Zahl von 161 auf 1000. Als neue Aufgabe wurde nach dem

Krieg die Kinderfürsorge aufgenommen, an deren Aufwand die Gemeinden zu $\frac{1}{4}$, der Staat und die Provinzen zu $\frac{3}{4}$ beteiligt sind. Beachtlich ist auch die noch recht unentwickelte Regelung der Arbeitslosenfrage. Brüssel ist in einen interkommunalen Arbeitslosenfonds einbezogen, der 37 Gemeinden umfaßt. Dieser hat 53 Kassen und 50 000 zahlende Mitglieder. 1928 wurden aus dem Fonds 1790 Brüsseler Arbeitslosen 175 500 Francs Unterstützung gewährt.

Sparmaßnahmen Einen eingehenden Spar-

erlaß brachte in Köln der Oberbürgermeister Konrad Adenauer heraus. Fast alle kommunalen Verwaltungsstellen werden durch Einschränkungen und Einsparungen erfaßt. So werden die städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke vereinigt und unter die Leitung eines Generaldirektors gestellt. Bei den Hoch- und Tiefbauämtern werden umfangreiche Personalentlassungen vorgenommen. Der Schlachthof in Kalk wird aufgehoben, ebenso die Hausdruckerei der städtischen Straßenbahn. Die Theaterintendanten sollen nicht nur die künstlerische sondern auch die wirtschaftliche Verantwortung für die Bühnen tragen. Das Städtische Orchester und die Zahl der Solokräfte an der Oper werden verringert. Die städtischen Beamten sind angewiesen worden jeden überflüssigen Schriftwechsel zu vermeiden. Diesem Sparerlaß war ein sehr energischer Kampf des Oberbürgermeisters vorausgegangen, der trotz ursprünglich einstimmiger Ablehnung durch die Stadtverordneten die Erhöhung der Realsteuern um ein volles Drittel durchsetzte. Mit dem Druckmittel des Staatskommissars und dem Versprechen bei Annahme einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen (was eine Einsparung von 10 Millionen voraussetzte) gelang es Adenauer nach anderen taktischen Zügen das Stadtverordnetenkollegium auf seine Seite zu bringen.

Staatskommissare waren auch weiterhin an der Arbeit, um kommunale Haushaltspläne durch Neueinführung von Steuern in Ordnung zu bringen. Im Landkreis Koblenz wurde in einer Anzahl Gemeinden die Bürgersteuer auf diesem Weg eingeführt. Ebenso im Unterlahnkreis. Auch die Stadt Gießen und die neue Stadt Wuppertal, sowie Harburg-Wilhelmsburg und Bielefeld haben Staatskommissare erhalten. In Hannover dagegen wurden die eingesetzten Staatskommissare wieder zurückgezogen.

Kurze Chronik Die Pläne des Deutschen Städtetags über die Vereinigung der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge haben sich zu einem Gesetzentwurf verdichtet, den der Städtetag der Reichsregierung und dem Reichstag eingereicht hat. Mit dessen Annahme würde also an Stelle der jetzigen Dreiteilung in der Betreuung der Erwerbslosen eine Zweiteilung eintreten. Erwerbslose, die keinen Anspruch mehr auf Leistungen der Arbeitslosenunterstützung haben, sollen Unterstützung aus den Mitteln einer Reichsarbeitslosenfürsorge erhalten. Diese Fürsorge wird von den Gemeinden als Fürsorgeverbänden unter eigener Verantwortung durchgeführt, nach Richtsätzen, die sie selbst aufstellen. Die Arbeitsämter wirken nur insofern mit, als sie die Arbeitsfähigkeit der Arbeitslosen feststellen. Die Kosten soll das Reich zu 50%, die Länder und Gemeinden zu je 25% tragen. Es sollen nach diesem Plan also auch die Länder künftig am Aufwand für die ausgesteuerten Erwerbslosen teilnehmen. \diamond Das Berliner Abendgymnasium wurde in städtische Verwaltung übernommen. Es war 1927 als private Versuchsschule gegründet worden, stand mehrfach im Vordergrund des öffentlichen Interesses und wurde von vielen Parteien lebhaft angefochten. Unter der Verwaltung der Stadt Berlin soll es als Aufbauschule im Sinn der Deutschen Oberschulen ausgebaut werden. \diamond Einen eigenartigen Weg für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Stadt Magdeburg gegangen. Sie hat mit der Firma Gustav Hube - G. W. Farenholtz in Magdeburg einen Vertrag geschlossen, nach dem diese Firma die verkürzte Arbeitszeit so einführt, daß sie die 6. Woche zur Feierwoche macht, und mindestens 60 Wohlfahrtserwerbslose neu einstellt. Das Wohlfahrtsamt soll dafür in 6 Monatsraten einen Gesamtbetrag von 5000 Mark an die Belegschaft der Firma zahlen. Diese Mittel sollen für die Weiterzahlung der sozialen Beiträge während der 6. Feierwoche und zum Ausgleich von Härten, die für die Arbeiter durch den Lohnausfall entstehen, verwendet werden. \diamond Zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden wurde der frühere Reichsinnenminister Wilhelm Külz mit 36 von 70 abgegebenen Stimmen gewählt; für ihn stimmten die Sozialdemokraten, der Staatspartei und je 1 Mitglied des Zentrums und der bürgerlichen Parteien. Külz war früher einmal 2. Bürgermeister der Stadt Dresden. \diamond In Lud-

wigshafen wurde nach dem Ableben seines Ersten Bürgermeisters Weiß zu seinem Nachfolger mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei und der Wirtschaftspartei Fritz Eccarius, bisher 2. Bürgermeister in Pforzheim, gewählt. \diamond Auf der Höhe La Belle Epine südlich von Paris an der Straßenkreuzung von Fontainebleau und Lonjumeau soll eine Siedlungsstadt von 10 000 Häusern für 25 000 Einwohner erbaut werden. Das Baugelände von etwa 250 Hektar wird durch eine Schnellbahn und mehrere Autobuslinien mit Paris verbunden. Das Seinedepartement gewährt einen Baukostenzuschlag, der auf 43 Millionen Francs veranschlagt wird. \diamond Der Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt *Bruno Asch* (der nun der Kämmerer Berlins werden soll) sprach in der Sorbonne im Rahmen der vom Institut d'Etudes Germaniques organisierten deutschen Vorträge über die Finanz- und Wirtschaftslage der deutschen Städte: über die Ausdehnung der städtischen Aufgaben nach dem Krieg, über die Wandlungen des deutschen Steuersystems, über den Finanzlastenausgleich, über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Städte durch die Arbeitslosigkeit, über die Regelung der Wohnungswirtschaft mit Hilfe der Hauszinssteuer und über die Kommunalisierung der gemeinnützigen Betriebe. Er schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich.

Literatur Unter dem Titel New York ohne Schminke erschienen die 6. und 7. neubearbeitete Auflage von *Gerhard Venzmers* New Yorker Spaziergängen /Hamburg, Weltbundverlag/. Der neue Titel soll wohl stärker werbend wirken; der frühere entspricht indessen dem Charakter des Buchs mehr, das durchaus harmlos ist und, etwas breit, anschauliche Bilder aus dem Leben der Stadt New York wiedergibt. \diamond In den Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte /Hamburg, Broschek & Co./ erschien als 7. Band die Dissertation *Hans Pahls* Hamburg und das Problem einer deutschen Wirtschaftseinheit im Frankfurter Parlament 1848-1849. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe zu untersuchen, wie weit Hamburg im Revolutionsjahr »1848-1849 an seiner Sonderstellung festhielt, wie weit es andererseits gewillt war sich in einen deutschen Wirtschaftskörper einzugliedern«.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Deutschland Am 1. Januar 1931 bestanden in Deutschland 52 804 Genossenschaften, die Gesamtzahl hat sich, bei 1466 Neugründungen und 1522 Auflösungen, im Jahr 1930 nur geringfügig vermindert. Auch in den Beständen der einzelnen Genossenschaftsgruppen haben sich nur geringe Verschiebungen ergeben. Bei den Konsumgenossenschaften halten sich Neugründungen (57) und Auflösungen (67) ungefähr die Waage. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die meisten der aufgelösten Konsumgenossenschaften verschmolzen wurden, ihr Verschwinden bedeutet also eine Stärkung der Bewegung. Auch bei den ländlichen Genossenschaften ist infolge der Rationalisierungsmaßnahmen eine größere Anzahl von Genossenschaften verschmolzen worden. Allerdings sind auch 717 landwirtschaftliche Genossenschaften, zu einem großen Teil Molkerei- und Eierverwertungsgenossenschaften, und 53 ländliche Spar- und Darlehnskassen neu gegründet worden, was teils auf eine Intensivierung, teils aber auch auf eine Übersetzung des Netzes der ländlichen Genossenschaften hindeutet. Die Anzahl der aufgelösten ländlichen Genossenschaften, einschließlich der verschmolzenen, betrug 574, dazu kommen 245 ländliche Spar- und Darlehnskassen. Die städtischen gewerblichen Kreditgenossenschaften haben bei 146 Neugründungen und 37 Auflösungen einen ansehnlichen Zuwachs zu verbuchen, während die Zahl der Handwerker-genossenschaften bei 83 Neugründungen und 103 Auflösungen zurückgegangen ist. Die Händlergenossenschaften verzeichnen 80 Neugründungen und 36 Auflösungen. Bei den Baugenossenschaften überwiegen wie im Vorjahr die Auflösungen (140) die Neugründungen (78).

Die wichtigsten Genossenschaftsgruppen Deutschlands wiesen am 1. Januar 1931 in ihrer Anzahl folgenden Bestand auf:

Kreditgenossenschaften (städtische und ländliche)	22 160
Landwirtschaftliche Genossenschaften	18 736
Handwerker-genossenschaften	1 770
Produktivgenossenschaften (gewerbliche)	558
Produktivgenossenschaften der Arbeiter	169
Einkaufsgenossenschaften der Händler	1 230
Konsumgenossenschaften	1 737
Baugenossenschaften	4 127

Zentralverband Die Gesamtentwicklung der Deutschen Konsumvereine deutschen Konsumgenossenschaften im Jahr 1930 ist zwar von der Wirtschaftskrise nicht un-

beeinflusst geblieben, immerhin hat die Bewegung ihre Position gut halten können; ein Ergebnis, das angesichts der Schwächung der Massenkaufkraft durch Arbeitslosigkeit und Lohnreduzierung durchaus befriedigt. Der Umsatz der 974 zur Jahresstatistik berichtenden Konsumgenossenschaften des Zentralverbands sank gegenüber dem Jahr 1929 von 1 242 307 000 auf 1 212 017 000 Mark oder um 2,4%. Das bedeutet bei Berücksichtigung der Preissenkung, von der man zwar weniger Geräusch gemacht, deren Ausmaß jedoch bei den Konsumgenossenschaften vielfach größer war als im Privathandel, nicht gar viel, wie überhaupt Umsatzzahlen in Zeiten starker Preisbewegung keine guten Vergleichsmöglichkeiten bieten. Die Gesamtzahl der in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbands organisierten Mitglieder stieg von 2 992 000 auf 3 050 000, obgleich in vielen Genossenschaften noch zahlreiche Nichtkäufer ausgeschlossen wurden. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank von 415 auf 397 Mark; er kann, auch abgesehen von der Senkung, noch keineswegs befriedigen. Es gibt neben den genossenschaftstreuen Mitgliedern immer noch viele, die nur gelegentlich in der Genossenschaft kaufen und durch ihren geringen Umsatz den Durchschnittsumsatz herabdrücken; diese Mitglieder zu wirklichen Genossenschaftern zu machen muß Aufgabe einer intensiven innern Werbearbeit sein. Das Eigenkapital der Konsumgenossenschaften ist um fast 10 Millionen auf 132 Millionen Mark angewachsen, und zwar vermehrten sich die Geschäftsguthaben von 61,1 auf 67,3 Millionen, die Rücklagen aller Art von 61,5 auf 64,9 Millionen Mark. Der Stand der Spareinlagen, deren Anwachsen naturgemäß durch die Wirtschaftskrise stark gehemmt worden ist, stieg von 374 auf 406,4 Millionen Mark, im 4. Quartal 1930 sank die Einlagensumme sogar um rund 9 Millionen Mark.

Die Großeinkaufsgesellschaft erlitt im Jahr 1930 ebenfalls einen kleinen Umsatzrückgang, und zwar um 1,2%. Der Umsatz betrug 501 378 000 Mark im Jahr 1929 und 495 257 000 Mark im Jahr 1930. Der Anteil des Umsatzes der Großeinkaufsgesellschaft an dem Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbands stieg von 40,36% auf 40,86%. Im Jahr 1924 betrug er noch 30,70%, die Erhöhung der Prozentziffer um $\frac{1}{2}$ kann als ein Zeichen dauernd steigender Anerkennung der Leistungen der Großeinkaufsgesellschaft und

wachsender genossenschaftlicher Treue der Genossenschaften ihrer Zentrale gegenüber gewertet werden. Ganz besonders erfreulich ist es, daß die Großeinkaufsgesellschaft den Umsatz an Eigenerzeugnissen im Jahr 1930 erheblich, von 123,9 auf 137,6 Millionen Mark oder um 11,09 % steigern konnte.

Die Verlagsgesellschaft kann über ein günstiges Umsatzergebnis im Jahr 1930 berichten. Ihr Gesamtumsatz stieg von 20,8 auf 22,3 Millionen Mark, der Umsatz von Erzeugnissen der Druckerei und Papierwarenfabrik von 14,27 auf 16,04 Millionen, der Umsatz der Versicherungsabteilung sank von 6,41 auf 6,10 Millionen, während das Elektrizitätswerk seinen Umsatz von 113 000 auf 141 000 Mark steigerte. Die konsumgenossenschaftliche Presse des Zentralverbands hat ihre Auflage im Jahr 1930 erhöhen können. Die letzte Nummer der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau hatte im Jahr 1929 eine Auflage von 30 654 Exemplaren, während die des Jahres 1930 in 31 615 Exemplaren erschien; die Auflage des Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts stieg 1930 von 1 515 170 auf 1 528 190 Exemplare.

Ernährungsindex

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat es erfreulicherweise unternommen die Beobachtung der Preisbewegung in den Konsumgenossenschaften durch Aufstellung eines konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex auf eine festere Grundlage zu stellen. Der konsumgenossenschaftliche Index kommt durch Preiserhebungen bei einer ganzen Reihe von Konsumgenossenschaften aus allen Teilen des Reichs zustande. Da er mit dem Reichsernährungsindex vergleichbar sein soll, muß er nach den selben Methoden zusammengestellt werden wie dieser. Nur sein Ausgangspunkt ist nicht das Jahr 1913 sondern das Jahr 1925. Trotz dieser Verschiedenheit des Ausgangspunkts ist die Vergleichsmöglichkeit gewahrt. Setzt man beide Indices für das gleiche Jahr gleich 100 und für die folgende Zeit in Beziehung zu dieser Ausgangszahl, so kann man die Bewegung beider Indices an den Indexkurven vergleichen. Da der Zentralverband das Jahr 1925 als Ausgangsjahr für den konsumgenossenschaftlichen Index festgelegt hat, ist schon ein Vergleich der allgemeinen mit der konsumgenossenschaftlichen Preisbewegung in den folgenden Jahren möglich. Und aus diesem recht lehrreichen Vergleich geht hervor, daß die konsum-

genossenschaftliche Preisbewegung immer unter dem allgemeinen Preisbewegungsniveau blieb, das heißt, die Preise der Konsumgenossenschaften stiegen nicht so hoch in Zeiten der Preissteigerung wie die Preise des Privathandels, und in Zeiten der Preissenkung sanken die Preise des Privathandels nicht so tief wie die der Konsumgenossenschaften. Die folgende, der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 21. Februar 1931 entnommene Tabelle zeigt die Bewegung der beiden Indices von 1926 bis zum Anfang des Jahres 1931:

Zeitraum	Amtlicher Ernährungsindex	Konsumgenossenschaftlicher Ernährungsindex
1926 Durchschnitt	100	100
1927 "	105,2	102,4
1928 "	105,5	103,1
1929 "	107,0	102,9
1930 "	99,0	96,3
1931 Januar	92,5	91,3

Landwirtschaftliche Genossenschaften Das Jahr 1930 war für die landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands ein Jahr beginnenden innern Ausbaus und für einige Zweige auch ein Jahr größerer Fortschritte. Die Gründung des großen Einheitsverbands war die Voraussetzung einer durchgreifenden Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Deren Hauptaufgabe ist die Kräftigung und Zusammenfassung der Genossenschaften im Dorf, die Rationalisierung des Unterbaus, die zwar einige Fortschritte gemacht, ihr Ziel aber bei weitem noch nicht erreicht hat. Dagegen ist die Rationalisierung im Mittelbau schon weitgehend durchgeführt. Die Anzahl der Verbände ist seit Anfang 1929 von 53 auf 34, die der Zentralkassen (einschließlich Filialen der Raiffeisenbank) von 45 auf 29, die Zahl der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften von 43 auf 28 zurückgegangen. Insgesamt gab es Anfang 1931 40 798 landwirtschaftliche Genossenschaften. Davon waren 36 476 oder 89,4% dem Reichsverband angeschlossen, die sich wie folgt zusammensetzen:

117 (von insgesamt 121) Zentralgenossenschaften, 19 718 (20 189) Spar- und Darlehnskassen, 3758 (4442) Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3782 (4747) Molkereigenossenschaften, 9101 (11 299) sonstige Genossenschaften, darunter 5030 Elektrizitäts-, 420 Viehverwertungs-, 414 Eierverwertungs-, 217 Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften. Die Warengenossenschaften (Bezugs- und Absatzgenossenschaften) und die Spezialabsatzgenossenschaften (Eier-, Vieh-, Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften) haben im vergangenen Jahr, unterstützt durch gesetzgeberische Maßnahmen und Staatshilfe, das schwierige Problem der Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (freilich nicht energisch genug) angepackt und auch schon einiges erreicht. So konnten die Eierverwertungsgenossenschaften im Jahr 1930 300 Millionen oder doppelt so viele Eier erfassen wie im Vorjahr und größtenteils als Standardware (Deutsches Frischei) auf den Markt bringen. Die Viehverwertungsgenossenschaften haben einen großen Aufschwung genommen; sie konnten ihren Absatz mengenmäßig in 2 Jahren verdoppeln, das Überangebot von Schlachtvieh und die ausländische Konkurrenz zwingen zu qualitativer Verbesserung und Standardisierung der Produktion, die hauptsächlich von den Genossenschaften betrieben wird. Auf dem Gebiet der Obst- und Gemüseverwertung arbeiten die Genossenschaften mit wachsendem Erfolg an der Standardisierung der Produktion, die auf diesem Gebiet wegen der starken Stellung der ausländischen Konkurrenz eine dringende Notwendigkeit ist. Ebenso notwendig ist hier freilich die Beseitigung der immensen Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis; erhält doch der Landwirt im allgemeinen nur 10% bis 15% des Verbraucherpreises für seine gartenbaulichen Erzeugnisse. Rationalisierung setzt ein Minimum von Rentabilität voraus, die bei solcher Preisspanne immer gefährdet ist, und zwar entweder durch Schmälerung der Absatzbasis (bei zu hohen Verbraucherpreisen) oder durch Entkräftung des Betriebs (durch zu niedrige Erzeugerpreise). Leider erfassen die Genossenschaften heute erst einen relativ recht kleinen Anteil an der gesamten Obst- und Gemüseproduktion, so daß sie als preisregulierender Faktor nur eine sehr geringe Bedeutung haben. Der Abbau der hohen Preisspanne ist, das gilt ganz allgemein, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Neben dem Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse kommt auch dem Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsgüter (Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Maschinen usw.) eine große Bedeutung zu. Leider ist die Entwicklung der Bezugsgenossenschaften stark gehemmt worden, der Umsatz von Düngemitteln, Futtermitteln und Maschinen ist

teilweise sogar beträchtlich zurückgegangen. Auch hier zeigt sich die Wechselwirkung von Rationalisierung und Rentabilität. Die Genossenschaften können zwar die Agrarkrise nicht aus der Welt schaffen, aber sie können ihre Auswirkungen, wenn alle Zweige sinnvoll zusammenwirken, nicht unbeträchtlich mildern. Um zu einer solchen Wirkung zu kommen, bedarf es freilich noch stärkerer Konzentration und größerer Kräfteanspannungen.

Der Revisionsverband des Milchwirtschaftlichen Vereins zu Kempten im Allgäu, der sich mit seinen 320 Molkereigenossenschaften dem Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht angeschlossen hatte, machte den Versuch durch Zusammenfassung der außerhalb des großen Einheitsverbands stehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften einen neuen selbständigen Zentralverband Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften aufzubauen. Der neue Verband ist ein einflußloser Splitterverband von etwa 400 Genossenschaften (gegen 35 500 des Reichsverbands). Von Interesse ist, daß sich die Zentralkreditgenossenschaft Deutscher Molkereien, eine Organisation, die sich fast ausschließlich aus Privatmolkereien zusammensetzt (von 171 angeschlossenen Molkereien sind nur 4 Genossenschaften), und die sehr enge Beziehungen zur Kommerz- und Privatbank unterhält, dem neuen Zentralverband angeschlossen hat.

England Über die englische Genossenschaftsbewegung im Jahr 1929 berichtet eingehend das vor kurzem veröffentlichte People's Year Book 1931. Die Bewegung hat trotz dem hohen Entwicklungsstand im Jahr 1929 ihren Aufstieg fortsetzen können. Die der Cooperative Union angeschlossenen 1234 Konsumgenossenschaften zählten Ende 1929 6 168 994 Mitglieder, gegen 5 885 135 Ende 1928 (Zunahme 4,8%). Der Umsatz stieg von 209 390 000 auf 216 907 000 Pfund Sterling oder um 3,6%, das Anteil- und Leihkapital stieg von 118 664 000 auf 127 722 000 Pfund Sterling oder um 7,6%. Die Anzahl der Beschäftigten vermehrte sich von 167 576 auf 175 666. Die englische Großeinkaufsgesellschaft steigerte ihren Umsatz von 87 735 000 auf 90 002 000 Pfund Sterling und ihr Anteil- und Leihkapital von 57 084 000 auf 60 253 000 Pfund Sterling. Auch die schottische Großeinkaufsgesellschaft berichtet über gute Ergebnisse (Umsatzsteigerung von 15 723 000 auf

18 352 000 Pfund Sterling (das Wirtschaftsjahr 1928 umfaßte allerdings nur 45 Wochen, gegen 1927 ergibt sich eine Steigerung von 3,6%)), während bei der englisch-schottischen und der irischen landwirtschaftlichen Großeinkaufsgesellschaft geringe Umsatzrückgänge zu verzeichnen sind. Die Produktivgenossenschaften haben ihren Umsatz steigern und durch Vermehrung ihres Anteil- und Leihkapitals und Erhöhung der Reinüberschüsse ihre Finanzkraft stärken können. Die berichtenden 99 Produktivgenossenschaften hatten im Jahr 1929 einen Umsatz von 6 753 000 Pfund Sterling. Sämtliche der Cooperative Union angeschlossenen Organisationen (von Bedeutung sind nur die Konsumvereine, ihre Großeinkaufsgesellschaften und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaften, allenfalls noch die Produktivgenossenschaften) erzielten im Jahr 1929 bei 6 215 000 Mitgliedern einen Umsatz von 346 321 000 Pfund Sterling. Die Anzahl der in der Genossenschaftsbewegung Beschäftigten betrug Ende 1929 249 000 (rund 10 000 mehr als im Vorjahr); man kann annehmen, daß gut $\frac{3}{4}$ Millionen Menschen heute in England von der Genossenschaftsbewegung leben.

Japan In Japan bestehen zurzeit etwa 14 000 Genossenschaften, denen rund $4\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder angehören. Nach dem Gesetz gibt es Kredit-, Einkaufs-, Verkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaften. Die meisten Genossenschaften sind jedoch Kombinationen der verschiedenen gesetzlichen Typen. Das Kreditgeschäft steht im Vordergrund, es wird von fast 90% aller Genossenschaften betrieben. Anfang 1930 gab es 12 151 Kreditgenossenschaften, wovon jedoch nur 2601 reine Kreditvereinigungen waren, während 2241 auch Einkaufs- und 3217 auch Absatzgenossenschaften waren; 3534 Genossenschaften betrieben sämtliche genossenschaftlichen Grundgeschäfte (Kreditgewährung, Ein- und Verkauf, Dienstleistungen). Die Spitzenorganisation sämtlicher Genossenschaften ist der Zentralverband Japanischer Genossenschaften mit mehr als 12 600 Genossenschaften. Der seit 1923 bestehenden japanischen Großeinkaufsgesellschaft sind etwa 1000 Einkaufsgenossenschaften angeschlossen. $\frac{3}{4}$ aller Genossenschaftsmitglieder sind Bauern und Landarbeiter. Die Absatzgenossenschaften setzten in der Hauptsache Reis, Kokons oder Seide, Gerste und Sojabohnen ab, ihr Umsatz betrug im Jahr 1929 245 774 000 Jen.

Die genossenschaftlichen Seidenspinnereien sind in einem Verband für Rohseidenfabrikation zusammengeschlossen, der 1928-1929 19 700 Ballen im Wert von 15 570 000 Jen absetzte. Die Einkaufsgenossenschaften kaufen landwirtschaftliche und gewerbliche Rohstoffe, außerdem auch Verbrauchswaren ein, ihr Umsatz betrug im Jahr 1928 157 543 000 Jen. Unter die Dienstleistungsgenossenschaften fallen sehr heterogene Genossenschaftsarten: Elektrizitätsgenossenschaften, Maschinengenossenschaften, Baugenossenschaften, Hospitäler usw. Landwirtschaftliche Maschinen, besonders Maschinen für die Reisreinigung, werden von zahlreichen Dienstleistungsgenossenschaften gebraucht. Die Einnahmen der Dienstleistungsgenossenschaften an Gebrauchsgebühren, Miete usw. betrugen 5 656 000 Jen im Jahr 1928. Die Kreditgenossenschaften berichten über eine gute Entwicklung in den letzten Jahren. Im Jahr 1928 verfügten sie über ein Anteilkapital von 200 Millionen Jen und Reserven von 94 Millionen Jen und verwalteten mehr als 1 Milliarde Jen Spargelder.

Kurze Chronik Die *Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft* in Darmstadt, eine der größten Bausparkassen, blickt auf ein 5jähriges Bestehen zurück. Die Anzahl ihrer Mitglieder stieg von 3236 Ende 1925 auf 32 072 Ende 1929; von ihnen waren jedoch Ende 1925 nur 900, Ende 1929 nur 15 000 Bausparer, die meisten beteiligen sich also nicht am Bausparen. Die Anzahl der zugeteilten Darlehen ist im Verhältnis zu der der Bausparer sehr gering, Ende 1925 waren 31, Ende 1929 1572 Darlehen vergeben. Die Summe der ausgezahlten Hypothekendarlehen betrug Ende 1929 15 939 000 Mark. Während die Einlagen der Bausparer Ende 1929 eine Summe von 16 181 000 Mark ausmachten, waren zu dieser Zeit insgesamt Bausparsummen in Höhe von 180 Millionen Mark beantragt. ◊ Die aus dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine *ausgeschlossenen Konsumvereine* Halle und Merseburg sind in so ernste Schwierigkeiten geraten, daß sie ihre Zahlungen einstellen mußten. Den "roten Proviantämtern" ist also sehr bald der Proviant ausgegangen. In Halle hat sich der Verein in die Abhängigkeit privater Lieferfirmen begeben, wodurch natürlich nicht die Interessen der Mitglieder, sondern lediglich die der privatkapitalistischen Lieferanten geschützt werden. Ein jämmerliches Ergebnis einer ebenso jämmerlichen Wirtschaft.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Weibliche Eigenart Selten hört man heute noch <oder wieder> die Behauptung, daß zwischen Mann und Frau keine wesentlichen Unterschiede beständen. In der Schaffenden Frau /Berlin, Majoverlag/ vertrat Franz Elki diese Ansicht in einem Artikel Mann und Frau in der Kulturkrise der Gegenwart. Die soziale und kulturelle Entwicklung unserer Zeit nähere Mann und Frau beständig einander an. »Der Angelpunkt zu neuer Lebens- und Gestaltungsgemeinschaft liegt in der Erkenntnis von der Gleichartigkeit von Mann und Frau.« Die Frauen selbst neigen heute fast durchweg, wie schon seit längerer Zeit zu beobachten ist, entschieden dazu ihre besondere Art und ihre besonderen Aufgaben als Frauen zu betonen. Besonders in Stimmen aus der Jugend kommt dies immer wieder zum Ausdruck. Diesen Tendenzen kommt ein schon vor mehreren Jahren veröffentlichtes Buch Gina Lombrosos Die Seele des Weibes (übersetzt von Marie Kurella /Frankfurt, Siebenverlag/) sehr entgegen; es wurde denn auch in Frauenkreisen vielfach mit großer Zustimmung aufgenommen. Das Buch ist interessant und gut zu lesen, es enthält eine Fülle von oft zweifellos richtigen Einzelbeobachtungen, die geistvoll, zuweilen etwas ironisch überspitzt, formuliert sind, und die unbekümmert freie und kritische Haltung der Verfasserin gegenüber dem eignen Geschlecht erweckt, mindestens zunächst, den Eindruck großer Objektivität. Die verallgemeinernden Schlüsse aber, die dann aus den Beobachtungen gezogen werden, müssen doch starke Zweifel erwecken. Es kehren die alten begrifflichen Schemata wieder, mit denen man von jeher männliches und weibliches Wesen gegen einander abzugrenzen versucht hat, im einzelnen zuweilen in etwas überraschender Abwandlung. Also: Die Frau ist altruistisch, der Mann egoistisch; die Frau ist intuitiv (gemeint ist offenbar instinktiv: eine übliche Verwechslung), der Mann deduktiv, reflektierend; die Frau ist leidenschaftlich, der Mann gleichgültig; die Frau ist aktiv, das heißt geschäftig, der Mann passiv, nachdenklich; die Frau ist despotisch, der Mann tolerant usw. Es ist an manchem davon etwas Richtiges; aber wie wenig mit solchen Antithesen wirklich die Wesensart des einen oder des andern Geschlechts erfaßt werden kann, ist schon zu oft dargelegt worden, als daß man hier

noch einmal darauf eingehen müßte. Es ist zum Beispiel ohne weiteres klar, daß der Mann in der Hingabe an eine Sache genau so gut Altruismus entfaltet wie die Frau in der Hingabe an Menschen. Gelegentlich gibt Lombroso das auch zu. Sie betont übrigens, daß sie mit ihrer Gegenüberstellung männlichen und weiblichen Wesens nichts über die moralische Überlegenheit eines Geschlechts über das andere aussagen wolle. Aber so sehr nach ihrer Darstellung der Mann der Frau intellektuell überlegen ist, so sehr sie im Kampf ums Dasein seines Schutzes und seiner Leitung bedarf, er kommt doch schlechter weg als die Frau. Er ist eigentlich ein brutaler Egoist, der nur an sein Glück und seine Bequemlichkeit denkt, sich weder für seine Frau noch für sonst jemanden interessiert, weder geneigt ist Opfer zu bringen noch intensiv zu arbeiten, aber dafür von der Natur mit allen Qualitäten zur Führung auf geistigem Gebiet und im öffentlichen Leben ausgestattet ist. Für die Frau dagegen ist es einziges Lebensziel zu lieben und geliebt zu werden. Daher ist sie unaufhörlich um andere bemüht, und aus ihrem Bestreben ihnen Gutes zu tun und sich ins richtige Licht zu setzen entspringen all ihre guten und ihre sehr freimütig kritisierten schlechten Eigenschaften. Für sachliche Arbeit aber ist sie nicht zu haben, Vernunftgründen ist sie überhaupt nicht zugänglich. In der Liebe allerdings ist es anders; da liebt die Frau nach Vernunftgründen, während der Mann sich nur nach äußeren Vorzügen richtet. Die praktischen Konsequenzen, die dann aus alledem gezogen werden, sind, daß die Frauenbewegung ein Irrweg war, daß die Frau ins Haus gehört, und daß auch an den Formen des Ehe- und Familienlebens möglichst nichts geändert werden, die männliche Autorität nicht beschränkt werden soll. Damit es die Frau etwas weniger schwer habe, könne man den Mann vielleicht dahin bringen, daß er ihr, wenn er sie schon nicht wirklich liebt, wenigstens die Illusion verschaffe, daß er das tue. Die Beobachtungen Gina Lombrosos sind, wie gesagt, oft zutreffend, und ihre Kritik an der Frau ist in vielem berechtigt. (Die Kritik am Mann dürfte im ganzen doch wohl ein etwas zu dunkles Bild ergeben.) Aber man hat oft den Eindruck, daß die Veränderungen, die die Entwicklung der letzten Jahrzehnte schließlich doch dem Wesen der Frau aufgeprägt hat, Lombroso entgangen sind oder zu wenig be-

rücksichtigt werden, vielleicht weil sie sich im allgemeinen doch vorwiegend an dem Durchschnittstypus der von diesen Veränderungen noch weniger berührten Italienerin orientiert. Sie sieht die Seele des Weibes im wesentlichen als unveränderlich an und kommt daher gar nicht dazu an die Frau (und den Mann) die Forderung zu stellen, daß sie sich über ihren gegenwärtigen Zustand hinaus entwickeln. Die Zielsetzung in dem Buch ist beherrscht von der Frage: Wie ist die Frau am glücklichsten? Die Frage nach der Aufgabe wird nicht gestellt. Bei diesen Voraussetzungen ist es dann nicht verwunderlich, wenn Lombroso zu dem Schluß kommt, es müsse alles so bleiben, wie es ist, nur hier und da sei ein kleiner Kompromiß möglich. Nur einmal, als sie von der »höher veranlagten« Frau spricht, schreibt sie ihr die Aufgabe zu für die Linderung von Leid und Ungerechtigkeit in der Welt neue Wege zu finden.

Man kann gegenüber all solchen Versuchen auf Grund einer feststehenden Geschlechterpsychologie die Entwicklung zurückzuschrauben nur immer wieder auf die Notwendigkeit hinweisen, mit der sich diese Entwicklung vollzogen hat. In einem Nachwort zur Frauenbewegung in der Kölnischen Zeitung vom 3. November 1930 skizziert Rosa Mayreder die wirtschaftlichen und geistigen Beweggründe und Ziele dieses großen historischen Prozesses. In einer Reihe von Aufsätzen, die Gertrud Bäumer unter dem Titel Die Frau im neuen Lebensraum sammelte (Berlin, F. A. Herbig), wird die Entwicklung der Frauenbewegung, gerade auch in ihrer jüngsten Phase, von verschiedenen Seiten, vor allem auf ihre geistige Bedeutung hin beleuchtet, und das tatsächliche Heranwachsen eines neuen Typus der Frau wird festgestellt. Zu der Frage der weiblichen Eigenart bemerkt Bäumer einmal: »Was sind überhaupt seelische "Eigenschaften"?« Man müsse sie sich nicht so sehr als etwas Substantielles sondern als Wirkensformen vorstellen, die ebenso sehr durch äußere Anstöße wie durch subjektive Voraussetzungen bestimmt werden. Also können sie auch durch Ziele bestimmt werden, und wenn sich im Lauf geschichtlicher Veränderungen zeigt, daß etwas im Leben der Frau nicht stimmt, wie es jetzt der Fall ist, so kommt es darauf an die neuen Ziele zu suchen, und nicht darauf zu beweisen, daß die Seele des Weibes durch die Entwicklung gestört

und verletzt sei. Man wird sich dabei natürlich nicht auf die anfangs wieder-gegebene Ansicht von der absoluten Gleichartigkeit der Geschlechter festlegen können, aber man wird vor keiner Möglichkeit die Augen verschließen dürfen.

Geschlechtsprobleme Unter einem durchaus falschen Gesichtswinkel wird die seelische Problematik der Frau auch von Alfred Dannhauser gesehen, der in einem Buch *Die Tragödie der Frau* /Stuttgart, Walter Hädecke/ eine bestimmte Periode im Leben der Frau, das »Problem der reiferen Jahre«, behandelt. Wie die meisten Bücher dieser Art ist es sehr gut gemeint, aber schon deshalb verfehlt, weil der Verfasser, ein Nervenarzt, von den Erfahrungen in seiner Sprechstunde, nicht von der "normalen" Frau ausgeht, obwohl er sich bemüht auch ihr gerecht zu werden. Schon der Titel muß Widerspruch erwecken. Gemeint sind mit der »Tragödie« die Konflikte und Leiden, die bei der Frau im Alter von etwa 40 Jahren die bevorstehende Umwandlung ihres Körpers, der drohende Verzicht auf das geschlechtliche Leben, hervorrufen. Diese können gewiß unter besonderen Umständen sehr schmerzhaft sein, auch wird wohl im allgemeinen der Frau, die überhaupt auf Ehe und geschlechtliches Leben verzichtet hat, das, was sie entbehrt, in den letzten Jahren besonders deutlich zum Bewußtsein kommen. Aber man kann doch nicht die ganz natürliche Tatsache des Alterwerdens als eine Tragödie, noch dazu als die Tragödie der Frau bezeichnen; jedenfalls muß man dann das ganze Leben eine Tragödie nennen. Gegen eine derartig sentimentale Betrachtungsweise und verzärtelnde Behandlung müssen sich die Frauen entschieden wehren. Dannhauser rät den Frauen, nachdem er die Leiden dieser Jahre in unendlicher Weitschweifigkeit beschrieben hat, sie möchten, um über diese Klippe möglichst gut wegzukommen, ihr Leben recht intensiv genießen, damit sie nachher nicht bereuen müßten etwas versäumt zu haben. Ganz nebenbei wird schließlich noch erwähnt, daß die Familie, vielleicht auch berufliche Tätigkeit und geistige Interessen ein kleines Gegengewicht gegen den Verzicht auf das »eigentliche« weibliche Leben bilden könnten, dies aber natürlich längst nicht in dem Maß wie beim Mann. Dagegen, daß die Frau ihr Leben »genießen«, daß sie all seine Möglichkeiten ausschöpfen

soll, ist gewiß nichts zu sagen, es wäre hier höchstens noch die Aufforderung an den Mann zu richten, daß er etwas mehr als bisher dazu tun solle es ihr zu ermöglichen: eine Aufforderung, die Dannhauser unterläßt, obwohl er vorwiegend von Ehefrauen erzählt, die sich in diesem Lebensabschnitt unbefriedigt fühlen. Aber man muß sehr entschieden dagegen protestieren, daß das Genießen im Leben der Frau anders als beim Mann den letzten Sinn bedeute, und nicht Leistung und menschliche Hingabe, die vom Aufhören sexueller Funktionen nicht berührt werden. Übrigens bemerkt Dannhauser gegen Ende seines Buches, daß für die Arbeiterfrau, die vom Kampf ums Dasein vollkommen in Anspruch genommen sei, die ganze Tragödie der Frau wegfiel. Wenn nun auch durchaus nicht das überlastete Dasein der Arbeiterfrau als Ideal hingestellt werden kann (hier gerade handelt es sich vielfach um wirkliche, ernsthafte Tragödien), so könnte Dannhauser doch aus dieser von ihm selbst festgestellten Tatsache entnehmen, daß der beste Rat, den er den Damen in seiner Sprechstunde geben könnte, der ist sich eine ordentliche Arbeit zu suchen.

Ehe Es scheint, daß die vor einiger Zeit zahlreich auftretenden Vorschläge neben der bestehenden Ehe eine neue, zeitlich begrenzte Eheform festzusetzen bisher keinen rechten Boden gefunden haben. Man hört kaum, daß ihre praktische Verwirklichung erwogen wird. Viel deutlicher erscheint heute das Bestreben die so stark erschütterte Ehe, gegen die Sturm zu laufen nicht mehr notwendig ist, zu festigen und auf mehr oder weniger verwandelter Grundlage neu aufzubauen. In einem Buch *Frauen von heute* /Leipzig, Quelle & Meyer/ zeichnet Luise Scheffen-Döring auf Grund guter Beobachtung und gründlicher Literaturkenntnis mit unvoreingenommenem Blick die Situation. Sie sieht die Auflösung der bestehenden Formen und beurteilt sie, ohne zu moralisieren. Dann sucht sie das Ideal der monogamen Dauerehe und der im Interesse des Volks möglichst großen Familie aufzurichten, da nur diese Formen den Menschen an die schöpferischen Kräfte des Kosmos binden. Hier gerät sie dann, so vorurteilslos der referierende Teil ihres Buches ist, doch ins Dogmatische. Es ist nicht recht einzusehen, warum ein nicht an die Ehe gebundenes Liebeserlebnis,

warum die nichteheliche Mutterschaft jenseits vom »Strom des Lebens« stehen sollte. Daher ist die Stellungnahme der Verfasserin zu einzelnen Problemen der Gegenwart dann zuweilen von einer schwer verständlichen Starrheit. Ihre praktischen Vorschläge zur Förderung der Familie durch zielklare Wohnungspolitik, Elternschaftsversicherung usw. sind durchaus zu begrüßen. Aber müssen von dieser Fürsorge die uneheliche Mutter und ihr Kind ausgeschlossen werden? Scheffen-Döring verneint ausdrücklich die in der Reichsverfassung angestrebte Gleichstellung des ehelichen und unehelichen Kindes. Die Notwendigkeit der Geburtenreglung erkennt sie an, die Strafbarkeit der Abtreibung will sie, obwohl sie den Klassencharakter der Bestimmung klar erkennt, aufrechterhalten wissen. So ist das Buch wohl eine gute Darstellung der gegenwärtigen Problematik, wesentlich über sie hinauszuführen vermag es nicht.

Auch Gertrud Bäumer beschäftigt sich in einigen Aufsätzen der oben erwähnten Sammlung mit dem Problem der Ehe und Familie. Sie bemüht sich vor allem zu beweisen, daß trotz den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die Bedeutung der Familie fortbestehe, und weist besonders darauf hin, wie wichtig gerade in Arbeiterkreisen die Familienbeziehungen genommen werden, wo doch die Familiengemeinschaft tatsächlich weitgehend aufgelöst ist. Es ist nicht recht verständlich, weshalb sie dabei der marxistischen Betrachtungsweise, besonders in einer Wendung gegen das Buch Carl Mennickes Schicksal und Aufgabe der Frau in der Gegenwart (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 839), vorwirft, daß sie den Einfluß der wirtschaftlich-sozialen Veränderungen zu stark hervorhebe. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß sie die Situation der Familie und der Frau in der Familie stark beeinflußt haben. Die ideelle Bedeutung der Familienbeziehungen wird damit gar nicht geleugnet, sie wird von Mennicke sogar sehr stark unterstrichen. Im Gegenteil, um in der veränderten Situation die inneren Werte der Familiengemeinschaft zu erhalten, sind viel stärkere seelische Kräfte notwendig als früher, die die Lebendigkeit der Familie ja nur steigern können. In einem Aufsatz Die gegenwärtige Lage der Familie, in der Frau vom November 1930, betont Else Ulich-Beil auch vor allem diese inneren Werte, die sich trotz äußeren Veränderungen, auch bei

außerhäuslicher Erwerbsarbeit der Mutter, erhalten, so daß sich heute nicht ein Zerfall, sondern ein tiefgreifender Formenwandel der Familie vollziehe. Rosa Mayreder beleuchtet in ihrer kleinen Schrift Die Krise der Ehe /Jena, Eugen Diederichs/, in der sie die Ehe als »Ausdruck für ein der menschlichen Natur tief innewohnendes Bedürfnis« betrachtet, die innere Problematik der Ehe, die darin liegt, daß die Ehe, eine Einrichtung mit vorwiegend sozialen Zwecken, die auf Dauer gegründet ist, und die individuelle Liebe, die nach Freiheit strebt, mit einander im Widerspruch stehen. Sie sieht die Aufgabe darin beide einander anzugleichen, die Ehe aus einer Einrichtung zum Schutz der Nachkommenschaft und der Familienökonomie zu einer Einrichtung zum Schutz der Liebe weiter zu entwickeln. Mayreder glaubt, daß die modernen Vorschläge der Probe- und Zeitehe den Sinn der Ehe als Schicksalsgemeinschaft aufheben. Die Ehe gehört zu den Einrichtungen, die »ohne die Bereitschaft zu Leiden nicht durchgehalten werden können«. Wenn sie ihren Sinn ganz erfüllt, so ist sie »unauflöslich, auch wenn sie geschieden wird«.

Auch die Schrift Heinrich Dehmels Revolution der Ehe /Rudolstadt, Greifenverlag/ erstrebt im Grunde die Stärkung der monogamen Dauerehe, die hier Familienehe genannt wird. Sie soll durch die Bezahlung der Mutterschaft von seiten der Volksgemeinschaft noch besonders gestützt werden. Aber diese Ehe soll die letzte und höchste Stufe einer Reihe anderer, loser gefügter Liebes- und Eheformen sein, die neben ihr bestehen, zum Teil vielleicht später einmal in ihr aufgehen sollen. Der Gedanke jeder Form von Liebesbeziehung ihr Recht zu geben, nichts verkümmern zu lassen, ist an sich gewiß richtig, aber es wird hier doch gar zu viel rationalisiert. Von dem Vorschlag aus der Prostitution einen »schönen Beruf« zu machen (die »Achtbarerklärung der Prostituierten« ist übrigens schon vor 30 Jahren propagiert worden: siehe dazu hier den Artikel Adams Lehmanns und die Kontroverse zwischen ihr und Carl Theodor Schulz, 1901 II Seite 863, 1902 II Seite 755 und folgende) bis zur staatlichen Reglementierung der Kinderzahl in den Ehen wird das ganze Liebes- und Eheleben im Interesse der Eugenik auf Draht gezogen. Es wird kaum möglich sein heute schon ein neues Eheideal zu formulieren. Vielleicht läßt es sich auf die Liebe allein

nicht gründen, vielleicht wird die neue Ehe, wie die sakramentale Ehe früherer Zeit, irgendwie objektiv begründet sein müssen. Aber die Versuche, die bisher in dieser Richtung gemacht sind, gehen nicht in die Tiefe. Es läßt sich hier nichts mit Gewalt konstruieren, die neuen Formen müssen wachsen. Vorläufig kann es nur darauf ankommen jede Form mit lebendigem Gefühl zu erfüllen.

Kurze Chronik In den Blättern des Deutschen Roten Kreuzes wird eine Erhebung über das Einkommen 184 *alleinstehender Mütter* von Schülern zweier Berliner Volksschulen veröffentlicht, aus der sich ergibt, daß die Mütter großenteils allein auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen waren, der oft nicht über 50 Mark monatlich, nur selten über 100 Mark betrug. 84 Mütter besorgten Haushalt und Kinder ohne jede Hilfe. ◊ Der *Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine* ist durch seine Vorsitzende Maria Jecker und durch die Vorsitzende der Berliner Hausfrauenvereine Charlotte Mühsam-Werther im Reichswirtschaftsrat vertreten. ◊ Der Bund Deutscher Frauenvereine und der Bezirksausschuß Arbeiterwohlfahrt Hannover wenden sich gegen ein Formular der Reichsbahn, das als Antrag für Fahrpreismäßigung in Sachen des *Gefährdetenschutzes* wiederholt von »gefallenen Frauen und Mädchen« spricht. ◊ Die anglikanischen Bischöfe äußerten sich auf einer Konferenz im Jahr 1930 zur Frage der *Geburtenreglung*, die jetzt nicht mehr, wie auf einer Konferenz vor 10 Jahren, radikal verurteilt wird. ◊ In Bern haben 7 Kirchengemeinden den Frauen das *kirchliche Stimmrecht* zuerkannt. ◊ Die Vorsitzende des Ausschusses für die gesetzliche Stellung der Frau im Internationalen Frauenbund *Marie Vêrone*, wurde Korrespondierendes Mitglied des Instituts für Gesetzgebung und vergleichende Jurisprudenz in Mexico. ◊ Die Medizinische Fakultät der Universität Göttingen verlieh *Agnes Schöller*, der Vorsitzenden des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in Osnabrück, in Anerkennung ihrer Verdienste um die Wohlfahrtspflege die Würde eines Ehrendoktors. ◊ In Quedlinburg wurde am Haus Steinweg 51 eine Tafel angebracht, die daran erinnerte, daß dort 1715 die *erste deutsche Ärztin*, Dorothea Erxleben, geboren sei. »Sie schrieb 1742 eine vielgerühmte Abhandlung über das Frauenstudium und erwarb 1754 den Doktorgrad.«

WISSENSCHAFT

Geschichte / Michael Freund

Britisches Imperium

Die Neubelebung des Reichsgedankens in den letzten Jahren hat auch zu einer Neubelebung des historischen Interesses am Werden und an der Entwicklung des Britischen Imperiums geführt. Im abschließenden Band seiner Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands /Jena, Gustav Fischer/, der Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation, 2. Hälfte: *Das Britische Weltreich*, betitelt ist, unternimmt *Lujo Brentano* den Versuch einer Wirtschaftsgeschichte des Britischen Reichs. Die neuen Kräfte innerhalb des Empire und die Strukturveränderungen des Britischen Reichs nach dem Weltkrieg treten bei ihm um so deutlicher ins Licht, als das seelische Widerstreben Brentanos gegen sie unverkennbar ist. Als jemand, dessen Lebenswerk sich beinahe völlig um den englischen Freihandel gedreht hat, erlebt Brentano mit besonderer Intensität die Zurückdrängung des Freihandels in England, das Vordringen einer protektionistischen Empireidee. Nicht, als ob stimungsmäßiges Widerstreben in der Darstellung sich dem Leser aufdrängte; das Werk hinterläßt im Gegenteil einen tiefen Eindruck grade durch die schlichte, einfache Ruhe der Darstellung. Als pragmatische Darstellung der äußern Entwicklung des Empire besitzt es bleibenden Wert. Im ganzen schildert es mehr die ökonomisch-soziale Entwicklung der einzelnen Teile des Empire, als daß es die ökonomische Erscheinungsform des Britischen Reichs zu veranschaulichen und ihr geschichtliches Werden zu schildern versuchte. Dazu ist das Buch zu sehr auf den Freihandel ausgerichtet, und für den konsequenten Freihändler kann das Britische Reich als wirkliche ökonomische Gemeinschaft zu Recht kaum bestehen. Auch leidet da und dort trotz Brentanos Meisterschaft der Schilderung die historische Darstellung darunter, daß Brentano den Sieg des Freihandels eher als den Triumph des richtigen Prinzips empfindet, als daß er ihn auf die besonderen historischen Umstände, die Vorzugsstellung Englands im 19. Jahrhundert insbesondere, zurückgeführt hat. Für Brentano ist der Freihandel das Lebensgesetz, die Erfüllung schlechthin der Bestimmung Englands. Im Abfall vom Freihandelsprinzip sieht er so auch die eigentliche Schuld Englands am Weltkrieg: Indem es sein eig-

nes Handelsprinzip und damit sich selbst verriet, habe es die Sache des Weltfriedens verraten. Denn sein Kampf gegen die "Freiheit der Meere" (Brentano gibt von diesem Kampf eine eindringliche Darstellung) sei ein Kampf gegen die logische Konsequenz des Freihandels gewesen, und damit habe England die Aufstellung großer Flotten durch aufstrebende Nationen zum Schutz ihres Handels unvermeidlich gemacht. An dieser Konzeption ist etwas Richtiges, aber es bleibt bedenklich dies als einen Widerspruch Englands gegen sich selbst zu bezeichnen. Schließlich ist die Entschlossenheit Englands die Herrschaft zur See zu wahren Jahrhunderte alt, und der englische Freihandel, den als "sein" Handelsprinzip England um der Seeherrschaft willen verraten habe, war weitgehend eine Fortsetzung eben des Kampfs um die kommerziell-maritime Herrschaft: »Kapital statt Kanonen« formulierte es Karl Marx. Die Konsequenz der englischen Vorkriegspolitik sticht viel mehr hervor als die Abweichung vom Freihandel, so daß man ihrem Sinn kaum näher kommt, wenn man sie eine weltgeschichtliche Inkonsistenz nennt.

Eine Gesamtgeschichte britischer Expansion gibt James Williamson in seinem 2bändigen Werk *A Short History of British Expansion* (London, Macmillan & Co.). Der 2. Band (*The Modern Empire and Commonwealth*) deckt etwa den Grund von Brentanos Werk; im 1. Band holt Williamson weiter aus, er schildert das internationale Ausgreifen der Wirtschaft Englands seit der Eroberung durch die Normannen. Nicht daß die kontinentale Eroberung selber inbegriffen wäre; Williamson will nur die äußeren Verflechtungen der englischen Wirtschaft von der frühesten Zeit an darlegen, will die Formen des Außenhandels Englands aufzeigen, weil damit die Formen geschaffen waren, mittels deren England sein Empire aufbaute. Leider kommen im 2. Band in der Fülle der beschriebenen Geschehnisse die ökonomischen Probleme zu kurz. Die Eingeborenenfrage in Afrika, die bei Brentano in dankenswerter Eindringlichkeit dargestellt ist, ist in ihrer ganzen schicksalsschweren Bedeutung nur sehr ungenügend behandelt, wie denn überhaupt bei dem *Matter-of-fact*-Bericht des Verfassers die Struktur der englischen Kolonialpolitik und die vielen sozialorganisatorischen Probleme des Britischen Reichs wenig analysiert werden. Man darf von dem Buch keine neuen großen Gesichtspunkte erwarten; der Standpunkt ist der kon-

ventionelle einer leicht liberalisierten Empirepolitik. Aber man wird darin eine saubere, pragmatische, zur raschen Information hervorragend geeignete Schilderung der äußeren Entwicklung des Britischen Reichs finden.

Der wichtigste Beitrag zur Kenntnis des Britischen Imperiums in den letzten Jahren ist aber *The Cambridge History of the British Empire* (Cambridge, University Press), die J. Holland Rose, A. P. Newton, E. A. Benians, zusammen mit einem umfangreichen Stab von Gelehrten, herausgeben. Das Werk besitzt alle Vorzüge und Nachteile der in der Cambridge University Press veröffentlichten Kollektivwerke: der Cambridge Modern History, der Cambridge Mediaeval History, der Cambridge Ancient History, der Cambridge History of British Foreign Policy. Es ist von akademischer Schwere, als "Lektüre" kaum brauchbar, oft mehr Nachschlagewerk als lebendiges Buch. Dafür hat es das außerordentliche Verdienst relativ übersichtlich nahezu unser ganzes Wissen über die Geschichte des Britischen Reichs zu vereinen. Der Materialreichtum, die durch ihren Umfang beinahe entmutigende Bibliographie machen das Werk für die wissenschaftliche Arbeit schlechthin unentbehrlich. Schon weil jeder Band unter viele Mitarbeiter, die ein relativ enges Teilgebiet zu bearbeiten haben, aufgeteilt ist, treten die großen Gesichtspunkte: Deutung und Analyse, zurück. Schließlich will das Werk eine Inventur reinen Wissens sein. Im 1. Band: *The Old Empire from the Beginnings to 1783*, wird die Gesamtentwicklung des Britischen Reichs bis zum Abfall der amerikanischen Kolonien behandelt, während die folgenden Bände den einzelnen Bestandteilen des Britischen Reichs gelten. Zusammenfassung und größerer Überblick kommen demnach auch hier stärker zu ihrem Recht. In einer vorzüglichen Einleitung zeichnet Sir Charles Lucas, ehemals Unterstaatssekretär des Kolonialamts und einer der geistvollsten Repräsentanten englischer Kolonialgeschichtsschreibung, die Grundlinien des »Alten«, oder, wie man es oft auch nennt, des »Ersten« Britischen Reichs. Die Auseinandersetzung um die verschiedenen Kolonialformen, Handelsniederlassung, Ausbeutung des Koloniallands in Form von Tributen ohne tiefere Festsetzung, »plantation« (Ansiedlung unter Begründung einer relativen Wirtschaftsautonomie der Ansiedler): alles das wird instruktiv dargelegt. Als das große welthistorische

Ergebnis der britischen Reichsbildung faßt Lucas (ein fast idealtypischer Ausdruck der englischen Position in seiner elegantesten Formulierung) zusammen, das Empire habe die Engländer gelehrt nicht nur imperial zu denken, wie es Chamberlain wollte, sondern international in einer neuen, von einer »Kontinent-Europa-Einstellung unterschiedenen« Bedeutung. Es wäre im übrigen unmöglich den ganzen Inhalt des starken Bands zu beschreiben. Es mögen die Kapitel über die Entwicklung der Seegeltung Englands, den Kampf um die Gestaltung des Seerechts, die Freiheit der Meere, das kulturelle Leben des Empire und die Verfassungsgeschichte des Imperiums hervorgehoben werden.

Eine recht wertvolle Ergänzung des 1. Bands dieser Cambridge History stellt A. Berriedale Keiths Verfassungsgeschichte des »Ersten Britischen Reichs« dar: *Constitutional History of the First British Empire* /Oxford, Clarendon Press/. Keith versteht es aus der verworrenen Fülle des Materials (ruht doch das Verfassungsrecht des Empire ebenso wie das Englands selbst nicht auf einem einheitlichen Verfassungsinstrument sondern auf einem Komplex von Präzedenzfällen und legislativen und vor allem jurisdiktionellen Entscheidungen) ein plastisches Bild der verfassungsrechtlichen Entwicklung des Empire zu gestalten. Das Problem des Ersten Britischen Reichs, das Keithsche Buch macht dies deutlich, war wesentlich das der Rolle der Exekutive und Legislative in der Bestimmung der Fragen des Empire. Man wird sich das Problem immer als das Vorspiel zu der großen Krise des amerikanischen Abfalls vergegenwärtigen. Ursprünglich gehörten die koloniale Welt und das Meer zur Sphäre der Krone, wie heute wieder auf anderer Ebene die Dominions der (nur mehr repräsentativ wirksamen) Krone direkt ohne Dazwischenkunft des englischen Parlaments unterstellt sind. Die Schwierigkeit des Verfassungsproblems des Britischen Reichs im 18. Jahrhundert (das 18. Jahrhundert steht im Vordergrund des Keithschen Werks) lag darin der Krone eine vom Parlament losgelöste Stellung gegenüber den Kolonien zu einer Zeit zu geben, da die Krone noch ein aktiver Faktor der englischen Politik war, die koloniale Welt leicht zu einem Stützpunkt für die königliche Prärogative werden konnte.

Um diese Probleme und damit um Englands größte weltpolitische Niederlage drehten sich ihrer ursprünglichen An-

lage nach auch die beiden Bücher L. B. Namiers, die bei Macmillan & Co. in London erschienen: *The Structure of Politics at the Accession of George III* (2 Bände) und *England in the Age of the American Revolution*. In der Einleitung zum letztgenannten Werk entwirft Namier in geistvoller Weise ein Bild der großen Tendenzen in der Verfassungsgeschichte des Britischen Reichs im 18. Jahrhundert. Er unterstreicht, daß die amerikanische Krise für England in dem Augenblick unlösbar wurde, als der König völlig in die Richtung der parlamentarisch-konstitutionellen Doktrin einschwenkte, auch als das Parlament nur ein Schild vor der königlichen Despotie war. Anregend ist auch Namiers Darlegung, wie das Dissentertum vor allem eine moderne »Reichsidee« besaß, wie so die Sezession Amerikas die 2. große weltgeschichtliche Niederlage des Puritanismus nach dem Zusammenbruch der puritanischen Revolution vom Jahr 1642 wurde. Immerhin treten diese Probleme bei Namier etwas zurück, weil er in seinen beiden Büchern zunächst die Vorfrage für das Reichsproblem im Zeitalter der amerikanischen Revolution lösen wollte, nämlich die nach der politischen Struktur Englands zu der Zeit, da es in die größte Krise seiner Geschichte eintrat. Auf ein unvergleichliches Material gestützt stellt Namier vor allem die soziologische Struktur des englischen Parlaments und insbesondere des Wahlmechanismus dar. Es ist ihm vor allem darum zu tun die Stimmungen der Reformbillagitation aus der Beurteilung der englischen Verfassung im 18. Jahrhundert auszumerzen und den Wahlmechanismus mit allen seinen rotten boroughs, seiner Korruption, in seiner politischen Funktion zu erfassen.

Die historischen Beziehungen zwischen England und Amerika von 1776 bis 1914, auf deren Wurzel uns das Buch Namiers zurückführt, werden von John Graham in der Einleitung zu einer Erörterung der Gegenwartsbeziehungen zwischen der Union und England kurz dargestellt; *Britain and America* /London, The Hogarth Press/.

Mit Stimmungen der whiggistischen Geschichtschreibung, gegen die im Augenblick ein heftiger, zumeist schon allzu heftiger Gegenschlag erfolgt, hat ähnlich wie Namier auch ein Buch Keith Feilings *British Foreign Policy 1660 to 1672* /London, Macmillan & Co./ zu kämpfen. Es behandelt die englische Außenpolitik in den Jahren 1660 bis

1672, der Epoche der »Umkehrung der Allianzen«; das heißt, England beginnt in diesen Jahren nach beinahe einem Jahrhundert von Elisabeth begonnener antspanischer Orientierung, nach dem Jahrhundert der kolonialen Kreuzzüge gegen Spanien, nach dem Jahrhundert des Siegs über die Armada, sich gegen die nunmehr stärkste Kontinentalmacht Europas, Frankreich, zu stellen. Es beginnt das große Ringen Englands mit Frankreich, das nach einem Zwischenpiel der Ruhe in den gigantischen Kampf der Französischen Revolution und Napoléons mit England überging. Cromwell gehört im ganzen noch der antspanischen Periode Englands an; Feiling spricht von der neolisabethanischen Politik Cromwells. 1660 bis 1672 ist die Zeit des Übergangs; 1672 muß der Versuch Karls II als gescheitert angesehen werden sich von einem schroff antifranzösischen Kurs fernzuhalten. In den populären Darstellungen lebt daher Karl II als ein Mann fort, der sich um seiner autokratischen Neigungen willen an Frankreich verkauft, um nicht vom Parlament finanzielle Hilfe verlangen zu müssen. Feiling dagegen bemüht sich darum den objektiven Sinn der Politik Karls II darzustellen, und er zeigt die ganze Verschlungenheit der außenpolitischen Probleme der entscheidungsvollen 12 Jahre eindringlich auf.

Unternimmt Feiling das Werk einer teilweisen Rehabilitierung des Stuartschen "Interregnums" zwischen der Revolution und dem Staatsstreich des Oraniers von 1688 mit aller wissenschaftlichen Abgewogenheit, so ergreift der Katholik *Hilaire Belloc* in seinem Buch *James II* /London, Faber & Gwyer/ das Wort zu einer ungestümen Verteidigung Jakobs II, in dessen Niederlage von 1688 das katholische England seine entscheidendste Schwächung erfuhr. Belloc möchte Jakob II als einen Herrscher zeichnen, der ganz auf den Kampf um die Herrschaft zur See eingestellt ist (»Preserve the mastery of the sea« ist die Mahnung, die er seinen Erben hinterläßt) und das gewagte Spiel einer französischen Subsidienpolitik grade darum spielt, um die britische Seemacht nicht durch die finanzielle Aushungierungspolitik des Parlaments verfallen zu lassen; bereit im Notfall die mit französischem Geld aufgebaute Macht auch gegen Frankreich selbst zu wenden. Das Buch gehört mit der journalistischen Rücksichtslosigkeit seiner Formulierungen der historischen Belletristik an, unterscheidet sich aber von der

deutschen Literatur ähnlicher Art vor- teilhaft dadurch, daß nicht so viel "Psychologie" getrieben, und eine objektiv- geschichtliche These, nicht eine persönlich-psychologische vorgetragen wird. Für Belloc geht dies um so leichter, als er in historiographischer Verkleidung sein Ideal eines sozialen Königtums verkündet, ein Ideal, das George Bernard Shaw sich in seiner Weise zu eigen gemacht hat. Jakob II ist für Belloc der »letzte König Englands«, der noch einen verzweifelten Kampf gegen die neuen nackten Besitzinteressen wagte, die aus der Beute von Kirchen- und Krongut in Reformation und Revolution den Auftrieb gewonnen hatten (Belloc hat dies in verschiedenen Werken in seiner Weise zu schildern versucht), und die dann in Cromwell ihren klassischen Repräsentanten fanden. Belloc hat in dieser Richtung jüngst eine Biographie Cromwells geschrieben; *Oliver Cromwell* /London, Ernest Benn/. Vieles an dem Buch ist maßlos überspitzt; aber bei kritischer Vorsicht wird man aus dieser Auseinandersetzung eines Katholiken mit dem puritanischen England, dem England, das aus der Reformation erwuchs, viel Gewinn ziehen. Anregend ist vor allem Bellocs Versuch aufzuzeigen, wie Jakobs II »katholische Politik« (deren »Mäßigung« übrigens Belloc außerordentlich überschätzt) der letzte Versuch größern Maßstabs gewesen sei die kulturelle Verknüpfung mit dem Kontinent aufrechtzuerhalten und die puritanische Durchsäuerung der englischen Kultur zu dämpfen.

Wenn Feilings Buch das Ringen um die außenpolitische Orientierung Englands und die letzten Zuckungen einer profranzösischen Politik zeigt, die aus jahrhundertelangem Kampf an Frankreichs Seite gegen Spanien erwachsen war, führt uns ein Buch *Roderick Geikies*, das Isabel A. Montgomery herausgibt und um eigne Forschungen bereichert: *The Dutch Barrier 1705 to 1719* /Cambridge, University Press/, eine der interessantesten Episoden des britischen Kampfs gegen das Vordringen Frankreichs auf dem Kontinent vor Augen. Seit 1678 hatte sich Holland das in folgenden Verträgen weiter ausgebaut Recht errungen die gegen Frankreich gelegenen Grenzfestungen des damals spanischen und später kaiserlichen Belgiens mit eignen Besatzungen bemannet zu dürfen. Die Holländer benutzten die Festungsbarriere, um allgemein Belgien in ihre Einflußsphäre zu ziehen. So sehr das System von den beiden See-

mächten zusammen erfunden und auch durchgeführt wurde, so schwankte Englands Haltung doch zwischen der Entschlossenheit mit allen Mitteln dem französischen Vordringen Halt zu gebieten und der Besorgnis vor dem Entstehen einer holländischen Großmacht an der Nordsee. (Es sei hier beiläufig auf 2 Bücher hingewiesen, die beide in ausgezeichneter Weise die Haltung Englands zu der holländisch-belgischen Union im 19. Jahrhundert darlegen: G. R. Renier *Great Britain and the Establishment of the Kingdom of the Netherlands 1813 to 1816* /London, Allen & Unwin/ und Walter Steinmetz *England and die Trennung der Niederlande im Jahre 1830* /Haag, Martinus Nijhoff/.) Geikie und Montgomery stellen den Kampf um das Barriersystem auf Grund eines erschöpfenden Materials mit Eindringlichkeit und Gründlichkeit dar. Man kann sagen, daß das Buch eine schmerzliche Lücke unserer historischen Kenntnis englischer Außenpolitik schließt. Die Verfasser arbeiten mit großem Nachdruck das Künstliche und Gebrechliche des Barriersystems heraus. 1745 bricht denn auch das ganze Barriersystem auf den ersten Anprall der Franzosen kläglich zusammen.

Von der *Cambridge History of the British Empire* erschien bisher noch der 6. Band: *Canada and New Foundland*. Die Herausgeber haben zur Abfassung dieses Bandes W. P. McKennedy zur allgemeinen Beratung herangezogen. Zur allgemeinen Charakteristik des Bandes muß genügen, was über das Gesamtwerk gesagt wurde. Als Informationswerk für alle Seiten der Entwicklung Canadas nach der politischen, verfassungsrechtlichen, kulturellen, ökonomischen Seite leistet der Band, dessen Löwenanteil von canadischen Gelehrten bestritten wird, Hervorragendes. Vor allem interessiert natürlich die Auseinandersetzung zwischen der französischen und der angelsächsischen Kultur in Canada; ist doch Canada ursprünglich französische Kolonie gewesen, und spielt doch heute noch das französische Element in Canada eine gewichtige Rolle. Canada hat wohl grade deshalb den starken Anteil an der fortschrittlichen Gestaltung des Britischen Reichs nehmen können, den die Verfasser unterstreichen, weil dem englischen Wesen in Canada fremde Beimengung zugefügt wurde, und andererseits das französische Element den Anschluß an die Vereinigten Staaten mit ihrem penetranten Angelsaxentum schwerer macht.

Angefügt sei dieser Übersicht noch die dramatische Geschichte des Versuchs einer französischen Reichsbildung in Amerika, die *George Wrong* in seinem 2bändigen Werk *The Rise and Fall of New France* /London, Macmillan & Co./ gibt. Die lebendige Darstellung, die große Zuverlässigkeit und das Interesse an dem, was nach Indien und Ägypten eine welthistorische Chance Frankreichs war, geben dem Buch seinen Wert.

Geschichtslehre Eine Geschichte der Geschichtschreibung gibt *Wilbur Cortez Abbotts* *Bibliography of Oliver Cromwell* /Cambridge in Massachusetts, Harvard University Press/. Abbott ordnet seine Bibliographie von 3520 Nummern (eine überwältigende Arbeitsleistung und fortan ein unentbehrliches Hilfsmittel für das Studium der englischen Geschichte) chronologisch, so daß ein deutliches Bild des Wandels in der Beurteilung Oliver Cromwells entsteht, da Richtung, Wert und Bedeutung der einzelnen Arbeiten kurz charakterisiert werden. Die Bibliographie ist außerordentlich vollständig; eine stärkere Lücke bemerke ich nur für die französische Literatur im Zeitalter der Revolution und Napoléons, wo in der Flugschriftenliteratur eine lebhaftere Auseinandersetzung um Cromwell stattfindet, worin sich Sympathie für den Mann der Revolution mit der Antipathie gegen den Exponenten des englischen imperialistischen Systems mischt, mit dem die Revolution und Napoléon einen Kampf auf Leben und Tod kämpften.

Eine ähnliche Illustration der Wandlung der Ansichten über die Englische Revolution enthält die literarhistorische Arbeit *Alfred Gertsch* 'Der steigende Ruhm Miltons' /Leipzig, Bernhard Tauchnitz/. Die Arbeit zeigt, wie die literarische Geltung Miltons von den politischen Stimmungen abhängt; sie behandelt nicht ausgesprochenermaßen historische Fragen; aber sie veranschaulicht den Stimmungswandel, von dem auch das Bild Cromwells beeinflußt wird.

Die Geschichte der Geschichtschreibung und Geschichtsphilosophie in der Zeit Vicos und Bolingbokes, im 17. und 18. Jahrhundert (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 93 und folgende), ist auch in dem Buch *Meta Scheeles* *Wissen und Glauben in der Geschichtswissenschaft, Studien zum historischen Pyrrhonismus in Frankreich und Deutschland* /Heidelberg, Carl Winter/ erörtert. Das Werk verarbeitet ein sehr reichliches Material und bringt

sicherlich manche Aufschlüsse. Unter Pyrrhonismus begreift die Verfasserin eine nach einem griechischen skeptischen Philosophen benannte Richtung im historischen Denken, die historischen Skeptizismus vertritt. Man zweifelt aber, ob die von Scheele behandelten Denker wirklich von einem in den Grundzügen einheitlichen Denken bestimmt werden, ob also die von ihr zur Bewältigung ihres dankenswerten Materials benutzte Kategorie des Pyrrhonismus brauchbar ist.

Kurze Chronik Das Comité Français des Sciences Historiques und die Société Historique haben zusammen in Paris eine Tagung veranstaltet, die zum Gegenstand die liberale und nationale Bewegung von 1830 hatte. Es waren besonders auch Historiker der Länder anwesend, die die *Nationalitätenbewegung* des 19. Jahrhunderts besonders anging, wie Polen und die Tschechoslowakei. <> In Hull wurde an dem neu gegründeten University College eine Historische Abteilung eröffnet, die die in England jetzt überhaupt sehr stark auflebende *Lokalgeschichte* pflegen soll. Auch die englische Historical Association, die im Januar in Chester tagte, stellte Forschungen über Schottland und Wales, also *Lokalgeschichte*, in den Vordergrund. <> Der Innsbrucker Ordinarius für Geschichte Ignaz Philipp Dengel, Direktor des Österreichischen Historischen Instituts in Rom, und der Grazer Ordinarius für Kunstgeschichte Hermann Egger wurden zu ordentlichen Mitgliedern der *Römischen Gesellschaft für Geschichtswissenschaft* gewählt; die beiden Gelehrten haben zusammen mit dem verstorbenen Max Dvorak die große Monographie über den Palazzo Venezia in Rom verfaßt und stehen auch durch eine Reihe anderer Publikationen in enger Verbindung mit Rom. Mitglieder dieser Gesellschaft wurden ebenfalls der Katakombenforscher Josef Wilpert, Professor am Päpstlichen Archäologischen Institut in Rom, und der Kirchenhistoriker in Freiburg in der Schweiz Johann Peter Kirsch, Direktor dieses Instituts. <> Die bisherigen Mitglieder der *Historischen Kommission für das Reichsarchiv*: der ehemalige Generalmajor Karl von Borries, der ehemalige Staatssekretär Theodor Lewald, die Professoren Walter Goetz, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Alois Schulte, Hermann Schumacher und Georg Schreiber, sind für weitere 5 Jahre in dieser Eigenschaft bestellt worden.

Der Nachfolger Paul Kehrs als Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive Albert Brackmann folgt diesem auch in der Reichskommission nach. <> Aus der Bibliothek des Deutschen Reichstags wurde am 24. Oktober 1930 die dort aufbewahrte *Verfassungsurkunde von 1848* gestohlen. Nach 6 Monaten gelang es der Berliner Kriminalpolizei den Dieb zu ermitteln und die Urkunde selbst wiederzubeschaffen; sie sollte grade an einen Amerikaner oder Engländer verkauft werden. <> Die Universität Cambridge hat neben dem Regius Chair of Modern History, den George Macauley Trevelyan innehat, einen 2. Lehrstuhl für Moderne Geschichte geschaffen und darauf Harold William Vazeille Temperley berufen. Unter Temperleys Arbeiten ragen eine Geschichte Serbiens und ein Werk über Canning hervor. An der Cambridge Modern History war er stark beteiligt, und er ist mit George Peabody Gooch Herausgeber der britischen Akten zur Vorgeschichte des Weltkriegs. <> Der außerordentliche Professor für Historische Hilfswissenschaften an der Universität Berlin *Ernst Perels* wurde Ordinarius. Von seinen Arbeiten sind vor allem die über den Papst Nikolaus I, über Heinrich VI und die Entwicklung der böhmischen Kurie zu nennen. <> Die Hochschule für Politik in Berlin berief den Heidelberger Privatdozenten *Hajo Holborn* auf den neuerrichteten Carnegielehrstuhl für Politik und Neuere Geschichte. Holborn hat sich durch Veröffentlichungen über Bismarck und die europäische Politik, Deutschland und die Türkei und Ulrich von Hutten einen Namen gemacht. Er bearbeitet jetzt im Auftrag der Historischen Reichskommission die Geschichte der Weimarer Verfassung. <> Nachfolger des nach Berlin berufenen Professors Robert Holtzmann auf dem Lehrstuhl für Mittlere Geschichte an der Universität Halle wird sein Sohn *Walther Holtzmann*, bisher Privatdozent an der Universität Berlin. <> Nachfolger des verstorbenen Friedrich Wolters auf dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Kiel wird *Otto Becker* von der Universität Halle. Becker hat über Französische Revolution und insbesondere die Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs gearbeitet. Er hat jüngst in fördernder Weise in den Streit um die Möglichkeiten eines Bündnisses mit England eingegriffen. <> Im Sommersemester soll der amerikanische Historiker *Thomas Jefferson Wertenbaker* Vorlesungen an der Universität Göttingen halten. Den Vorrang unter Wertenbakers

Veröffentlichungen haben Schriften über die Frühgeschichte von Virginia. 1926 hat er eine Geschichte des amerikanischen Volks herausgegeben. ◊ Der Wiener Historiker *Heinrich von Srbik* wurde zum Mitglied der Gesellschaft der Wissenschaften in Lund und zum Mitglied der Völkerbundskommission für Geistige Zusammenarbeit in Paris gewählt.

Literatur

Im Osteuropaverlag in Berlin erscheint jetzt wieder die Zeitschrift für Osteuro-

päische Geschichte, die bei Kriegsausbruch ihr Erscheinen einstellte. Otto Hoetzsch gibt sie in Zusammenarbeit mit Karl Stählin, Richard Salomon und Leopold Karl Goetz heraus. Als Osteuropa wird das Gebiet des ehemaligen Russischen Reichs genommen. Es wäre wünschenswert, daß die Zeitschrift, deren Neuerscheinen man begrüßt, in kurzen Referaten auch einen Überblick über die Geschichtsschreibung in Rußland und Polen gäbe, soweit sie die Geschichte Westeuropas betrifft, da sich diese neue Zeitschrift zur Übernahme einer solchen Aufgabe in einer weit günstigeren Position befindet als die anderen, die darin mangelhaft sind. ◊ Zur Biographie *Thomas Carlyles* sind im Lauf des letzten Jahres mannigfache Beiträge erschienen. Adele Benedikt legt die Briefe von Jane Welsh Carlyle, der Gattin Carlyles, an ihre Familie vor (Wien, Paul Zsolnay). Diese Briefe zeigen uns die Ehe des großen englischen Historikers im Licht einer geistvollen, scharf beobachtenden Frau. Den Weg, der zu dieser Ehe führte, verdeutlichen die Liebesbriefe von Thomas Carlyle und Jane Welsh, die Lucy Hoesch-Ernst in deutscher Übertragung herausgibt (Zürich, Orell Füßli). Man weiß, daß nach Erscheinen der großen Carlylebiographie James Anthony Froudes ein Sturm seitens der Verwandten und fanatischen Anhänger Carlyles gegen Froude losbrach, weil dieser Carlyle als Menschen mit seinen Fehlern und nicht als Heros geschildert hatte. Eine Verteidigung Froudes unternimmt Waldo Dunn in seinem Buch *Froude and Carlyle* (London, Longmans, Greens & Co.). Die gründliche Apologie bleibt innerhalb der Zone des Persönlichen und ist so ohne Aufschluß für die Geschichtsschreibung Froudes sowohl wie Carlyles. In ihrem Schaffen dagegen werden sowohl Carlyle als Froude in 2 schönen Artikeln in *Life and Letters* im Dezember 1930 gewürdigt. Über Carlyle schreibt George Macaulay Trevelyan, über Froude Lytton Strachey.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Nachdem es der Reichsregierung nicht gelungen war auf dem ordnungsmäßigen Weg der Gesetzgebung im Parlament die ausreichende Mehrheit für die Gesetzentwürfe zur Sanierung auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erlangen, erließ sie am 16. Juli 1930 auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung 2 entsprechende Notverordnungen. Auf Verlangen des Reichstags wurden beide Verordnungen am 18. Juli außer Kraft gesetzt, zugleich wurde der Reichstag aufgelöst. Eine Woche später erließ der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung eine neue Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Diese Verordnung deckte sich inhaltlich im wesentlichen mit den Verordnungen vom 16. Juli 1930 und ging im übrigen noch darüber hinaus, indem sie gleichzeitig den Haushaltsplan, allerdings vorbehaltlich der Feststellung durch Gesetz, verabschiedete. Dieser Sachverhalt hat mehrfach Anlaß zur Erörterung der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 gegeben. Der Ständige Ausschuß des Reichstags, dem zweifellos das Recht die Aufhebung zu verlangen nicht zusteht, hat sich für die Erörterung der Frage der Verfassungsmäßigkeit für unzuständig erklärt. Der Frage kommt eine weitgehende Bedeutung zu. Es soll hier auf die schwierige Auslegung nicht näher eingegangen werden, ob die Reichweite des Artikels 48 auch noch die in der Notverordnung behandelten Gebiete umfaßt, aber es sind doch wohl erhebliche Bedenken erlaubt, ob die Verabschiedung des Etats in dieses Gebiet gehört. Es soll weiter nicht untersucht werden, ob die Voraussetzungen der Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Sinn des Artikels 48 von seiner bisherigen Praxis gegeben und bejahendenfalls, ob zur Wiederherstellung der gefährdeten Ordnung so weitreichende Maßnahmen geboten waren. Über alle diese Fragen, die mehr in das Gebiet tatsächlicher Würdigung als rechtlicher Beweisführung gehören, wird schwer eine allgemein überzeugende Meinung zu begründen sein. Verfassungsrechtlich ist dies festzustellen: Es widerspricht der gesamten Ausgestaltung des deutschen parlamentarischen Systems bei Zwiespalt zwischen Regierung und Parlament über eine Diktaturmaßnahme das Parla-

ment durch Auflösung zu dem Zweck bewußt auszuschalten, um dann gleichzeitig die soeben abgelehnten Diktaturmaßnahmen erneut zu erlassen. Eine solche Maßnahme ist verfassungsrechtlich auch nicht damit zu begründen, daß man in dem Reichspräsidenten den gleichberechtigten Gegenspieler des Parlaments erblickt, denn auch der Gegenspieler darf sich selbstverständlich nur im Rahmen des Verfassungsrechts bewegen. Der Erlaß der Verordnungen vom 26. Juli 1930 entsprach formalrechtlich nicht der durch seine Stellung im Gesamtsystem der Reichsverfassung gebotenen Auslegung des Artikels 48.

Über die politische Notwendigkeit der Verordnungen kann in dieser, der Wissenschaft gewidmeten Rundschau ebensowenig etwas ausgesagt werden wie über ihren Inhalt, der hier in den Rundschauen Innenpolitik und Sozialpolitik (1930 III Seite 895, 901 und folgende) dargelegt wurde. Vom Standpunkt des Betrachters der Rechtsentwicklung aus muß festgestellt werden: Wenn man die Verfassung antastet, erschüttert man im Bewußtsein des Volkes den Glauben an die Rechtsbeständigkeit der Verfassung in einem Maß, das der Autorität des Staatswesens nicht dienlich ist. Die Ausdehnung der Anwendung des Artikels 48 auf den hier erörterten Fall kann dazu führen die ersten Schritte zu "verfassungsmäßigen" Diktaturzuständen zu eröffnen. Hieran ändert auch nichts, daß nach den eindeutigen Erklärungen des Reichskanzlers die Notverordnung des Reichspräsidenten von den zuständigen Organen der Reichsgewalt als vom Geist der Verfassung getragen bezeichnet wird. Es ist selbstverständlich nicht zu zweifeln, daß nach Lage der Sache weder der Reichspräsident noch die Reichsregierung mit der Notverordnung verfassungswidrige Wege zu gehen beabsichtigt haben. Aber die beste Absicht nützt nichts, wenn später einmal von einer etwa anders zusammengesetzten Reichsregierung diese beste Absicht in schlechter Absicht benutzt und auf sie die Herbeiführung verfassungswidriger Diktaturzustände begründet wird.

Wenn hiernach solche Anwendung des Artikels 48 vom Standpunkt der Rechtswissenschaft nicht bedenkenfrei ist, so darf doch eine wissenschaftliche Betrachtung auch nicht übersehen, daß das Grundübel in einem für unsere Zeit, jedenfalls für deutsche Verhältnisse, zu sehr überspitzten formalen Parlamentarismus liegt, wie er in der Verfassung durch die überragende Einkammerstel-

lung des lediglich nach politischen Gesichtspunkten gewählten Reichstags seinen Ausdruck gefunden hat. Ein großer Teil der Schwierigkeiten, in denen wir stehen, ist dieser Verfassungskonstruktion zuzuschreiben. Darüber hinaus sind in der praktischen Handhabung die Schwächen des Systems noch vermehrt worden. Entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung sind beispielsweise bei uns sogar die Kabinettsbildungen durch den Reichskanzler zu einem arithmetischen Exempel gemacht worden. Die Führung der Reichspolitik litt bis zum Kabinett Brüning außerdem ständig unter dem Mangel, daß sie nicht führte sondern rechnete, für welche Pläne jeweils wohl eine Mehrheit zu finden sei. Daß man dabei in einen heillosen Zickzackkurs hineingeraten mußte, der naturgemäß keine Kraft zur Finanz- oder Wirtschaftssanierung finden konnte, liegt auf der Hand. So gerieten wir nach und nach in einen Zustand, der einem Dampfkessel vergleichbar ist, der Überdruck hat. Wenn die normalen Ventile nicht ausreichen, muß der Dampfdruck durch Notventil vermindert werden. Recht oder Unrecht: die Hauptsache, daß der Kessel nicht platzt.

Das ändert nicht, daß verfassungsrechtlich ein solcher Zustand aus den oben dargelegten Gründen höchst unerwünscht ist. Darum gibt dieser Fall erneut Anlaß zur Überprüfung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Der Weg, den die praktische Politik des Kabinetts Brüning gesucht hat, indem sie sich mehr und mehr gegenüber dem Reichstag auf den Reichsrat als eine Art Zweite Kammer zu stützen versucht, sollte hoffentlich nur ein Notweg sein. Denn der Reichsrat ist ja auch nichts als das zusammengefaßte Spiegelbild der aus dem parlamentarischen System der Länder hervorgehenden Regierungen. Er leitet also sein Dasein aus der selben Wurzel her wie der Reichstag auch, allenfalls, und nicht einmal immer in der wünschenswerten Weise, modifiziert durch die Kontinuität einer Ministerialbureaukratie. Ein Ausweg aus dem unvollkommenen Verfassungssystem könnte durch den Ausbau des Reichswirtschaftsrats zu einer neben der politischen Ersten Kammer (Reichstag) bestehenden Zweiten Kammer (Kammer der Arbeit) gefunden werden: die Zusammenfassung der Produktivkräfte des Landes in einem Wirtschaftsparlament. Voraussetzung und Ausgestaltung solcher Maßnahmen können in dieser Rundschau nicht erörtert werden. Aber

die Verfolgung der Idee, die, in den Sozialistischen Monatsheften konzipiert und ausgeführt, in der Linie sozialistischer Entwicklung liegt, wird notwendig sein, wollen wir eine Stabilität der Verfassungszustände begründen und eine Gesundung des politisch-wirtschaftlichen Lebens in Deutschland herbeiführen.

Politische Verwilderung

Auch der Formalparlamentarier, der vor jeglicher Verordnung, die nicht die ausdrückliche Billigung des Parlaments bekommen hat, instinktiv zurückschrickt, wird nicht umhin können die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen mit anderen Augen anzusehen. Denn hier handelt es sich wirklich um eine Notstandsmaßnahme, bei der man nur bedauern kann, daß sie so spät erst getroffen wird. Es wurde schon vor 4 Wochen hier konstatiert, »daß der politische Tageskampf in Deutschland Formen angenommen hat, die man nur noch als barbarisch bezeichnen kann« (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 288). Wenn wir auch wissen, daß ein wirklicher Wandel hier erst durch grundlegendes neues Schaffen und damit zusammenhängende politische Erziehung erzielt werden kann, so darf man doch auch heute schon nicht zulassen, daß die Deutsche Republik dem politischen Rowdytum wehrlos überlassen bleibt. Wenn irgendwann seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung, ist daher diesmal von Artikel 48 Absatz 2 der einwandfreie verfassungsmäßige Gebrauch gemacht worden. Es ist auch weder richtig, daß damit die garantierte bürgerliche Freiheit angetastet, noch gar daß eine Art neuer Polizeistaat geschaffen würde. Die Einschränkungen der Staatsbürgerfreiheit betreffen nur selbstverständliche Voraussetzungen jedes wirklich demokratischen Gebrauchs dieser Freiheit. Wer diese Vorbedingungen echter bürgerlicher Freiheit, die jedem politisch reifen und mündigen Volk in Fleisch und Blut übergegangen sind, nicht besitzt oder mißachtet, dem muß schließlich diese Selbstverständlichkeit gewissermaßen unter Polizeikontrolle beigebracht werden. Denn sonst steht die Freiheit nur auf dem Papier, während sie in der Praxis durch den Terror des in Wahrheit unfreiheitlichen politischen Wegelagerertums bedroht ist. Jeder Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, hat die Pflicht diese Freiheit

zu schützen. Das und nichts anderes sind Sinn und Zweck der neuen Notverordnung. Natürlich sind ihre Bestimmungen einschneidend. Betroffen werden hauptsächlich Versammlungen und Umzüge, das Tragen von Waffen und Abzeichen und schließlich Verbreitung von Plakaten und Flugblättern. Auch die Möglichkeiten gegen Pressehetze vorzugehen sind bedeutend verschärft. Die auf normale Zeiten berechnete Gesetzgebung des Reichs und Preußens reichte, wie jeder, der in der Praxis steht, täglich zu spüren bekam, nicht aus, um politische Gewaltakte, wie sie in letzter Zeit alltäglich waren, unmöglich zu machen. Diese unsichere Rechtslage machte das Einschreiten der Verwaltungsbehörden und, was noch schlimmer ist, das Einschreiten der Polizei gleichfalls unsicher. Die Rechtsunsicherheit wirkte auch lähmend auf das Maß von Energie, mit dem hier in den meisten Fällen zugepackt werden muß. Dieser Zweifelhafteit der Rechtslage will die Notverordnung abhelfen. Alles in allem ist eine Waffe geschaffen, die bei richtiger Handhabung scharf genug ist, um alle Auswüchse abzuschneiden. Aber alles wird darauf ankommen die Waffe im großen wie im kleinen richtig zu handhaben. Der preußische Minister des Innern trifft das Richtige, wenn er sagt, daß jede kleinliche Anwendung der Bestimmungen ihrem Sinn und Zweck widerspreche, daß aber in allen Fällen, in denen Mißbrauch politischer Rechte die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden, die in der Verordnung gegebenen Mittel wirksam anzuwenden seien. Jede Anwendung der Ausnahmewaffe in einem Metternichschen Geist wäre ebenso verfehlt wie ihre schwächliche Handhabung aus mißverstandem Demokratismus.

Bedauerlich ist nicht, daß die Verordnung erlassen wurde, sondern nur, daß die Notwendigkeit ihres Erlasses durch ein Ausmaß politischer Unkultur in Deutschland begründet ist, wie sie in den zivilisierten Staaten der Erde sonst kaum anzutreffen ist. Es ist zu wünschen, daß die Verordnung ihren erzieherischen Zweck erfüllt. Solange die Wirtschaftskrise wütet, ist der Boden für Erziehung zur politischen Kultur nicht günstig. Die Verordnung wird aufzuheben sein, sobald die Beruhigung eingetreten ist. Daß dies rasch geschehe, wollen wir im Interesse der Demokratie und des Ansehens des deutschen Volks in der demokratischen Welt hoffen.

Konkursrecht Im Mittelpunkt der Reform des *italienischen* Konkursrechts steht, dem Prinzip des Fascismus entsprechend, der Gedanke, daß der Staat als Exponent aller Produktivkräfte des Landes auch die Wirtschaft im Konkurs nicht den Interessenten überlassen darf sondern mit mächtiger Staatsgewalt regelnd und bestimmend einzugreifen hat. Gewiß enthält auch das deutsche Konkurs- und Vergleichsrecht Bestimmungen, die das Allgemeininteresse wahren, insbesondere dem Schutz der Gläubiger dienen. Soweit sie nicht vorhanden sind, werden sie gefordert. Hierhin gehören die Bestimmungen, daß beim Zwangsvergleich eine Mindestquote von 25% erforderlich ist, die spätestens in 6 Monaten zahlbar, bei längerer Frist nur gegen Sicherheitsleistung und verzinslich gestattet ist, sowie daß der Konkurs wieder auflebt, wenn der Zwangsvergleich nicht eingehalten wird. Aber die italienische Reform geht weiter darüber hinaus. Sie ändert vor allem das System, indem sie zum Träger des Verfahrens nicht mehr den souveränen Gläubigerausschuß sondern einen staatlich anerkannten Konkursverwalter macht, der vom Richter im Einzelfall ernannt wird. Der Staatskonkursverwalter muß das Amt annehmen; er unterliegt in wichtigen Fragen nicht wie bisher den Weisungen des Gläubigerausschusses sondern des Gerichts. Da er nicht mehr Beauftragter des Gläubigerausschusses und insoweit von ihm unabhängig ist, konnte ihm daher auch die Untersuchung etwa vorhandener Konkursvergehen anvertraut werden. Zur weiteren Hebung der Konkursmoral ordnet das italienische Reformgesetz die sofortige Verhaftung des Schuldners bei Verdacht betrügerischen Bankrotts an und sieht beim Zwangsvergleich die Mitwirkung des Staatsanwalts vor. Die Auswirkung des neuen Gesetzes wird natürlich wesentlich von der praktischen Handhabung abhängen. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß der entscheidende Systemwechsel im Aufbau des Konkursrechts das Interesse aller derer finden wird, die den Schutz der Allgemeinheit höher stellen als die Schonung des Schuldners.

Kurze Chronik Der von der *Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft* gebildete Rechtsausschuß beschloß der Deputation des Deutschen Juristentags folgende Fragen für die Tagesordnung eines der nächsten Juristen-

tage vorzuschlagen: 1. Sind die Garantiebestimmungen zur Aufrechterhaltung einheitlicher Strafrechtsprechung zwischen Deutschland und Österreich für das künftige gemeinsame Strafgesetzbuch notwendig und möglich, und welchen Inhalt sollen sie haben? 2. Ist die Vereinheitlichung der Ausbildung der reichsdeutschen und österreichischen Juristen im Rahmen der Rechtsangleichung notwendig und daher anzustreben? Und auf welchem Weg kann sie erfolgen? \diamond Das Reichsgericht hat in einem Urteil ausgesprochen, daß nach der Verfassung jedes Land das Recht habe jeden Staatsbürger auf einen *Ministerposten* zu stellen. Sofern diese Personen schuldhafterweise durch ihre Amtshandlungen Privatrechte verletzen, könne das Verschulden nicht dadurch beseitigt werden, daß der Minister nicht juristisch vorgebildet wäre; wenn ein Minister die nötige Vorkenntnis nicht habe, müsse er sie sich selbst oder durch Berater verschaffen. An diese selbstverständliche Entscheidung ist in einem Teil der Presse die Bemerkung geknüpft, daß man sich hier nach hüten sollte Personen ohne juristische Fachkenntnisse zu Ministern zu machen. Demgegenüber kann man nur feststellen, daß es freilich nicht schadet, wenn ein guter Politiker auch gleichzeitig ein guter Jurist ist. Nur leider finden sich beide Eigenschaften so selten vereinigt, daß früher wie heute die Staaten voraussichtlich einen großen Teil der Ministerposten nicht besetzen könnten, wenn sie nach diesem Prinzip verfahren sollten. \diamond Das deutsche *Pressegesetz* ist in einem wichtigen Punkt geändert worden. Ein Abgeordneter, der immun ist, kann nicht verantwortlicher Redakteur sein. Diese Änderung war notwendig, da sich der Brauch herausgebildet hatte Abgeordnete als verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften anzugeben, um die Verfolgbarkeit durch die Abgeordnetenimmunität zu erschweren. Dieser unhaltbare Zustand ist beseitigt worden. \diamond Die ungarische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Erschwerung der *Ehescheidung* vorgelegt. Unter anderm soll in jedem Ehescheidungsprozeß ein Anwalt zur Verteidigung der Ehe bestellt werden, dessen Kosten der Kläger vorzuschießen hat. \diamond Bei einer Reihe von Gefangenenanstalten wurden jetzt Forschungsstellen für *kriminallbiologische Untersuchungen* von Gefangenen eingerichtet. Es wird die körperliche und geistige Struktur der Gefangenen untersucht.

KUNST

Bewegungskunst / Ernst Kallai

Pawlowa † In der Nacht vom 22. zum 23. Januar starb Anna Pawlowa in einem Hotel im

Haag, an einer Lungenentzündung; vor dem Tod kehrte ihr noch auf eine Stunde das Bewußtsein zurück. Was Pawlowa als tänzerische Persönlichkeit bedeutete, ist hier in früheren Jahren mehrfach skizziert worden; und es soll auch noch Prinzipielles über ihre Kunst ausgesagt werden. Jetzt, unter dem Eindruck ihres Todes, seien nur einige Sätze wiedergegeben, die unter dem Eindruck ihres ersten Auftretens in Deutschland hier in der Rundschau Bühnenkunst (1909 II Seite 998 und folgende) niedergeschrieben wurden. Diese Tänzerin, die ihre großen Erfolge mit Tänzen im Stil des klassischen Balletts zu einer Zeit errang, in der dieses Ballett bereits allgemein als überwunden galt, wirkte (und genau so war es nach dem Kriege, wenn sie, allzu selten, zu uns kam) unbefangenen Augen wie eine Offenbarung: »Anna Pawlowa Pawlowa wird sie genannt. Für das, was sie schenkt und ist, gibt es kaum Worte, die tief genug klängen von zärtlichem Dank. Wenn sie den schlanken, schmalen Körper aufreckt und mit Sehnen, die wie die feinen Saiten einer Zither in der Stille noch leise zu singen scheinen, den blassen Kopf hintüber wirft, wird sie zur Königin. Sie kann sich neigen, die Glieder demütig gebeugt unter der süßen Last leidvoller Leidenschaft, ganz Sklavin letzter Hingabe; die dünnen Brauen ziehen sich wehvoll zusammen, die Nasenflügel zittern, ein schamhaft Lächeln wölbt die stolzen Lippen; dann ist sie ganz Frau, die liebend duldet und duldend liebt. Oder ihre Arme, diese Arme, die die schmerzvoll keusche Sprache der Duse zu flüstern wissen, strecken sich dem Geliebten entgegen; zu dünnen weißen Linien werden sie, auf denen tausend lebende Gefühle schüchtern tanzen; in ihren zarten Schwingungen klingen süße Mollakkorde angstvoll auf, flattern durch den Raum und verhalten bang in weltlicher Leere. In einem matten Herabsinken können diese Arme leise schluchzen, wie ein Kind, das, vom Dunkel verschüchtert, in stiller Nacht nach der Mutter ruft; fröhlich lachen können sie, eine lichte, hüpfende Heiterkeit, wie das Klingeln kleiner Silberglöckchen, wenn ein Verachteter Strafe findet; sie spotten, klagen; sie haben eine herbe, zuckende Bewegung des Abscheus; sie können bet-

eln und flehen mit der süßen Scham eines verängstigten Mädchens ... Glauben wir nicht zu wissen, daß die alte Tanzkunst das Leben ersticke? Daß die harte Abzirkelung jedes Gestus, die schematische Regelung jeder Gebärde, die strenge Abmessung jedes Pas, kurz: die uniformierende Pedanterie der alten choreographischen Grammatik, die freie Ausdruckskraft jeder Körperbewegung zum Handwerk erniedrigen müßte? Hier sah man, wie eine zum Gipfel getriebene Meisterschaft der Technik die Persönlichkeit nicht knebelt; sondern erlöst. In neuer Leuchtkraft steigt, nach sieghafter Niederzwingung aller leiblichen Schwierigkeit, die Persönlichkeit empor und findet in den alten Formen Raum zu neuem, individuellem Leben ... Vom anmutigen Spiel der Formen, von einer Ornamentik menschlicher Glieder wird das Wirbeln von Linien und Drehen von Körpern zum Seelenverräter, zum Schicksalsspiegel, zum Menschenenthüller. In summa: vom Kunsthandwerk zur Kunst. Und damit sinkt auch der Gemeinplatz von dieser "Kunst der Vergangenheit" in sich zusammen: Wo eine Gegenwart Seelisches empfängt, ist das Gegebene gegenwartsgemäß.«

Asiatische
Tanzkultur

Das neuerliche Auftreten Raden Mas Jodjanas (siehe über ihn diese Rundschau, 1930 II Seite 507 und folgende) und seines Schülers Roemahlaiselan in Berlin, auf einer Tanzmatinee der Volksbühne, erfüllte wieder mit Bewunderung für diese herrliche Kunst weltenweiser erhabener Symbolik und vollendeter rhythmischer Schönheit. Fesselnd der Gegensatz zwischen der abgeklärten Haltung des Meisters und dem furiosen Temperament des Schülers.

Hinter den beiden javanischen Tänzern sind die Inderin Menaka und ihr Partner Nilkanta nur in weitem Abstand zu nennen. Sie bestrickten durch die natürliche Anmut der Orientalen, durch die melodiose Schmiegsamkeit aller Bewegungen. Durch Eigenschaften also, die auf dem kargen Berliner Tanzboden immerhin als köstliche Geschenke erscheinen. Aber was sie tanzten, blieb folkloristisches Genre, restlos erschöpft im Darstellenden gefühlvoller menschlicher Begebenheiten ohne jenen unermeßlichen Hintergrund geistiger Weltenräume, für die alle Choreographie nur als ein Gleichnis zu gelten hätte. Reizvolle Kleinkunst, doch keine Offenbarung. Ein Versuch indische und persische Traditionen, zu neuem Leben vereint, wieder aufzunehmen.

Czobel Eine Matinee der Berliner Volksbühne brachte Darbietungen von Karl Bergeest, Elis Gregor, Isa Tribell und Lisa Czobel. Die 3 ersten: gutes Variéténiveau, eine Clownerie Bergeests sogar ausgezeichnet. Lisa Czobel jedoch, Tochter des bekannten ungarischen Malers Béla Czobel, ist eine außergewöhnliche persönliche Begabung. Eine nicht nur berufene sondern auserwählte Tänzerin. Das fühlt man sofort, beim ersten Augenblick ihres Erscheinens auf der Bühne, noch bevor sie zu tanzen anfängt. Das Tänzerische strahlt ihr bereits aus Gestalt und Haltung; aus Gesicht und Ausdruck und nicht zuletzt aus der phantasievollen seltsamen Schönheit ihrer Kostümierung. Es ruht sichtbar zum Schwingen bereit in ihrem regungslosen schlanken Dastehen, das nur vom leisen Windhauch einer Musik berührt zu werden braucht, um rhythmisch nachzugeben. Sie tanzte zu de Falla und Bach in großen, einfachen Bewegungen strengsten geistigen Stils und getragener Musikalität. Bei Corelli und Motiven einer Volksmusik hinwieder war sie entzückend leichtfüßiges, anmutsvoll kapriziöses Temperament. Ihre Choreographie ist ideenreich, was ihr noch an Vollkommenheit der Technik fehlt, wird sie erarbeiten. Einen Wunsch nur zu ihrem Besten: Möchte sie doch salonvolkmusikalische Trivialitäten wie die sogenannten Zigeunerweisen à la Liszt, Hubay oder Sarasate und die Pseudocsardasmätzchen anderen überlassen. Für solche billigen Effekte ist Lisa Czobel zu schade.

Film Der Expeditionsfilm *Mit Byrd zum Südpol*, dessen Uraufführung in Berlin im Marmorhaus stattfand, ist endlich eine wirkliche Leistung seiner Art, ein Ehrfurcht gebietendes Dokument menschlicher Forscherkühnheit und Kameradschaft und dazu ein Kamera- und Montagewerk von höchstem künstlerischen Wert. Kein Spielfilm könnte mehr fesseln als dieser Tatsachenbericht mit den erschütternden und begeisternden Schönheiten einer monumentalen Heldenepik. Keine menschliche Tragödie könnte tieferes und unerbittlicheres Schicksal zeichnen als die Episode des kranken Schlittenhundes, der bis zuletzt neben seinen Kameraden ausharrt und aus Barmherzigkeit schließlich erschossen werden muß; so wahr empfunden und meisterhaft sind die wenigen Bildabschnitte aufgenommen, in denen seine Geschichte erzählt wird.

Die 2. Filmveranstaltung der Deutschen Liga für den Unabhängigen Film erfreute mit 2 ausgezeichneten Arbeiten.

Ein Bericht des Russen Kaufmann, *Frühling*, ist aus unzähligen, kleinen, prachtvollen Beobachtungen der Natur und der Menschen zusammengesetzt, ohne in dieser etwas weitschweifigen Breite auch nur an einer Stelle aus der flüssigen Gesamtstimmung der Bilderatmosphäre zu geraten. Auffallend die politische Enthaltbarkeit des Films. Es gibt sonst keine unmögliche Gelegenheit, die einen Russenfilm verhindern könnte am Ende mit der hoch erhobenen Fahne zu demonstrieren. Hier fehlt sie. Ihre Abwesenheit wirkt wie eine Demonstration gegen die übliche Fanfarenpathetik.

Die stummen Beobachtungen, die Marcel l'Harbier mit seiner Kamera bei den Aufnahmen des Films Geld gemacht hat, sind in der Montage seines Studiofilms *Im Atelier* wundervoll durchrhythmisiert. Das reiche, Gestalt und Raum gebärende Dahinfliehen stummer Helldunkeleffekte ist reinste Musik ohne Töne und von traumhafter Spannung im gegenseitigen Durchkreuzen von Spielschein und Kullissenrealität. Diesen Film vorgeführt zu haben ist ein wirkliches Verdienst.

Dagegen war Carl Junghans' *Weltwende* eine Niete. Aus alten, zum Teil sehr schlechten Filmausschnitten zusammengesetzt, äußerst schematisch und primitiv im dialektischen Vorgehen Proletariat und Bourgeoisie als 2 Welten einander gegenüberzustellen. Wozu wird dieser mißlungene Versuch eines Künstlers gezeigt, von dem wir den Film So ist das Leben kennen?

Variété Ausgezeichnete Nummern in der Berliner Scala der Schlangentanz von Harald und Lola und die Tänze der beiden Xylophonisten Harry Bentell und Helen Gould. Wenn die Flügelschläge der kunstvoll dressierten Tauben Conrad Hamiltons durch den mächtigen Zuschauerraum rauschen, müßte jede Musik verstummen. Man möchte mit zurückgehaltenem Atem diesem wundervollen Schau- und Hörspiel lauschen. Das *Limetrio* gehört zu den witzigsten Grotesken des Variétés. Vor allem durch die vollkommen verdrehten Bewegungskapriolen seines Kontorsionisten. Schäfer läßt seine 30 Liliputaner in schwierigen Zirkus- und Variétékünsten paradiere, das Trüppchen kann erstaunlich viel und findet großen Beifall. Im Grunde jedoch bleibt solch Zwergenvolk immer ein etwas niederschlagender Anblick.

Im Berliner Wintergarten alles überragend die 3 Luftakrobaten Codonas und die (später tödlich verunglückte) Lilian Leitzel mit ihren ungezählten Kreuzschwüngen am schwebenden Seil. Ausgezeichnet, von anmutsvoller Eleganz, ein noch jugendlicher Jongleur: Leon Raballo. Der Rückwärtssalto der Jockeys Caroli von einem Pferderücken auf den andern ist eine großartige zirkensische Leistung. Geniale Musikclowns das spanische Barracetratio. Humorvolle Dressuren: Josef Breker mit seinen Bären und vollends Duncan mit seinen schottischen Colliers. Jongleure glänzender Technik und erfrischender Komik sind Bob, Bob und Bobby. Äußerst waghalsige Attraktionen mit dem Schleuderbrett zeigen die 7 Alfredos. Die kühnste und vielseitigste und dabei eleganteste Akrobatik gehört jedoch ohne Zweifel einer Truppe von 6 jungen Chinesen.

Kurze Chronik Das rumänische Ministerium für Volkserziehung erließ an sämtliche Kinos theater des Landes ein Rundschreiben, wonach vom 1. März ab jedes Kino verpflichtet ist mindestens 300 Meter *Kulturfilm* täglich als Beiprogramm zu spielen. **◇** Stellunglose Stuttgarter Musiker haben sich zusammengeschlossen, um in einem Festsaal *Stummfilme mit Musikbegleitung* aufzuführen. Wie ungünstig die Tonfilmindustrie selbst die Anziehungskraft ihrer Banalitäten beurteilt, geht aus ihrem feindseligen Verhalten gegenüber dieser Selbsthilfe der durch den Tonfilm erwerbslos gemachten Kinomusiker hervor; sie befürchtet, das Beispiel könnte vielfach nachgeahmt und zur gefährlichen Konkurrenz für den Tonfilm werden. **◇** Wie das Handelsdepartement in Washington feststellt, ist der Anteil des *amerikanischen Films* am Weltfilmmarkt auf ungefähr 65% der vorgeführten internationalen Gesamtproduktion zurückgegangen. In der "stummen" Ära betrug der Anteil circa 80%. **◇** In Paris wurde die erste europäische Filmbank gegründet. Sie wird sich speziell mit der *Finanzierung der Filmindustrie* befassen und dürfte eine bedeutende Rolle spielen, vor allem bei der Herstellung von deutschen Versionen in Frankreich und französischen Versionen in Deutschland. **◇** Nach einer in Hollywood aufgestellten Statistik sind im 1. Halbjahr 1930 in Amerika nicht weniger als 708 Filmschauspieler und Statisten bei *Filmaufnahmen verunglückt*, davon 11 tödlich. Die meisten Verletzungen ergaben sich bei den Aufnahmen auf gestellten Schlachtfeldern.

Bühnekunst / Walther Petry

Schillerdrama Die Versuche der preussischen Staatsbühnen das klassische Repertoire lebendig zu erhalten verdienen eine besondere kritische Beobachtung. In dieser Rundschau (1930 III Seite 1054 und folgende) ist versucht worden die Frage "Klassiker oder Zeittheater?" an konkreten Beispielen zu beantworten. Es sei heute nur wiederholt, daß die Staatsbühnen, vermöge ihrer Sonderstellung unter den Theatern Berlins, geistige Verantwortungen tragen, die unter anderm auch in der Gestaltung des Spielplans zum Ausdruck kommen müssen. Wir erkennen diese Verantwortung als die besondere Verpflichtung dramaturgisch die Kontinuität der deutschen Dramatik (mit einiger Freiheit seien zu diesem Begriff die antike Tragödie, das spanische Theater und Shakespeare hinzu gerechnet) festzuhalten. Diese Kontinuität muß ebenso systematisch angestrebt werden wie in der Durchführung frei von Pedanterie sein. An Beweglichkeit und Lust zu Experimenten hat es die Intendanz der Schauspiele, die hier allein zu betrachten ist, allerdings nie fehlen lassen. Es mag also berechtigt sein die Forderung nach einem geordneten Aufbau des Spielplans, der in praktisch möglicher Folge eine traditionelle, bewahrende Arbeit, die sich der klassischen Dramatik zuwendet, mit einer aktuellen und ausprobenden verknüpft, wieder zu betonen und zu begründen. Die wichtigste Begründung muß in einer umfassenden Darstellung des lebendigen dramatischen Schaffens liegen, zu der die Staatsbühnen, wenn anders sie sich als *Staatsbühnen* ausweisen wollen, verpflichtet sind. Sie muß so lange aufrechterhalten werden, wie sich die Idee des Staats mit der Idee einer weit gefaßten, nationalen Kultur verbindet. Zugleich schließt dieser Charakter der Staatsbühne auch die *Form* ein, in der seine einzelnen Darstellungen zum Ausdruck kommen. Hier sind wir bei dem aktuellen Anlaß, den Aufführungen des Don Carlos im Schillertheater und der Jungfrau von Orleans im Schauspielhaus, angekommen. Diese Aufführungen, beide von Leopold Jessner inszeniert, sind unerklärlich uneinheitlich. Es seien einige Beispiele gegeben. Die Aufführung des *Don Carlos* schließt eine Kürzung des Textes ein. Der Jessnerschen Redigierung kann man grundsätzlich zustimmen. Sie entwickelt ihre Maßstäbe nach der Straffheit und folgerechten Verbindung der dramatischen Er-

eignisse. Sie vereinfacht also das Gewebe der Intrigen und stellt, mit der besten Wirkung, die Szene des Großinquisitors an den Schluß. Sie gibt auch der szenischen Gestaltung eine angemessene, bildsichere Würde. Die theatralische Spannung, die aus den 4 Grundcharakteren des Stücks, aus dem Bau der Handlung und der Leidenschaft der Sprache kommt, vermochte über die Besetzungsfehler hinwegzutragen. Hier lag also der Ausgleich durchaus in der einmaligen gedichteten Kraft, die dieses Stück Schillers unzerstörbar erhält. Figuren und politische Intrigen geben die unbedingte Festigkeit, die den leidenschaftlichen Ausspruch eines wunderbaren ideenreichen Menschheitglaubens zur überwältigenden Erscheinung bringt. Es mag also bei der Besetzung so wichtiger Rollen, wie der des Domingo, der Eboli und des Alba, nachlässig und fehlerhaft verfahren werden, der Geist dieses Dramas hört deshalb nicht auf seine Wirkung zu üben. Die Aufführung ist also einmal für die neue Inszenierung des Don Carlos, der zu den größten und hinreißendsten Stücken des klassischen deutschen Theaters zählt, zu loben; zum andern wegen der Unbefangenheit, mit der diese Inszenierung im einzelnen zu Werk ging, zu kritisieren.

Diese Unbefangenheit wurde in der Aufführung der *Jungfrau von Orleans* Willkür. Sie war ein Mißgriff in der Besetzung der Titelrolle durch Toni van Eyck. Diese junge und sympathische Schauspielerin erwies sich als für die Rolle der inspirierten Jungfrau ungeeignet. Sie spricht die lyrischen Monologe so kindlich und naiv wie man es nur wünschen kann, aber zugleich so undurchsichtig simpel, daß der Geist, der diese Figur eines Landmädchens über die eigne Einsicht und den eignen Willen hinaus zur Führerin eines Volks und zur Heiligen einer Nation erhebt, unterdrückt wird. War diese Besetzung also ein ergebnisloses Experiment, so schien alles übrige; der szenische Rahmen, die Gliederung des Raums, Bewegung der Personen und vor allem ihre sprachliche Führung, improvisiert. Man deklamierte und man schrie, entfesselte in den großen Auftritten eine lärmende sinnlose Bewegung und spielte in allem an dem romantischen Charakter des Schauspiels, an seiner lyrischen und erzählenden Märchenhaftigkeit vorbei. Wir erkennen sofort, was mit einer solchen Pflege des klassischen Repertoires verfehlt wird, wenn man sich als Zuschauer einen der Spra-

che kundigen Ausländer denkt, der an diesem Ort die Darstellung eines deutschen Klassikers erwartet. In seiner Verwunderung käme das Mißverhältnis von Aufgabe und Lösung beschämend zum Ausdruck. Das deutsche Publikum allerdings ist gutwilliger und geistig regloser als es solche leeren Zufallsleistungen wünschen lassen.

Scheinmoderne Das 3aktige Schauspiel *Mississippi* von Georg Kaiser brachte Hans Hinrich in Berlin heraus. In den 3 Akten füllt den 1. nur die Exposition. Die Figuren erhalten etwas wie Umriß, die Handlung wird abgesteckt. Wie es den Figuren an Fülle fehlt, so der Handlung an Sinn. Da es sich bei dieser dramatischen Skizze um die Darstellung einer gedanklichen Rechnung handelt, ist dieser letzte Einwand schwerwiegend und muß expliziert werden. Der Farmer Noel Kehoe, ein einstmals tüchtiger Mann im Distrikt New Orleans, verheiratet mit Doris, einer Frau, die seine Tüchtigkeit, seinen Erfolg, seine Kraft liebt, erlebt eine Wandlung ins Fanatisch-Pietistische; die Welt scheint ihm sündhaft, eine deutliche Mahnung Gottes scheint ihm bevorzustehen. Dieser Glaube verbindet sich in ihm mit keiner Einsicht in die Verflechtung der Dinge. Mit Gott setzt er sich durch fleißiges Beten und Choralsingen ins Reine, mit der Welt dadurch, daß er sich aus ihren materiellen Verstrickungen zu lösen trachtet und, aktiver, zu dem Untergang der besonders sündlich exponierten Stellen, etwa New Orleans, einiges beizutragen hofft. Durch diese Wendung verliert er seine Frau, die ihn verläßt und nach der Stadt zieht. Er gewinnt die Führerschaft seines Bezirks. Die Arbeit wird eingestellt. Der produktive Besitz verodet. Man sät und erntet die genaue Menge des persönlichen Bedarfs. Die freie Zeit wird mit Absingen eines frommen Lieds, das die Reichen und Mächtigen dieser Erde in den Untergang wünscht, erbaulich ausgefüllt. Hier beginnt das Stück: Der Mississippi hat Hochwasser. Der Damm ist gefährdet. Man verstärkt ihn: eine Arbeit, die den Opfertod von Noels Sohn fordert. Die Gemeinde sieht mit dem Hochwasser die Rache Gottes angebrochen. Hält der Damm nämlich stand, wird der Mississippi New Orleans ersäufen: eine naive Rechnung, auf der gleichwohl das Stück steht. Den 1. Akt füllt die Aussprache zwischen Noel und Doris, die die Frau

eines Kaufmanns Thompson in New Orleans geworden ist und ihren Sohn nach der Stadt holen möchte. Sie bekommt zunächst das pietistische Programm zu hören: der Mississippi als der flutende Arm Gottes, der die Stadt verderben wird. Danach erfährt sie den Tod des Sohns. Sie bricht in Wut und Verwünschungen aus, bekommt als Antwort nur den Choralgesang. Aktschluß. Dieses dünne und ungenügende Arrangement ist deutlich für den 2. Akt angelegt, wo sich die herausgeforderte Macht, die Welt der Reichen und Mächtigen, vertreten durch den Staatskommissar Stimson, zu Wort meldet. In einer Scheune erwartet die Gemeinde den Kommissar, von Noel dahin instruiert jedes Angebot abzulehnen und, nach Gründen befragt, zu schweigen. Dieser Austrag entgegengesetzter Kräfte ist falsch gruppiert. Noel, der fanatische Reichenhasser, hat keine ideale, keine moralische Position. Sein Ethos ist primitiver Vernichtungswille, sein Gott ein Rachefetisch. Er hat für den Kampf eine einzige Waffe: die Weigerung den Distrikt zu verlassen, der geräumt werden soll, um den Damm sprengen und den Strom von Orleans ableiten zu können. Auf diese Weigerung weiß heute jedes Kind die Antwort. Man wird die Leute, die so sonderbar sich vernünftigen Forderungen widersetzen, mit Gewalt zwingen. Stimson bietet zunächst Entschädigung für die Räumung an. Man schlägt sie ab. Er fragt nach Gründen. Man schweigt. Hier wäre die logische Folge in Wirklichkeit der sofortige Einsatz einer Kompanie und Abtransport. Nach der Rechnung Kaisers muß der Kommissar vor dieser Weigerung machtlos sein. Der Wechsel der Repliken muß eine gewisse Zuspitzung erreichen. Da aber die ganze Situation wirklichkeitsunlogisch ist, geht der Aufwand des temporeichen Dialogs ins Leere. Die dramatische Lösung erfolgt durch den Auftritt Doris Thompsons, die den Kommissar über die Sabotageabsichten der Gemeinde unterrichtet. Jetzt gibt ihm Kaiser Freiheit zu handeln, und er tut, was in der Lage der Dinge liegt, ruft die Soldaten und läßt die widerspenstigen Ansiedler abtransportieren. Zugleich befiehlt er den Damm zu sprengen. Um den 3. Akt zu ermöglichen, muß Noel entfliehen. Im 3. Akt greift die Unfähigkeit noch eine dramatische Spannung zu erzeugen ins Unsinnige. Der mühsam konstruierte Konflikt ist ausgetragen; die Ansiedler sind fort, Noels merkwürdige Weltan-

schauung hat der Wirklichkeit Platz machen müssen; der Damm wird gesprengt. Wohin soll also der Verfasser den Zuschauer noch führen? Was kann noch geschehen? Er führt ihn an den Damm, hinter dem mit hohlem Brausen der Mississippi hingehet, und erschüttert die Langeweile durch den gewaltigen Knall der Explosion. Das ist der Tatbestand. Ihn umranken einige Schnörkel. Noel, der Unbelehrbare, für dessen konsequent verzeichnete Figur jedes Interesse des Zuschauers abgestorben ist, versucht den Sprengposten zu erschließen. Bevor er zum Schuß kommt, wird er von den Soldaten erschossen. Jetzt folgt die Explosion. Und während der Zuschauer sich den durchbrechenden Strom vorzustellen hat, arrangiert der hilflose Verfasser dicht neben der Durchbruchstelle noch eine kleine rührende Liebesszene. Doris tritt auf, und als sie Noel erschossen sieht, kniet sie bei ihm nieder, erklärt, daß er sie überzeugt habe, und daß sie ihn so liebe, daß sie mit ihm sterben wolle. Nachdem diese Sache mitgeteilt ist, überflutet die Szene das Wasser.

Die Ausführlichkeit dieser Inhaltsangabe bedarf einer Erklärung. Diese dramatische Skizze stammt nicht von einem Anfänger sondern von einem Verfasser, der von der Öffentlichen Meinung in der Bilanz der deutschen modernen Dramatik als sicherer Wert eingetragen ist. Als besondere Vorzüge rühmt man seinen konstruktiven Verstand, seine Formulierungskraft, seine wirkungssichere Bühnenpraxis. Dieses Stück aber ist ideologisch unsinnig und ist schlecht gemacht. Seine Figuren sind unausgefüllte Umrisse, sie bewegen sich in einer unlogischen, wirklichkeitsfremden Handlungskonstruktion. Der Dialog hat nur im 2. Akt, rein technisch genommen, einige Dichte. Unsere Kritik meint also einmal den Verfasser, der in diesem Stück die Vorzüge, die er besitzen soll, nicht zeigt, eher ein schlechtes Handwerkergeissen verrät, indem er eine verfehlt Arbeit veröffentlicht; sie meint dann das Theater, das die Arbeit durch die Aufführung erst zur Diskussion stellte. Die Aufführung selbst war dem Stück angemessen. Hans Peppeler (der kurze Zeit darauf so plötzlich starb) hatte die Rolle des Noel. Wie um seine Position möglichst zu verbergen, sprach er mit leiser, oft unverständlicher Stimme. Leonhard Steckel spielte den Staatskommissar Stimson wie einen Börsenjobber und war damit neben der Rolle auf eigne Art recht lebendig.

Volkstümliches Theater Franz Molnars Vorstadt-

legende *Liliom* erzählt den irdischen und den himmlischen Lebenslauf eines Rummelplatzausrufers, eines Mannes, der in seinem Charakter die ganze Skala der menschlichen Möglichkeiten abbildet, der zugleich brutal, gewalttätig, skrupellos und von schamvollstem Empfinden, regsamstem Gewissen, zartestem Herzen ist. Eigentlich seltsam aber ist diese Figur durch ihre Glaubwürdigkeit. Sie ist volkstümlich empfunden und bleibt mit ihrem Tun im Bereich einer sozialen Stufe, auf der die Umstände den inneren Absichten so widerstreiten, daß das Gute als Böses herauskommt, und das durchgehende Lebenslied eines ehrlichen und humorvollen Burschen ein sehr trauriges Lied von der Polizei sein kann. Hier unten verläuft sein Leben in Wirren und bricht ab, und mit einem himmlischen Nachspiel soll es gelöst und vollendet werden. Es gehört zum Charakter Lilioms, zu seiner wesentlichen Melancholie, daß dieser Versuch mißlingt.

Diese ergiebige und wirkungsvolle Rolle wird in der Berliner Volksbühne von Hans Albers mit allen Reizen des Berliner Dialekts volksbühnenwirksam gemacht und bis zum Rand ausgefüllt. So wurde ein Publikum, das eine Zeitlang von der Bühne herab politisch unterwiesen wurde, einmal auf unterhaltsame Art mit dem Lebenslauf des Liliom auf die Vieldeutigkeit des Lebens, die unterhalb jeder politischen Veränderung bestehen bleibt, aufmerksam gemacht. Die Inszenierung des vielbildigen, figurenreichen Stücks war sehr sorgfältig, und sie gab der Legende das richtige bilderbogenmäßige Kolorit.

Lalenspiele Das bekannteste ist das *Oberammergauer Passionspiel*. Es steht im katholisch christlichen Glauben, im Geist der Landschaft, und in der jahrhundertalten Spielfreudigkeit ihrer Bewohner, ihrer mimisch ursprünglichen Natur. Dieses traditionelle Moment ist nicht ortsgebunden, es lebt, aus altheidnischen Zeiten, in den Jahrzeitfeiern, den Volkstänzen, den Bitt- und Dankumzügen, verwandeltes Erbe, in unberührten Bezirken noch heute vielfach fort, ist überall in den christlichen Mythos eingegangen und feiert kultische Feste aus uraltem Herzenstrieb. Die Loslösung von diesen Ursprüngen mag in Oberammergau schon im Fluß sein; der Zustrom des europäischen Fremdenpublikums wird die Naivetät, die

Volksgebundenheit des Spiels, die Reinheit der Absichten immer mehr zersetzen, und die Laienspieler entwickeln sich mit zunehmender Berühmtheit zu Berufsspielern wie auf dem Theater.

An anderen Orten aber spielt in der Verborgenheit der Landschaft noch der bäuerlich fromme Mensch in eigengewachsenen Formen für seinesgleichen. Als denkwürdiges Beispiel seien die *Hirtenspiele in Kärnten* genannt, das Spiel von Christi Geburt, wie es in den deutschen Alpen in mannigfachen Abwandlungen, aus dem Gedächtnis der Anwohner erhalten, weit verbreitet ist. Eine genaue und wunderbar sinnfällige Beschreibung des Spiels gibt im 1. Heft der von Hugo von Hofmannsthal herausgegebenen Neuen Deutschen Beiträge / München, Verlag Bremer Presse/ Max Mell (*Hirtenspiel in Kärnten*). Das Spiel, von einer im ganzen Gau herumziehenden Handwerkertruppe dargestellt, in einer Gasthofsstube vor dem Kreis der Landsmannschaft abgehalten, lebt ganz aus eigengewachsenem Besitz und stellt sich in treu bewahrter Gestalt als ein strenggebundenes, aus Gesang, rhythmischer Bewegung und volkstümlichem Reimvers gebildetes Wesen dar. Hier sind, von der Verborgenheit gehütet, ehrwürdige Reste eines aus dem Volksgrund kommenden, poetischen und mimischen Ingeniums, von dem nur angedeutet sei, daß es sich mit den Apostelspielen des genannten österreichischen Dichters, herzlich frommen, poetisch reinen Weiterbildungen dieser Anfänge, mit dem Bestand der eigentlichen Dichtung verknüpft.

Was hier in ununterbrochener Überlieferung steht, versucht man an anderen Orten neu zu schaffen, für welche Versuche etwa die *Westfälischen Landesheimatspiele*, seit 1926 in dem kleinen Ort Witten an der Ruhr veranstaltet, zu nennen sind. Die Spieler sind Handwerker und Arbeiter, der Spielraum ist eine bewaldete Talmulde des Hohenstein, in die hinein eine Bühne gebaut wurde. Die Stücke allerdings sind von überall aufgegriffen, und ob man auf diese Weise den Götzen, den Tell oder die Nibelungen gibt, will angesichts der Tatsache, daß diese Versuche der Einheit zwischen Darstellern und Spiel, zwischen Raum und Publikum doch völlig entbehren, wenig besagen. Eine Belebung des Theaters von hierher zu erwarten ist verfehlt, die Spiele haben nur den äußern Halt in der starken Anteilnahme des theaterhungrigen Publikums; die Besucherzahl geht jährlich an die 200 000.

Totenliste Kurz nach dem Tod ihres Gatten, des großen Schauspielers Eugène Silvain, starb in Paris Ende Oktober 1930 die Tragödin der Comédie Française *Louise Silvain*, in ihrem 56. Lebensjahr. Sie spielte vor allem klassische Rollen.

Am Herzschlag starb plötzlich Anfang November in Hamburg, nach einer Siegfriedaufführung, in der er den Mime gab, der Opersänger *Peter Kreuder*, in seinem 61. Lebensjahr. Dieser Tenorbuffo war auch ein hervorragender Darsteller humoristischer Sprechrollen.

Am 9. Dezember starb in Paris eine der größten Schauspielerinnen der Comédie Française, *Madelaine Roche*, im Alter von 45 Jahren. Sie war besonders als Vertreterin klassischer Rollen bekannt. Sie spielte auch viel auf Freilichtbühnen, und bei einer solchen Aufführung zog sie sich eine Erkrankung zu, die dann zu ihrem Tod führte.

Nach einer Blinddarmoperation starb am 20. Dezember in einer Berliner Klinik, im Alter von 47 Jahren, *Hans Peppler*, der Sohn jenes Peppler, der noch mit Kainz zusammen spielte. Er kam 1929 aus Wien nach Berlin und wurde für die Volksbühne engagiert, wo er eine fast unerschöpfliche Reihe von Rollen aller Art spielte. Aufsehen erregte er zuerst als Fouquier-Tinville im Danton und als Polizeipräsident in Karl Kraus' Schauspiel *Die Unüberwindlichen*; auch war er der Fabrikant Dreißiger in den *Webern* und der Esterhazy im *Dreyfus*.

Ende Dezember starb in Berlin an den Folgen eines Automobilunfalls der frühere Theaterdirektor *Fritz Witte-Wild*, im Alter von 82 Jahren. Er hatte längere Zeit das Breslauer Lobetheater, dann in Berlin das Theater des Westens geleitet. Vor allem aber war er hier viele Jahre hindurch Regisseur der Freien Volksbühne, mit deren Ausschuss er in stets verständnisbereiter Weise zusammenwirkte; in jener Zeit, da die Freie Volksbühne noch kein eignes Theater hatte, dafür aber literarisch um so ernster arbeitete; sie war es zum Beispiel, die zuerst Bernard Shaw auf die deutsche Bühne brachte. Den Arbeitseifer und die stille Art *Witte-Wilds* werden die Ausschussmitglieder jenes Jahrzehnts sicher nicht vergessen.

Ende Dezember starb in Marina di Pisa *Gustavo Salvini*, 71 Jahre alt. Gestalt und Stimme prädestinierten ihn zum Vertreter klassischer Rollen. Den Höhepunkt seines Ruhms bildeten die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

In Berlin starb Mitte Januar 1931 die Schauspielerin *Gertrud Arnold*, 58 Jahre alt. Sie war lange Zeit die Heroine des Berliner Schillertheaters.

Am 23. Februar starb in Sydney, 72 Jahre alt, die weltberühmte Koloratursängerin *Nellie Melba*, die "australische Nachtigall", wie man sie nannte. Ihr Name Melba (sie hieß Mitchell) ist von ihrer Geburtsstadt Melbourne hergeleitet. Sie war halb schottischer halb spanischer Abkunft, studierte bei Marchesi in Paris und durchzog dann ganz Europa und Amerika. Auch in Berlin ist sie, freilich nur wenig, aufgetreten; so am 3. Dezember 1899 im Opernhaus als Violetta in einer Traviataaufführung, in der Francesco d'Andrade den Germont gab (und in der übrigens durchweg, in den Soli wie im Chor, italienisch gesungen wurde: was sich damals von selbst verstand, heute aber zu schwer zu sein scheint).

Nach langem Leiden starb am 27. Februar in einem Berliner Krankenhaus *Berthold Held*, 63 Jahre alt. Seine Hauptarbeit leistete er als Regisseur an den Reinhardt Bühnen. Reinhardt, der in Freundschaft Held verbunden war, übertrug ihm auch die Leitung seiner Theaterschule. Als Schauspieler trat Held meist in Episodenrollen auf.

Am 11. März starb in Berlin *Adolf Klein*, 83 Jahre alt. Er war Wiener von Geburt, kam aber schon 1876 nach Berlin. Dann ging er wieder nach Wien zurück, spielte eine Zeitlang in Hamburg und Dresden und landete schließlich wieder in Berlin. Er spielte im Lessingtheater unter Blumenthal in Sudermanns *Ehre den Grafen Trast*, hatte ein großes klassisches Repertoire und war zugleich Charakterdarsteller. So spielte er noch im Alter den Anzengruberschen Meineidbauer. Auch in der Freien Volksbühne wirkte er oft mit; in der Erinnerung bleibt seine Darstellung des Balzac'schen Mercadet. 2 Jahrzehnte hindurch war er ein Schauspieler ganz großen Namens. Später wurde er halb vergessen.

In Wien starb am 21. März der Helden-tenor der Wiener Staatsoper *Erik Schmedes*, in seinem 63. Lebensjahr. Er war ursprünglich Bariton, wurde von Nikolaus Rothmühl zum Tenor umgebildet und begann dann seine an Publikumsruhm und allerhand Ehren reiche Laufbahn als Siegfried unter Mahler. Auch in Bayreuth feierte er Triumphe. Kurz vor ihm starb sein jüngerer Bruder Paul, der ebenfalls einen Ruf als Sänger hatte, und dessen Gattin nahm sich aus Gram über seinen Tod das Leben.

Kurze Chronik Der 250. Todestag Calde-
rons soll am 25. Mai im
Berliner Staatstheater durch
eine große Matinee gefeiert werden; am
Abend will man dann den Richter von
Zalamea spielen. ◊ Der Theaterdirektor
Maurice Brown will in London ein Ge-
nossenschaftstheater nach dem Muster
des New Yorker Theatre Guild ins Le-
ben rufen. Es soll mit einer ständigen
Truppe ein ständiger Zuschauerkreis für
wertvolle Stücke geschaffen werden, die
keinen geschäftlichen Erfolg versprechen.
Wenn das Experiment glückt, will man
ein Theater erwerben, dessen Räu-
me den Genossenschaffern auch am Tag
zur Verfügung stehen. ◊ Der Bühnen-
volksbund hat in Berlin einen Theater-
bund für Höhere Schulen als beson-
dere Abteilung geschaffen. ◊ Am 20.
November 1930 wurde Gertrud Eysoldt
60 Jahre alt. Wir kennen die eigen-
artige Künstlerin, die zuerst in Strind-
bergs Rausch (in dem kleinen Theater
Schall und Rauch, in dem Max Rein-
hardt begann) die Zuschauer mitriß,
ja faszinierte (nachdem sie vorher in
stilleren Rollen, deren erste die Thea
Elvsted war, in Berlin kaum Beachtung
gefunden hatte). Sie kam ursprünglich
von den Meinigern her, entwickelte sich
dann aber zu der großen Darstellerin,
die wir so oft bewundert haben. Leider
ist sie in der letzten Zeit nur wenig her-
vorgetreten: das Schicksal der bedeu-
tenden Künstlerin im "amerikanisierten"
Berlin. ◊ Am 6. Januar 1931 schrieb
Irene Triesch, auf deren seit langem un-
genutzte Kraft man dort das Berliner
Staatstheater hingewiesen hatte, der Vos-
sischen Zeitung: »Ich bin kein Star und
verlange keine Stargage. Arbeit will ich,
Betätigung . . . Warum schweigt man
mich tot?« Ein mutiger Ruf, der gehört
werden sollte. Im Zeitalter der "Gir-
kultur" ist mehr als eine bedeutende
Künstlerin ihrer Tätigkeit beraubt wor-
den; ihre Leistung bleibt der Öffentlich-
keit vorenthalten. Sollte kein Direktor
mehr es wagen sich dieser Großen zu
erinnern? (Im Film ist es nicht anders.
Wer denkt noch an Asta Nielsen?) ◊
Am 30. Januar wurde Alexandra Schmitt
70 Jahre alt. Sie kam zwar sehr jung
schon zur Bühne, spielte aber lange Zeit
nicht mehr. So recht entdeckt wurde sie
eigentlich erst in ihrem 65. Lebensjahr
durch Jürgen Fehling, in Carl Zuckmayers
Katharina Knie. Ebenso berechtigten
und großen Erfolg hatte sie als Mutter
Krause in dem Zillefilm Mutter Krau-
sens Fahrt ins Glück (siehe die Rund-

schau Bewegungskunst, 1930 I Seite 98).
◊ Am 1. September wird Robert Klein
das Berliner Schillertheater übernehmen.
Er will es mit einer Aufführung der Räu-
ber eröffnen, der im Lauf der Spielzeit
ein vollständiger Schillerzyklus zu volks-
tümlichen Preisen folgen soll.

Literatur Eine ausgezeichnete Unter-
suchung gibt Julius Bab in
seinem Buch Das Thea-
ter im Lichte der Soziologie /Leip-
zig, C. L. Hirschfeld/. Es erscheint als
1. Veröffentlichung einer von Julius
Bunzel herausgegebenen Reihe Beiträge
zur Soziologie der Kunst. Es ist die
Darstellung der These, daß der Ursprung
des Theaters die ekstatische Überwin-
dung des Grundgefühls der Menschheit,
der Lebensangst, ist. Dieser Satz wird
mit umfassender Kenntnis und bester
künstlerischer Einsicht durch alle Schich-
ten des historischen und modernen Thea-
ters, durch alle Einzelheiten seines Ge-
füges festgehalten und beweist sich in
seinen Ergebnissen als durchaus frucht-
bares Prinzip der Deutung des soziolo-
gischen Phänomens Theater. ◊ Un-
ruhiges Gestirn nennt sich der Roman
Hans Reisigers, der die Jugend Richard
Wagners schildert /Leipzig, Paul List/.
Das Buch ist aus Berichten, Briefen und
Biographien Wagners zu einer anschau-
lichen Erzählung komponiert. Es führt
in stürmischem, sprachlich exaltiertem
Pathos bis zur Flucht Wagners in die
Schweiz. Das hybride Moment können
diese gedichteten Lebensbeschreibungen
nicht vermeiden; die dokumentierte Bio-
graphie ist vorzuziehen. Denn die Dar-
stellung hebt sich von der historischen
Wirklichkeit der gewählten Figur nicht
zur dichterisch geschlossenen Kunstform
ab sondern nutzt sie und mischt sie mit
erfundenen Zügen; solcher Mischung von
Chronik und Roman vertraut sich der
Leser nur widerstrebend an. ◊ Der Büh-
nenvolksbund in Berlin verlegt das Thea-
terbuch *Thespis*, eine von Rudolf Roef-
ler herausgegebene Sammlung von Ar-
beiten über den Themenkomplex Thea-
ter. Aus dem Inhalt seien die Arbeiten
Werner Deubels (Das Tragische im Dra-
ma), Paul Fechtens (Zeittendenz und
dramatische Gestaltung), Theodor Däub-
lers (Griechisches Theater) als auf-
schließende Einzeldarstellungen hervor-
gehoben. Illustrationen und eine aus-
führliche Bibliographie der Theater-
geschichte und des modernen Theater-
wesens von 1924 bis 1929 ergänzen den
vielfältig auseinandergelegten, alle thea-
terbildenden Kräfte darstellenden Text.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Flüssigkeitsgetriebe Bei zahlreichen Werkzeugmaschinen muß die rotierende Bewegung der Antriebsvorrichtung (Riementtransmission, Elektromotor usw.) in eine gradlinige Bewegung verwandelt werden, zum Beispiel bei Hobel- und Shapingmaschinen; aber auch bei Maschinen mit umlaufenden Werkzeugen (Bohr- und Fräsmaschinen, Schleifmaschinen) oder mit umlaufendem Werkstück (Drehbänken, Stoßmaschinen, Zahnradschneidemaschinen usw.) wird entweder das Werkstück oder das Werkzeug in hin- und hergehende Bewegung gesetzt. Die Umwandlung der rotierenden Bewegung in gradlinige geschieht bei den meisten Werkzeugmaschinen durch Exzenterräder oder Wellen mit angekuppelter Schiebe-(Pleuel-)stange oder auch durch Schraubspindeln mit einer Zahnradübertragung. Diese rein mechanische Übertragungsweise leidet unter einer gewissen Ungleichförmigkeit der Bewegung, es ist weiterhin nur schwer möglich die Regelung der Geschwindigkeit der gradlinigen Bewegung in weiten Grenzen und kontinuierlich vorzunehmen, und schließlich ist bei der Übertragung von Schraubspindeln und Zahnrädern, besonders bei der Umkehr der Bewegungsrichtung, ein gewisser toter Gang unvermeidlich; außerdem kann ein rein mechanisches Getriebe nie völlig erschütterungsfrei arbeiten, Erschütterungen aber sind unangenehm, wenn es sich um Präzisionsarbeiten handelt. Diese Nachteile der rein mechanischen Getriebe zur Umwandlung der Bewegungsart machen sich deshalb besonders bei Präzisionsmaschinen bemerkbar, und sie behindern auch die Steigerung der Leistung bis zur äußersten Höhe. Hier hat die Einführung der Flüssigkeitsgetriebe einen großen Fortschritt gezeitigt. Diese Flüssigkeitsgetriebe bestehen aus einer Ölpumpe, die durch Kanäle die Flüssigkeit in einen Zylinder hineinpreßt, in dem sich ein beweglicher Kolben befindet; durch Umsteuerungsorgane ähnlicher Art wie bei einer Kolbendampfmaschine wird der Wechsel in der Richtung bewirkt. Da die Flüssigkeiten nicht zusammendrückbar sind, finden nur minimale Verluste in der Arbeitsübertragung statt, und durch Regelung des Flüssigkeitsdrucks läßt sich die Arbeitsleistung oder die Geschwindigkeit der Bewegung in sehr weiten Grenzen einstellen. Das in einem Arbeitsgang des Kolbens ver-

brauchte Öl gelangt wieder in den Ölbehälter zurück, so daß theoretisch dort überhaupt kein Ölverschleiß stattfindet. Die Umsteuerung erfolgt durch Verlegen der Exzentrizität oder durch Änderung der Neigung eines Schwenkrahmens von plus nach minus; ebenso kann die Umsteuerung auch durch einen Steuerschieber bewirkt werden. In analoger Weise kann man die Arbeitsgeschwindigkeit verändern. Die Steuerung des Getriebes kann durch die Hand geschehen, was dann angebracht ist, wenn die Bearbeitung eines Werkstücks mit einem einzigen Hub des Werkzeugs beendet ist; sie kann aber auch selbsttätig erfolgen. Bei automatisch umgesteuerten Getrieben sind natürlich Einrichtungen erforderlich, die das Stehenbleiben des Ganzen im toten Punkt verhindern.

Bei Maschinen, die nur in einer Bewegungsrichtung Arbeit leisten, beim Rückgang aber leer laufen, wie die Hobelmaschinen, wird erheblich an Zeit gespart, wenn sich die rückläufige Bewegung wesentlich schneller vollzieht als der eigentliche Arbeitsgang. Eine derartige Bewegungsart wird durch die Anwendung von 2 getrennten Zylindern für die Vor- und die Rücklaufbewegung ermöglicht, von denen der Leerlaufzylinder einen kleineren Durchmesser aufweist. Da in diesem Fall die Kolbenstangen jeweils nur auf Zug beansprucht werden, vereinfacht sich die Konstruktion der Maschine, und die Kolbenstangen selbst werden sehr geschont. Überhaupt werden alle durch Flüssigkeitsgetriebe bewegten Maschinenteile erheblich weniger abgenutzt als bei rein mechanischer Kuppelung, weil beim Anlassen, Abstellen und Umsteuern des Flüssigkeitsgetriebes sowie auch beim Regulieren der Geschwindigkeit ruckartige Bewegungen fortfallen.

Holznutzung Wie in dieser Rundschau (1930 III Seite 1185 und folgende) bereits erörtert wurde, wird zurzeit der Technik des Holzes erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Über neue deutsche Versuche mit Sperrholz berichtete auf einer Fachtagung in Wien Herrmann (Berlin). Bei den Festigkeitsversuchen an Sperrholz ergeben sich häufig starke Unstimmigkeiten, die durch Abweichungen im Werkstoff selbst, im Aufbau, in Fehlstellen, Rissen, Fugen usw. bedingt sind. Um diese Materialfehler ausfindig zu machen, werden mit Erfolg stereoskopische Röntgenaufnahmen mit ganz weichen Strahlen mit etwa 40 000 Volt gemacht. In Sperrholzplatten bis zu 11

Fournierlagen und in Tischlerplatten aller Art können Fehlstellen leicht ausfindig gemacht und lokal bestimmt werden. Weitere Versuche hat man über den Aufbau der Platten mit verschiedenen Dicken der einzelnen Lagen und verschiedenen Holzarten gemacht. Eine Erhöhung der Druck- und Biegefestigkeit konnte im Vergleich zu Platten gewöhnlichen Aufbaus dadurch gemacht werden, daß die Zwischenlagen mit Faserkreuzung unter 45° eingeführt wurden. Für das Sperrholz fanden sich verschiedene neue Anwendungsarten, zum Beispiel für die Außenhaut von Motorbooten, für Heizgeräte, für Kühlwagen usw. In diesen Fällen ist der Feuchtigkeitsgehalt besonders wichtig. Der Einfluß der Tränkungsart und der Anstriche auf die Haltbarkeit wurde eingehend untersucht. Durch geringen Abstand und kleine Lüftungsschlitze kann man die Wasseraufnahme der Sperrholzplatten bedeutend vermindern im Vergleich zu der Anordnung von Platten unmittelbar an feuchten Wänden. Anstriche mit Bitumen zeigten auch ohne Tränkung des Holzes gute wasserabweisende Wirkung.

Weitere Versuche erstrecken sich auf die Auskleidung akustisch empfindlicher Räume, Theater, Konzertsäle, Rundfunkenderäume mit Sperrholz. Die für die Hörsamkeit entscheidenden Nachhallzeiten sind bestimmt, und es ist eine Methode ausgearbeitet worden, die die Vorausbestimmung der Nachhallzeit gestattet.

Fernschreibmaschine

Der Telegraphenbetrieb ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte immer unwirtschaftlicher geworden. Die Zahl der Telegramme nimmt dauernd ab, denn wenn irgend zugänglich, wird das Telephon bevorzugt; und mit den alten Apparaturen sind auch die vorhandenen Leitungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit belastet. Es handelt sich also darum die Leistungsfähigkeit der Apparaturen und die Aufnahmefähigkeit der Leitungen zu steigern, so daß die Telegraphie, die für alle dokumentarischen Übermittlungen, für Börsen- und Pressenachrichten einen unbedingten Vorzug vor der Telephonie besitzt, in erheblich stärkerem Umfang als bisher eine Steigerung erfährt.

Die Aufnahmefähigkeit des Leitungsnetzes ist durch die Entwicklung der Wechselstrom- und Unterlagerungstelegraphie ganz außerordentlich erhöht, und es ist ermöglicht worden für die Übermittlung der Telegramme das weitverzweigte Telephonnetz heranzuziehen. Die Wechselstromtelegraphie arbeitet mit

Frequenzen in der Größe von 400 bis 1750 Herz. Dieses Frequenzband wird bis zum 12fachen unterteilt. Diese 12 verschiedenen Frequenzen werden mit Elektronenröhren oder Frequenzmaschinen erzeugt. Jede Frequenz kann für sich durch einen Telegraphenapparat getastet werden, und zwar alle zusammen auf dem gleichen Draht, ohne daß eine gegenseitige Störung eintritt. Das Frequenzgemisch gelangt über einen Verstärker auf die Fernleitung. An der Empfangsstation erfolgt eine neuerliche Verstärkung, die gleichfalls durch Elektronenröhren geschieht. Danach paßiert das Frequenzgemisch 12 Siebketten, von denen jede grade nur eine einzige Frequenz durchläßt, auf die sie abgestimmt ist. Die ausgesiebten, wieder verstärkten und gleichgerichteten Frequenzen werden dann den entsprechenden 12 Telegraphenapparaten zugeleitet. Man kann also gleichzeitig 12 Telegramme auf einer einzigen Doppelleitung senden, und jedes Telegramm gesondert dem angeschlossenen Empfänger zuleiten. Für die Übertragung der Wechselstromtelegramme, die in der Tonfrequenz (400 bis 1750 Herz) arbeiten, können aber nur die für Ferngespräche nicht benutzten Telephonleitungen verwandt werden. Dagegen gestattet es die Unterlagerungstelegraphie die eigentlichen Fernspreitleitungen ohne Störung des gleichzeitig erfolgenden Telephonbetriebs zu benutzen, wenn Frequenzen von weniger als 300 Herz, die nicht mehr hörbar sind, verwandt werden. Ein System von Kondensatoren und Spulen, die als Kettenleiter auf bestimmte Frequenzen abgestimmt sind, wirkt dann als elektrische Weiche, die den Telephonapparaten nur die hörbaren Frequenzen zuführt, die Telegraphiefrequenzen aber nur den Telegraphenapparaten. Der Betrieb ist absolut sicher, denn Störungen kommen in den unterirdisch verlegten Kabeln nur höchst selten vor. Dabei sind die Kosten für einen Leitungsweg auf ein Minimum erniedrigt. Die Deutsche Reichspost wendet zurzeit sowohl die Wechselstrom- als auch die Unterlagerungstelegraphie in großem Umfang an. Für diese sind 400 Leitungswege vorhanden, die etwa 2 Millionen Mark kosten, während bei der alten Technik ein Kostenaufwand von 40 Millionen Mark erforderlich gewesen wäre. Beide Systeme werden auch in Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Österreich, Schweden und der Schweiz viel angewandt.

Mit dieser Steigerung in der Leistungsfähigkeit der Leitungen hatten aber die

Leistungsfähigkeit der Apparate und vor allem die Methoden in der Aufgabe und Übermittlung der Telegramme nicht Schritt gehalten. In den letzten Jahren ist nun auch dieses Problem, insbesondere durch die Arbeiten von Siemens & Halske, in zufriedenstellender Weise durch Konstruktion der Fernschreibmaschine gelöst worden, die eine einfache Bedienung durch Betätigung der üblichen Tastatur ermöglicht.

Das Prinzip der Fernschreibmaschine ist folgendes: Jeder Buchstabe wird auf der Leitung durch eine Kombination von 5 Stromstößen gleicher Länge dargestellt. Im ganzen ergeben sich 32 verschiedene Kombinationen, je nachdem der eine oder mehrere dieser Stromstöße unterdrückt werden. Jedem Tastenniederdruck auf der Fernschreibmaschine entspricht eine bestimmte Kombination von Stromstößen. Jeder Übermittlung der 5 Stromstöße geht ein Anlaßstromschritt voraus, und es folgt ihr ein Sperrstromschritt, durch die der Empfangsapparat angelassen respektive wieder angehalten wird. Die beim Empfänger ankommenden Stromstöße erregen einen Magneten, dem 5 Anker zugeordnet sind. Je nachdem Strom fließt oder nicht, wird der Anker festgehalten, oder er fällt ab. Durch Vermittlung von Hebeln und Schwertern wird dabei eine in Bewegung gesetzte gekerbte Wählschiene an einer bestimmten Stelle festgehalten, so daß beim Empfänger der Buchstabe abgedruckt wird, der beim Sender getastet worden war. Der Vorgang vollzieht sich so rasch, daß eine geübte Schreiberin bis 390 Buchstaben in der Minute senden kann. Die Schrift wird auf Papierstreifen oder auch auf Bögen empfangen. Der ganz besondere und wirtschaftliche Vorzug dieser Fernschreibmaschine besteht nun darin, daß Sender und Empfänger bei den Abonnenten aufgestellt werden können, zwischen denen ein unmittelbarer Telegraphenverkehr stattfindet, wobei das Amt nur die Verbindung von Hand oder durch Selbstanschluß wie bei den Telephonen vermittelt.

Das erste größere Fernschreibamt für reinen Postverkehr wurde kürzlich in Leipzig eröffnet. Die Berliner Polizei und Feuerwehr haben bereits in erheblichem Umfang Fernschreibmaschinen in ihren Dienst gestellt. Ebenso vermittelt eine Berliner Sendezentrale die Fernschrift von Börsen- und Handelsnachrichten an Handelshäuser, Banken, Hotels, Tageszeitungen usw. Der nächste Schritt wird die Ausbildung eines allgemeinen Abonnementsdienstes sein.

Abwasserreinigung

Die Reinigung der Abwässer einer Großstadt macht erhebliche Schwierigkeiten, was nicht wundernehmen kann, wenn man bedenkt, daß in Berlin zum Beispiel täglich 650 000 Kubikmeter Abwässer zu reinigen sind. Die Reinigung der Abwässer geschieht in Berlin und verschiedenen anderen Großstädten bis jetzt noch ausschließlich durch das Rieselfeldersystem. Die für die Berieselung zur Verfügung stehende Bodenfläche von 11 000 Hektar reicht aber nicht mehr aus, und es wurde deshalb erwogen, ob nicht noch die 13 000 Hektar Naturland, die die Stadt Berlin außerdem noch besitzt, zum größeren Teil ebenfalls zu Berieselungszwecken herangezogen werden sollen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Rieselfeldern sind aber durchaus nicht ermutigend; denn abgesehen davon, daß nur wenige Kulturpflanzen, wie Gras und Gemüse, auf Rieselland Mehrerträge liefern, sind auch die Erzeugungskosten auf Rieselland viel höher als auf Naturland. Weil die ganze Anlage der Rieselfelder maschinenlosen Kleinbetrieb bedingt, sind die Arbeitslöhne etwa doppelt so hoch, die Zugviehhaltung 50% höher, und die nicht bestellbare Landfläche 10 bis 15% größer als bei Naturland. Dazu kommt dann noch, daß die Bodenberieselung zwar eine sehr gute, aber auch sehr kostspielige Wasserreinigung darstellt, besonders dann, wenn es notwendig wird die Rieselfelder immer weiter aus dem Stadtweichbild heraus zu verlegen.

Aus diesem Grund hat sich die Stadt Berlin jetzt entschlossen den Rieselbetrieb nicht mehr zu erweitern, sondern in besonderen Großklärwerken die Abwässer zu reinigen. Die Reinigung geschieht in diesen Werken durch Förderung der Lebenstätigkeit der Mikroben des Flockenschlammes der Abwässer, indem durch Einblasen oder Einschlagen von Luft die Sauerstoffmenge in den Abwässern erhöht wird, wodurch die Lebensbedingungen für die den Flockenschlamm abbauenden Kleinlebewesen verbessert werden. In der Tat genügt eine etwa 6- bis 8stündige energische Belüftung, um den Klärprozeß zu beenden. Setzt sich der Flockenschlamm dann ab, so erhält man einen kristallklaren Abfluß, frei von Fäulnisstoffen.

Das erste derartige Klärwerk für eine Leistung bis zu 180 000 Kubikmeter täglicher Abwässer befindet sich im Gemeindebezirk von Stahnsdorf im Bau. Das Werk, das die Abwässer von Wilmersdorf, Schmargendorf, Zehlendorf,

Teltow und der Berliner Radialsysteme III und VII aufnehmen soll, wird durch eine 1,4 Meter weite Druckrohrleitung und die Druckrohre der beiden genannten Radialsysteme gespeist. Die Abwässer durchfließen zunächst einen Grob- und einen Feinrechen und treten dann in eine Sandfanganlage ein, in der die größeren mineralischen Bestandteile aufgefangen werden. Sodann findet in großen Absitzbecken eine Vorklärung statt, indem etwa 80% der absitzbaren Stoffe ausfallen. Das vorgeklärte Wasser gelangt dann unter Zusatz von "Belebtschlamm" in die Belüftungsbecken, in die Druckluft eingepreßt wird. Nachdem die biologische Klärung vollendet ist, und der Schlamm sich abgesetzt hat, wird das gereinigte Wasser dem Teltowkanal und anzulegenden Fischteichen zugeführt; ein Teil wird zur Bewässerung von Grünanlagen benutzt. Die Rückstände aus den Beckenanlagen werden mit Förderbändern ausgehoben und nach vorgenommener Trocknung verbrannt. Die von organischen Bestandteilen fast freien Rückstände aus den Sandfängern werden abgefahren. Der aus den Nachkläranlagen kommende Belebtschlamm wird den Abwässern immer wieder von neuem zugeführt. In den Faulkammern entwickeln sich täglich Gase von rund 10 000 Kubikmeter, die im wesentlichen aus 72 bis 82% Sumpfgas (Methan), 12 bis 15% Kohlendioxyd und geringen Mengen von Schwefeldioxyd und Stickstoff bestehen; sie werden aufgefangen, von Schwefeldioxyd und Kondensaten befreit und im Maschinenhaus sowie in den Verbrennungsöfen verwendet; ein Gasbehälter von zirka 3000 Kubikmeter dient als Ausgleich zwischen den anfallenden und verbrauchten Gasemengen. In dem Maschinenhaus werden 2 Gasmotoren von 500 und 750 Pferdestärken aufgestellt, die 3 Drehstromerzeuger antreiben, die ihrerseits Strom für die Pumpenmotoren und die Gebläseluftkompressoren liefern.

Kurze Chronik Die gesamte Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika verwendet 1,03% des investierten Kapitals für *Forschungsarbeiten*. In der Chemischen Industrie beträgt der Anteil 2,04%, in der Stahl- und Eisenindustrie nur 0,04%. \diamond Für die Erhaltung der *technischen Denkmale* in Deutschland tritt seit Jahren schon Oskar von Miller ein. Durch einen Aufruf der Nachrichten des Vereins Deutscher Ingenieure gelang es von den Bezirksvereinen Unterlagen über noch

existierende alte Anlagen zu erhalten, so daß seit 1927 in dem Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure alljährlich ein besonderer Abschnitt Technische Kulturdenkmale veröffentlicht werden konnte. Als Mitarbeiter hat sich jetzt auch der Deutsche Bund für Heimatschutz angeschlossen, so daß eine planmäßige Bestandsaufnahme in die Wege geleitet werden konnte. Das Deutsche Museum in München hat in seinem neuen Sammlungshaus eine besondere Abteilung für Technische Kulturdenkmale errichtet. \diamond In Anlagen des Ruhrreviers zur Gewinnung von Wasserstoff für die Ammoniaksynthese fallen gewaltige Mengen *Methan* ab, die in verschwenderischer Weise zur Beheizung von Koksöfen usw. verwandt werden. Der lange gesuchte Weg das Methan zur Herstellung künstlichen Benzols zu verwenden ist zwar jetzt auf dem Umweg über das katalytisch hergestellte Azetylen gefunden worden. Es ergibt sich aber noch eine viel direktere Verwendungsmöglichkeit, indem es in verflüssigtem Zustand als Treibstoff für Kraftwagen benutzt wird. Dahingehende Versuche der Bergbaugesellschaft Concordia versprechen Erfolg. \diamond Die Staatlichen Wasserkraftwerke *Schwedens* erzeugten im Jahr 1929 1,7 Milliarden Kilowattstunden, gegen 1,6 im Jahr 1928; sie erbrachten eine Nettoeinnahme von 30,4 Millionen Kronen und einen Reingewinn von 16 Millionen Kronen. \diamond Der Nilstaudamm bei Nag Hamadi, 750 Kilometer oberhalb von Kairo, zu dem im Februar 1928 der Grund gelegt worden war, wurde Ende Dezember 1930 eröffnet. Hiermit hat die große Bewässerungsanlage für *Mittelägypten* ihren Abschluß erreicht. \diamond Zurzeit befinden sich in *Canada* Wasserkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 6,125 Millionen Pferdestärken im Betrieb. Davon sind rund 0,4 Millionen im Jahr 1930 neu ausgebaut worden. \diamond Nach dem Reichsetat für 1931 betragen die für die *Physikalisch-Technische Reichsanstalt* vorgesehenen Mittel für Personalkosten 1,5 Millionen Mark, für alle sachlichen Verwaltungsaufgaben rund 400 000, darunter 170 000 Mark für experimentelle Arbeiten. Beim amerikanischen Bureau of Standards betrug der Gesamtetat für 1929 rund 11 Millionen Mark, davon entfielen auf Gehälter rund 2,6, auf Sachausgaben rund 8,4 Millionen. \diamond Die *Technische Hochschule Hannover* wird im Juni die Feier ihres 100jährigen Bestehens begehen. Sie ist aus der 1831 gegründeten Höheren Gewerbeschule hervorgegangen.

Verkehr / Otto Schmidt

Fall Nobile In dieser Rundschau (1928 II Seite 727 und folgende) wurde bereits unmittelbar nach dem tragischen Ende des Polarflugs Umberto Nobiles Ende Mai 1928 energisch Stellung genommen gegen die leichtfertige, verantwortungslose und geradezu widerwärtige Art, in der die gesamte Presse damals den Führer der Expedition für ihren unglücklichen Ausgang allein verantwortlich zu machen suchte, die früheren Leistungen Nobiles in den Schmutz zog und ihn selbst der Unfähigkeit und Feigheit zieh; und dies alles, obwohl damals überhaupt keinerlei tatsächliche Nachrichten über die Gründe der Luftschiffkatastrophe vorlagen, die Beteiligten, vor allem Nobile, gar nicht gehört worden waren, und die Öffentlichkeit über die besonders scharf kritisierte Rettungsaktion der Schiffbrüchigen auf dem Eis völlig einseitig nur durch das bei Spitzbergen liegende italienische Hilfsschiff unterrichtet wurde. In dieser Rundschau wurde demgegenüber die Kritik an der Nobileexpedition bis zu dem Zeitpunkt zurückgestellt, an dem genaue Berichte und Untersuchungsergebnisse vorlagen; eine eigentlich selbstverständliche Haltung, die, wie die weitere Entwicklung der Angelegenheit zeigt, in diesem Fall noch ganz besonders am Platz war. Die später veröffentlichten Berichte von Teilnehmern an der Luftschiff- oder Rettungs Expedition, vor allem die beiden Bücher von Franz Behounek und Rudolf Samojlowitsch, dem Leiter der Krassinexpedition, sowie die Berichte Umberto Nobiles selbst (siehe diese Rundschau 1929 II Seite 769 und 1930 II Seite 734) ließen nämlich nur zu deutlich erkennen, wie einseitig und völlig falsch die erste Stellungnahme der Öffentlichkeit zu der Nobileexpedition und besonders auch zu ihrem Führer gewesen war. Allmählich setzte sich daher auf Grund der genaueren Kenntnisse der tatsächlichen Verhältnisse allgemein eine gerechtere Beurteilung dieses Nordpolflugs durch, die auch nicht mehr durch die Verurteilung Nobiles durch die italienische Untersuchungskommission und deren erst nach 11 Monaten unvollständig veröffentlichten Bericht getrübt werden konnte, nachdem bekannt geworden war, wie parteiisch diese überwiegend aus Nichtfachleuten zusammengesetzte Kommission ihre Untersuchungen geführt hatte (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 768 und folgende). Das Berliner Tageblatt

glaubte allerdings am 20. März in einem Bericht seines sich hierzu besonders legitimiert fühlenden Kopenhagener Korrespondenten Erich Vogeler nochmals den Fall Nobile von der politischen Seite her aufwärmen und alle die alten, längst widerlegten Beschuldigungen gegen Nobile wiederholen zu sollen. Am 31. März veröffentlichte es aber auch die Erwiderung Nobiles auf diesen erneuten Angriff, und in ihr wurden alle von Vogeler aufgestellten Behauptungen als unwahr zurückgewiesen.

Nunmehr legt Willy Meyer, als ehemaliger Flieger und anerkannter Luftfahrtsachmann hierzu besonders legitimiert, eine umfangreiche und ausgezeichnete Darstellung des gesamten bisherigen Lebenswerks Umberto Nobiles vor (Der Kampf um Nobile /Berlin, Gebrüder Radetzki/). Das vorurteilsfrei, jedoch mit Überzeugung geschriebene Buch, in dessen Vorwort sich Franz Behounek, Arthur Berson und Leonid Breitfuß gemeinsam Nobile in seinem Kampf ums Recht an die Seite stellen, gibt unter Verwendung alles nur erreichbaren authentischen Materials eine objektive Darstellung und Wertung der Leistungen des italienischen Luftschiffers und damit zugleich ein geradezu erschütterndes Bild von den jahrelangen Kämpfen, die der heute 45jährige Nobile um sein Werk, seine Anerkennung und seine Ehre geführt hat, und die dann in der Italiakatastrophe ihren Höhepunkt erreichten. Nach einem kurzen Abschnitt über die Notwendigkeit der Erforschung der Arktis mit Luftfahrzeugen und einer Übersicht über die früheren klaren Flüge und Luftfahrten schildert Meyer zunächst die Leistungen Nobiles als Konstrukteur, Erbauer und Führer von Luftschiffen. Dann folgt ein ausführlicher Bericht über die 1926 zusammen mit Roald Amundsen durchgeführte Polarfahrt mit dem von Nobile gebauten Luftschiff Norge. Diese 1. Luftschiffahrt in der Arktis und die geglückte Polüberfliegung waren in der Hauptsache eine bahnbrechende luftfahrttechnische Leistung und damit Nobiles Werk, der auch diesen Flug im übrigen bis ins einzelne organisiert hatte. Hieran vermögen auch die Verleumdungen nichts zu ändern, mit denen Amundsen, der während der ganzen Nordefahrt nur die Eisfläche beobachtet hatte, nachher Nobile überschüttet hat, und die diesem dann später nach dem Unglück der Italia noch doppelt verhängnisvoll geworden sind, indem sie die Grundlage für die allgemeine Kampagne gegen Nobile ab-

gaben. Der größte Teil des Buches ist jedoch der 2. Probefahrt Nobiles mit der Italia gewidmet, deren Zweck die Vornahme wissenschaftlicher Untersuchungen in der Arktis war, und deren Programm 5 Flüge von je bis zu 4000 Kilometer vorsah. Auch diese Expedition war auf das sorgfältigste vorbereitet und wissenschaftlich hervorragend ausgerüstet. Auf ihrem 2. 69stündigen Forschungsflug überflog sie 48000 Quadratkilometer völlig unerforschten Gebiets des Nikolaus-II-Lands; eine flugtechnisch und wissenschaftlich gleich hervorragende Leistung, die vielfach nicht genügend gewürdigt und durch die Katastrophe der Italia auf dem 3. Flug, der Rückkehr vom Nordpol, verdunkelt wird. Meyer bespricht dann die Gründe der nach 55stündiger Fahrtdauer sich ereignenden Luftschiffkatastrophe, die sich mit Gewißheit nicht feststellen lassen, wahrscheinlich jedoch in starker Gasabkühlung, Eisansatz und Gasverlust lagen. Bei der Schilderung des dann folgenden Aufenthalts der 10 Schiffbrüchigen auf der Eisscholle, dem Fußmarsch Marianos, Zappis und Malmgrens, der Rettungsaktion (bei der das italienische Hilfsschiff mehrfach versagte) widerlegt Meyer eingehend alle gegen Nobile erhobenen Vorwürfe, und er unterzieht schließlich den Fehlspruch der italienischen Untersuchungskommission einer vernichtenden Kritik.

Ein gewaltiges Unrecht ist diesem Mann, der als erster den Nordpol mit dem Luftschiff überquert und 25149 Kilometer der Arktis überflogen hat, in seinem Vaterland und der ganzen Welt zugefügt worden, so daß sein unverdientes Schicksal den Vergleich mit der Affäre Dreyfus gestattet. Die Rehabilitierung Nobiles, für die sich bereits hervorragende Männer aller Länder eingesetzt haben, ist nicht nur für diesen mutigen Pionier eine Lebensfrage sondern auch im Interesse der Luftfahrt, der Wissenschaft und der Länder, die an der Polarexpedition beteiligt waren, ebenso geboten.

Luftschiffkatastrophe Auch die Untersuchungen über die entsetzliche Katastrophe des englischen Luftschiffs R 101 am 5. Oktober 1930 bei Beauvais in Nordfrankreich (siehe dazu auch diese Rundschau, 1930 III Seite 1189) sind Ende 1930 abgeschlossen worden. Der Bericht der englischen Regierungskommission, die im Gegensatz zu der italienischen Untersuchungskommission über die Nobileexpedition ihre mehrwöchigen Verhandlungen öffentlich geführt hat, liegt jetzt vor; die Aussagen

der Überlebenden und die Gutachten der von der Kommission gehörten Luftschiffverständigen, darunter auch Hugo Eckeners, gestatten ein Urteil über die Ursachen des Schiffbruchs. Eine völlige Klärung der Ursachen wird allerdings nie möglich sein, da die gesamte Schiffsleitung bei dem Unglück den Tod fand und die 6 Überlebenden der 54 Mann zählenden Besatzung über den Unfallgrund nichts mitteilen konnten. Auf Grund der wesentlichsten Aussagen vor der Untersuchungskommission ergibt sich folgendes: Das 233 Meter lange Luftschiff, zugleich das größte bisher gebaute Starrluftschiff, war im Oktober 1929 fertiggestellt, mußte jedoch nach den ersten Probefahrten sogleich wesentlich umgebaut werden. Noch während dieses langwierigen Umbaus, im Januar 1930, setzte der damalige englische Luftfahrtminister, Christopher Lord Thompson, der dann bei der Katastrophe den Tod fand, den Termin für die Indienfahrt auf Ende September 1930 fest; der Rückflug sollte spätestens am 20. Oktober des gleichen Jahres beendet sein. Anscheinend aus politischen Gründen wurde an diesem Fahrtermin unverändert festgehalten, obwohl sich der umfangreiche Umbau des Luftschiffs wesentlich hinauszögerte, so daß das Schiff erst am 26. September fertiggestellt war. Die erste, nur 16 Stunden dauernde Probefahrt ergab wieder erhebliche Mängel, vor allem an den Motoren; auch der Auftrieb des Luftschiffs war nicht wesentlich besser als vor dem Umbau; schließlich verlor das Schiff infolge der Undichtigkeit der Gaszellen ständig Gas. Trotz diesen Schäden und Mängeln begann das Luftschiff am 4. Oktober mit mehreren Tonnen Überbelastung eine Fahrt nach Indien. Infolge der äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse kam das Schiff nur sehr langsam vorwärts (etwa 45 Kilometer in der Stunde), mußte dauernd niedrig fliegen und stürzte dann nach 7stündigem schwierigen Flug plötzlich bei Beauvais ab, wobei es völlig verbrannte. Als Ursache des Absturzes sieht Eckener das Entweichen von Gas aus den vorderen Gaszellen unter der äußern Hülle in das Heck an, wodurch sich das Luftschiff nach unten geneigt und durch großen Betriebsstoffballast im vordern Schiffsteil dann weiter zu Boden gedrückt worden sei; in den kritischen Sekunden ist es anscheinend, ähnlich wie bei dem Absturz der Italia Nobiles, nicht mehr gelungen durch Steuerungsmanöver die Gleichgewichtslage des Schiffes herzustellen. Während man jedoch für die

Katastrophe der Italia kaum Fehler in der Vorbereitung des Flugs noch Mängel in der Konstruktion des Luftschiffs verantwortlich machen kann, ist das Unglück des englischen Luftschiffs ohne Zweifel auf die wenig sorgfältige und übereilte Vorbereitung des Flugs, die Wahl der schlechtesten Wetterperiode sowie die Außerachtlassung der technischen Unvollkommenheiten des neuen Luftschiffs zurückzuführen. Ob die Schiffsleitung, der ein erfahrener Luftschiff-führer wie G. H. Scott vorstand, diesen schwerwiegenden Fehler nicht hinreichend gewürdigt hat oder aus falsch verstandenem nationalen Ehrgefühl den Flug nicht noch rechtzeitig abbrechen wollte, wird sich, da alle Teilnehmer den Tod fanden, nicht mehr klären lassen.

Panamerikanische Eisenbahn

Die panamerikanische Eisenbahnlinie, die Nord-, Mittel- und Südamerika mit einander verbinden soll, bewegt bereits seit mehreren Jahrzehnten in mehr oder minder starkem Maß den amerikanischen Kontinent. Als Zentralinstanz für dieses gewaltige Projekt, das besonders auch für den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß Nord- und Südamerikas von weittragender Bedeutung ist, arbeitet die Intercontinental Railway Commission in Washington. Diese Eisenbahnlinie würde eine direkte Schienenverbindung zwischen New York und Buenos Aires und weiter der Südspitze Südamerikas respektive zwischen Vancouver mit Anschluß an das canadische Eisenbahnnetz und Buenos Aires schaffen. Die Linie, die New York mit Buenos Aires verbindet, wird 16 300 Kilometer lang sein, wovon 11 280 Kilometer bereits vorhanden, und 5020 Kilometer, namentlich in Columbia, Ecuador und Peru, noch zu bauen sind. Die Bahntrace wird auf die Westseite der Anden gelegt. Eine wichtige Abzweigung wird Rio de Janeiro mit der Hauptlinie in Verbindung setzen, wovon in Brasilien bereits eine Strecke von 1800 Kilometer besteht, aber 1300 Kilometer in Bolivien noch zu bauen sind; hiervon wird eine 620 Kilometer lange Strecke bereits geplant. In Mittelamerika geht die Eisenbahn bereits bis Guatemala (Zacapa); sie soll dann durch San Salvador, Nicaragua und Costa Rica gehen, die bereits bestehende interozeanische Kanalbahn von Colon bis Panama benutzen und weiter durch Columbia, Venezuela, Peru und Bolivia führen, um bei Guaquia den Anschluß an die bereits bestehende Strecke nach Buenos Aires zu erreichen. Von dieser

gesamten Linie liegen 6010 Kilometer in Nordamerika, die bereits im Betrieb sind, 2360 Kilometer in Zentralamerika, von denen 1368 Kilometer bereits bestehen, und 992 Kilometer noch zu bauen sind, und 8000 Kilometer in Südamerika, von denen 3902 Kilometer bereits gebaut sind. Die ganze Bahn ist also bereits zu $\frac{3}{4}$ fertig. Die Vollendung der fehlenden Strecken stößt, abgesehen von den erforderlichen sehr hohen finanziellen Aufwendungen, zum Teil auf große technische Schwierigkeiten, insbesondere bei der Überquerung der Anden und der Durchquerung von bisher völlig unaufgeschlossenen Gebieten. Sehr hindernd wirkt auch der Umstand, daß die bereits vorhandenen Strecken ganz verschiedene Spurweiten besitzen. Die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Anteilnahme und finanzielle Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika an der wirtschaftlichen Erschließung und Industrialisierung Südamerikas, vor allem der ABC-Staaten, wird jedoch ohne Zweifel auch die Durchführung der panamerikanischen Eisenbahn nachhaltig fördern.

Stadtverkehrs-politik

Kennzeichnend für die moderne Verkehrspolitik in den Großstädten ist fast allgemein das Bestreben eine planmäßige Gemeinwirtschaft an die Stelle der früheren privatwirtschaftlichen Interessen und Konkurrenz zu setzen. Dies äußert sich in der bereits durchgeführten (Berlin, Hamburg, Wien, Chicago) oder eingeleiteten (London, Paris) Zusammenfassung der verschiedenen großstädtischen Verkehrsmittel, unter Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz, sowie vor allem in der ständig zunehmenden Beteiligung der Öffentlichen Hand an den Verkehrsbetrieben in den Städten (siehe auch diese Rundschau, 1930 I Seite 300 und folgende). Die Städte wollen durch dieses direkte Eingreifen in die Verkehrsgestaltung nicht nur eine einheitliche und zielbewußte Verkehrspolitik erreichen, die besonders in den Großstadtgebilden riesigen Ausmaßes auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht mehr durchführbar ist, sondern darüber hinaus zugleich die Grundlagen für eine weitschauende Siedlungspolitik, als das Kernproblem der zukünftigen Großstadtentwicklung, schaffen. Wieweit sich diese öffentliche Verkehrswirtschaft bereits erstreckt, lassen sehr anschaulich die Angaben erkennen, die Otto Büchner über die Besitzverhältnisse der Verkehrsbetriebe in den Städten im 25. Jahr-

gang des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte / Jena, Gustav Fischer/macht. Danach wurden im Jahr 1929 bereits etwa 90% aller Straßenbahnbetriebe in den deutschen Städten über 50 000 Einwohner öffentlich kontrolliert, und an den 73 vorhandenen öffentlichen Omnibusunternehmungen in diesen Städten waren die Kommunen, mit Ausnahme von 4 Unternehmen, die von der Deutschen Reichsbahn eingerichtet sind, sämtlich finanziell beteiligt. Die Organisationsform des Verkehrsbetriebs mit kommunaler Beteiligung ist entweder der städtische Regiebetrieb, die städtische Werksgesellschaft oder das gemischtwirtschaftliche Unternehmen. Der städtische Regiebetrieb ist in den letzten Jahren vielfach auch bei den Verkehrsunternehmungen durch die Werksgesellschaft ersetzt worden, die als Folge ihrer Loslösung von dem städtischen Haushalt und Verwaltungsapparat in wirtschaftlicher und vor allem in finanzieller Hinsicht (Anleihen und dergleichen) eine größere Beweglichkeit gestattet, sich aber sonst, besonders im Einfluß der Kommune, kaum von dem Regiebetrieb unterscheidet. Im übrigen sind die Verkehrsunternehmungen einer ganzen Reihe von Großstädten: Köln, München, Leipzig, Breslau, Frankfurt, Mannheim usw., nach wie vor reine, wenn auch modernisierte Regiebetriebe geblieben. In den gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen ist die Höhe der finanziellen Beteiligung der Kommunen sehr verschieden, im allgemeinen jedoch, besonders in den Großstädten, ausreichend, um auch hier die öffentlichen Interessen genügend zu wahren. Im einzelnen stellen sich die Besitzverhältnisse der Verkehrsunternehmungen in den deutschen Städten über 50 000 Einwohner folgendermaßen dar: Von den 97 Straßenbahnen sind 48 städtische Regiebetriebe, 10 städtische Werksgesellschaften, 30 gemischtwirtschaftliche Unternehmen und 9 Privatunternehmen. Von den 73 öffentlichen Omnibusunternehmungen (Privatbetriebe mit nicht regelmäßigem Verkehr bleiben unberücksichtigt) sind 29 städtische Regiebetriebe, 10 städtische Werksgesellschaften, 30 gemischtwirtschaftliche Unternehmen und 4 Reichsbahnbetriebe; 40 sind Straßenbahnbetrieben angegliedert. Die Beteiligung des öffentlichen Kapitals an den Verkehrsunternehmungen der mittleren und großen Städte ist also sehr beträchtlich; in den kleineren Städten, die bei den vorstehenden Angaben nicht berücksichtigt sind, ist der Kapitalanteil

der Öffentlichen Hand an den Verkehrsbetrieben entsprechend den noch nicht so bedeutungsvollen allgemeinen Verkehrsaufgaben geringer. Auf die oben angeführte Arbeit Büchners ist auch noch wegen ihrer sonstigen zahlreichen wirtschaftlichen und technischen Angaben über die städtischen Verkehrsbetriebe besonders zu verweisen.

In London sollen von Verkehrsmitteln die städtischen Straßenbahnen, die Untergrundbahnen mit der von ihnen kontrollierten Omnibusgesellschaft, sowie die Metropolitan Railway Limited zu einem Unternehmen vereinigt werden. Nicht mit einbezogen sollen hingegen, genau wie in Berlin, die Londoner Vorortlinien der 4 großen englischen Eisenbahngesellschaften werden, weil hier eine Trennung von dem Fernverkehr nur schwer möglich wäre. Das in den bisher privaten Verkehrsunternehmen angelegte Kapital beträgt rund 2,4 Milliarden Mark. Die Leitung der zusammengefügten Verkehrsmittel soll in die Hände einer neu zu schaffenden Verkehrsbehörde gelegt werden, als deren Vorsitzender der Generaldirektor der Londoner Untergrundbahngruppe, Lord Ashfield, genannt wird. Nach einem Gesetzentwurf der britischen Regierung soll der gesamte Verkehr in einem Umkreis von 40 Kilometer von Charing Cross aus unter die Kontrolle einer aus 5 Mitgliedern bestehenden zentralen Verkehrsbehörde gestellt werden. Die Underground Electric Railway Company, die Holdinggesellschaft der Londoner Untergrundbahnen, schüttete für das verflossene Jahr wieder ihre vorjährige Dividende von 6 respektive 8% aus. Ihr Tochterunternehmen, die Londoner Omnibusgesellschaft, verteilte gleichfalls wieder 8% Dividende. Die Straßenbahnen des Londoner Grafschaftsrats hatten im Betriebsjahr 1929-1930 zum erstenmal nach 7 Jahren einen Überschuß (rund 128 000 Pfund Sterling). In Chicago wurden die Hoch- und Untergrundbahnen, Straßenbahnen und Omnibusse in einer Gesellschaft, der Chicago Local Transportation Company, zusammengefaßt, die an die Stadt 3% ihrer Roheinnahmen und einen angemessenen Betriebsgewinn abzuführen hat. Ein erheblicher Ausbau des Verkehrsnetzes, besonders der Untergrundbahn, ist geplant.

Berlin Während im Berliner Personennahverkehr im Jahr 1929 noch eine Verkehrszunahme von 7% zu verzeichnen war, trat im Jahr 1930 ein erheblicher Ver-

kehrsrückgang ein; um rund 13,5%. Bei den 3 städtischen, in der Berliner Verkehrsgesellschaft vereinigten Verkehrsmitteln betrug der Verkehrsverlust im Jahresdurchschnitt gegen das Vorjahr 18,5%; am größten war er bei der Straßenbahn (22%), geringer beim Omnibus (17,5%) und am kleinsten (5,5%) bei der Schnellbahn. Die von der Reichsbahn betriebenen Stadt-, Ring- und Vorortbahnen hatten dagegen eine geringe Verkehrszunahme (0,7%), die allerdings im wesentlichen auf eine starke Verkehrssteigerung im 1. Vierteljahr (um 21%) zurückzuführen ist; im letzten Halbjahr ging auch bei ihnen der Verkehr zurück; um 6 bis 8% im Vergleich zum Vorjahr. Die Ursachen für den starken Verkehrsrückgang bei den Berliner städtischen Verkehrsmitteln liegen nicht allein in der 3maligen Erhöhung der Tarife im letzten Jahr; haben doch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem die von Monat zu Monat ansteigende Arbeitslosigkeit, naturgemäß auf den Verkehr eingewirkt. Die Tarifierhöhungen und besonders die Einschränkung des Umsteigens zwischen den Verkehrsmitteln haben selbstverständlich auch die Verteilung des Gesamtverkehrs auf die einzelnen Verkehrsmittel verändert. So ist der Anteil der Straßenbahn von 48% im Jahr 1929 auf 43,2%, der des Omnibus von 12,5% auf 11,9% gesunken, während der Anteil der Schnellbahn von 12,9% auf 14% und der der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen von 26,6% auf 30,9% gestiegen ist. Die Verkehrsverschiebung ist also in der Hauptsache auf Kosten der Straßenbahn erfolgt, deren Anteil am Gesamtverkehr einen Tiefstand erreicht hat, wie er, abgesehen von der Inflationszeit, noch nicht da war. Insgesamt ist der Anteil der Oberflächenverkehrsmittel (Straßenbahn und Omnibus) am Gesamtverkehr von 60,5% im Jahr 1929 wieder auf 55,1% zurückgegangen, so daß zurzeit etwa 45% des Berliner Nahverkehrs durch die von der Straße losgelösten Schnellbahnen und Stadt-, Ring- und Vorortbahnen befördert werden.

Veranlaßt durch den Verkehrsrückgang und die überaus ungünstige Wirtschaftslage beauftragte die Berliner Verkehrsgesellschaft im Herbst 1930 Erich Giese und Gustav Kemmann (der inzwischen gestorben ist) Vorschläge für eine etwaige Reform der bestehenden Tarife zu machen. Diese beiden umfangreichen Gutachten, die zugleich wertvolle Nach-

schlagewerke für alle Probleme des großstädtischen Verkehrs sind, liegen nunmehr vor. Beide Sachverständige bezeichnen die Berliner Verkehrsgesellschaft als ein durchaus gesundes Unternehmen, das hauptsächlich nur infolge der hohen Zinslast der auf ihm ruhenden Schulden, sowie der stark erhöhten Betriebsausgaben und verringerten Einnahmen heute wirtschaftlich nicht günstig arbeitet. Sie schlagen vor, daß der Kapitaleinstrom der städtischen und sonstigen Anleihen, die für Schnellbahnbauten verwendet worden sind, von der Stadt Berlin übernommen werden soll. Dann kommen sie zu folgenden Tarifvorschlägen: Kemmann hält einen Tarifaufbau nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten für erforderlich und schlägt daher, in Anlehnung an die Londoner Verhältnisse, die Einführung eines Staffeltarifs in Form eines Dreistufentarifs vor. Er kommt zu einer sehr erheblichen Verteuerung sowohl der Einzelfahrt wie der Monatskarten. Giese hält demgegenüber an dem von ihm seinerzeit geschaffenen Einheitstarif fest. Unter grundsätzlicher Beibehaltung des 25-Pfennig-Einheitstarifs für alle 3 Verkehrsmittel schlägt er die Erhöhung des Umsteigefahrscheins zwischen den 3 Verkehrsmitteln auf 30 Pfennig und ferner für die Straßenbahn und Untergrundbahn die Einführung von Sammelkarten für 5 Fahrten zu 1 Mark (1 Fahrt also zu 20 Pfennig) vor; die Gemeinschaftsfahrscheine zur Reichsbahn sollen auf 35 Pfennig ermäßigt, die Preise für die Monatskarten ein klein wenig herabgesetzt werden; auch die Einführung von Teilmonatskarten wird empfohlen.

Soweit sich schon heute übersehen läßt, werden die Kemmannschen Vorschläge für die Neufestsetzung der Tarife kaum in Frage kommen. Die Einführung eines Teilstreckentarifs hätte für den Berliner Verkehr, der seit nunmehr fast 30 Jahren (seit Einführung des 10-Pfennig-Einheitstarifs bei der ehemaligen Großen Berliner Straßenbahn im Jahr 1901) auf dem Einheitstarif aufgebaut ist, die verhängnisvollsten Folgen. Auch der Giese'sche Tarifvorschlag ist andererseits, trotz seinem logischen und einfachen Aufbau, nicht frei von Mängeln. Infolge der Erhöhung des Umsteigefahrscheins ergibt sich bei ihm eine 4fache Staffelung der Fahrpreise von 20, 25, 30, 35 Pfennig; das Prinzip des Einheitsfahrscheins ist damit zum mindesten äußerlich durchbrochen. Man sollte erwägen, ob es infolge von Einsparungen im Betrieb nicht

möglich wäre für die einfache Straßen- und Schnellbahnfahrt allgemein zum 20-Pfennig-Tarif zu kommen. Mindestens aber sollte man die Verteuerung des Umsteigers dadurch etwas ausgleichen, daß der Umsteigefahrschein in einer bestimmten Zeit (zum Beispiel 1 Stunde) ohne jedwede Einschränkung für 2 Fahrten, also auch für die Rückfahrt, gilt; das hätte auch eine starke Heranziehung von Kurzfahrern zur Folge. Auch eine allgemeine Herabsetzung der Monatskarten, nicht nur der für die Untergrundbahn und 2 Straßenbahnlinien, wäre durchaus am Platz; am besten die Schaffung einer Einheitsmonatskarte. Schließlich ist die Einbeziehung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in den Einheitstarif eine unbedingte Notwendigkeit. Erfreulicherweise regten beide Gutachten eine enge Tarifgemeinschaft zwischen der Reichsbahn und den städtischen Verkehrsmitteln an, wie sie in dieser Rundschau schon seit Jahren gefordert wird. Giese schlägt hierbei die Herabsetzung des Preises der Gemeinschaftsfahrschein auf 30 Pfennig, die Einführung von Gemeinschaftsmonatskarten, eine Angleichung der Monatskartenpreise sowie die gleiche Begrenzung für Kinderkarten maßgeblichen Alters der Kinder vor. Es ist auch nicht einzusehen, warum das Umsteigen von der Straßenbahn zur Stadt- und Ringbahn mehr kosten soll als zur Untergrundbahn. Bei der Neugestaltung der Tarife sollte diese Angleichung der Übergangsfahrschein zur Reichsbahn an den allgemeinen Umsteigetarif unbedingt erfolgen; nach dem Gieseschen Tarifvorschlag müßten dann also alle Umsteigefahrschein nur 30 Pfennig kosten. Eine enge Tarifgemeinschaft der städtischen Verkehrsmittel mit der von der Reichsbahn betriebenen Stadt- und Ringbahn ist ein Erfordernis des Berliner Gesamtverkehrs.

Die Gesamtkosten der in den letzten Jahren in Berlin durchgeführten Schnellbahnneubauten (Gesundbrunnen-Neukölln 10,17 Kilometer, Alexanderplatz-Friedrichsfelde 7,85 Kilometer) sowie der Linienverlängerungen (nach Tempelhof, Neukölln, Ruhleben und Zehlendorf) belaufen sich auf rund 351 Millionen Mark. Diese gewaltige Summe wird die Stadt und die Berliner Verkehrsgesellschaft auf lange Zeit noch sehr erheblich belasten. Andererseits war die Durchführung dieser umfangreichen Schnellbahnbauten eine Tat größten Stils, deren Bedeutung für Berlin in verkehrs- und siedlungspolitischer Hinsicht erst spätere Zeiten gebührend würdigen werden.

Trotz weiterer Zunahme der Anzahl der Kraftfahrzeuge auf 103 125 haben die Verkehrsunfälle in Berlin im letzten Jahr erfreulicherweise weiter, wenn auch nur gering, abgenommen. Insgesamt ereigneten sich 26 609 Verkehrsunfälle und damit 540 oder 2% weniger als im Jahr 1929. Bei den Unfällen wurden 11 227 Personen verletzt und 452 Personen, darunter 57 Kinder unter 14 Jahren, getötet. Daß die Anzahl der Verkehrsunfälle immer noch sehr hoch ist und durch Maßnahmen erzieherischer und polizeilicher Art nach wie vor planmäßig herabgedrückt werden muß, bis diese Kinderkrankheit des Automobilmus ganz verschwindet, versteht sich von selbst.

Kurze Chronik In den Vereinigten Staaten von Amerika ereigneten sich im Jahr 1929 insgesamt 1 860 000 *Verkehrsunfälle*, bei denen 31 000 Menschen getötet wurden, das sind 40 % der amerikanischen Verluste im Weltkrieg. Der durch diese Verkehrsunfälle hervorgerufene wirtschaftliche Verlust wird auf 850 Millionen Dollars geschätzt. Von sozialpsychologischem Interesse ist die "geschäftsmäßige" Auffassung dieser Verkehrsunfälle und der Vernichtung des Menschenlebens, die Georges Duhamel in seinem in jedem Betracht aufschlußreichen Amerikabuch (Spiegel der Zukunft / Berlin, S. Fischer/) durch charakteristische Belege wiedergibt. ◊ Im Rahmen des *Osthilfeprogramms* der deutschen Regierung ist auch eine Reihe wichtiger Verkehrsbauten vorgesehen. So sollen der Reichsbahn für den Bau von Eisenbahnen und der Errichtung von Automobillinien 130 Millionen Mark als Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt ist der Ausbau von 11 Eisenbahnlinien vorgesehen. In gleicher Weise werden umfangreiche Straßenbauten durchgeführt werden. ◊ Der Verkehr der deutschen *Straßenbahnen* und *Schnellbahnen* ist im Jahr 1930 um 12,7 % gegen das Vorjahr zurückgegangen. Insgesamt wurden von den Bahnen 1930 rund 3 966,3 Millionen Fahrgäste gegenüber 4 545,4 Millionen im Jahr 1929 befördert. Am stärksten ist der zum überwiegenden Teil durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und vor allem die große Arbeitslosigkeit bedingte Verkehrsrückgang in den Großstädten. So verloren die Straßenbahnen in Berlin und Hamburg im 3. Vierteljahr 1930 24 % und im 4. Vierteljahr sogar 31,5 % ihres Verkehrs vom Jahr 1929. Der Verkehr der elektrischen Bahnen (Straßenbahnen, Schnellbahnen und Vor-

ortbahnen) in den Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren gleichfalls um 6 % zurückgegangen. Die Gesamteinnahmen waren um 6 % und der Betriebsüberschuß um 10 % niedriger als im Jahr 1929. Bemerkenswert ist, daß der 10-Cents-Tarif die niedrigen Tarife (5 bis 8 Cents) verdrängt. ◊ In Buenos Aires wurde Oktober 1930 der erste Streckenabschnitt einer neuen, 8 Kilometer langen Untergrundbahnlinie eröffnet. ◊ Zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika werden zurzeit in beiden Richtungen täglich zusammen 40 bis 50 *Überseetelephongespräche* geführt; hiervon entfallen 50 % auf England, 30 % auf Frankreich, 9 % auf Deutschland und der Rest auf die übrigen europäischen Länder. ◊ Der Direktor der Süd-deutschen Eisenbahngesellschaft in Essen *Walter Kern* wurde von der Technischen Hochschule Karlsruhe wegen seiner Verdienste um die Entwicklung des Straßenbahnwesens und die Lösung des Verkehrsproblems im Ruhrgebiet zum Ehrendoktor promoviert. ◊ Die gleiche Würde verlieh die Technische Hochschule Darmstadt *Richard Petersen*, Professor in Danzig, für seine wissenschaftlichen Verdienste um das Eisenbahnwesen und seine erfolgreichen Arbeiten am Problem des Großstadtverkehrs.

Lebensgestaltung / I. I. Stern

Moral und Leben Noch einmal einige Dinge, die ein Neues in unserer Moral bedeuten mögen.

Übrigens muß man sich sagen, daß dieses "Neue" nur unter einem ganz bestimmten Aspekt neu ist, und daß es sich um die selben Grundkräfte handelt. Damit, daß ein Neues kommt, wird ja das Alte auch nicht eigentlich falsch. Die entscheidenden Merkmale verschwinden, wenn man mitten im Fluß der Dinge ist; immer ist da nur ein Mehr oder Weniger, und nur die Kulminationspunkte dieses Mehr oder Weniger lassen einen die Wellen erkennen, in denen man schwimmt, oder mit denen man kämpft. Das Mehr, das heute hinzugekommen ist (das man geistig freilich noch gar nicht erfaßt hat), ist das große Gewicht, das die Dinge haben. Die Kantischen Moralgesetze, die ganz an das Verhalten des einzelnen gebunden waren, haben sich abgelöst, und das grandiose Gebäude der sittlichen Autonomie steht heute eigentlich leer da. Es war von vornherein nur in der Form gedacht, und heute geht es um die Substanz, die dort fehlt. Dem Kategori-

schon Imperativ gehen wir jetzt lieber aus dem Weg, denn sein Format verleitet zu einer gewissen Verlogenheit und zum Kaschieren all der verschiedenen simplen Instinkte, deren man sich damit doch nicht entledigte.

Heute scheint dagegen einen neuen Sinn die jesuitische Maxime von der Heiligung der Mittel durch den Zweck zu bekommen, wobei die Front allerdings ganz anders gerichtet scheint. Maßen die Jesuiten die Moralität ihrer Handlungen, je nachdem sie dem Ruhm und Gedeihen der Kirche dienten, so kann das der Maßstab heute nicht sein. Aber ohne solchen leben wir auch heute nicht. Nur ist er nicht mehr starr, nicht gradlinig. Wie es ja auch in der ganzen dinglichen Natur überhaupt keine grade Linie zu geben scheint, und sie nur durch unser Denken hereingelotet wird. Man denkt an die Regeln der Weltklugheit, die der Jesuit Baltasar Gracian im 17. Jahrhundert gesammelt, und die Arthur Schopenhauer »treu und sorgfältig übersetzt« hat, und jetzt an eine (ziemlich banale) Wiederholung der selben Sache von Oscar Schellbach (Die Kunst des Erfolges / Hamburg, Selbstverlag/), die beide jede Gesetzmäßigkeit unseres Handelns über Bord werfen und als einzige Richtschnur den persönlichen Erfolg setzen. So einfach kann das natürlich nicht sein. Wirklichen, dauernden "Erfolg", der immer wieder nach so und so vielen Nackenschlägen sich durchsetzen will, mag man schon als eine Art Kriterium werten. Aber er kann nicht der Person gelten sondern gilt den Dingen, die hinter der Person stehen, und für die sie kämpft. (Und dann ist es auch nicht entscheidend, ob sie den Erfolg noch selber erlebt.) Wie eng das Gesichtsfeld wird, wenn man den Erfolg nur mit der Persönlichkeitsbewertung verbindet, zeigt sich grade in einigen wissenschaftlichen Untersuchungen solcher Tendenz (siehe die Rundschau Psychologie, 1930 III Seite 1166). Man sehe in allen solchen Dingen auf die Natur, die in der Art, wie sie arbeitet, vielleicht eine Lehre geben kann. Der Verlag Wilhelm Benary in Erfurt hat in einem kleinen Büchlein über die Natur Äußerungen von Goethe, Spinoza und noch anderen zusammengestellt, die für die Wege der modernen Naturwissenschaft fast richtunggebend scheinen. Da sind natürlich tausend Faktoren, die gegen einander wirken, und nur ganz wenige setzen sich durch. Welche sind es nun, und wann und wo tun sie es? Auf das letzte wäre zu antwor-

ten: Immer da, wo sie die Tendenz haben ein neues Wesen, einen neuen Keim zu bilden. Dann machen sich die Nachbarkräfte alle diesem Hauptfaktor dienstbar, so lange, bis er seine Gestalt erreicht hat. Dann wird wohl die zusammenfassende Kraft schwächer, bis sie mit dem Tod ganz auseinanderfällt.

Diese eigentlich schöpferischen Kräfte, die immer an der Arbeit sind, müssen auch, selbst wenn sie sich ständig wandeln, die Struktur unseres Moralgefühls ausmachen können. Der persönliche Erfolg, den jene Bücher als Endziel gesetzt haben, ist nichts, und er hat in den meisten Fällen auch nicht die Kraft die anderen Kräfte zu sich zu zwingen, wenn sich nicht die Leistung irgendeines objektiven "Werks" damit verbindet. Wie man ja eigentlich von einem wirklichen Kunstwerk auch erst sprechen kann, wenn es auf eignen Füßen stehen kann, wenn es mehr ist als nur ein Glied des Künstlers. So ist es allenthalben. Die Dinge, die entstehen, haben ihr Kraftfeld, ihr Leben, von der kleinen Arbeit eines Kindes vielleicht hinüber bis zu den Kräften, die die großen Bewegungen der Welt leiten. Und in der Bescheidenheit vor dem Werk und in der Ehrlichkeit der Arbeit, da sitzt für uns heute die Moral, mag man sich dessen auch noch keineswegs bewußt sein, ja solche Forderung auch noch gar nicht anerkennen wollen.

Frauentypus In der Vossischen Zeitung vom 23. Januar 1931 gab Else Ulich-Beil einen Brief eines Erwerbslosen wieder, der, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, die Frauen von den Berufen zurückgedrängt wissen will. Man glaubt so etwas wie Eifersucht oder Neid in seinen Anklagen zu hören. »Wer regiert? Die Frauen und Mädchen. Sie haben alle Arbeit. Der Mann wird ausgeschaltet und geht stempeln und kocht und wäscht zu Hause und macht Hausarbeit. In den Sälen sitzen die Mädchen und Frauen und haben Geld, und die erwerbslosen Herren stehen am Rande und lassen sich bezahlen. Und so ist es in den Restaurants und öffentlichen Lokalen überall. Sie verdienen und können sich gut kleiden und sich alles leisten. Früh fahren auf der Elektrischen nur Mädchen.« Und so geht das fort. Es ist etwas Wahres daran. Offenbar leiden die Mädchen weniger unter der Arbeitslosigkeit, vielleicht, weil sie geringer bezahlt werden. Und so müssen die Männer sehen, wie ihnen alles weggenommen wird. Das Kräfteverhältnis hat sich ver-

schohen. Jede intelligente Arbeit nahm früher der Mann von vornherein für sich in Anspruch, und die Frau hatte die Zureichungen zu machen. Heute aber ist der Mann so und so oft von der Frau ins Schlepptau genommen. Die Verantwortung im Beruf und überhaupt die bezahlte Arbeit an sich haben das Selbstbewußtsein der Frau ganz ins allgemeine enorm gehoben.

Die Arbeitslosigkeit ist wahrhaftig ein Unglück, dem kaum ein anderes an die Seite zu stellen ist. Aber sie mag vielleicht eins bewirken: daß die Männer lernen ihre prästabilisierte Vorherrschaft aufzugeben. Sie sehen jedenfalls, daß die Frau alles leisten kann, was der tägliche Beruf erfordert, daß ihr an Konzentration, Disziplin und Energie hierfür gar nichts fehlt. Sollte sich dann später einmal in günstigeren Zeiten, wenn der Wunsch Kinder zu haben wieder mehr in den Vordergrund tritt, das Arbeitsfeld der Geschlechter wieder mehr trennen, dann ist hoffentlich inzwischen das Gewichtsverhältnis der beiden Geschlechter ausgeglichener und vernünftiger geworden. Gewiß mag die Art die Arbeit anzufassen bei Männern und Frauen verschieden sein, aber ganz gewiß liegt die Verschiedenheit nicht in den Leistungen, die der Tag verlangt. Das müssen die Männer auch wirklich bis ins letzte fühlen: Alles, was man durch Zähigkeit, Kraftanspannung, Training erreichen, alles, was man überhaupt erlernen kann, ist der Frau ohne weiteres erreichbar. Wie im Berufsleben so im Sport. Auch da ist den Männern längst die Alleinherrschaft entwunden. Ist Elli Beinhorn nicht eine Blüte an Entschlossenheit und Mut? Und scheinen ihr Mut und ihre Entschlossenheit nicht so naiv wie bei Kindern, so leicht und ahnungslos?

Dieser Sprung in der Entwicklung hat im Selbstgefühl der Frau vieles geändert. Dies kann ein junger Mensch vielleicht nur schwer ermessen. Aber einer alten Frau sind auch bei leidenschaftlicher Sympathie für alle diese jungen Triumphe doch die pädagogischen Richtungsziele von früher meist so sehr im Blut, daß sie auch heute noch eine leeraufende Arbeitsbereitschaft, das ständige Unterbrechen der eignen Arbeit, das Hingucken und Hinfühlen auf den andern, und was es noch an "weiblichen Tugenden" alles gibt, von einem männlichen Wesen zu verlangen sich nicht traute. Aber gehen die Wege möglicherweise einmal wieder auseinander, und wird die Frau vielleicht auf dies und

jenes von sich aus verzichten, dann ist vielleicht auch auf der andern Seite der volle Respekt vor dieser frewilligen Beschränkung da. Übrigens muß es wohl die Männer ärgern, daß die Frauen fast immer eine so viel größere Behendigkeit haben sich die äußere "Kultur" anzueignen. Aus der selben Familie, aus den selben Verhältnissen sind die Mädchen fast immer zivilisierter als die Söhne. Daß der neue Wind, der die Frauen beschwingt, auch manche üble Blüten treiben muß, ist klar. Grade in Deutschland vielleicht schlimmer als in anderen Ländern, wo das Verhältnis zwischen den Männern und Frauen von lange her schon weit mehr ausgeglichen war. Wenigstens muten diese endlosen Zeitschriften über die "Frau", über die nackte, die liebende, die mütterliche Frau usw. als durchaus deutsch doktrinär an. Ganz schlimm wird es, wenn, wie in einem Heft (Frauen, die geliebt werden, und Weiber, welche verbraucht werden/Leipzig, Parthenonverlag/), solche Aufklärung mit völkischer Phraseologie durchsetzt ist. Das gibt eine heillose Konfusion, in der auch manches durchaus Plausible rettungslos verschwindet. In solchen Schriften rumort ein scheinbar heidnisches Kraftmeiertum, das aber nichts weniger als ein wirkliches Kraftgefühl anzeigt; es hat höchstens etwas von der Geschwellenheit der Pubertätsjahre. Hiervon sind auch andere Schönheitshefte, als da sind Das Paradies der Körper, Lachendes Leben, Mensch und Sonne usw. nicht frei. Alle Augenblicke spürt man in den Nacktbildern etwas Forciertes, das über innere Unsicherheit hinwegtäuscht, aber nicht hinweghilft.

Sport Die Eröffnung der Berliner Tennishalle im Dezember 1930 zeigte augenfällig, welche Rolle der moderne Sport im Leben der Nation in der Nachkriegszeit spielt. Das eigentliche Ereignis der Einweihung (dem man fast internationale Bedeutung beimessen kann) brachte einige Wochen später der Besuch Jean Borotras, des besten Hallenspielers der Welt, an der Spitze der Mannschaft des Internationalen Klubs von Frankreich. Der "fliegende Baske" riß mit seinem glänzenden Spiel das Publikum vollständig mit sich. Die Welt des Sports hat sich zu einem merkwürdigen Faktor in unserer Welt entwickelt. Kaum ein anderes Gebiet, nicht die Politik, nicht die Kunst, wird mit so einem allgemeinen Interesse verfolgt. Es ist, wie wenn alle Liebe und alle Zärtlichkeit, deren

unsere Zeit fähig ist, dahin gehen, fast wie zu einer Geliebten. Sie darf Luxus treiben. Sie hat ihre eignen Gesetze; für sie genügt es nicht ehrenhaft zu sein, sie muß mehr als das, muß edel, muß fair sein. Mit dieser internationalen Verbundenheit und ihrem besondern Kodex erinnert die Sportwelt eigentlich sehr an die mittelalterliche Ritterschaft (so weit als die kapitalistische Spekulation sich ihrer nicht bemächtigt hat); und die Ritterschaft bedeutete doch einen sehr wesentlichen Kulturfaktor. Der französische Botschafter Pierre de Margerie sagte in Berlin, Borotra sei der »beste Gesandte Frankreichs«. Das alles trifft freilich nur die eine Seite der Sache: den Sport als Lebens-element. Die Gefahr ist, daß man sich damit begnügt und die bloße persönliche Leistung als Ersatz für die zu schaffenden Dinge nimmt; eine Gefahr, die in Frankreich (dem Land der unerreichten Tennisspieler) kaum besteht, in dem angelsächsisch beeinflussten Deutschland aber nicht ausgeschlossen ist.

Zeitpiegel In dem sozialdemokratischen Blatt einer Kleinstadt im mittlern *Deutschland* war ein Bericht über eine nationalsozialistische Wahlversammlung erschienen. Da in dieser Versammlung die Gattin des sozialdemokratischen Redakteurs gesehen worden war, veröffentlichte die rechtsgerichtete Zeitung am Ort einen Artikel, in dem unterstellt wurde, sie sei die Verfasserin des ersten Aufsatzes gewesen; im Zusammenhang damit wurde sie als »irgendwohergelaufene Reporterfreundin des Volksblattleiters«, »Großstadtpflänzchen« und »Säulenheilige« bezeichnet. Sie erhob Privatklage gegen den Redakteur der Zeitung. Dieser wurde aber freigesprochen, weil, wie das Gericht meinte, die Form der betreffenden Ausdrücke »keineswegs anstößig« sei oder eine Mißachtung der Klägerin zum Ausdruck bringe.

Vor einiger Zeit machte ein Teil von Berlin aus angeblich nationalen Gründen Front gegen den Remarquefilm, der das Furchtbare des Kriegs zeigt; er wurde dann verboten. Aber viele Wochen hindurch lief dann in Berlin ein amerikanischer Film, in dem man sehen und hören konnte, wie ein Neger von einem Löwen bei lebendigem Leib zerfleischt wird (siehe die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 102). Ein großer Teil der Zuschauer mochte daran Anstoß genommen haben. Die Öffentlichkeit aber rührte sich nicht, bis endlich

ein Neger dagegen Front machte und solche Vorführung als eine Kulturschande bezeichnete. Das ist sie auch im wahrsten Sinn des Worts, gleichviel ob jene Szene wahr oder nur gestellt gewesen ist. Und um so beschämender für uns, wenn wir hören, daß in anderen Ländern die Vorführung der Szene nicht gestattet sein soll.

In Frankreich wurde ein Vollblutsnegalnegel zum Unterstaatssekretär in Kolonialdingen berufen. Von Zeit zu Zeit geht es einem auf, wie verhältnismäßig einfach die Dinge sein könnten, wenn man sich nicht immer wieder von "Anschauungen" füttern ließe, die bestimmen wollen, welch ein Volk, welche Rasse zur Herrschaft bestimmt sei. Immer wieder bringt alles das ja nur Blindheit und Selbstbetrug.

Totenliste Am 31. Juli 1930 starb in Berlin, in ihrem 79. Lebensjahr, *Susanne Bellermann*, die Witwe des Schillerforschers Ludwig Bellermann. Ihr Haus bildete um die Jahrhundertwende einen Mittelpunkt des geistigen Lebens in Berlin. Ende Dezember starb der Kurdirektor von Neuenahr *Felix Rütten*, im Alter von 66 Jahren. Durch seine Energie wurde Neuenahr das durch seine hervorragenden Einrichtungen bekannte Heilbad. Der französischschweizerische Dichter *Claude Anet*, der am 10. Januar 1931 so plötzlich starb (siehe die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band Seite 305), war um die Jahrhundertwende ein hervorragender Tennis- und Hockeyspieler. Er hatte 1892 die französische Tennismeisterschaft errungen, war also ein Vorgänger der Vier Musketiere. Seine ganze Begeisterung lebt in seinem Buch über die unerreichte Meisterin Suzanne Lenglen (siehe die Rundschau Bewegungskunst, 1927 II Seite 1045 und folgende), das darum auch einen an sich indifferenten Leser mitreißt. In den letzten Jahren wollte Anet aus seiner Tochter Leila eine Nachfolgerin der Göttlichen Suzanne machen; sie zählt in der Tat heute mit 19 Jahren schon zu den besten französischen Tennisspielerinnen.

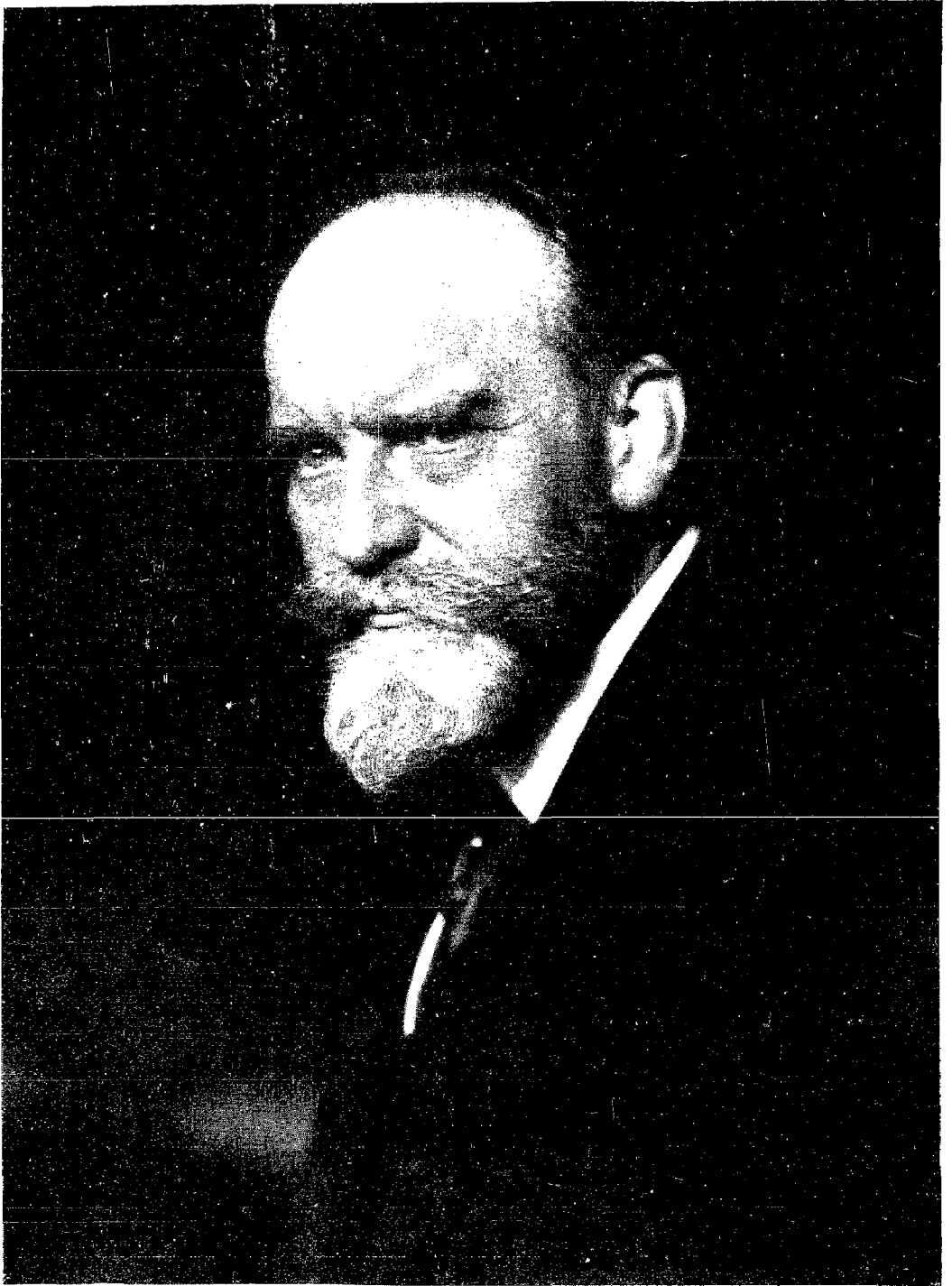
Mitte Januar starb in New York der Weltrekordmann *Robert Le Gendre*, im Alter von 33 Jahren. Er hatte 1924 bei den Olympischen Spielen in Paris sich im Weitsprung ausgezeichnet.

Am 4. Februar starb in Berlin plötzlich *Kurt von Tepper-Laski*, 80 Jahre alt. Er war ein hervorragender Reiter, später ein berühmter Trainer, der 3 Generationen im Reiten ausgebildet hat. Er war

aber auch eine Persönlichkeit von "Zivilcourage", ein wahrer *chevalier sans peur et sans reproche*. Dieser frühere Ulanenrittmeister erkannte, was ein Krieg für Deutschland bedeutete, und bekannte das öffentlich zu einer Zeit, da solche Ansicht verpönt war. Er ist dann während des Weltkriegs für Vernunft und Menschlichkeit eingetreten. Seine Furchtlosigkeit hat nicht wenig zu der (kurzen) Selbstbesinnung in Deutschland beigetragen.

Kurze Chronik Die Pariser Universität will ihrem Sprecharchiv auch ein *Gebärdenarchiv* angliedern; es sollen mittels stummen und tönenden Films alle menschlichen Gebärden gesammelt werden. \diamond Eine der größten Bibliotheken Deutschlands, die 120 000 Bände umfassende Fürstlich Stolbergische Bibliothek in Wernigerode, muß aufgelöst werden. \diamond Im neuen Reichsetat sind 750 000 Mark zur Förderung des *Turn- und Sportwesens* ausgesetzt. \diamond Der *Ski-lauf*, der erst um 1891 durch Nansens *Faa Ski over Grönland* in Mitteleuropa bekannt wurde und jetzt überall geübt wird, ist, wie durch Forschungen neuerdings festgestellt wurde, in den südlichen Alpen bereits vor mindestens 600 Jahren betrieben worden. \diamond Der Bischof von London *Winnington Ingram*, der von Jugend auf Hockey spielte, wirkte am Tag vor seinem 73. Geburtstag in einem Treffen mit, in dem er 3 Tore schoß, ohne im geringsten von Atembeschwerden geplagt zu sein. \diamond Die *Kochkunst*, die in Deutschland, wenigstens im Norden, nie eine große Rolle gespielt hat, in der Nachkriegszeit aber ganz verfiel, wird neuerdings wieder etwas gefördert. In Berlin fand Mitte März eine Kochkunstausstellung statt, die mit einem Wettkochen verbunden war; doch schien dieses weniger den feinen Geschmack als die komödiantische Eitelkeit zu fördern.

Literatur Im Süddeutschen Verlags-haus in Stuttgart erschien eine Reihe von Schriften *August Gluckers* (Täglich 5 Minuten Sprungseil, Körperschönheit durch Körpertraining, Deine Morgengymnastik), die praktische Unterweisungen in der Körperschulung geben wollen. Bei solchen Anleitungen zur Gymnastik, auch zu gesunder Kosmetik, hat es natürlich, anders als in den oben erwähnten Schönheitsheften, seinen guten Sinn von Nacktheit zu sprechen und ihre Bedeutung zu demonstrieren. Etwas bescheidener könnten aber manche von ihnen vielleicht in ihren Versprechungen sein.



WOLFGANG HEINE / NACH EINER AUF-
NAHME AUS DEM JAHR 1919